

Beteiligungsbericht

für das Geschäftsjahr



2011

Beteiligungsbericht 2011

der Stadt Remscheid

Herausgeber: Stadt Remscheid
Die Oberbürgermeisterin
Zentraldienst Verwaltungssteuerung und
Informationstechnologie
Zentrale Steuerungsangelegenheiten
Beteiligungsmanagement

Vorwort

Die Kommunen in Deutschland müssen sich infolge ständig wachsender öffentlicher Aufgaben und knapper Finanzressourcen mehr denn je großen Herausforderungen stellen. Notwendige Investitionen können aufgrund des eingeschränkten finanziellen Handlungsspielraumes nur bedingt durchgeführt werden und zukunftsorientierte freiwillige Leistungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger sind kaum noch finanzierbar. Daher wird der Frage der optimalen Erfüllung kommunaler Aufgaben in der Stadtverwaltung Remscheid seit langem besondere Bedeutung beigemessen. Aufgabenkritik, Einbeziehung strategischer Partner und die Sondierung von Möglichkeiten sinnvoller kommunaler Zusammenarbeit sind bei der Bewältigung der Problemstellungen feste Kriterien in unserer Gemeinde.

In der Vergangenheit hat die Stadt Remscheid aus diesem Grunde einen Teil ihrer vielfältigen kommunalen Aufgaben auf Eigenbetriebe und Unternehmen der privatrechtlichen Form, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, übertragen. Neben der Energie- und Wasserversorgung, der Abwasser- und Abfallentsorgung und dem öffentlichen Personennahverkehr werden auch im Bau- und Wohnungswesen sowie im Kultur- und Sozialbereich Aufgaben außerhalb der traditionellen Verwaltung wahrgenommen. Den Bürgerinnen und Bürgern einen optimalen und kostengünstigen Service anzubieten und zugleich den erforderlichen Einfluss der kommunalen Entscheidungsgremien zu wahren, steht dabei im Fokus der Bemühungen.

Das Geschäftsjahr 2011 war im Bereich der Beteiligungen eine ereignisreiche Periode, in der in den Gesellschaften auch für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Remscheid wichtige Weichen gestellt wurden. Als ein Beispiel sei stellvertretend die Befassung mit der Gründung der Bergischen Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH zu nennen.

Vor diesem Hintergrund beabsichtigt die Region, die Ressourceneffizienz im Bergischen Städtedreieck überdurchschnittlich zu verbessern und so die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Region und ihrer Betriebe zu entwickeln bzw. auszubauen.

Der vorliegende Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2011 veranschaulicht den gesamten Umfang der städtischen Beteiligungen. Neben der Erfüllung der gesetzlichen Berichtspflicht dient er den Ratsmitgliedern und der Verwaltungsführung bei der Ausübung der Steuerungs- und Kontrollaufgaben als einheitliche Informationsbasis. Der Beteiligungsbericht enthält Informationen über die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Beteiligungen auf Basis der Jahresabschlüsse des Jahres 2011 sowie bis zur Drucklegung eventuell schon bekannter Veränderungen in der Beteiligungsstruktur. Er liegt den Ratsmitgliedern sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern auch in diesem Jahr zeitnah vor.

Remscheid, im Februar 2013

gez.
Beate Wilding
Oberbürgermeisterin

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
Vorwort	
1. Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Remscheid	9
1.1 Gemeindeordnung als rechtlicher Rahmen	9
1.2 Rechtsformen kommunaler Unternehmen	10
1.3 Wahl der Unternehmensform	13
1.4 Beteiligungsmanagement in Remscheid	15
1.5 Berichterstattung über die wirtschaftliche Betätigung	15
2. Beteiligungen der Stadt Remscheid im Überblick	17
2.1 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2011 (tabellarische Darstellung)	17
2.2 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2011 (grafische Darstellung)	19
3. Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Remscheid	21
3.1 Stadtwerke Remscheid GmbH	21
3.2 GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid	34
3.3 Bergische Symphoniker - Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH -	51
3.4 Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH	59
3.5 BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid gemeinnützige GmbH der Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid	69
3.6 Arbeit Remscheid gGmbH Gesellschaft für Beschäftigungsförderung und Qualifizierung	74
3.7 Regionale 2006 Agentur GmbH i.L.	84
3.8 Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH	88
3.9 Bergische Entwicklungsagentur GmbH	100
3.10 Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH u. Co. KG	109
3.11 Sana-Klinikum Remscheid GmbH	111
3.12 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)	121
3.13 RW Holding AG	123
3.14 AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal	125
3.15 RWE Aktiengesellschaft	136

4.	Wesentliche mittelbare Beteiligungen der Stadt Remscheid	138
4.1	EWR GmbH	138
4.2	Park Service Remscheid GmbH	148
4.3	H ₂ O GmbH	156
4.4	BEG Entsorgungsgesellschaft mbH Remscheid	164
4.5	ELBA – Omnibusreisen GmbH	173
4.6	Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH	174
5.	Eigenbetriebe	184
5.1	REB Remscheider Entsorgungsbetriebe	184
6.	Sonstiges	205
6.1	Trägerschaft für die Stadtparkasse Remscheid	205
Anhang	Anlage 1: Verzeichnis der Kennzahlen	209
	Anlage 2: Begriffserläuterungen	211
	Anlage 3: Auszug aus der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen	216
	Anlage 4: Auszug aus dem Haushaltsgrundsätzegesetz	231

1. Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Remscheid

Die Stadt Remscheid hat als Gebietskörperschaft für ihre Bürger eine Vielzahl von öffentlichen Aufgaben zu erfüllen. Dabei ist sie auch Teil der örtlichen Wirtschaft. Ihre Tätigkeit vollzieht sich in unterschiedlichen Organisationsformen, nämlich bei der Bewirtschaftung der für die Gemeindeaufgaben erforderlichen Mittel (Haushaltswirtschaft), im Betrieb wirtschaftlicher Unternehmen, die am allgemeinen Wirtschaftsleben teilnehmen (Unternehmerwirtschaft) sowie durch die Aufgaben kostenrechnender und sonstiger Einrichtungen.

Die Haushaltswirtschaft der Stadt Remscheid umfasst die Bewirtschaftung aller Zweige der öffentlichen Verwaltungstätigkeit und zwar sowohl die Erzielung der Einnahmen als auch die Bewirtschaftung der Ausgaben. Durch die vielfältigen Ausgaben entfaltet die Stadt eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung. Sie ist Auftraggeberin der Wirtschaft, sie schafft Standortvorteile für die Wirtschaft, sie trägt als große lokale Arbeitgeberin über die Lohn- und Gehaltssummen indirekt zum Wirtschaftskreislauf bei. Ihre wirtschaftlichen Unternehmen sind ebenfalls ein Wirtschaftsfaktor der Stadt.

1.1 Gemeindeordnung als rechtlicher Rahmen

Unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen und damit für die Stadt Remscheid erlaubt ist, regelt in §§ 107 ff die Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW).

Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn u.a.

- ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert und
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

Der Erfolg oder Misserfolg der wirtschaftlichen Betätigung einer Gemeinde darf nicht allein an der Gewinnerzielung gemessen werden, sondern muss sich an der Realisierung der gesetzten Ziele orientieren. Ein Defizitunternehmen kann im Sinne der ihm gesteckten Ziele trotz des hohen Verlustes erfolgreich gearbeitet haben; ein Unternehmen mit hohen Gewinnen kann sein eigentliches Ziel verfehlt haben. Ein Blick auf die Bilanzen gibt deshalb nur bei reinen Gewerbeunternehmen zuverlässig über den Erfolg Auskunft.

Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind nach § 109 Abs. 1 GO NRW so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Sie sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Daraus wird deutlich, dass die öffentlichen Ziele im Vordergrund vor der Gewinnerzielung stehen. Die Erträge sollen aber so hoch sein, dass außer den für technische und wirtschaftliche Fortentwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird (§ 109 Abs. 2 GO NRW).

1.2 Rechtsformen kommunaler Unternehmen

Öffentlichrechtliche Unternehmensformen

Regiebetrieb

Die Form, bei der keinerlei wesentliche Verselbständigung weder in rechtlicher, noch in verwaltungsmäßiger, noch in rechnerischer Hinsicht vorhanden ist, wird als Regiebetrieb bezeichnet. Das diesen Betrieben gewidmete Vermögen bildet weder für sich eine rechtliche Einheit noch sind die Betriebe satzungsmäßig oder verwaltungstechnisch aus der Hoheitsverwaltung ausgegliedert.

Aus der engen vermögensmäßigen und rechtlichen Verflechtung mit der Trägerkörperschaft der Stadt Remscheid ergeben sich Konsequenzen, die die Wirtschaftsführung des reinen Regiebetriebes wesentlich beeinflussen. Alle Einnahmen und Ausgaben sind in der Regel im Gesamthaushaltsplan zu veranschlagen (Bruttoprinzip).

Die Willensbildung erfolgt durch die Organe der Trägerkörperschaft, insbesondere den Rat der Stadt Remscheid. Der Regiebetrieb unterscheidet sich daher formell nicht von anderen Ämtern der allgemeinen Verwaltung, obgleich hier nicht ein „Verwalten“, sondern ein „Wirtschaften“ gefordert wird.

Eine Kontrolle der Regiebetriebe ist jederzeit durch die Ratsgremien und den Haushaltsplan gegeben.

Eigenbetrieb und eigenbetriebsähnliche Einrichtung

Bei einem Eigenbetrieb handelt es sich um einen vermögensmäßig verselbständigten Betrieb mit eigener Verfassung (Betriebssatzung) und eigenem Rechnungswesen (kaufmännisches Rechnungswesen), jedoch ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Der Eigenbetrieb ist wirtschaftlich aus dem Vermögen der Gemeinde ausgegliedert. Der Eigenbetrieb verfügt über besondere Leitungs- und Kontrollorgane (Betriebsleitung und Betriebsausschuss) und untersteht dem Rat sowie dem/der Oberbürgermeister/in als Verwaltungschef/in.

Der Eigenbetrieb kommt als Betriebsform für öffentliche Einrichtungen in Betracht, die nach kommunalem Wirtschaftsrecht als wirtschaftliche Unternehmen gelten. Die anderen Einrichtungen können als eigenbetriebsähnliche Einrichtungen geführt werden und zwar entweder in vollem Umfang entsprechend den Vorschriften des Eigenbetriebsrechts oder nur unter Anwendung der Vorschriften über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Eigenbetriebe als Sondervermögen der Kommune.

Anstalt des öffentlichen Rechts

Durch § 114a der GO NRW wird die Möglichkeit der Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechtes (AöR) eröffnet. Hierbei handelt es sich um eine Mischform aus Eigenbetrieb und GmbH. Die Rechtsverhältnisse der AöR werden gemäß GO NRW durch eine Satzung geregelt, die die Gemeinde aufstellt.

Die Organe der AöR sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Die Leitung der AöR obliegt dem Vorstand in eigener Zuständigkeit, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung etwas anderes bestimmt ist. Der Verwaltungsrat ist für Entscheidungen des Aufgabenkataloges aus § 114a Abs. 7 GO NRW zuständig, unterliegt jedoch bei bestimmten Entscheidungen (Erlass von Satzungen, Beteiligungen) den Weisungen des Rates der Stadt. Die Weisungsverpflichtung kann durch die Satzung ausgeweitet werden.

Die Gemeinde haftet als Gewährträgerin für die Verbindlichkeiten der AöR unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist. Die Einflussmöglichkeiten des Rates der Stadt sind insbesondere durch die Satzungsaufstellung definiert.

Auch Sparkassen sind gemäß § 2 SpkG rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts. Gemäß § 1 SpkG können Gemeinden und Gemeindeverbände Sparkassen errichten. Für deren Verbindlichkeiten haftete die Gemeinde als Gewährträgerin unbeschränkt. Aufgrund geänderter Rechtslage ist diese Gewährträgerhaftung mit Wirkung vom 19.07.2005 entfallen. Durch das SpkG werden zahlreiche Verbindungen zwischen der Gemeinde und der Sparkasse festgeschrieben, die der Gemeinde Einflussmöglichkeiten eröffnen, die dem Trägerverhältnis Rechnung tragen (Besetzung des Verwaltungsrates, Beschluss des Rates über die Ergebnisverwendung sowie die Entlastung der Sparkassenorgane etc.).

Betrieb gewerblicher Art/Hoheitsbetrieb

Die Begriffe „Betrieb gewerblicher Art“ (BgA) und „Hoheitsbetrieb“ sind inhaltlich von den zuvor dargestellten juristischen Ausgestaltungen der wirtschaftlichen Betätigungsformen zu trennen und haben in diesem Zusammenhang nur steuerrechtliche Bedeutung. Während die privatrechtlichen Unternehmensformen kraft Rechtsform steuerpflichtig sind, greift die Steuerpflicht für Regie- und Eigenbetriebe nur insoweit, als diese nicht überwiegend der Ausübung der öffentlichen Gewalt dienen (Hoheitsbetriebe). Solche Betriebe werden steuerrechtlich als Betriebe gewerblicher Art bezeichnet.

Privatrechtliche Unternehmensformen

Aufgrund der Vorschriften über die Begrenzung der kommunalen Haftung nach § 108 Abs. 1 Nr. 3 GO NRW ist die Wahl der privatrechtlichen Organisationsform eingeschränkt. Geeignete Rechtsformen sind vorrangig die Kapitalgesellschaften wie die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), die Aktiengesellschaft (AG) oder die eingetragene Genossenschaft (eG). Zusätzlich kann sich eine Kommune als Kommanditistin an einer Kommanditgesellschaft (KG) oder Gesellschafterin der GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin an einer GmbH & Co. KG beteiligen.

Ist die Gemeinde im Besitz aller Geschäftsanteile einer Gesellschaft, so ist diese eine kommunale Eigengesellschaft. Sind weitere Körperschaften oder auch Private an der Gesellschaft beteiligt, so spricht man von einer Beteiligungsgesellschaft.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist eine mit Rechtspersönlichkeit ausgestattete Gesellschaft, an der sich die Gesellschafter mit Einlagen auf das Stammkapital beteiligen, ohne persönlich für die Schulden der Gesellschaft zu haften. Im Gegensatz zur AG kann bei der GmbH eine Nachschusspflicht für die Gesellschafter vereinbart werden. Die Gesellschafter können die innere Struktur der Gesellschaft ohne wesentliche Einschränkungen frei regeln. Als zwingende Organe besitzt die GmbH die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Im Unterschied zum AktG kennt das GmbHG keinen obligatorischen Aufsichtsrat. Es erlaubt jedoch ausdrücklich seine Bildung durch die Satzung (fakultativer Aufsichtsrat). Der Aufsichtsrat als notwendiges Organ ergibt sich jedoch zwingend im Rahmen des Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungsrechts bei Unternehmen mit über 500 Beschäftigten.

Aktiengesellschaft

Ebenso wie die GmbH besitzt auch die Aktiengesellschaft eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die Gesellschafter (Aktionäre) erwerben ihre Rechte durch die Übernahme von Anteilen des in Aktien zerlegten Grundkapitals. Für Schulden der Gesellschaft haftet auch hier nur das Gesellschaftsvermögen. Im Gegensatz zur freien Gestaltung des Gesellschaftsverhältnisses in der GmbH enthält das Aktiengesetz umfangreiche bindende Regelungen und Formvorschriften, so dass für ergänzende Ausgestaltungen des Vertragsverhältnisses der Aktionäre untereinander wenig Raum bleibt. Als Organe der AG fungieren der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung.

Eingetragene Genossenschaft

Die eingetragene Genossenschaft (eG) ist eine juristische Person und hat als solche Rechte und Pflichten. Sie ist nach § 1 Abs. 1 GenG eine Gesellschaft von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche die Förderung des Erwerbes oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes bezweckt. Eine unmittelbare Inanspruchnahme der Genossenschaftsmitglieder für Verbindlichkeiten der Genossenschaft gibt es nicht, wobei allerdings durch Satzung Nachschusspflichten vereinbart werden können. Die Genossenschaft handelt durch die Organe Vorstand, Aufsichtsrat und Generalversammlung.

Personengesellschaften

Personengesellschaften wie Offene Handelsgesellschaften (OHG) oder Kommanditgesellschaften (KG) eignen sich grundsätzlich nicht als Rechtsform eines kommunalen Unternehmens, da die Gesellschafter entgegen der Regelung des § 108 Abs. 1 Nr. 3 GO NRW unbeschränkt für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft haften. Möglich ist aber die Beteiligung als Kommanditistin an einer KG oder die Rechtsform der GmbH & Co. KG. Bei der Kommanditistin ist die Haftung auf eine bestimmte Kapitaleinlage beschränkt. Die GmbH & Co. KG ist eine KG, bei der der persönlich haftende Gesellschafter eine Kapitalgesellschaft ist, und deren Gesellschafter in der Regel zugleich Kommanditisten der KG sind. Auf diese Weise wird die Haftung der Kommune als Gesellschafterin beschränkt.

1.3 Wahl der Unternehmensform

Zulässigkeit

Die Voraussetzungen zur Herauslösung aus dem Haushalt durch die Gründung einer Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft durch die Gemeinde sind in § 108 der Gemeindeordnung NRW beschrieben.

Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn u.a.

- bei Unternehmen (§107 Abs. 1) ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert, die Betätigung in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann,
- bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung, wenn die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht,
- bei Einrichtungen (§107 Abs. 2) ein berechtigtes Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,
- eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
- die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,
- die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
- die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,
- das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,
- bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften geprüft werden,
- wenn durch Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages sichergestellt ist, dass die Gesellschafterversammlung auch beschließt über
 - a. den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
 - b. den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
 - c. den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie

- d. die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und
der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrates Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in der Form rechtlich selbständiger Gesellschaften ist lediglich eine andere Organisationsform ihrer üblichen Tätigkeit. Damit unterwirft sich die Gemeinde allen Vorschriften, die die private Wirtschaft zu beachten hat, insbesondere auch den Vorschriften des Handels- und Steuerrechts.

Von den Gemeinden wird eine wirtschaftliche Betätigung in den Formen des Gesellschaftsrechts dann gewählt, wenn aus organisatorischen, wirtschaftlichen oder steuerlichen Überlegungen die Verselbständigung vorteilhaft erscheint.

Privatrechtliche Unternehmensformen in Remscheid

Die Stadt Remscheid hat sich für die wirtschaftliche Betätigung im wesentlichen der Gesellschaftsform des privaten Rechts bedient. Am häufigsten ist die Form der Gesellschaft mit beschränkter Haftung gewählt worden, da das GmbH-Recht im Gegensatz zum Aktienrecht eine weitgehende Gestaltungsfreiheit zulässt und somit dem Gesellschafter die Einräumung umfassender Rechte gegenüber der Gesellschaft ermöglicht.

Mit der GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid, der RW Holding AG und der RWE AG ist jedoch auch die Gesellschaftsform der Aktiengesellschaft vertreten.

Außerdem ist die Stadt Remscheid als Kommanditistin an der Lokalfunk Remscheid - Solingen Betriebsgesellschaft mbH & Co. beteiligt.

Neben den unmittelbaren Beteiligungen an Gesellschaften des privaten Rechts sind auch mittelbare Beteiligungen vorhanden. Hierbei ist die Stadt Remscheid über die unmittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft durch deren Beteiligung an weiteren Gesellschaften ebenfalls beteiligt.

1.4 Beteiligungsmanagement in Remscheid

Das Beteiligungsmanagement der Stadt Remscheid war im Geschäftsjahr 2011 organisatorisch im Geschäftsbereich der Oberbürgermeisterin dem Zentraldienst Verwaltungssteuerung und Informationstechnologie zugeordnet.

Aufgabe des Beteiligungsmanagements ist die informatorische Unterstützung des Rates der Stadt bei Ratsbeschlüssen über Gesellschaftsgründungen, Investitionen, Kapitalerhöhungen oder Liquidationen, aber auch die regelmäßige Kontrolle der Wirtschaftlichkeit der Beteiligungen.

Zum Aufgabenkatalog gehört ebenfalls die Betreuung der städtischen Gesellschaften bei der Einhaltung gesellschaftsrechtlicher und kommunalrechtlicher Bestimmungen. Hierunter fällt auch die Überprüfung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaften, die jährlich im Zuge der Aufstellung des städtischen Haushaltsplanes erfolgt.

Entscheidungen über die Bestellung der städtischen Vertreter in den Organen der Gesellschaften werden vom Rat der Stadt getroffen.

1.5 Berichterstattung über die wirtschaftliche Betätigung

Beteiligungsbericht als Informationsquelle

Die „öffentlichen Unternehmen“ oder ganz generell die Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen sind mit erheblichen Vermögenswerten und Finanzströmen mit der Stadt als „Muttersgesellschaft“ verbunden, so dass die Stadt durch die finanziellen Auswirkungen der Finanzströme auf ihren Haushalt zur Steuerung und Kontrolle ihrer Beteiligungen verpflichtet und berechtigt ist. Die Ausübung dieser Steuerungs- und Kontrollaufgaben stellt sich als kommunal- und verwaltungspolitische Aufgabe dar, wobei es schwierig ist, Rat, Verwaltung und Beteiligungen zu koordinieren und auf eine einheitliche Politik festzulegen.

Eine einheitliche Politik setzt einen gleichen Wissens- und Informationsstand voraus. Um hier eine Grundlage zu schaffen, ist eine Informationsquelle erforderlich, die regelmäßig ein Mindestmaß an entscheidungsrelevanten Daten zur Verfügung stellt.

Diese Aufgabe soll u.a. der Beteiligungsbericht erfüllen.

Inhalt der Berichterstattung

Aus den aufgeführten Aspekten der Zielsetzung wird deutlich, welche Vielzahl von Komponenten inhaltlich relevant sind, um mit dem vorhandenen Material eine politisch-finanzwirtschaftliche Gesamtsteuerung zu ermöglichen.

Als Mindestanforderungen werden im Beteiligungsbericht vergleichbare Daten zu folgenden Bereichen aufbereitet:

- Beteiligungsverhältnisse der Gesellschafter
- Unterbeteiligungen der Tochtergesellschaft
- Gegenstand des Unternehmens
- personelle Besetzung der Gesellschaftsorgane
- erweiterte Haftung der Stadt / Nachschusspflicht / Bürgschaftsverpflichtungen
- Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Darüber hinaus wurden die nachstehend aufgeführten Kriterien bei der überwiegenden Anzahl der Gesellschaften herausgestellt:

- Anzahl der Beschäftigten
- Eckdaten der Bilanz zum Berichtsjahr mit Vorjahreswerten
- Eckdaten der Gewinn- und Verlustrechnung mit Vorjahreswerten
- Lagebericht der Geschäftsführung der Gesellschaften

Bei bedeutenden Beteiligungen der Stadt Remscheid wurden zudem Kennzahlen zur Analyse der wirtschaftlichen Situation der Beteiligungsgesellschaft ermittelt. Eine Erläuterung der Kennzahlen befindet sich im Anhang zum Beteiligungsbericht.

Basis der Berichterstattung über die einzelnen Gesellschaften sind -mit wenigen Ausnahmen- die allgemeinen Unternehmensdaten im Geschäftsjahr 2011 und die wirtschaftlichen Unternehmensdaten zum Ende des Geschäftsjahres 2011. Auf schon bekannte Veränderungen z.B. in der Beteiligungsstruktur im Geschäftsjahr 2012 wird eingegangen.

Die Darstellung der Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid beruht auf dem Kenntnisstand zum Zeitpunkt der Drucklegung des Beteiligungsberichtes. Hier können sich noch Verschiebungen ergeben, da das Geschäftsjahr 2011 noch nicht endgültig verbucht ist und der Jahresabschluss 2011 der Stadt Remscheid noch nicht vorliegt.

2. Beteiligungen der Stadt Remscheid im Überblick

Zum 31.12.2011 ist die Stadt Remscheid an 15 Unternehmen unmittelbar mit einem Anteil am gezeichneten Kapital von rund 59 Mio. € beteiligt, davon werden 11 als GmbH, 3 als Aktiengesellschaft und 1 als GmbH & Co. KG geführt.

Die Unternehmensbeteiligungen liegen zwischen 75,00 und 0,03 v.H.. Darüber hinaus bestehen zahlreiche mittelbare Beteiligungen von unterschiedlicher Bedeutung.

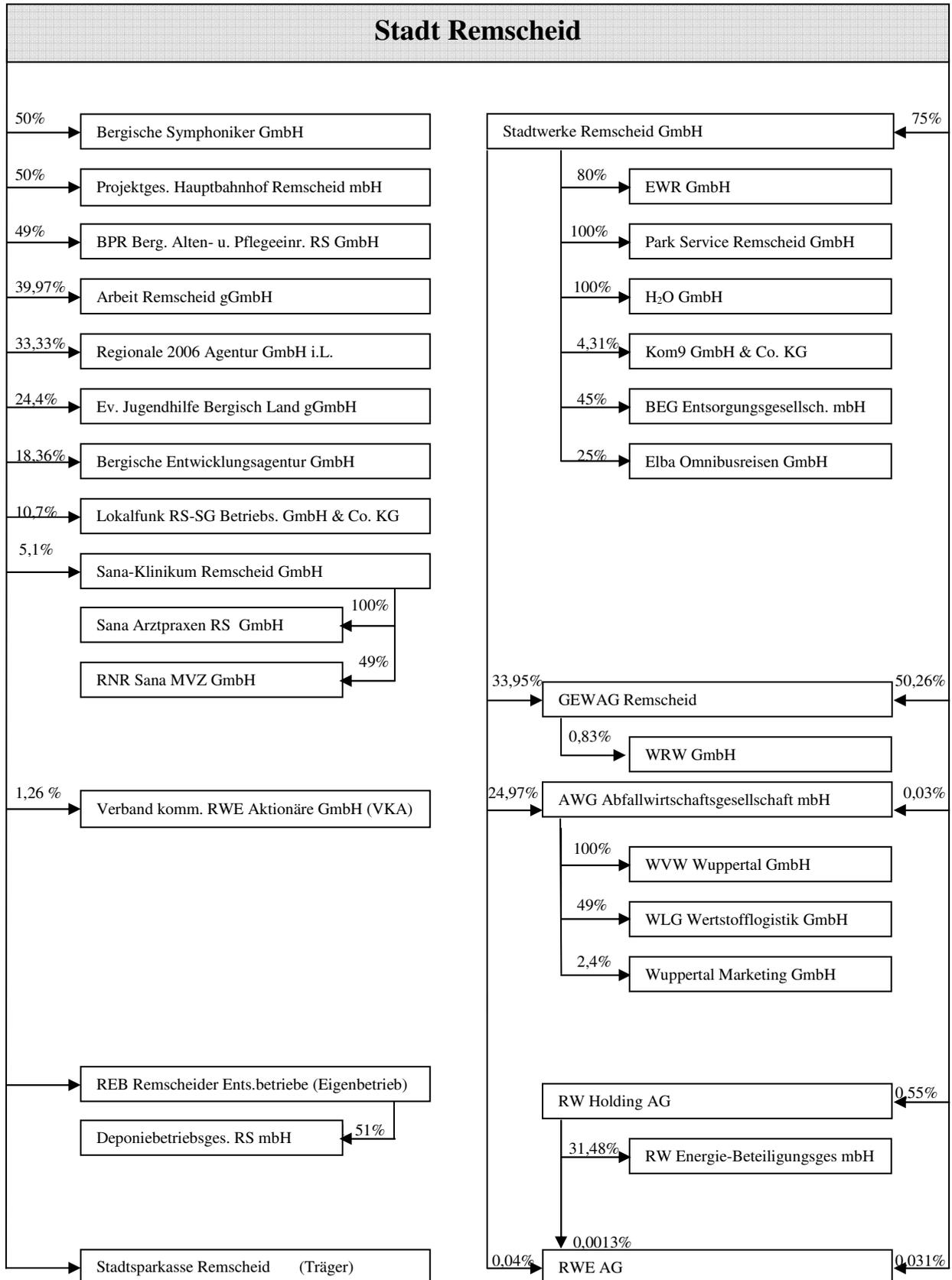
Die nachfolgenden Übersichten informieren über die unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen. Die Unternehmen sind in der Reihenfolge der prozentualen Beteiligung aufgeführt.

2.1 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2011

Beteiligung	Grund-/Stammkapital in (DM) €	Anteil in (DM) €	Anteil in %	Anteilseigner
Stadtwerke Remscheid GmbH	74.666.800,00	56.000.100,00	75,00	Stadt Remscheid
<i>Beteiligung an:</i>				RWE Rhein-Ruhr AG, Essen
EWR GmbH	17.500.000,00	14.000.000,00	80,00	
Park Service Remscheid GmbH	100.000,00	100.000,00	100,00	
H ₂ O GmbH	200.000,00	200.000,00	100,00	
AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	5.000.000,00	1.248.475,00	24,97	
Elba Omnibusreisen GmbH	255.645,94	63.911,49	25,00	
KOM 9 GmbH & Co. KG	470.000,00	10.000,00	4,31	
BEG Entsorgungsgesellschaft mbH	25.000,00	11.250,00	45,00	
GEWAG	3.525.000,00	1.196.656,87	33,95	
RWE AG	1.574.000.000,00	677.000,00	0,04	
RBSV GmbH i.L.	100.000,00	20.800,00	20,80	
GEWAG	3.525.000,00	1.771.562,09	50,26	Stadt Remscheid
Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid		1.196.656,86	33,95	Stadtwerke Remscheid GmbH
		319.425,92	9,06	9 Industrie- und Handelsfirmen
		237.355,13	6,73	13 Privatpersonen
<i>Beteiligung an:</i>				
WRW GmbH	1.089.480,00	9.000,00	0,83	
Bergische Symphoniker GmbH (DM-Basis)	(50.000,00)	(25.000,00)	50,00	Stadt Remscheid
		(25.000,00)	50,00	Stadt Solingen
Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH	100.000,00	50.000,00	50,00	Stadt Remscheid
		50.000,00	50,00	LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH
BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid gemeinnützige GmbH der Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid	25.000,00	12.250,00	49,00	Stadt Remscheid
		12.750,00	51,00	Bergische Diakonie Aprath
Arbeit Remscheid gGmbH	153.100,00	61.200,00	39,97	Stadt Remscheid
		38.250,00	24,98	Diakonisches Werk im Kirchenkreis Lennep
		19.150,00	12,51	Kreishandwerkerschaft Remscheid
		19.150,00	12,51	Arbeitgeber-Verband RS e.V.
		15.350,00	10,03	Limes GmbH
Regionale 2006 Agentur GmbH i.L.	27.000,00	9.000,00	33,33	Stadt Remscheid
		9.000,00	33,33	Stadt Solingen
		9.000,00	33,33	Stadt Wuppertal
Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH	50.000,00	12.200,00	24,40	Stadt Remscheid
		12.200,00	24,40	Walter-Frey-Stiftung
		12.800,00	25,60	Ev. Kirchenkreis Leverkusen
		12.800,00	25,60	Ev. Kirchenkreis Lennep

Beteiligung	Grund-/Stammkapital in (DM) €	Anteil in (DM) €	Anteil in %	Anteilseigner
Bergische Entwicklungsagentur GmbH	50.100,00	9.200,00	18,36	Stadt Remscheid Stadt Solingen Stadt Wuppertal Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR Stadtsparkasse Remscheid Stadtsparkasse Solingen Stadtsparkasse Wuppertal IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid
Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG Kommanditisten: Komplementär: Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH	512.000,00	54.784,00 384.000,00 73.216,00	10,70 75,00 14,30	Stadt Remscheid Lokalfunk Remscheid-Solingen Presse Bet.ges .mbH & Co. KG. Stadt Solingen
Sana – Klinikum Remscheid GmbH <i>Beteiligung an:</i> Sana Arztpraxen Remscheid GmbH RNR Sana MVZ GmbH	3.100.000,00 25.000,00 25.000,00	158.100,00 2.941.900,00 25.000,00 12.250,00	5,10 94,90 100,00 49,00	Stadt Remscheid Sana Kliniken AG
Verband der kommunalen RWE Aktionäre GmbH (VKA)	127.822,97	1.615,68 126.207,29	1,26 98,74	Stadt Remscheid 70 weitere Städte, Kreise und sonst. Juristische Personen des öffentlichen Rechts
RW Holding AG <i>Beteiligung an:</i> RWE AG RW Energie Beteiligungsges. mbH & Co. KG	74.362.859,52 158.990,00	411.840,00 73.951.019,52 8000 Aktien 50.050,00	0,55 99,45 0,0013 31,48	Stadt Remscheid 70 weitere Aktionäre, darunter Beteiligungsgesellschaften, Städte, Kreise, Sparkassen, Landesbanken und Landschaftsverbände
AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH <i>Beteiligung an:</i> WVV Wertstoffverwertung Wuppertal GmbH WLG Wertstofflogistik GmbH Wuppertal Marketing GmbH	5.000.000,00 25.000,00 25.000,00 210.000,00	1.525,00 3.523.475,00 1.248.475,00 225.000,00 1.525,00 25.000,00 12.250,00 5.000,00	0,03 70,47 24,97 4,50 0,03 100,00 49,00 2,40	Stadt Remscheid Wuppertaler Stadtwerke GmbH Stadtwerke Remscheid GmbH Stadtwerke Velbert GmbH Stadt Wuppertal
RWE AG	1.574.000.000,00	278.988,80 1.573.721.011,20	0,031 99,969	Stadt Remscheid Weitere Aktionäre
Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH	250.000,00	127.500,00 122.500,00	51,00 49,00	REB (Sondervermögen der Stadt Remscheid) DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH

**2.2 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2011
(grafische Darstellung)**



3.1 Stadtwerke Remscheid GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Stadtwerke Remscheid GmbH
Neuenkamper Straße 81-87
42855 Remscheid
Tel. 02191/16-40

Gründungsjahr: 1843

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	56.000.100,00	75,00
RWE Rhein-Ruhr AG, Essen	18.666.700,00	25,00
<u>Gesamt</u>	<u>74.666.800,00</u>	<u>100,00</u>

Beteiligungen der Gesellschaft / Verbundene Unternehmen Gesellschaften

	Stammkapitalanteil	
	in T€	in %
EWR GmbH	14.000	80,00
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG *1	6.839	5,30
- BTV Berg. Trinkwasserverbund GmbH	22	22,00
Park Service Remscheid GmbH	100	100,00
H ₂ O GmbH	200	100,00
AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal	1.248	24,97
- WWV Wertstoffverwertung Wuppertal GmbH	25	100,00
ELBA Omnibusreisen GmbH, Wuppertal	63	25,00
BEG Entsorgungsgesellschaft mbH, Remscheid	11	45,00
- Ges. für Kompostierung und Recycling mbH, Velbert	133	26,00
- DGV Deponieges. Velbert Verwaltungs mbH	13	50,00
- DGV Deponieges. Velbert mbH & Co. KG *2	256	50,00
- DBV Deponiebetriebsges. Velbert mbH	50	33,33
- GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH	63	41,00
GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid *3	1.197	33,95
KOM9 GmbH & Co. KG *2	10	4,31
- Thüga AG *3	85.355	38,41
RWE Energie AG *3	677	0,04

*1) Kapitalanteil *2) Kommanditkapital, *3) Gezeichnetes Kapital

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung und Erbringung von Verkehrsdienstleistungen, der Betrieb von Bädern sowie das Halten von Beteiligungen.

Die Gesellschaft betätigt sich unmittelbar, über die Beteiligung an anderen Unternehmen oder über anderweitige Kooperationen in folgenden Bereichen:

- Erzeugung, Gewinnung, Bezug, Fortleitung und Verkauf von elektrischer Energie, Wärme/Kälte, Gas und Wasser sowie Errichtung und Betrieb der hierfür erforderlichen Anlagen, soweit dies im Rahmen der Unternehmensziele zur Deckung des Bedarfs an Energie- und Wasserdienstleistungen erforderlich ist, Telekommunikation;
- Sicherstellung der Befriedigung von Mobilitätsbedürfnissen durch Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und durch andere Mobilitätsdienstleistungen wie z.B. Mobilitätszentralen, Lieferservice für ÖPNV-Kunden, Spezialangebote für mobilitätsbeeinträchtigte Personen sowie Verkehrsplanung;
- Leistungen für den ruhenden Verkehr;
- Mitwirkung bei der Entsorgung im Stadtgebiet und Umland;
- Durchführung von Energie- und Ressourcensparprogrammen; Beratung, Förderung und kooperative Errichtung und Betrieb von Anlagen oder Einrichtungen zur Verminderung des Bedarfs an Energie, Mobilität und Wasser sowie zur Vermeidung und Verwertung von Abfall;
- Diversifizierung in neue Geschäftsfelder und Entwicklung von Dienstleistungen, soweit sie den Unternehmenszielen entsprechen, der Stärkung von Synergieeffekten, der Verwertung des Know-hows sowie der Substanzsicherung des Unternehmens unter veränderten Rahmenbedingungen einer zukunftsfähigen Entwicklung dienen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen errichten, erwerben oder pachten und ferner Unternehmens- und Interessengemeinschafts- sowie sonstige Kooperationsverträge abschließen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Manfred Schwick, Vorsitzender	
Hans-Peter Meinecke, 1. stellv. Vorsitzender	Ratsmitglied
Karl-Heinz Humpert	Ratsmitglied
Wolf Lüttinger	Ratsmitglied
Bernd Quinting	Ratsmitglied
Beatrice Schlieper	Ratsmitglied
Lothar Sill	SB
Achim Südmeier	
Karl-Wilhelm Tamm	SB
Beate Wilding	Oberbürgermeisterin
Hans-Herbert Wilke	Ratsmitglied

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung waren laut Ratsbeschluss:

- Herr Städtischer Oberverwaltungsrat Arnd Zimmermann am 26.01.2011
- Herr Städtischer Angestellter Christian Schenk am 09.08.2011

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2009	2010	2011
	€	€	€
Ausschüttung	1.735.880,31	2.648.040,53	2.385.447,07
Umlagen SPNV	205.000,00	207.000,00	206.000,00

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2009	2010	2011
Mitarbeiter/-innen	238	235	232

Wirtschaftliche Unternehmensdaten

Leistungsdaten des Unternehmens

Betriebsbereich	Leistung	2009	in %	2010	in %	2011	in %
Verkehrsbetriebe	Fahrgäste Tsd.	18.797	-3,2	18.735	-0,3	18.427	-1,6
	Umsatz T€	12.279	-5,1	12.293	0,1	12.991	5,7

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

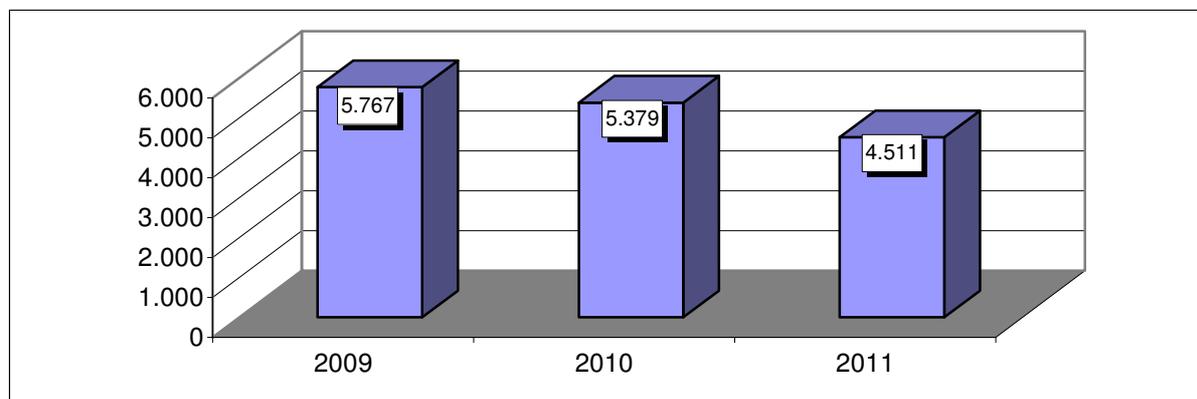
Jahr	2009		2010		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	47	0,03	95	0,06	174	0,10
Sachanlagen	14.967	9,06	16.074	9,58	14.887	8,96
Finanzanlagen	131.752	79,78	130.890	77,97	131.101	78,95
Anlagevermögen	146.766	88,87	147.059	87,61	146.162	88,02
Vorräte	569	0,34	708	0,42	597	0,36
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	17.541	10,62	17.453	10,40	17.395	10,48
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	275	0,17	2.644	1,58	1.907	1,15
Umlaufvermögen	18.385	11,13	20.805	12,39	19.899	11,98
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0,00	0	0,00	0	0,00
Aktiva	165.153	100,00	167.864	100,00	166.061	100,00
Gezeichnetes Kapital	74.667	45,21	74.667	44,48	74.667	44,96
Kapitalrücklage	21.450	12,99	21.450	12,78	21.450	12,92
Gewinnrücklagen	11.599	7,02	12.599	7,51	13.598	8,19
Jahresüberschuss	5.767	3,49	5.379	3,20	4.511	2,72
Eigenkapital	113.483	68,71	114.095	67,97	114.226	68,79
Sonderposten mit Rücklagenanteil	3.191	1,93	3.104	1,85	2.815	1,70
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	3.547	2,15	3.325	1,98	3.202	1,93
Verbindlichkeiten	44.932	27,21	47.340	28,20	45.818	27,59
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	165.153	100,00	167.864	100,00	166.061	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr	2009	2010	2011
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	12.449	12.421	13.110
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	-1	53	-52
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	4.119	2.556	2.472
Erträge aus Gewinnabführung	9.270	9.358	10.089
Erträge aus Beteiligungen	5.541	7.741	5.335
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	54	23	37
Erträge	31.432	32.152	30.990
Materialaufwand	6.598	6.764	6.841
Personalaufwand	10.620	10.803	10.871
Abschreibungen	1.460	1.574	1.805
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.393	2.869	2.878
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	829	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	268	292	234
Aufwendungen aus Verlustübernahme	3.036	3.345	3.661
Aufwendungen	25.375	26.476	26.292
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.056	5.676	4.698
Außerordentliche Aufwendungen	0	-100	0
Sonstige Steuern	-289	-197	-187
Jahresüberschuss (+)	5.767	5.379	4.511
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0
Ertrag aus der Entnahme der Kapitalrücklage	0	0	0
Ertrag aus der Entnahme der Gewinnrücklage	0	0	0
Ergebnisverwendung (Vorabausschüttung)	0	0	0
Einstellung in die Gewinnrücklage	0	0	0
Bilanzgewinn	5.767	5.379	4.511

Entwicklung der Jahresergebnisse

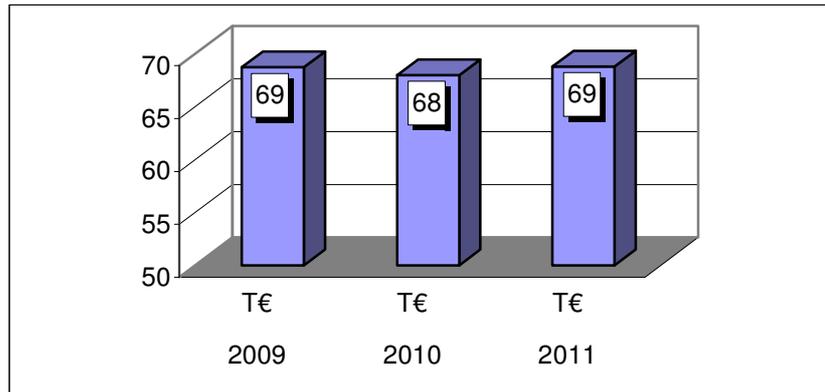
Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	5.767	5.379	4.511



Kennzahlen

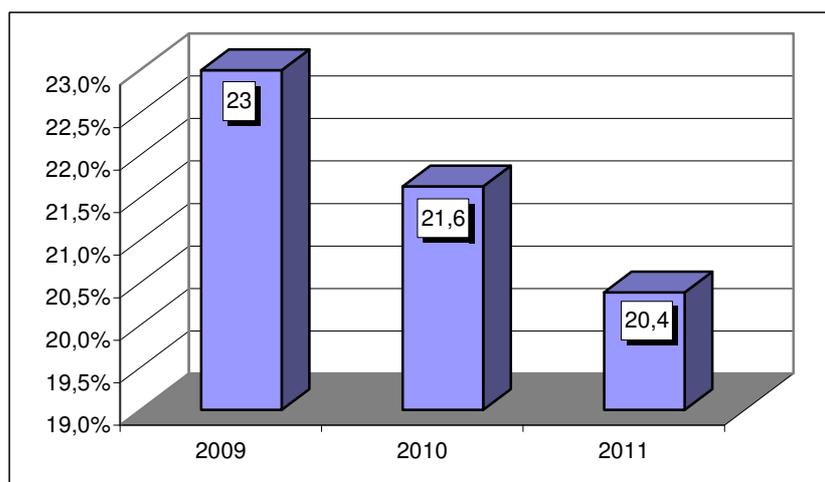
Eigenkapitalquote

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	113.483	114.095	114.226
Bilanzsumme	165.153	167.864	166.061
% EK	69	68	69



Cash-Flow

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	5.767	5.379	4.511
Abschreibungen	1.460	1.574	1.805
	7.227	6.953	6.316
Gesamterträge	31.432	32.152	30.990
Cash-Flow	23,0%	21,6%	20,4%



Zusammengefasster Lagebericht für die Stadtwerke Remscheid GmbH und den Konzern Stadtwerke Remscheid GmbH für das Geschäftsjahr 2011

Allgemeines

Die Verunsicherung infolge der Schuldenkrise zieht sich derzeit vor allem durch Europa. Deutschland kann auf vergleichsweise günstige Wachstumsperspektiven blicken. Die zuversichtliche Haltung der bergischen Unternehmen zu Beginn des Jahres 2011 wurde bestätigt und die wirtschaftliche Lage verbesserte sich im Verlauf des Jahres nachhaltig. Während Remscheid zu Beginn erkennbar hinterherhinkte, zeigen die Konjunkturumfragewerte der IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid zum Jahresanfang 2012 ein neues Bild. Remscheid konnte im bergischen Vergleich der Geschäftslageindexwerte die Nachbarstädte Wuppertal und Solingen überflügeln. Der Arbeitsmarkt in der Region erfuhr im Berichtsjahr ebenfalls eine weitere Stabilisierung. Im IHK-Bezirk sank die Arbeitslosenquote zum Jahresende 2011 gegenüber Dezember 2010 von 9,8 % auf 9,4 %, in Remscheid sogar deutlich von 9,3 % auf 8,1 %.

Der sich selbst tragende stabile Aufschwung der heimischen Wirtschaft in Verbindung mit dem Kaufkraftzuwachs der privaten Haushalte strahlt ebenfalls auf unsere Unternehmensgruppe aus. Der Konzern Stadtwerke Remscheid konnte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder - mit unterschiedlicher Ausprägung in den einzelnen Gesellschaften bzw. Geschäftsfeldern - insgesamt gut behaupten.

Zum Konsolidierungskreis gehören folgende Unternehmen:

- Stadtwerke Remscheid GmbH (SR), Konzernmutter
- EWR GmbH (EWR), 80 %ige Tochtergesellschaft der SR
- Park Service Remscheid GmbH (PSR), 100 %ige Tochtergesellschaft der SR
- H₂O GmbH (H₂O), 100 %ige Tochtergesellschaft der SR

Innerhalb der Konzernunternehmen bestehen über Ergebnisabführungsverträge jeweils körperschaft- und gewerbesteuerliche Organschaften.

Während die Erträge aus Verkehrsleistungen der Stadtwerke Remscheid einen Zuwachs verzeichnen, sehen wir bei den Fahrgastzahlen im Verkehrsbetrieb unserer Gesellschaft eher stagnierende Tendenzen. Der kontinuierliche Bevölkerungsrückgang hinterlässt hier seine Spuren. Im Mittel spürbar gestiegene Treibstoffkosten belasten zusätzlich die Budgets des Fahrbetriebs.

Die Energiesparten der EWR verzeichnen auf der Absatzseite eine stabile Nachfrage, wenngleich im Gasbereich der Gasabsatz nicht an den Rekordwert des Jahres 2010 heranreicht, der insbesondere durch die extrem kalten Wintermonate geprägt war. Insgesamt hat sich der Wettbewerbsdruck intensiviert.

Unsere Sauna- und Bädergesellschaft, die H₂O GmbH, übertraf mit einer sehr erfreulichen Besucherentwicklung die Gästezahlen des Vorjahres und konnte das geplante Unternehmensergebnis leicht verbessern. Der operative Geschäftsbetrieb der PSR verlief im abgelaufenen Geschäftsjahr tendenziell zufriedenstellend. Allerdings müssen wir wieder eine gegensätzliche Entwicklung bei unseren Dauerparker- und Kurzparkerkunden konstatieren.

Die Stadtwerke Remscheid und ihre Tochtergesellschaften haben den in ihren jeweiligen Gesellschaftsverträgen formulierten Unternehmenszielen unter Beachtung der in § 108 Absatz 3 Nr. 2 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen enthaltenen Regelungen voll und nachhaltig entsprochen.

Wirtschaftliche Lage der Stadtwerke Remscheid und im Konzern (Vermögens-, Finanz- und Ertragslage)

Die Gesellschaft und die ihr angegliederten Tochter- und Beteiligungsgesellschaften weisen im Geschäftsjahr 2011 insgesamt eine stabile Entwicklung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage auf. Die Umsatzerlöse der SR überschritten das Niveau des Vorjahres um 0,7 Mio. € und erreichten eine Gesamtgröße von ca. 13,1 Mio. €. Einziges operatives Geschäftsfeld ist nach wie vor der Betrieb des ÖPNV. Die Nettofahrgeldeinnahmen aus der Personenbeförderung stiegen leicht aufgrund der VRR-Tarifpreiserhöhung zum 01. Januar 2011 um 0,3 Mio. €. Unter Berücksichtigung von erhaltenen bzw. zu leistenden Ausgleichszahlungen stiegen die Gesamteinnahmen auf ca. 13,0 Mio. €. Das Fahrgastaufkommen lag mit insgesamt 18,4 Mio. Fahrgästen um 1,6 % unter dem Stand des Vorjahres. Generell bleibt bei der Entwicklung des Fahrgastaufkommens zu beachten, dass es sich bei den mit Hilfe von verbundeinheitlichen Fahrtenhäufigkeiten ermittelten Zahlen um eine statistische Größe handelt, die nicht das tatsächliche Fahrgastaufkommen in unserem Verkehrsgebiet wiedergeben kann sondern nur Richtungen aufzeigt.

Bereinigt um die Geschäftsbeziehungen im Unternehmensverbund erzielte der Konzern Stadtwerke Remscheid Gesamterlöse in Höhe von 151,0 Mio. €, die damit um ca. 2,0 Mio. € oder 1,3 % geringer als im Jahr zuvor ausfielen. Dieser Vergleich wird insbesondere durch die geringeren Gaserlöse der EWR beeinflusst, die durch die milderen Witterungsverhältnisse des Jahres 2011 mengenbedingt niedriger ausfielen.

Der Jahresüberschuss der SR in Höhe von etwa 4,5 Mio. € unterschreitet das Vorjahresergebnis um 0,9 Mio. €. Dieser Vergleich wird aber aufgrund von Sondereffekten bei den Beteiligungserträgen, die das Ergebnis in 2010 positiv beeinflussten, verzerrt. Mit dem gleichlautenden Konzernergebnis sehen wir ein insgesamt wieder sehr zufriedenstellendes Ergebnis für den Unternehmensverbund Stadtwerke Remscheid. Bei dem Bilanzgewinn ist bereits die Ausgleichszahlung an den Minderheitsgesellschafter der EWR, die Thüga Aktiengesellschaft München, in Höhe von 1,7 Mio. € berücksichtigt.

Alle Betriebszweige und Sparten waren am Erfolg beteiligt. Die stabile Ertragslage der EWR sowie der Erträge aus Dividenden und den übrigen Beteiligungen wie AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH (AWG) und Kom9 kompensierten nachteilige Effekte aus gestiegenen Treibstoffkosten im Verkehrsbetrieb, den nicht mehr geleisteten Bäderzuschuss seitens der Stadt Remscheid sowie einer notwendigen Abschreibung auf eine Parkhauseinrichtung der PSR.

Im Geschäftsjahr 2011 erwirtschaftete der Konzern einen Jahresüberschuss in Höhe von annähernd 7,4 Mio. € und erreicht damit den Wert des Vorjahres. Er wird nach wie vor vom wirtschaftlichen Erfolg der EWR (Gewinnabführung an die Konzernmutter: 10,1 Mio. €) bestimmt. Hierbei ist der auf die Thüga Aktiengesellschaft entfallene Gewinnanteil von 1,7 Mio. € bereits abgesetzt.

Die Erträge und Aufwendungen für Beteiligungen an assoziierten Unternehmen betrafen die AWG, Wuppertal, BEG Entsorgungsgesellschaft mbH, Remscheid, ELBA Omnibusreisen GmbH, Wuppertal, und die GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft, Remscheid. Diese Unternehmen werden nach der Equity-Methode (Buchwertmethode) in den Konzernabschluss einbezogen.

Die Geschäftsentwicklung der EWR wurde von dem sich selbst tragenden stabilen Aufschwung der heimischen Wirtschaft geprägt. Allerdings konnte auf der Gasseite der Absatz nicht an den Rekordwert des Jahres 2010 heranreichen, der insbesondere durch die extrem kalten Wintermonate geprägt war. Insgesamt hat sich der Wettbewerbsdruck intensiviert. Die gesamten Außenerlöse der Gesellschaft sanken gegenüber dem Vorjahr um 2,2 % auf 134,9 Mio. €. Im Energiebereich und bei den Wasserlieferungen - einschließlich Innenumsätze und berechnete Netzverluste - sanken die Erlöse um ca. 3,0 % auf 138,2 Mio. €. Der Umsatzzuwachs in der Sparte Strom beruht auf Mengen- und Preiseffekten. Der Stromabsatz - einschließlich Durchleitungen - der EWR stieg aufgrund stabiler Konjunkturverhältnisse um 1,0 % auf 642,2 Mio. kWh. Die Erlösentwicklung im Segment der Gasversorgung - sie sanken gegenüber dem Vorjahr um 12,8 % auf 42,7 Mio. € - ist weitestgehend das Spiegelbild der Absatzseite. Hier wurden einschließlich Durchleitungsmengen knapp 1.032 Mio. kWh abgesetzt. Die Erlöse in der Wasserversorgung in Höhe von 15,5 Mio. (- 5,2 %) berücksichtigen notwendige Umsatzkorrekturen für das Jahr 2010, die aus dem Abgleich hochgerechneter und fakturierter Wassermengen resultieren. Der Wasserabsatz weist mit 6,3 Mio. m³ ein Minus von 8,0 % aus. In der Wärmeversorgung/Contracting verzeichnen wir ebenfalls als Folge der milderen Witterung einen Umsatzrückgang von etwa 7,1 %. Der Absatz sank um 10,3 % auf 44,1 Mio. kWh.

Die H₂O GmbH präsentierte im abgelaufenen Geschäftsjahr mit knapp 688.000 registrierten Gästen (+ 5,6 %) erfreulich hohe Besucherzahlen. Die Umsatzerlöse überschritten mit ca. 4,2 Mio. € den Vorjahreswert um 0,3 Mio. €. Das Jahresdefizit von 3,3 Mio. € blieb auf Vorjahresniveau.

Das Ergebnis der PSR aus allen Parkeinrichtungen und Dienstleistungen bewegte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr bei ca. - 312 T€ nach - 56 T€ im Jahr zuvor. Dieses ist allerdings mit 293 T€ durch eine notwendige Sonderabschreibung des „Parkhauses am Markt“ belastet. Die erzielten Erträge entwickelten sich erneut uneinheitlich. Während die Umsätze aus Kurzparkvorgängen - sie tragen etwa zwei Drittel zu den Erlösen bei - einen Rückgang von 3,9 % auf 575 T€ vollziehen, verzeichnen wir bei den Dauerparkern abermals einen erfreulichen Umsatzgewinn von rund 17,8 %.

Personalbereich

Zum 31.12.2011 beschäftigten die SR 232 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit rechnerisch 3 Belegschaftsmitglieder weniger als zum gleichen Stichtag des Vorjahres. Die Zahl der kostenrelevanten Vollzeitkräfte hat sich zum Jahresende um 2,5 vermindert und auf 225,5 Personen eingestellt. Im Konzern waren zum Bilanzstichtag insgesamt 535 und damit 3 Mitarbeiter weniger beschäftigt.

Zum Jahresende befanden sich wie im Vorjahr wieder 5 junge Menschen im Verkehrsbetrieb der SR in einem Ausbildungsverhältnis, im Konzern waren es 23 Auszubildende (+ 2). Das entspricht - auf die Belegschaftszahl zum 31.12. ohne Auszubildende und Fahrpersonal bezogen, weil in diesem Bereich kein Ausbildungsberuf angeboten wird - einer Ausbildungsquote von gut 6 %.

Wegen des personalintensiven Fahrbetriebes sind die Personalkosten der größte Aufwandsblock in der Ergebnisrechnung der Stadtwerke. Auf diese Kostengröße entfielen 10,9 Mio. € und damit etwa knapp 0,1 Mio. € mehr als im Jahr 2010.

Umwelt-, Arbeitsschutz und Qualitätsmanagement

Die EWR hat das Thema Umweltschutz schon vor vielen Jahren zum festen Bestandteil der Unternehmenspolitik gemacht. Das Unternehmen verfügt über ein Umweltmanagementsystem, das den Anforderungen des internationalen Standards DIN EN ISO 14001 genügt. Das Überwachungsaudit zum Erhalt der Zertifizierung konnte im November 2011 erfolgreich absolviert werden.

Nach 2004 hat sich die EWR im Berichtsjahr dem erneuten Zertifizierungsverfahren zum Technischen Sicherheitsmanagement (TSM) des Dachverbandes Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) gestellt. Neben den Sparten Gas und Wasser wurde erstmals die Stromversorgung einbezogen. Die umfangreiche Auditierung verlief erfolgreich und die unabhängigen Gutachter stellten der Gesellschaft ein sehr gutes Zeugnis aus. Das TSM-Zertifikat ist bis 2016 gültig. Die Erfüllung der Aufgaben im Kerngeschäft der Strom-, Gas- und Wasserversorgung ist nicht eine Momentaufnahme sondern ein gelebter, stetiger Prozess mit regelmäßigen internen Überprüfungen.

Als wesentliches Maß für die Güte der Sicherheitsarbeit im Rahmen des Arbeitsschutzes gilt allgemein die Anzahl der Arbeitsunfälle. Bei den Stadtwerken ereigneten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 6 meldepflichtige Arbeitsunfälle und damit 5 weniger als im Jahr zuvor. Im Konzern verzeichneten wir mit 22 sowohl meldepflichtigen als auch nicht meldepflichtigen Vorgängen eine Abnahme von 6 Unfällen gegenüber dem Vorjahr.

Risiken und Chancen

Das Risikomanagement wird im Konzern unternehmensübergreifend betrachtet und behandelt. Die Risikostrategie ist darauf ausgerichtet, dass unternehmerische Entscheidungen erst nach sorgfältigem Abwägen von Chancen und Risiken getroffen werden. Das zentrale Risikofrüherkennungssystem ist integraler Bestandteil unserer Managementsysteme und wird konzernweit eingesetzt. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert, Maßnahmen zur Risikominderung werden festgelegt und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Den Aufsichtsräten wird im gleichen Rhythmus ein Sachstandsbericht zum Risikomanagement gegeben. Das Risikofrüherkennungssystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Für die SR und den Konzern sind zum Jahreswechsel 2011/2012 insgesamt 5 Risiken (7 i. Vj.) identifiziert und bewertet worden. Im Allgemeinen weisen die identifizierten Risiken nur eine sehr geringe Dynamik auf. Für die PSR und H2O GmbH bestehen zurzeit keine Risiken, die im Hinblick auf die mögliche Schadenshöhe oder Eintrittswahrscheinlichkeit den Vorgaben des Risikomanagements entsprechen. Von den identifizierten und bewerteten Risiken befinden sich zum Jahreswechsel ein Risiko der EWR in der Risikoklasse B und die weiteren 4 - eins davon betrifft die SR - in der Risikoklasse C. Diese Klassifizierung hat im Hinblick auf Eintrittswahrscheinlichkeit und potenzielle Schadenshöhe die geringste Bedeutung für unsere Unternehmen. Für die Risiken dieser Kategorie wurden angemessene Rückstellungen dotiert. Sowohl die SR als auch ihre Tochtergesellschaften haben keine Finanzmarktgeschäfte getätigt; insoweit drohen den Gesellschaften auch aus diesem Segment keine Risiken.

Ein die Stadtwerke Remscheid betreffendes Risiko ist von grundsätzlicher beihilferechtlicher Bedeutung. Vor dem Hintergrund des EuGH-Urteils „Altmark Trans“ aus dem Jahr 2003, mit dem die beihilferechtliche Zulässigkeit von Ausgleichszahlungen des Aufgabenträgers an Verkehrsunternehmen an bestimmte Kriterien gebunden ist, hat der Zweckverband VRR ein neu entwickeltes Finanzierungssystem beschlossen. Im Dezember 2006 hat die EU-Kommission ein förmliches Prüfverfahren gegen das Finanzierungssystem des VRR eingeleitet, aus dem für alle Beteiligten beihilferechtliche Risiken erwachsen. Mit Schreiben vom 19. April 2011 des VRR wurde darüber informiert, dass das VRR-Finanzierungssystem im Beihilfeprüfverfahren Langenfeld von der EU-Kommission anerkannt wurde.

Diese beihilferechtlichen Vorschriften zur öffentlichen Daseinsvorsorge und der derzeit geltende Rechtsrahmen der EU-Kommission für die Gewährung von staatlichen Ausgleichszahlungen berühren auch die von der H₂O zu erbringenden Dienstleistungen. Die Bereitstellung von Beckenzeiten für Schul- und Vereinsschwimmen sowie ein Bäderbetrieb zu sozialverträglich gestaffelte „Nutzerentgelte“ beinhalten in der Regel das geforderte gemeinwohlverpflichtende Element und gehören damit zu dessen Daseinsvorsorgeaufgaben. Ebenso ist die PSR aus sozialen, kulturellen und städtebaulichen Gründen, also zur Vermeidung der Stadtflicht von Gewerbebetrieben oder Angehörigen freier Berufe sowie zum Schutz des Einzelhandels vor der Abwanderung der Innenstadtbewohner beispielsweise nicht in der Lage, kostendeckende Parkentgelte zu erheben.

Um sicherzustellen, dass die von den Stadtwerken Remscheid jeweils vorzunehmenden und damit von der Stadt Remscheid getragenen jährlichen Verlustausgleiche im Einklang mit dem EU-Beihilferecht stehen, bedurfte es sogenannter Betrauungsakte. Der Rat der Stadt Remscheid hat in seiner Sitzung im Dezember 2011 sowohl die H₂O als auch die PSR mit der Durchführung gemeinwirtschaftlicher Aufgaben betraut. Diese Betrauungsakte sind im Januar 2012 durch entsprechende Gesellschafterbeschlüsse umgesetzt worden und stellen sicher, dass Rückgewährungsverpflichtungen sowie steuerliche Nachteile vermieden werden.

Neben der Risikobetrachtung sehen wir auch Chancenpotenzial bei den Stadtwerken und im Konzern. In den Bereichen des Verkehrsbetriebes halten unsere Restrukturierungsbemühungen mit einer nachhaltigen Verbesserung der Wirtschaftlichkeit an. Planungssicherheit bringen uns der Abschluss einer Beschäftigungssicherungsvereinbarung (BSV) zwischen Arbeitgeberverband, Gewerkschaften und SR, die neue Entgeltregelungen und Rahmenbedingungen für die Vergabe von Verkehrsleistungen aufzeigt. Mit der in 2012 anstehenden Ersatzbeschaffung von Gelenkbussen haben wir unser Modernisierungsprogramm vorerst abgeschlossen.

Mit der Beteiligung der Stadtwerke an Kom9 und somit an der Thüga AG wird durch die generierten Beteiligungserträge nicht nur die Ertragskraft der Gesellschaft stabilisiert. Das Chancenpotential im Thüga-Netzwerk wird von der EWR beispielsweise in den Bereichen Beschaffung, Vertrieb und Netz breit genutzt. Die angestrebte Beteiligung an der Thüga Erneuerbare Energiengesellschaft (THEE) konnte im Herbst 2011 erfolgreich umgesetzt werden. Damit haben wir neben dem bestehenden Engagement bei GREEN GECCO ein weiteres Standbein im Segment der überregionalen regenerativen Energieerzeugung geschaffen. Darüber hinaus arbeiten wir mit benachbarten Stadtwerken zusammen, um gemeinsam Windkraftanlagen im Rheinisch-Bergischen Land zu entwickeln und zu erstellen.

Bei der PSR werden stetig Maßnahmen untersucht und umgesetzt, die uns Chancen eröffnen, die Parkhausfrequenz und damit die Einnahmen zu steigern bzw. durch günstigere Kostenstrukturen die Ertragslage zu stärken. So haben wir in Kooperation mit der EWR im Februar 2011 eine öffentliche Elektrotankstelle in unserer Tiefgarage am Rathaus eingerichtet.

Neben dem Umweltschutz leisten wir einen Beitrag zur Unterstützung der Elektromobilität und damit auch zur Kundenwerbung und –bindung.

Die anhaltend hohe Attraktivität der Einrichtungen der H₂O GmbH, die Flexibilität, schnell auf Kundenwünsche einzugehen, wurden wieder honoriert: Ein nicht unbeachtlicher Anteil dürfte ebenfalls auf die wieder zugenommene „Wirtschaftskraft“ der privaten Haushalte entfallen, die insgesamt im Konsumverhalten eine belebende Nachfrage ausgelöst hat. Das Preisniveau vergleichbarer Freizeiteinrichtungen eröffnet uns gewisse Spielräume und Chancen, trotz zunehmender Konkurrenzsituation im Umland die Ertragslage der Gesellschaft stabil zu halten.

Investitionen und Finanzierung

Im Jahr 2011 wurden bei den Stadtwerken etwa 2,1 Mio. € (2,8 Mio. € i. Vj.) in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sowie Finanzanlagen investiert. Auf den Verkehrsbetrieb entfallen 1,8 Mio. € für Ersatzfahrzeuge der Personenbeförderung und gut 0,3 Mio. € für die Ausübung von Bezugsrechten im Rahmen der RWE-Kapitalerhöhung.

Im Konzern wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr konsolidiert insgesamt etwa 10,7 Mio. € - im Vorjahr ca. 8,2 Mio. € - für die Investitionstätigkeit in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen verausgabt. Hiervon entfielen ca. 20 % auf die Stadtwerke Remscheid, weitere knapp 74 % auf die EWR und knapp 6 % auf die H₂O. Die PSR verausgabte nur geringfügige, nicht näher zu erläuternde Investitionsmittel. Im Bereich der Finanzanlagen wurden 1,6 Mio. € für die Beteiligung der EWR an der THEE investiert. Zur vollständigen Finanzierung der Investitionen konnte auf die vorhandene Liquidität zurückgegriffen werden.

Ausblick

Das Stimmungsbarometer der bergischen Wirtschaft zeigt zum Jahreswechsel 2012 sehr freundliche Tendenzen auf. Die Industrie- und Handelskammer Wuppertal-Solingen-Remscheid attestiert für die Unternehmen eine weiterhin gute Wirtschaftslage. Beispielsweise stiegen die Industrieumsätze im Januar 2012 gegenüber dem Januar 2011 in Remscheid um mehr als 12 %. Der sich selbst tragende und stabile Aufschwung hat einen neuen Höhepunkt erreicht.

Im Verkehrsbetrieb der Stadtwerke liegt die Anzahl der Fahrgäste in den ersten zwei Monaten 2012 mit gut 3,2 Mio. etwas unter dem Ist-Wert des Vorjahres. Die korrespondierenden Verkehrseinnahmen bewegen sich in Folge der VRR-Tarifpreiserhöhung trotzdem leicht über den Werten der vergleichbaren Vorjahresperiode. Die anhaltend hohen Treibstoffkosten werden wieder die Budgets im Verkehrsbetrieb außerordentlich belasten.

Die Entwicklung der Gästezahlen im Sauna- und Badeparadies der H₂O GmbH der ersten drei Monate übertrifft - insbesondere in der Wasserlandschaft - sowohl unsere Prognoserechnung als auch die korrespondierenden Vorjahreswerte. Eine zum 01. April 2012 vorgesehene moderate Preisanpassung wird zur Stabilisierung der Ergebnissituation der Gesellschaft beitragen. Nach wie vor befindet sich das Parkierungsgeschäft der PSR in einem strukturell schwierigen Umfeld. Die Erlösentwicklung zum Jahresende - rückläufige Zahlen bei den Kurzparkern und Zuwachs im Dauerparkersegment - zeigt sich auch im bisherigen Verlauf des Jahres 2012. Insgesamt bewegt sich der Umsatz leicht unter dem erwarteten Niveau.

Im Strombereich der EWR liegt der Absatz über dem Wert des vergangenen Jahres, ebenso werden unsere Prognosen übertroffen.

Der Gas- und Wärmeabsatz kann sich in den ersten zwei Monaten des neuen Geschäftsjahres gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres auch gut behaupten. Beide Geschäftsfelder weisen Zuwächse auch gegenüber unserer Wirtschaftsplanung auf. Der Wasserabsatz folgt leider wieder dem Trend der vergangenen Jahre und erreicht nicht den Stand der ersten zwei Monate des Vorjahres. Der bei der EWR eingeschlagene Weg in Richtung eines regionalen Energieeffizienz- und Energiedienstleistungsunternehmens wird weiter fortgesetzt. Die Beteiligungen an GREEN GECCO und THEE werden intensiviert. Verschiedene Onshore-Windparks wurden von diesen Gesellschaften bereits erworben und ans Netz gebracht, weitere folgen im neuen Geschäftsjahr. Darüber hinaus untersuchen wir sehr intensiv einen Standort für eine Windkraftanlage in Remscheid.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass in den ersten zwei Monaten insgesamt gute Grundlagen und Voraussetzungen für das Geschäftsjahr 2012 der Stadtwerke und ihrer Tochtergesellschaften vorliegen. Der bisherige gesamtwirtschaftliche Geschäftsverlauf des Jahres 2012 im Konzern ist zufriedenstellend und lässt alles in allem auf eine planmäßige Entwicklung schließen. Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag haben sich nicht ergeben.

Der Bilanzgewinn der Stadtwerke Remscheid bzw. Konzern konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr gegenüber der ursprünglichen Prognoserechnung sichtlich verbessert werden. Für 2012 streben wir gemäß der genehmigten Wirtschaftsplanung ein Jahresergebnis/Konzernergebnis von 3,5 Mio. € und perspektivisch 2,9 Mio. € für das Jahr 2013 an.

Remscheid, 30.03.2012

Prof. Dr. Hoffmann
Geschäftsführung

3.2 GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid

Allgemeine Unternehmensdaten

GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid
 Hochstraße 1-3
 42853 Remscheid
 Tel. 02191/4644-0

Gründungsjahr: 1918

Aktionäre	Aktien	Gezeichnetes Kapital	
		in €	in %
Stadt Remscheid	34.602	1.771.562,09	50,26
Stadtwerke Remscheid GmbH	23.373	1.196,656,86	33,95
9 Industrie- und Handelsfirmen	6.239	319.425,92	9,06
13 Privatpersonen	4.636	237.355,13	6,73
<u>Gesamt</u>	<u>68.850</u>	<u>3.525.000,00</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand und Zweck der Gesellschaft sind satzungsmäßig insbesondere die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen.

Organe der Gesellschaft

Vorstand:

Hans-Jürgen Behrendt, Betriebswirt

Aufsichtsrat:

Lothar Sill, Vorsitzender	Sachkundiger Bürger
Rosmarie Stipekohl, stellvertr. Vorsitzende	Ratsmitglied
Luigi Costanzo	Ratsmitglied
Gabriele Eschbach	
Georg Famulla	
Monika Hein	Bürgermeisterin
Prof. Dr. Thomas Hoffmann	
Kai Kaltwasser	Ratsmitglied
Markus Kötter	Sachkundiger Bürger
Dipl. Betriebswirt Peter Krack	
Uwe Manthei	
Andreas Martin	
Jochen Seidel	
Beate Wilding	Oberbürgermeisterin
Sven Wolf	Ratsmitglied

Hauptversammlung:

Vertreterin der Stadt Remscheid in der Hauptversammlung war lt. Ratsbeschluss Frau Barbara Wagner.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Bürgschaftsverpflichtung per 31.12.2011 T€ 867,5

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2009	2010	2011
	€	€	€
Dividende	75.728,21	75.728,21	75.728,21
Depotgebühren	1.206,39	1.206,39	7.140,00

Anzahl der Beschäftigten (durchschnittlich beschäftigte Arbeitnehmer/-innen)

Geschäftsbereich	2009		2010		2011	
	Vollzeit	Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit
Kaufmännischer Bereich	22	5	22,5	4	25	4
Technischer Bereich	10	3	10	4	11	4
Gesamt	32	8	32,5	8	36	8
Auszubildende	3		2,5		2	

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Bewirtschafteter Bestand -Anzahl-	2009	2010	2011
Häuser	1.137	1.128	1.103
Wohnungen	6.541	6.511	6.396
Gewerbliche Einheiten	93	93	88
Garagen und Einstellplätze	1814	1855	1854
gesamt jeweils per 31.12.	9.585	9.587	9.441

Grundbesitz -in qm-	2009	2010	2011
Bebaute Grundst. inkl. Erbbaurechte	863.560	858.569	857.122
In Bebauung befindliche Grundstücke	0	1.647	5.440
Unbebaute Grundstücke	60.115	53.413	53.413
gesamt jeweils per 31.12.	923.675	913.629	915.975

Bilanzstruktur -im 3-Jahresvergleich-

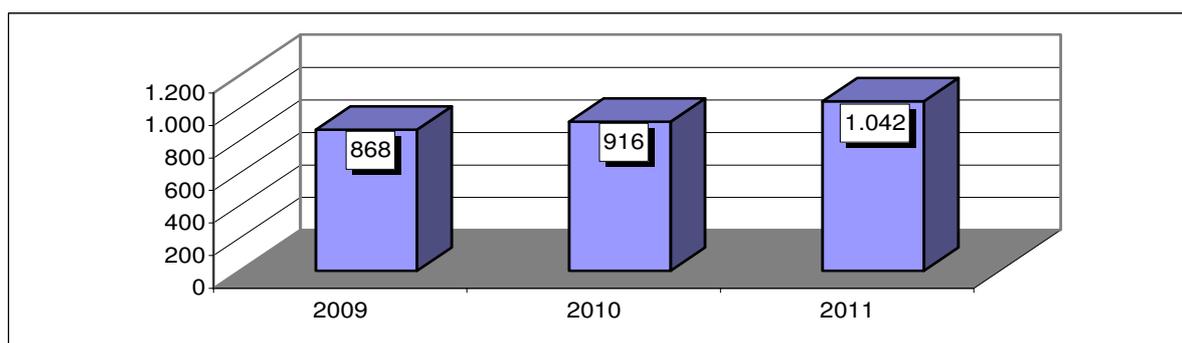
Jahr	2009		2010		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	20	0,01	42	0,02	67	0,03
Sachanlagen	182.405	89,88	185.041	89,19	192.633	91,32
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	182.425	89,89	185.083	89,21	192.700	91,35
Z. Verkauf best. Grundstücke u.a. Vorräte	10.334	5,09	10.250	4,94	9.315	4,42
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	764	0,38	1.232	0,59	1.226	0,58
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel und Bausparguthaben	9.297	4,58	10.810	5,21	7.625	3,61
Umlaufvermögen	20.395	10,05	22.292	10,74	18.166	8,61
Rechnungsabgrenzungsposten	115	0,06	95	0,05	87	0,04
Aktiva	202.935	100,00	207.470	100,00	210.953	100,00
Gezeichnetes Kapital	3.525	1,74	3.525	1,70	3.525	1,67
Kapitalrücklage	826	0,41	826	0,40	826	0,39
Gewinnrücklagen	36.444	17,96	37.157	17,91	37.957	17,99
Jahresüberschuss(+)	868	0,43	916	0,44	1.041	0,49
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Einstellung in(-)/Entnahme aus Rücklagen(+)	-434	-0,21	-458	-0,22	-520	-0,25
Eigenkapital	41.229	20,32	41.966	20,23	42.829	20,30
Rückstellungen	1.535	0,76	1.622	0,78	1.754	0,83
Verbindlichkeiten	160.171	78,93	163.882	78,99	166.370	78,87
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	202.935	100,00	207.470	100,00	210.953	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich-

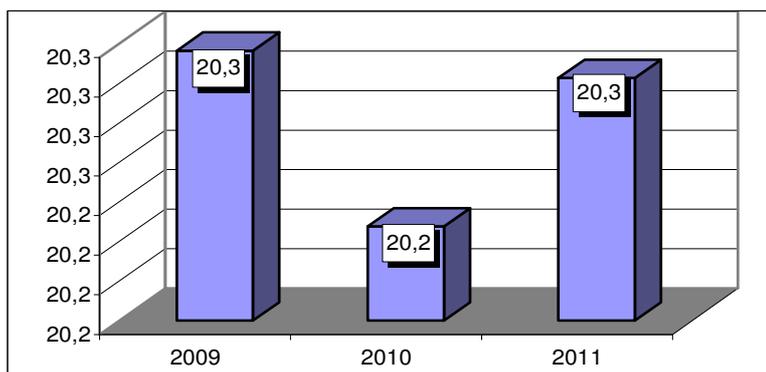
Jahr	2009	2010	2011
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	34.163	33.071	33.929
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-438	-58	-1.000
Andere aktivierte Eigenleistungen	364	488	592
Sonstige betriebliche Erträge	734	1.320	1.146
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	170	84	104
Erträge	34.993	34.905	34.771
Aufwend. f. bezogene Lieferungen u. Leistungen	18.878	18.762	17.716
Personalaufwand	2.632	2.540	2.635
Abschreibungen	5.395	5.529	5.843
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.196	1.014	1.409
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.987	5.090	5.059
Aufwendungen	33.088	32.935	32.662
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.905	1.970	2.109
Steuern vom Einkommen und Ertrag	81	85	81
Sonstige Steuern	956	969	986
Jahresüberschuss (+)	868	916	1.042
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0
Entnahmen aus Gewinnrücklagen	0	0	0
Einstellungen in Gewinnrücklagen	434	458	521
Bilanzgewinn	434	458	521

Entwicklung der Jahresergebnisse

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	868	916	1.042

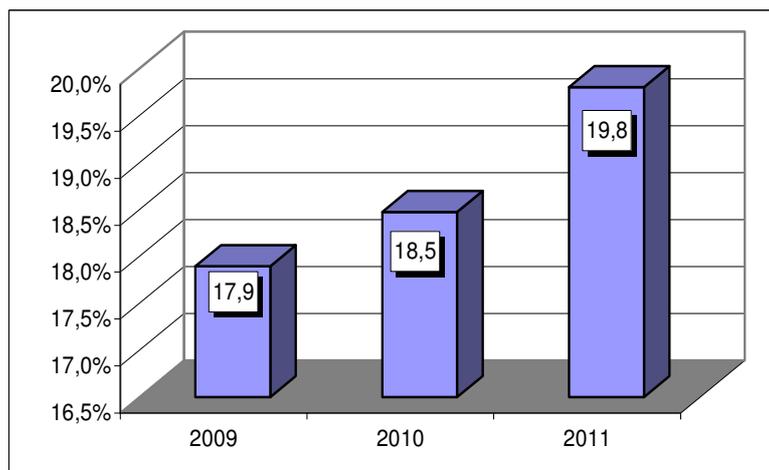
**Kennzahlen****Eigenkapital-Quote**

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	41.229	41.966	42.829
Bilanzsumme	202.935	207.470	210.953
% EK	20,3	20,2	20,3



Cash-Flow

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	868	919	1042
Abschreibungen	5.395	5.529	5.843
	6263	6448	6885
Gesamterträge	34.993	34.905	34.771
Cash-Flow	17,9%	18,5%	19,8%



Lagebericht 2011

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Zwei gewaltige Naturkatastrophen schwächten im Verlauf des Jahres 2011 die Weltwirtschaftsaktivitäten weit über die Grenzen hinaus, hinter denen die tragischen Ereignisse stattfanden. Im März erlebte Japan das schwerste Erdbeben seiner Geschichte und ein dadurch ausgelöster Tsunami überrollte weite Teile der Nordostküste. Tausende verloren ihr Zuhause und über 20 000 Menschen wurden getötet. Rund ein halbes Jahr später lösten großflächige Überflutungen in Thailand weitere menschliche Tragödien aus. Aufgrund der internationalen Produktionsvernetzung mit den wichtigen Industrien dieser Erde spürten Firmen die wirtschaftlichen Folgen durch Lieferengpässe.

Ein kräftiger Ölpreisschub, der bereits im Herbst 2010 einsetzte, verlangsamte zusätzlich die zum Jahresbeginn noch schwungvolle Entwicklung der Weltkonjunktur. Trotz der erneuten Unsicherheiten und wirtschaftlichen Turbulenzen an den internationalen Märkten konnte das weltweite Bruttoinlandsprodukts (BIP) in 2011 um 3,8 Prozent wachsen. Aufgrund konjunktureller Risiken geht der Internationale Währungsfond (IWF) für 2012 von einer Verminderung um einen halben Prozentpunkt auf 3,3 Prozent aus.

Die Staatsschuldenkrise im Euroraum überschattete das Geschehen an den weltweiten Finanzmärkten. Der schwindende Glaube an deren Bewältigung und ein nachlassendes Verbraucher- und Unternehmervorvertrauen haben das Wirtschaftswachstum belastet. Die Regierungswechsel in Italien, Spanien und Griechenland, das Sparprogramm der neuen italienischen Regierung und der deutsch-französische Vorschlag strikter Haushaltsregeln führten zu einem strukturellen Umbruch nicht nur in den direkt betroffenen Ländern.

Die Stützung der Konjunktur und die Stabilisierung des Finanzsektors war das vorrangige Ziel in den Ländern mit hohen Haushaltsdefiziten und riesigen Schuldenständen. In den 27 Ländern der Europäischen Union (EU) stieg das BIP um 1,5 Prozent, die Verbraucherpreise legten um 2,5 Prozent zu.

Die deutsche Wirtschaft konnte trotz eines schwierigen internationalen Umfeldes mit ihrem Wachstum an das konjunkturell starke Vorjahr anschließen. Sie war Konjunkturlokomotive in der Eurozone und zugleich steter Befürworter ausgeglichener Staatshaushalte. Die treibende Kraft für das deutsche Wirtschaftswachstum war die Industrie. Zwar schwächte sich die Erzeugung in diesem Sektor in der zweiten Jahreshälfte ab, tendenziell war die Industrieproduktion aber aufwärts gerichtet. Die Ursache lag insbesondere in der ungebrochenen kräftigen inländischen Investitionstätigkeit, während der Außenhandel nur einen geringen Anteil am BIP-Wachstum hatte.

Auch das private Konsumverhalten erwies sich als Stütze für die robuste Grunddynamik der deutschen Wirtschaft. Die privaten Ausgaben stiegen nach 2,6 Prozent in 2010 im vergangenen Jahr um 3,7 Prozent. Die Erhöhung des verfügbaren Einkommens um 3,3 Prozent und die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt haben zu dieser positiven Entwicklung maßgeblich beigetragen.

Während sich in vielen europäischen Ländern die Lage am Arbeitsmarkt als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise verschlechterte, verbesserte sie sich in Deutschland erheblich. Die Arbeitslosigkeit hat im vergangenen Jahr den tiefsten Stand seit 20 Jahren erreicht. Im Jahresdurchschnitt sind weniger als 3,0 Millionen Menschen registriert gewesen. Die Arbeitslosenquote belief sich damit auf 7,1 Prozent. Zum Jahresende lag die Quote bei 6,6 Prozent.

Zugleich übersprang die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland erstmals die Marke von 41 Millionen. Im Dezember 2011 waren 41,4 Millionen Menschen, das sind 1,3 Prozent mehr als im Vorjahresmonat, berufstätig. Eine nochmalige Verbesserung der Zahlen im Jahr 2012 wird von den Experten nicht erwartet.

Maßgeblichen Anteil an dem seit zwei Jahren anhaltenden Wirtschaftsaufschwung hat das verarbeitende Gewerbe. Mit rund 2.300,0 Milliarden € erreicht das BIP wieder sein reales Niveau vom Vorkrisenjahr 2008. Bei den Ausrüstungsinvestitionen verlangsamte sich zwar mit 8,2 Prozent der Anstieg gegenüber dem Vorjahr (10,1 Prozent), mit einem Plus von 8,3 Prozent haben sich jedoch die Bauinvestitionen mehr als verdoppelt (3,5 Prozent).

Die Bauwirtschaft kann für das zurückliegende Jahr insgesamt eine gute Bilanz ziehen. Der Wohnungsbau legte nach vielen Jahren der Schwäche sowohl im Geschosswohnungsbau als auch im Ein- und Zweifamilienhausbau zahlenmäßig erneut zu. Nicht zuletzt aufgrund günstiger Finanzierungsbedingungen ist auch die Lage im Wirtschaftsbau positiv. Im gesamten Jahresverlauf verharrten die deutschen Kapitalmarktzinsen auf einem nach wie vor historischen Tief. Eine hohe Investitionsbereitschaft der Wirtschaft wird auch für 2012 erwartet.

Ein Schub bei den Bauaktivitäten hat sich außerdem bei den öffentlichen Investitionen gezeigt. Die zunehmende Schuldenkrise in Bund, Ländern und Gemeinden konnte die positiven Auswirkungen der auslaufenden Konjunkturpakete nicht spürbar schwächen. Für die Zukunft ist aber damit zu rechnen, dass die verfassungsgemäße Schuldenbremse die Finanzierungsspielräume für notwendige Ausgaben einengen wird.

Die Prognosen für die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland im Jahr 2012 sind eher verhalten. Nach einem Wachstum des BIP um 3,0 Prozent in 2011 gehen die Experten nur noch von rund 1,0 Prozent aus und machen dabei die Unsicherheit über den Fortgang der internationalen Schuldenkrise und den Sparkurs zahlreicher Euro-Länder dafür verantwortlich. Angesichts einer engen Vernetzung im Finanzsektor und einer fehlenden europäischen Finanzmarkttrichtlinie bestünden erhebliche Risiken, die auch für die deutsche Wirtschaft und den öffentlichen Haushalt gravierende Konsequenzen haben könnten.

Wohnungswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Mit knapp 40 Millionen Wohneinheiten, von denen rund 3 Millionen nicht bewohnt waren, verfügte Deutschland im Jahr 2006 über einen großen und funktionierenden Wohnungsmarkt. An dieser grundlegenden Struktur und Aussage wird sich bis heute nur wenig geändert haben. Rund 40 Prozent der Wohneinheiten werden vom Eigentümer als Ein- und Zweifamilienhaus bzw. als Geschosswohnung selbst genutzt. Über ein Drittel des Wohnungsmarktes wird von privaten Kleinanbietern, sogenannten Amateurvermietern, bedient. Der verbleibende Bestand wird von Genossenschaften, kommunalen Wohnungsunternehmen, öffentlichen Wohnungsunternehmen, privatwirtschaftlichen professionell-gewerblichen Eigentümern, wie z.B. Versicherungsunternehmen und Immobilienfonds, sowie Kirchen und sonstigen Wohnungsunternehmen angeboten.

Vergleicht man die Zahl der Wohnungen mit dem Bevölkerungsstand, so ergibt sich ein Durchschnitt von rund 2 Haushaltsmitgliedern je Wohnung. Der seit längerem zu beobachtende Trend, dass weniger Menschen in einem Haushalt zusammenleben, hat zur Folge, dass sich die Zahl der Haushalte anders als die Bevölkerung entwickeln wird. Nachfragerückgänge aufgrund sinkender Bevölkerungszahl werden auch während des nächsten Jahrzehnts, jedoch regional sehr unterschiedlich, noch durch die Zunahme der Haushalte kompensiert.

Wohnungsleerstände im Westen der Bundesrepublik sind vorwiegend in ländlichen aber auch altindustrialisierten Regionen wie z.B. dem Ruhrgebiet zu verzeichnen. Zusätzlich wird die Zahl der Kreise und kreisfreien Städte mit schwacher Wirtschaftsstruktur, die einen Rückgang der Haushaltszahlen aufweisen, stetig steigen.

Die überwiegende Zahl der Kreise mit abnehmender Bevölkerungsdynamik liegt in den neuen Bundesländern. Von dieser Entwicklung vorerst ausgenommen bleiben nur wenige Städte wie Berlin und seine Umgebung ebenso Regionen wie z.B. Dresden, Halle, Weimar und Erfurt.

Insgesamt ist jedoch bis zum Jahr 2025 lt. dem GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V., Berlin, von einem durchschnittlichen jährlichen Neubaubedarf einschließlich der Ersatzbauten von über 180.000 Einheiten auszugehen, der sich im Wesentlichen auf die alten Bundesländer mit einigen Wachstumsregionen konzentriert. Im Vergleich dazu sind im Jahr 2010 bundesweit nur rund 160.000 Wohnungen fertiggestellt worden. Dies führt dazu, dass in einigen prosperierenden Regionen immer stärker von einem Vermietermarkt gesprochen wird.

Sollte auch in Zukunft die Bereitstellung von Städtebauförderungsmitteln im Bundeshaushalt deutlich von dem im Stadtentwicklungsbericht 2008 mit 700 Millionen € bezifferten Betrag abweichen, so wird sich die Vermietungssituation aus wohnungswirtschaftlicher Sicht eher noch verschlechtern. Nach 2011 stellt der Bund auch in 2012 wiederum nur 455 Millionen € Bundesmittel für die Städtebauförderung zur Verfügung. Länder und Gemeinden werden Mittel in gleicher Höhe beitragen. Insgesamt stehen damit rund 1,4 Milliarden €

an öffentlichen Mitteln für Programme wie Stadtumbau Ost, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, Soziale Stadt sowie Städtebaulicher Denkmalschutz bereit.

Eine geplante Verschärfung der Richtlinien für das energiesparende Bauen und die Einführung von neuen Nachrüst- und Nutzungspflichten würden zusätzlich die Investitionsmöglichkeiten der Hauseigentümer spürbar einschränken und das Erreichen der ehrgeizigen klimapolitischen Ziele der Bundesregierung in Frage stellen. Denn Gebäudemodernisierungen würden so noch teurer und das zur Verfügung stehende Geld käme weniger Objekten zugute. Daneben reichen bereits heute die Regelungen des Mietrechts nicht aus, um eine mietwirksame Refinanzierung energiesparender Maßnahmen umzusetzen.

Trotz dieser insgesamt negativen wohnungswirtschaftlichen Rahmenbedingungen konnte eine Wiederbelebung der Neubautätigkeit festgestellt werden. Nach den Tiefständen in den Jahren 2009 und 2010 wird in 2011 mit 164.000 fertiggestellten Wohneinheiten gerechnet.

Seit 2009 steigt die Baugenehmigungszahl für Wohnungen kontinuierlich. Allerdings im letzten Jahr signifikant um mehr als ein Fünftel gegenüber 2010. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) berichtete, erhöhte sie sich um 40.728 Einheiten bzw. 21,7 Prozent auf 228.395 Einheiten. Von den in diesem Zeitraum genehmigten Wohnungen entstanden 200.130 im Neubausektor, das ist ein Plus von 35.501 Einheiten (+ 21,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Der Anstieg der Baugenehmigungen für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern um 17.970 Einheiten (26,8 Prozent) auf 84.913 Einheiten ist dabei erneut etwas stärker ausgefallen als bei Ein- und Zweifamilienhäusern mit 15.407 Einheiten bzw. 1.174 Einheiten (19,6 Prozent bzw. 7,3 Prozent). Auch die Zahl für Eigentumswohnungen nahm um 14.653 Einheiten bzw. 42,4 Prozent auf 49.228 Einheiten zu.

Trotz der äußerst positiven Entwicklung bei den Baugenehmigungszahlen in 2011 gewinnen langfristig die Investitionen in den Bestand weiter an Bedeutung. Die Sanierung, Modernisierung und Instandhaltung vorhandener Gebäude und Wohnungen nehmen bereits heute und insbesondere in der Zukunft einen erheblichen Anteil am Gesamtvolumen der Wohnungsbauinvestitionen ein. Vorrangiges Ziel ist es, kontinuierlich die Qualität des Immobilienbestandes und seines Umfeldes entsprechend der Nachfrage zu heben, um drohende Leerstandsverluste zu vermeiden.

Es zeigt sich in manchen Regionen, vor allem aber in Ballungsräumen, immer deutlicher, dass die klassische Wohnungsbauförderung mit ihrem mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnraum nach wie vor eine wichtige Aufgabe für die Versorgung der Haushalte einnimmt, die sich aufgrund ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse am freien Markt nicht oder nur schwierig im angemessenen Umfang versorgen können.

Neubau fand in den Jahren 2010 und 2011 überwiegend im oberen Preissegment statt, obwohl auf die reale Entwicklung bezogen sich der Anteil der Haushalte mit einem Einkommen (Preisbasis 2002) unter 1.500,00 € pro Monat von 38,8 Prozent im Jahr 2002 auf über 44,0 Prozent in 2010 erhöht hat (Pestel Institut). Gleichzeitig haben sich die Betriebs- und Heizkosten drastisch erhöht.

Auch durch die zunehmende energetische Sanierung stieg die Mietbelastungsquote insbesondere der einkommensschwachen Bevölkerung, obwohl die energiesparenden Maßnahmen an Gebäude und Technik Wirkung zeigten.

Dem F+B-Mietspiegelindex (F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt GmbH, Hamburg) ist zu entnehmen, dass 2011 die Mieten für rund 65 Quadratmeter große Wohnungen in 319 deutschen Städten und Gemeinden mit über 20.000 Einwohnern um 1 Prozent gestiegen sind. Die größten Mietsteigerungen seien in Nord- und Ostdeutschland zu verzeichnen gewesen, während die Mieten in den ostdeutschen Städten noch weit unter dem Bundesdurchschnitt von monatlich 6,04 €/qm liegen würden. Grundsätzlich sei festzustellen, dass die Altbauvergleichsmieten durchschnittlich bei 5,61 €/qm und Neubauten bei 7,30 €/qm liegen würden.

In Remscheid und Umgebung übersteigt das Angebot an Wohnraum die Nachfrage. Dies führte auch im vergangenen Jahr dazu, dass bei Wiedervermietung vereinzelt Abschläge vereinbart werden mussten, sehr häufig aber nicht mehr als das bisherige Mietniveau beibehalten wurde.

Geschäftsergebnis

Die Gesellschaft erwirtschaftete einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 1.041,3. Zu Einzelheiten wird auf die Ausführungen zur Ertragslage verwiesen

Bestandsentwicklung

Die Wohnvorstellungen und Wünsche unserer Kunden prägen das Bild des Immobilienbestandes der Gesellschaft. Die Erkenntnisse aus dem Nachfrageverhalten haben maßgeblichen Einfluss darauf, ob und wie sich an den verschiedenen Standorten die Wohnsituation und das Angebot der Gesellschaft verändert.

In verkehrsgünstiger aber sehr unruhiger Lage wurden zum Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres 10 Mehrfamilienhäuser mit 38 unattraktiven Wohnungen aus den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts vom Markt genommen. An dieser Stelle ist die Errichtung von diversen Gewerbeeinheiten geplant, deren Umsatzzahlen von der Pkw-Frequenz abhängig sind. Für die Neuerrichtung eines Mehrfamilienhauses mussten in innerstädtischer Lage 4 Häuser mit 32 Wohnungen, 2 Gewerbeeinheiten und 1 Garage aus dem Wiederaufbaujahr 1950 weichen.

Ein im Jahr 1936 auf einem großzügigen Areal errichtetes Ensemble von 10 Häusern mit 39 Wohnungen konnte nicht in einem wirtschaftlichen Rahmen durch geeignete Umbaumaßnahmen an die Mindestanforderungen für den Schallschutz herangeführt werden, ohne deutliche Einbußen bei anderen Qualitätsmerkmalen einer Wohneinheit in Kauf nehmen zu müssen und wurde daher abgerissen.

Eine weitere Verminderung des Bestandes trat durch Veräußerung eines Gebäudes mit einer Wohnung ein, während durch Zusammenlegung zu Maisonetten 3 Wohnungen entfielen und aus zwei Appartements eine größere Wohnung entstand. Im Zuge einer umfassenden Modernisierungs- und Umbaumaßnahme wurden durch Veränderung der Wohnungszuschnitte 3 Einheiten vom Markt genommen.

Durch Umwandlung in Wohnungen verminderte sich die Zahl der Gewerbeeinheiten um 3 und erhöhte sich durch Nutzungsänderung von einer Wohnung zu einem Büro.

Der eigene Immobilienbestand reduzierte sich bis zum Jahresende 2011 auf 6.396 eigene Wohnungen, 88 gewerbliche Einheiten und 1.854 Garagen bzw. Stellplätze mit einer Wohn- und Nutzfläche von 436.807 qm (Vorjahr: 442.830 qm). Der öffentlich geförderte und preisgebundene Wohnraum hat sich im vergangenen Jahr auf 1.544 Einheiten verringert, für die Gesellschaft ändert sich dadurch aber nichts an ihrem Ziel, einen wesentlichen Beitrag zum sozialen Wohnen in Remscheid zu leisten.

Zusammen mit den geförderten Neubauprojekten und den Bestandsimmobilien bietet die GEWAG Familien mit Kindern und einkommensschwächeren Bevölkerungsgruppen bezahlbaren und zugleich guten Wohnraum. Nach Abschluss der energetischen Sanierungsmaßnahmen wurden Mietanpassungen bis 0,72 € je qm Wohnfläche monatlich ausgesprochen, was neben der Anpassung an Vergleichsmieten nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) dazu führte, dass die durchschnittliche monatliche Wohnungsmiete im Geschäftsjahr um 0,18 € auf 4,87 € je qm Wohn-/Nutzfläche stieg. Damit liegt sie nach wie vor spürbar unter der deutschen Durchschnittsmiete von 6,04 €, die für das Jahr 2011 von der F+B GmbH für 65 Quadratmeter große Wohnungen mit mittlerer Ausstattung statistisch erhoben worden ist.

Neben dem Wunsch nach bezahlbarem Wohnraum verstärkt sich auch das Verlangen der Mieterschaft nach mehr Service. So haben sich im Rahmen der Immobilienbewirtschaftung

unsere Kunden zunehmend über das Thema Energiesparen beraten lassen und die Vermittlung von Treppenhausreinigung sowie Schnee- und Eisbeseitigung in Anspruch genommen. Außerdem wird in Kooperation mit einem freien Dienstleister hauswirtschaftliche Hilfe insbesondere für ältere Mieterinnen und Mieter angeboten.

590 mieterseitige Kündigungen fanden ihren Grund im Wesentlichen im Tod oder Umzug des Mieters in ein Heim, in nicht mehr geeigneter Wohnungsgröße, aber auch zunehmend in der mangelnden Attraktivität der Wohnungsausstattung. Nicht zuletzt daher kommt der kontinuierlichen Verbesserung des Wohnkomforts eine wesentliche Bedeutung zu.

Der Wohnungsmarkt ist durch eine Vielzahl von Umzügen gekennzeichnet. Die hohe Mobilität in Verbindung mit der Sterberate führte im Jahr 2011 zu einer Fluktuationsrate von 10,2 Prozent gegenüber 10,5 Prozent im Vorjahr.

Nach wie vor befindet sich Remscheid in einer äußerst schwierigen Phase der soziodemografischen und –ökonomischen Entwicklung und Anpassung. Diese hat in den letzten Jahren zu einem fast beispiellosen Einwohnerverlust unter den NRW-Großstädten geführt. Da ein weiterer Rückgang prognostiziert wird, der Anteil der Älteren an der Bevölkerung zunehmend steigt, aber auch Veränderungsprozesse der qualitativen Nachfrage für einen erheblichen Anpassungsbedarf von Wohnungsangebot und Infrastruktur sorgen werden, hat die Stadt Remscheid ein Wohnungspolitisches Handlungskonzept unter Beteiligung lokaler Akteure erstellen lassen, das der Orientierung und der Festlegung einer bedürfnisorientierten Stadtentwicklungs- und Wohnangebotspolitik dienen soll.

Die Gesellschaft spürt den sich seit Jahren vollziehenden Wandel in der Region sehr deutlich und prüft im Rahmen ihres aktiven Portfoliomanagements regelmäßig ihre Immobilien auf ihre Wert- und Ertragsmöglichkeiten. So wurden wie auch bereits in der Vergangenheit Objekte vom Markt genommen, die aufgrund des Lebenszyklus eine negative wirtschaftliche und baulich nicht korrigierbare Entwicklung erfahren haben.

Neubautätigkeit, Modernisierungen und energetische Sanierungen

Im Mittelpunkt des Portfoliomanagements standen in 2011 auch die qualitative Verbesserung des Wohnungsbestandes durch Neubau in guten innerstädtischen Lagen sowie bestandsverbessernde Maßnahmen, die sowohl dem Klimaschutz als auch der Verwirklichung zeitgemäßer Ausstattungsstandards dienen.

Im Frühjahr wurde an der Wilhelmstraße/ Ecke Christianstraße in Remscheid mit der Errichtung von 29 barrierefreien Mietwohnungen und einer Tiefgarage mit 26 Stellplätzen begonnen. Die zwei mit einer Pelletsanlage wärmeversorgten und mit öffentlichen Mitteln geförderten Gebäude werden im Sommer 2012 bezugsfertig sein und Raum bieten für ein gemeinschaftliches Miteinander von Jung und Alt sowie Einzelpersonen und Familien. Zinsgünstige Baudarlehen und zusätzliche KfW-Baudarlehen aus dem Programm „Energieeffizient Bauen“ wurden für den mit 4,3 Mio. € Baukosten kalkulierten Wohnkomplex bereitgestellt und tragen zu einer bezahlbaren Miete von anfänglich 4,85 €/qm Wohnfläche bei.

Eine weitere einkommensorientiert geförderte Neubaumaßnahme ist das Projekt Scheiderstraße/Stuttgarter Straße/Schützenstraße, das ebenfalls 29 barrierefreie Wohnungen mit 18 Stellplätzen in einer Tiefgarage umfasst. Die Planung sieht ein Investitionsvolumen von 4,1 Mio. € vor. Nach dem Abbruch der vorhandenen Bausubstanz im Herbst 2011 konnte zwischenzeitlich der Beginn der rund 16 monatigen Bauzeit verzeichnet werden. Beide Neubauprojekte stießen bereits bei der erstmaligen Bekanntgabe durch die Presse auf reges Interesse. Sie verfügen jeweils über einen Mix von Zwei- bis Vier-Raumwohnungen mit Wohnungsgrößen zwischen 53 und 97 Quadratmetern und der Wohnkomplex Scheiderstraße/Stuttgarter Straße/Schützenstraße zusätzlich über ein Appartement von 39 Quadratmetern.

Qualitatives Wachstum wird nicht nur durch Wohnungsneubau ausgelöst, sondern auch durch Investitionen in Bestandsimmobilien. Die Gesellschaft hat sich aus diesem Grund im Rahmen ihres Portfolio- und Assetmanagements weiter auf die bedeutenden Themen rund um Energieeffizienz und Klimaschutz eingestellt und berücksichtigt bei ihren Modernisierungsmaßnahmen die neuesten technischen Erkenntnisse. Auch die Veränderung von Wohnungsgrundrissen, die Herstellung von Barrierefreiheit, immer in Verbindung mit moderner Ausstattung, sind wichtige Elemente, um den Wohnkomfort zu steigern.

Die Wohngebäude Eichendorffweg 2, 4 in Remscheid wurden während einer 6 monatigen Bauzeit unter anderem durch das Aufbringen von Wärmedämmung an den Fassaden, den Kellerdecken und auf den Dachböden, die Montage neuer Fenster, das Aufstellen großzügiger Balkone und die Herstellung direkter Zugänge der Erdgeschosswohnungen zu den Mietergärten sowie die Zusammenlegung von Wohnungen mit einem Kostenvolumen von 0,8 Mio. € grundlegend modernisiert.

Im Remscheider Stadtteil Rosenhügel ist in den letzten Jahren verstärkt die Nachfrage nach größeren Wohnungen aufgetreten. Durch Verbindung zwei übereinander liegender Wohnungen konnten erneut insgesamt 2 Maisonetten mit einem Aufwand in Höhe von 150 T€ in Gebäuden des Feilenhauer Wegs umgebaut werden.

Klimatisch gute Voraussetzungen ermöglichten es der Gesellschaft im vergangenen Jahr innerhalb von 10 Monaten an mehreren Standorten im Bergischen Land ein umfangreiches Programm zur energetischen Sanierung umzusetzen, bei dem auch geplante Maßnahmen des Jahres 2012 bereits Berücksichtigung fanden.

Bei den energetischen Sanierungsmaßnahmen wurde nicht nur auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben durch die Energieeinsparungsverordnung 2009 geachtet, sondern auch auf eine optisch hochwertige Farbgestaltung der Fassaden sowie eine zukunftsweisende bedienungsfreundliche Haustechnik geachtet.

Im Sommer 2011 konnten nach rund einjähriger Sanierungsphase in Radevormwald die Isolierungsarbeiten an der Gebäudehülle von 16 Häusern mit 78 Wohnungen in der Ispingrather Straße 6-16 und Drosselweg 1-9, 2,8 mit einem Investitionsvolumen von 1,8 Mio. € abgeschlossen werden.

In Burscheid wurden für 142 Wohnungen in den Häusern Birkenweg 1-10, Schulstraße 29, 31, An den Hülsen 28-38, 42, 33 - 49 sowie In der Dellen 5 rund 3,8 Mio. € aufgewandt.

Kurz vor Jahresende konnten die Fassadenarbeiten an den Gebäuden Birkenstraße 19-25 und 16-30 in Remscheid-Hohenhagen fertiggestellt werden. Für 151 Wohnungen wurden insgesamt 4,3 Mio. € investiert.

Auch In den Häusern Holz 32, 33, 34 in Remscheid-Hasten wurden zur Verbesserung der energetischen Gebäudequalität Fenster und Hauseingangstüren ausgetauscht, Fassaden gedämmt und das Wärmekonzept überarbeitet. Das Investitionsvolumen umfasste für 17 Wohneinheiten in 3 Häusern rund 430 T€.

Bei den vorgenannten Bestandsinvestitionen nutzte die Gesellschaft zur Finanzierung die günstigen Kredite und Zuschüsse des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) „Energieeffizient Sanieren“.

Für das Jahr 2012 ist die Durchführung der energetischen Sanierung in 26 Häusern mit 233 Wohnungen in 4 Quartieren geplant. Insgesamt sind hierfür Investitionen in Höhe von 5,3 Mio. € kalkuliert. Drei größere Umbaumaßnahmen mit 11 Häusern und 50 Wohnungen wird mit rund 1,6 Mio. € Kosten veranschlagt.

Der imagebelastete und strukturschwache Stadtteil Honsberg in Remscheid steht seit Jahren im Fokus von Politik und Verwaltung. Im Jahr 2007 wurde er mit benachbarten Stadtteilen förmlich als Stadtumbaugebiet festgelegt und es entwickelte sich aus der Bevölkerung der Wunsch nach einem Gemeinschaftshaus, das als interkulturelles, interreligiöses sowie generationenübergreifendes Stadtteilzentrum dienen soll. Die Gesellschaft hat mit Ankauf des bebauten Grundstückes und Abbruch der Altsubstanz in 2011 den Weg freigemacht für

die Errichtung des Gebäudes „Neue Mitte Honsberg“, das Ende 2013 den Nutzern übergeben werden soll. Das Projekt wird mit Zuwendungen aus Landes- und Bundesmitteln und Mitteln der Europäischen Union gefördert und ist mit Kosten in Höhe von rd. 6,5 Mio. € veranschlagt.

Bestandspflege

Zur Erreichung des Ziels eines zukunftsgerechten Wohnungsbestandes, der den Vorstellungen und Wünschen unserer Kunden entspricht, ist eine mittel- und langfristige Instandhaltungsplanung unabdingbar. Die Gesellschaft bewirtschaftet daher als verantwortlicher Vermieter seit Jahren nach ökologischen und ökonomischen Kriterien ihren Bestand, was langfristig der Sicherung nachhaltiger Vermietbarkeit der Wohnungen und Gewerbeeinheiten dient. Sie bedient sich dabei der wohnungswirtschaftlichen Analyse- und Planungsinstrumente Epiqr und aveportfolio, die helfen, sich einen Überblick über die Chancen und Risiken in den Bestandsimmobilien zu verschaffen.

Die Maßnahmen im Rahmen der planbaren Instandhaltungsaufwendungen wurden im Sinne einer kontinuierlichen Bestandsoptimierung fortgesetzt. Dabei wurde der Blick nicht nur auf das reine Wohngebäude gerichtet, sondern das Umfeld mit in die qualitative Betrachtung mit einbezogen. Neben Dach- und Fassadensanierungen sowie Heizungserneuerungen wurden im Außenbereich Treppenanlagen neu gestaltet, Pkw-Stellplätze überarbeitet und erweitert sowie Kinderspielplätze attraktiver und sicherer gemacht.

Seit 9 Jahren hat sich die Gesellschaft zur Aufgabe gemacht, bei Mieterwechseln den freigezogenen Wohnraum durch Einzelmodernisierungen attraktiv und wettbewerbsfähig zu machen. Seither sind in über 1.550 Wohneinheiten rund 21,0 Mio. € für die Sanierung von Bädern, Wasser- und Elektroanschlüssen sowie für die Erneuerung der Fußböden und Türen geflossen. Allein in 2011 wurden 202 Wohneinheiten mit einem Budget von rund 3,2 Mio. € qualitativ aufgewertet.

An eine Reduzierung dieser Aufwendungen kann vorerst nicht gedacht werden, denn mit steigenden Wohnansprüchen unserer Kunden wächst auch der Druck, bereits Wohnraum aus den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts immer häufiger anzufassen und neu zu gestalten.

Die Ausgaben für bestandserhaltende Maßnahmen und Verbesserungen der Objekte betragen insgesamt 7,5 Mio. € bzw. 17,21 € je qm Wohn- und Nutzfläche und füllten in nicht unerheblichen Maße die Auftragsbücher des regional ansässigen Handwerks.

Betreuungstätigkeit

Die Gesellschaft verwaltete am 31.12.2011 für die Stadt Remscheid 163 Wohnungen, 15 Gewerbeeinheiten und 8 Garagenplätze. Für sechs Eigentümer umfasste der Betreuungsbestand 148 Wohnungen, 3 Gewerbeeinheiten und 29 Garagenplätze. Außerdem wurden sechs Eigentümergemeinschaften mit 223 Wohnungen, 8 Gewerbeeinheiten und 39 Garageneinstellplätze betreut.

Verkaufsmaßnahmen

Im vergangenen Jahr konnte die letzte Wohnung der Eigentumsmaßnahme Friedrichstraße 39 in Remscheid-Lennep veräußert werden. Trotz zentrumsnaher Lage und einer Bauweise als Energiesparhaus nach KfW 55- Standard stieß man auf Kaufzurückhaltung, die im Wesentlichen auf die Mehrkosten für die Geothermie zurückzuführen war. Unabhängig von dieser Erfahrung kann zurzeit allgemein nur von einer schleppenden Nachfrage nach Eigentumswohnungen ausgegangen werden.

Erfolgsversprechender scheint ein Angebot mit günstigen, neuen Eigenheimen und Reihenhäusern für preisbewusste Schwellenhaushalte zu sein. Die Gesellschaft ist Eigentümerin eines rund 10.000 Quadratmeter großen Areals in der Auguststraße in Remscheid. Nachdem im letzten Jahr der Abbruch der Altgebäude erfolgt ist, plant sie

die Vermarktung der parzellierten Einheiten, auf denen insgesamt bis zu 32 Einfamilienhäuser errichtet werden können.

Nachdem von der Gesellschaft bereits an verschiedenen Standorten in Remscheid Mietobjekte zur Bildung von Eigentum an wohnende Mieter mit gutem Ergebnis angeboten worden sind, hat sich die Gesellschaft Ende 2011 entschlossen, im Stadtteil Hohenhagen die als Mieteigenheim genutzten Häuser in der Birkenstraße 27-49 und 32-42 ebenfalls zu privatisieren. Zwischenzeitlich sind von den 18 Wohneinheiten, die eine Wohnfläche von knapp unter 90 Quadratmetern haben, 4 Häuser veräußert worden.

Im Verlauf des Jahres 2011 wechselte auch eine Hälfte des Doppelhauses Röntgenstraße 2/4 den Eigentümer.

Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigte am 31. Dezember 2011 37 Vollzeit- und 6 Teilzeitkräfte (davon 2 Arbeitsverhältnisse ruhend), 2 Auszubildende und 18 geringfügig Beschäftigte.

Neben der Motivation und dem Engagement sind vor allem auch das Fachwissen sowie die persönlichen und beruflichen Erfahrungen wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Geschäftstätigkeit. Daher ist die Personalpolitik der Gesellschaft darauf ausgerichtet, Potenziale zu erkennen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch geeignete Bildungsmaßnahmen zu fördern und auch finanziell zu unterstützen, wenn es gilt, die Qualifikation auch für Fach- und Führungspositionen zu erlangen.

Die Vergütung der Arbeitnehmer erfolgte mit Ausnahme der leitenden Angestellten nach dem Tarif für die Wohnungswirtschaft. Daneben hilft die Gesellschaft den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Aufbau einer zusätzlichen Altersversorgung durch Mitgliedschaft bei der Rheinische Versorgungskassen.

Aufsichtsrat und Vorstand danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit ihrer Leistungsbereitschaft und ihrem Engagement entscheidend dazu beitragen, dass die Ziele und Strategien erfolgreich in die Tat umgesetzt werden.

Dank gilt auch den Mitgliedern des Betriebsrates für die stets offene und aktive Zusammenarbeit in einer vertrauensvollen Atmosphäre.

1.2. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die für die Gesellschaft bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren haben sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

		<u>2011</u>	<u>2010</u>
Eigenkapitalquote	%	20,2	20,1
Eigenkapitalrentabilität	%	2,6	2,4
Cashflow	T€	6.484	6.232
Durchschnittliche Wohnungsmiete	€/qm/mtl.	4,87	4,69
Instandhaltungskosten	€/qm	17,21	18,51
Fluktuationsquote	%	10,2	10,5
Leerstandsquote	%	12,9	12,7
davon maßnahmenbedingt	%	3,4	3,6

2. Darstellung der Lage

2.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr wurde gegenüber dem Vorjahr ein um T€ 124 erhöhter Jahresüberschuss von T€ 1.041 erwirtschaftet, der sich aus dem positiven Betriebsergebnis von T€ 1.594, aus dem Beteiligungs- und Finanzergebnis von T€ 52, dem negativen neutralen Ergebnis von T€ 524 und Steuern vom Einkommen von T€ 81 ergibt.

Im Bereich der Hausbewirtschaftung einschließlich Wärmelieferung für Dritte wurde ein positives Ergebnis in Höhe von T€ 1.035 erzielt. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr

in Höhe von T€ 745 resultiert im Wesentlichen aus der Erhöhung von Sollmieten abzüglich Erlösschmälerungen um T€ 331 und gesunkenen Instandhaltungskosten um T€ 681, denen um T€ 138 gestiegene Verwaltungskosten gegenüberstehen.

Der bis auf T€ 9 ausgeglichene Leistungsbereich Betreuungstätigkeit und andere Lieferungen und Leistungen setzte sich aus den Sparten Verwaltungsbetreuung und Bereitstellung von Gemeinschaftsantennen und Heizungsanlagen für Dritte zusammen.

Durch die Aktivierung von Eigenleistungen im Rahmen der Neubau- und Modernisierungsaktivitäten konnte das Ergebnis der Bautätigkeit im Anlagevermögen wie im Vorjahr ausgeglichen dargestellt werden.

Der Verlust im Bereich der Bautätigkeit im Umlaufvermögen von T€ 26 wurde durch nachträgliche Aufwendungen für eine 2011 vollständig übergebene Eigentumsmaßnahme verursacht.

Das positive Ergebnis der sonstigen betrieblichen Geschäftsvorfälle von T€ 594 war insbesondere durch Erträge aus Teilschulderlass und Rückvergütungen gemindert um Beratungsgebühren geprägt.

Das Beteiligungs- und Finanzergebnis erhöhte sich aufgrund der allgemeinen Zinssituation auf dem Kapitalmarkt und dem geringeren Anfall von Nebenkosten der Geldbeschaffungskosten nur geringfügig um T€ 10 auf T€ 52.

Das neutrale Ergebnis verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 893 und führte zu einem Verlust von T€ 524. Erträgen von insgesamt T€ 207 aus im Wesentlichen Anlageverkäufen und aus früheren Jahren stehen Aufwendungen von zusammengefasst T€ 731 für außerplanmäßige Wohngebäudeabschreibung, Abbruchkosten und aus früheren Jahren gegenüber.

Das Aufkommen für Steuern vom Einkommen und Ertrag verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 4 auf T€ 81.

2.2.Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme hat sich in 2011 um T€ 3.482 auf T€ 210.953 erhöht. Im Saldo stieg das langfristige Anlagevermögen auf T€ 192.700. Dabei standen einem Investitionsvolumen in Höhe von T€ 13.800 ein Abschreibungsaufwand von T€ 5.843 und Abgänge durch Baukostenzuschüsse von T€ 318 sowie Verkauf von T€ 21 gegenüber. Die langfristigen Forderungen und Rechnungsabgrenzungsposten erhöhten sich um T€ 213 auf T€ 756. Die Anlageintensität, die das Verhältnis von Anlagevermögen zur Bilanzsumme widerspiegelt, beträgt 91,7%.

Das Umlaufvermögen ist im mittelfristigen Bereich durch den Abgang von Herstellungskosten für Verkaufsgrundstücke um T€ 367 infolge Veräußerung und im kurzfristigen Bereich durch Verminderung liquider Mittel um T€ 3.185 und unfertiger Leistungen aus Betriebs- und Heizkosten um T€ 633 sowie von Forderungen um T€ 163 auf T€ 17.497 gesunken.

Das Eigenkapital hat sich um T€ 863 auf T€ 42.650 erhöht und führt zu einer Eigenkapitalquote von 20,2 % (Vorjahr 20,1 %). Mit T€ 155.150 wird das langfristige Fremdkapital, das sich aus Pensionsrückstellungen und Verbindlichkeiten aus der Dauerfinanzierung gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern zusammensetzt, um T€ 3.574 höher gegenüber dem Vorjahr ausgewiesen. Dies ergibt eine Fremdkapitalquote von 73,6 % (Vorjahr 73,1 %). Die langfristige Dauerfinanzierung von insgesamt T€ 153.694 beträgt 72,9 % (Vorjahr 72,5 %) des Gesamtkapitals.

Der kurzfristige Bereich hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 823 auf T€ 13.153 verringert und beträgt 6,2 % (Vorjahr 6,7 %) der Bilanzsumme.

Die Ermittlung der Finanzlage der Gesellschaft zum Bilanzstichtag zeigt, dass die langfristig angelegten Vermögenswerte durch Eigenmittel und langfristige Verbindlichkeiten, im Wesentlichen sind dies Dauerfinanzierungsmittel, finanziert sind. Es ergibt sich per Saldo

eine Überdeckung in Höhe von T€ 4.344, die zur Stichtagsliquidität in Höhe von T€ 4.342 zur Verfügung steht.

Im Geschäftsjahr wurde ein Cashflow in Höhe von T€ 6.484 erzielt.

Die Vermögens- und die Finanzlage ist geordnet. Die Zahlungsbereitschaft ist aufgrund der Ermittlung des erwarteten geldrechnungsmäßigen Zuflusses und des voraussichtlichen Jahresergebnisses für das Geschäftsjahr 2012 gesichert.

3. Nachtragsbericht

Nach Ablauf des Jahres 2011 sind keine weiteren Ereignisse eingetreten, die für die Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer veränderten Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens führen.

4. Risikobericht

4.1. KonTraG

Das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich, das unter anderem die Einführung eines angemessenen Risikomanagements- und Überwachungssystems zur Früherkennung bestandsgefährdender Risiken verlangt, kommt bei der Gesellschaft zur Anwendung.

Die vorhandenen Controlling- und Steuerungsinstrumente sowie das interne Kontrollsystem der Gesellschaft ermöglichen den Fortbestand der Gesellschaft potentiell gefährdender Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und notwendige Maßnahmen zu deren Bewältigung abzuleiten. Dies geschieht durch Erfassung aller Vorgänge sowie die kontinuierliche Betrachtung und Analyse der Unternehmensbereiche.

Diese Steuerungs- und Kontrollsysteme werden ergänzt durch Dienstanweisungen und Richtlinien, den Einsatz bewährter und zertifizierter Software, die permanente Schulung des eingesetzten Personals sowie durch systematische und zielgerichtete Prüfungen im Rahmen der externen Revision.

Im Intranet der Gesellschaft ist ein Online-Handbuch eingestellt, das unter anderem Regelungen der Verantwortlichkeiten, Grundlagen zur Bearbeitung der Routineprozesse, Aussagen zu den Abläufen des Risikomanagements sowie unternehmens- und abteilungsspezifische Richtlinien beinhaltet. Das Regelwerk ist bindend für alle Beschäftigten und wird laufend aktualisiert.

4.2. Risiken der künftigen Entwicklung

Wesentliche Risiken sind für die GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid im Hinblick auf die künftige Entwicklung des Unternehmens nicht zu erkennen.

Im Kerngeschäft Hausbewirtschaftung werden der demografische Wandel und Abwanderungstendenzen aufgrund mangelnder Arbeit auch in den nächsten Jahren zu einer Belastung der Ertragslage durch insgesamt hohe Erlösschmälerungen führen. Die andauernde Entspannung am Wohnungsmarkt wird sich trotz wohnraumreduzierender Maßnahmen der Gesellschaft fortsetzen. Mit einem signifikanten Anstieg der Leerstandszahlen wird aufgrund der Durchführung eines umfangreichen energetischen Sanierungsprogramms, umfassender Modernisierungs- und Umbaumaßnahmen sowie zahlreicher Einzelmodernisierungen bei Mieterwechsel nicht gerechnet.

Das Bauträgersgeschäft ist häufig mit wirtschaftlichen Risiken behaftet. Bei jeder geplanten Maßnahme wird deren Marktfähigkeit individuell geprüft und bei Fortschritt des Projektes gegebenenfalls den veränderten Bedingungen angepasst.

Die offenbaren Risiken sind in der mittelfristigen Wirtschaftsplanung entsprechend berücksichtigt und stellen sich nicht als bestandsgefährdend dar. Danach ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gesichert.

4.3.Chancen der künftigen Entwicklung

Der Anteil an relativ preisgünstigen und bezahlbaren Wohnungen nimmt auch zukünftig eine entscheidende Rolle bei der Wohnungsnachfrage in der Region ein. Da sich das Unternehmen als erfahrener und leistungsstarker Partner in der Wohnungswirtschaft überwiegend in diesem Marktsegment bewegt und kontinuierlich seine Bestände durch Investitionen in die Qualität weiterentwickelt, verspricht es sich langfristigen Erfolg auf einem zunehmend schwierigen Wohnungsmarkt.

Da die durchgeführten Modernisierungen und Großinstandhaltungsmaßnahmen im eigenen Wohnungsbestand auf durchgehend positive Resonanz gestoßen sind, wird die Gesellschaft dies als Schwerpunkt ihrer Aufgaben auch in den nächsten Jahren beibehalten und damit eine nachhaltige Vermietbarkeit schaffen. Für ältere und behinderte Menschen bietet sie speziell auf deren Lebenssituation zugeschnittene Wohnraumlösungen und Serviceleistungen in Kooperation mit regional ansässigen Sozialpartnern an.

Die Gesellschaft beabsichtigt das Bauträgergeschäft in ausgesuchten Lagen und in begrenzten Stückzahlen auf eigenen Grundstücken bei entsprechender Nachfrage durchzuführen.

4.4.Finanzinstrumente

Besondere Finanzinstrumente und insbesondere Sicherungsgeschäfte sind nicht zu verzeichnen. Bei den zur Finanzierung des Anlagevermögens aufgenommenen langfristigen Fremdmitteln handelt es sich um Annuitätendarlehen. Auf Grund steigender Tilgungsanteile und im Zeitablauf relativ gleich verteilter Zinsbindungsfristen sind damit ebenso Risiken wie Chancen verbunden. Zur langfristigen Sicherung günstiger Finanzierungsbedingungen wurden im Bereich der Dauerfinanzierungsmittel Darlehen mit Laufzeiten von bis zu 10 Jahren abgeschlossen bzw. prolongiert

Die Zinsentwicklung wird mit den im Absatz „KonTraG“ genannten Instrumenten beobachtet. Gegebenenfalls werden zur Sicherung günstiger Finanzierungsbedingungen Prolongationen im Voraus abgeschlossen (Forward-Darlehen).

Freie Liquidität wird auch zur erhöhten Tilgung von Darlehen eingesetzt. Von Terminoptions- oder Swapgeschäften wird unter Risikoaspekten kein Gebrauch gemacht.

5. Prognosebericht

Die Aktivitäten der Gesellschaft werden auch zukünftig stark vom Kerngeschäft Wohnungsbewirtschaftung geprägt, bei der die Betreuung der Kunden und Verwaltung der Bestände die Schwerpunkte bilden.

Die Gesellschaft erwartet an den vertretenen Immobilienstandorten mit Ausnahme der wirtschaftlichen Wachstumsregionen weiterhin einen entspannten Wohnungsmarkt. Deshalb wird die Gesellschaft die bisherige strategische Ausrichtung bei Bestandsimmobilien beibehalten und Investitionen ausschließlich dort tätigen, wo lagebedingt nachhaltiges Interesse auf Anmietung bestehen wird.

Die im Rahmen der Portfolioanalyse untersuchten Bestände werden entsprechend ihrer unterschiedlichen Marktfähigkeit und im Hinblick auf Zukunftssicherung, Investitionsbedarf und Identifikation von Risiken und Chancen fortwährend einer intensiven Kritik unterzogen. Für die Gesellschaft bedeutet dies sowohl die Optimierung von Immobilien, insbesondere zur Erhöhung der Qualität und zur Herstellung einer barrierefreien und behindertengerechten Nutzung, als auch den Verkauf im Rahmen der Privatisierung zur Stabilisierung von Wohnquartieren bzw. zur Liquiditätsverbesserung oder den Abriss nicht renditefähiger Altbauten.

6. Berichterstattung zur öffentlichen Zwecksetzung

Die Gesellschaft ist im Berichtsjahr ihren satzungsmäßigen Aufgaben, vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung den breiten Schichten der Bevölkerung

sicherzustellen, nachgekommen. Daneben übernimmt sie Aufgaben der Sanierung, Erneuerung und Entwicklung von Wohn- und Gewerbegebieten sowie die Schaffung von Wohnraum im Rahmen von Eigentumsobjekten. Die Geschäfte der Gesellschaft werden im Sinne der jeweils gültigen Satzung und nach dem Aktiengesetz geführt.

7. Abhängigkeitsbericht nach § 312 AktG

Die Stadtgemeinde Remscheid hält 50,3 % der Aktien der Gesellschaft. Mit Urteil vom 13.10.1977 hat der Bundesgerichtshof entschieden, dass Körperschaften des öffentlichen Rechts Unternehmen im Sinne von § 312 AktG sein können. Der Vorstand hat deshalb einen Bericht über Beziehungen zur Stadtgemeinde Remscheid und den damit verbundenen Unternehmen erstellt und diesen zur Überprüfung vorgelegt.

Der Abhängigkeitsbericht enthält folgende Schlusserklärung:

Wir erklären hiermit, dass bei jedem der in diesem Bericht aufgeführten Rechtsgeschäfte unsere Gesellschaft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zugrunde, die im Zeitpunkt des Abschlusses der Rechtsgeschäfte bekannt waren. Weitere berichtspflichtige Maßnahmen haben im Berichtsjahr nicht vorgelegen. Es sind auch keine Rechtsgeschäfte mit Fremden auf Veranlassung oder im Interesse der Stadtgemeinde Remscheid vorgenommen worden.

Remscheid, 30. März 2012

GEWAG

Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid
gez. Vorstand

3.3 Bergische Symphoniker -Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH -

Allgemeine Unternehmensdaten

Bergische Symphoniker – Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH –
Konrad-Adenauer-Straße 72-74
42651 Solingen
Tel. 0212/280184

Gründungsjahr: 1995

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	12.782,30	50,00
Stadt Solingen	12.782,29	50,00
<u>Gesamt</u>	<u>25.564,59</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist unmittelbar und ausschließlich die Pflege und Förderung der Kunstgattungen Konzerte, Oper, Operette, Musical, Bühnentanz, Schulkonzerte und Schulmusiken sowie die Zusammenarbeit mit ortsansässigen Chören.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern, insbesondere zur Zusammenarbeit mit vergleichbaren Unternehmen und Einrichtungen im Rahmen eines Systems kommunaler Kultur- und Bildungsarbeit.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Stefan Schreiner

Gesellschafterversammlung:

Beate Wilding, Vorsitzende	Oberbürgermeisterin	Stadt Remscheid
Norbert Feith, stellvertr. Vorsitzender	Oberbürgermeister	Stadt Solingen
Achim Burski		Stadt Solingen
Reiner Daams		Stadt Solingen
Dorothee Daun	Ratsmitglied	Stadt Solingen
Hans-Werner Gabriel		Stadt Solingen
Monika Hein	Bürgermeisterin	Stadt Remscheid
Karl-Heinz Humpert	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Thomas Kase	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Elfriede Korff	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Rainer Villwock	Ratsmitglied	Stadt Solingen
Phillip Wallutat	Ratsmitglied	Stadt Remscheid

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Die Gesellschafterversammlung kann gem. § 12 des Gesellschaftsvertrages beschließen, von den Gesellschaftern Nachschüsse bis zu einem Gesamtbetrag von € 153.387,56 je Geschäftsjahr einzufordern. Die Nachschüsse sind von den Gesellschaftern nach dem Verhältnis Ihrer Geschäftsanteile zu zahlen. Die Nachschussverpflichtung der Stadt ist demnach auf € 76.693,78 jährlich begrenzt.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2009	2010	2011
	€	€	€
Betriebskostenzuschuss	1.762.014,12	1.769.730,92	1.912.038,62

Anzahl der Beschäftigten

Geschäftsjahr	2008/2009	2009/2010	2010/2011
Angestellte insgesamt	81	81	81

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Konzertart	2008/2009	2009/2010	2010/2011
Hauptkonzerte	18	20	20
davon in Remscheid	9	10	10
davon in Solingen	9	10	10
Sonderkonzerte	27	33	36
davon in Remscheid	14	20	21
davon in Solingen	13	13	15
Musiktheater	34	24	21
davon in Remscheid	17	12	10
davon in Solingen	17	12	11
Schulkonzerte	24	24	24
davon in Remscheid	11	11	11
davon in Solingen	13	13	13
Vermietungen	58	60	43
Gesamt	161	161	144
davon in Remscheid	51	53	52
davon in Solingen	52	48	49
davon bei Dritten	56	60	43

Schulmusiken (Dienste)	375	482	276
davon in Remscheid	242	308	127
davon in Solingen	133	174	149

Bilanzstruktur –im 3-Jahresvergleich-

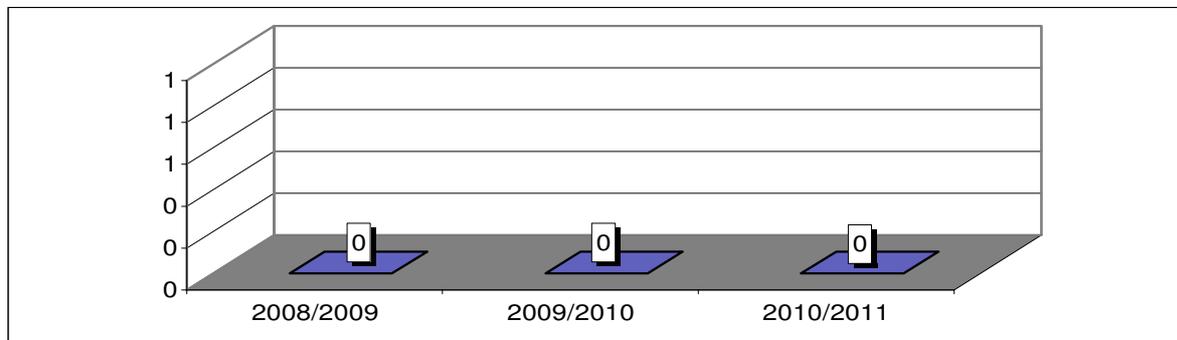
Jahr Bilanz-Position	2008/2009		2009/2010		2010/2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	3	0,48	2	0,58	1	0,22
Sachanlagen	70	11,11	100	29,24	92	20,44
Finanzanlage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	73	11,59	102	29,82	93	20,67
Vorräte	1	0,16	1	0,29	1	0,22
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	540	85,71	215	62,87	323	71,78
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	7	1,11	13	3,80	9	2,00
Umlaufvermögen	548	86,98	229	66,96	333	74,00
Rechnungsabgrenzungsposten	9	1,43	11	3,22	24	5,33
Aktiva	630	100,00	342	100,00	450	100,00
Gezeichnetes Kapital	26	4,13	26	7,60	26	5,78
Kapitalrücklage	30	4,76	30	8,77	30	6,67
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinn-/Verlustvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	56	8,89	56	16,37	56	12,44
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	397	63,02	181	52,92	230	51,11
Verbindlichkeiten	177	28,10	105	30,70	159	35,33
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	5	1,11
Passiva	630	100,00	342	100,00	450	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich-

Jahr GuV-Position	2008/2009	2009/2010	2010/2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.023	1.034	964
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	520	561	519
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	2	0	1
Erträge	1.545	1.595	1.484
Bezogene Leistungen zur Verrechnung	384	305	361
Personalaufwand	4.320	4.370	4.483
Abschreibungen	20	19	21
Sonstige betriebliche Aufwendungen	315	316	315
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	0	0
Aufwendungen	5.040	5.010	5.180
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.495	-3.415	-3.696
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Sonstige Steuern	-2	0	0
Betriebskostenzuschuss	3.497	3.415	3.696
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

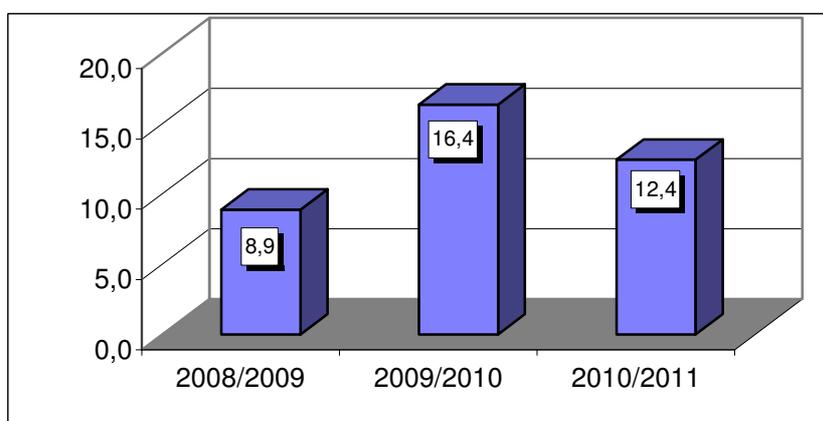
Entwicklung der Jahresergebnisse

Jahr	2008/2009	2009/2010	2010/2011
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	0	0	0



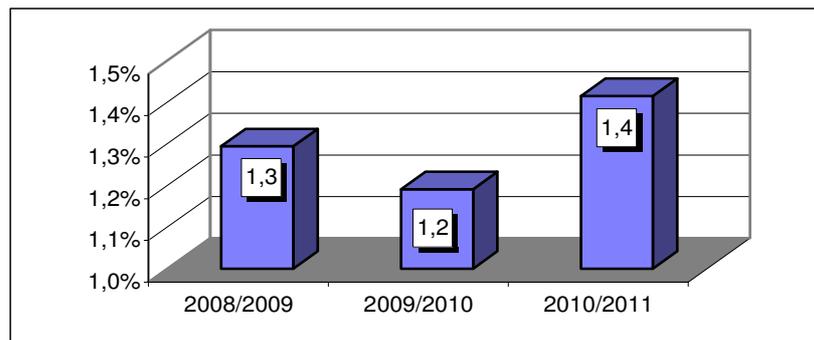
Kennzahlen

Eigenkapital-Quote	Jahr	2008/2009	2009/2010	2010/2011
	Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital		56	56	56
Bilanzsumme		630	342	450
% EK		8,9	16,4	12,4



Cash-Flow

Jahr	2008/2009	2009/2010	2010/2011
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	0	0	0
Abschreibungen	20	19	21
	20	19	21
Gesamterträge	1.545	1.595	1.484
Cash-Flow	1,3%	1,2%	1,4%



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010/2011

(gekürzt um Veranstaltungsarten und Unternehmenskennzahlen)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Das 16. Geschäftsjahr des Unternehmens war geprägt durch politische Turbulenzen. Das mit Spannung erwartete actori-Gutachten bestätigte zwar die für ein Orchester guten Auslastungen und Wirtschaftszahlen, verursachte in seiner Nachbearbeitung aber nicht unerheblichen Berechnungs-, Planungs- und Arbeitsaufwand, der, bedingt durch den Ausstieg der Stadt Wuppertal aus den gemeinsamen Planungen, leider fast völlig umsonst betrieben wurde. Die weiterhin angespannte Wirtschaftslage der Gesellschafterstädte führte erneut zu Diskussionen über den Bestand bzw. die zukünftige Ausrichtung des Orchesters in und zwischen den beiden Städten. In Solingen favorisiert eine politische Mehrheit die im actori-Gutachten aufgezeigte Alternative einer sog. „kleinen bergischen Lösung“, die in der dort aufgezeigten Ausrichtung für die politische Mehrheit in Remscheid jedoch indiskutabel ist.

Auch in der zweiten Spielzeit von Peter Kuhn entwickelte sich das Orchester deutlich weiter. Neben der Einführung der „Preview-Konzerte“ übernahm der Generalmusikdirektor auch die künstlerische Leitung von Musiktheaterproduktionen in Remscheid und Solingen. Erste Gespräche mit den Lehrkräften für Musik an den Remscheider und Solinger Schulen führten zu einer weiteren Vereinheitlichung des Bildungsprogramms des Orchesters in beiden Städten.

Die im letzten Lagebericht prognostizierte Entwicklung der Vermarktungssituation ist auch genau so eingetroffen. Eine komplette Kompensierung der in Essen weggefallenen Verpflichtungen war nicht möglich. Die freien Dienstkazapazitäten wurden aber durch zusätzliche Aktivitäten in den Gesellschafterstädten ausgefüllt.

II. Darstellung der Lage

A. Vermögenslage

Die Bilanz zum 31. August 2011 weist eine Bilanzsumme von T€ 450,2 nach T€ 341,9 im Vorjahr aus. Das langfristig gebundene Vermögen beträgt 20,7 % der Bilanzsumme nach 29,8 % im Vorjahr.

Die erhöhte Bilanzsumme ergibt sich im Wesentlichen aus der Erhöhung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und ist stichtagsbedingt.

Die Eigenkapitalquote beträgt 12,4 % nach 16,3 % im Vorjahr. Ursächlich für die Reduzierung der Quote ist die Erhöhung der Bilanzsumme.

Das kurzfristige Fremdkapital betrug im Berichtsjahr T€ 394,3 nach T€ 286,1 im Vorjahr. Die Erhöhung der Rückstellung in Höhe von T€ 23,1 sowie die Erhöhung der Verbindlichkeiten für Lieferungen und Leistungen und Sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 53,7 sind hierbei ursächlich für die Erhöhung.

B. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand am Ende der Periode betrug T€ ./ 43 (Vj.: T€ 35). Der Cash Flow ist positiv und betrug T€ 70 (Vj.: T€ ./ 197). Im laufenden Geschäftsjahr waren Mittelabflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von T€ 66 (Vj.: Mittelzufluss in Höhe von T€ 127) zu verzeichnen, während sich aus der Investitionstätigkeit ein Mittelabfluss in Höhe von T€ 12 (Vj.: T€ 12) ergab.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr stets gegeben.

C. Ertragslage**Umsatzerlöse**

Die Umsatzerlöse setzen sich mehrheitlich aus Konzert- und Musiktheaterveranstaltungen in den Gesellschafterstädten Remscheid und Solingen zusammen. Sonstige Veranstaltungserlöse sind Erträge aus musikalischen Tätigkeiten für wirtschaftlich Dritte.

Gesamtzahl der Aufführungen im Wirtschaftsjahr

Die Gesamtzahl der Aufführungen in der Spielzeit 2010/2011 beträgt 162 (Vj.: 160). Zusätzlich zu den in der obigen Aufstellung ausgewiesenen Konzerten wurden die durch den Rückgang bei der Vermarktung freigewordenen Dienste für weitere Konzerte in den Gesellschafterstädten eingesetzt. Über die Grundabnahme hinaus wurden 10 Konzerte in Senioren-wohn- und Seniorenpflegeanlagen, 2 zusätzliche Previews, 2 Aufführungen "Nacht der Kultur" und 2 Bibliothekskonzerte durchgeführt. Somit ist der Auslastungsgrad der Beschäftigten gleichbleibend.

Die Überlassung des Proberaums „Am Bruch“ für Einstudierungen für wirtschaftlich Dritte führte zu einer Kostenerstattung von rd. T€ 8. Trotz dem Wegfall der Verpflichtung am Alto Theater in Essen konnten die Erträge bei wirtschaftlich Dritten gegenüber der Wirtschaftsplanung um T€ 27 auf T€ 277 gesteigert werden.

Sonstige betriebliche Erträge/Bezogene Leistungen zur Verrechnung

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge um T€ 65,6 erklärt sich durch die erhöhte Landeszuweisung und aus der Verrechnung von bezogenen Leistungen bei wirtschaftlich Dritten. In dieser Position sind auch die durch die Remscheider und Solinger Wirtschaft aufbrachten zusätzlichen Werbemittel enthalten. Diesen Mehreinnahmen stehen entsprechende Mehrausgaben gegenüber.

Die Aufwendungen für die Gesellschafterstädte lagen durch die nicht planbaren Zusatzausgaben bei den Musiktheaterveranstaltungen leicht über dem Ansatz. Zusätzlich förderten die beiden Freundeskreise die städtischen Veranstaltungen mit insgesamt T€ 18 für Solisten und Aushilfen. Insbesondere die von der Stadt Remscheid um T€ 17 reduzierte Abnahme im Bereich Schulmusiken/-konzerte konnte durch weitere Mittel der Orchesterfreunde nicht nur durchgeführt, sondern auch honoriert werden. Dank der unermüdlichen Aktivitäten um die beiden Vorsitzenden, Hans-Werner Gabriel und Harald Lux, erweitert sich das originäre Engagement der Freundeskreise kontinuierlich auch im Bereich Jugendförderung und -bildung.

Personalkosten

Im Soll-Ist-Vergleich liegen die Personalkosten im Bereich der veranschlagten Planung. Bei genauer Betrachtung fällt der ungewöhnlich hohe Betrag in Höhe von T€ 89,34 für Urlaubsrückstellung auf. Bedingt durch die Lage der Ferien hatte jeder Beschäftigte zum Ende des Wirtschaftsjahres einen Resturlaubsanspruch von mindestens 3 Tagen. Allein hierfür war eine Rückstellung in Höhe von T€ 39,6 zu bilden.

Sonstige betrieblichen Aufwendungen

Die sonstigen Aufwendungen entsprechen in der Gesamtsumme der Planung. Notwendige Mehrausgaben z.B. im Bereich der Instrumentenreparaturen wurden durch Minderausgaben in Unterteilbereichen kompensiert.

Betriebskostenzuschuss

Auch im Geschäftsjahr 2010/2011 konnte der Planansatz für Betriebskostenzuschüsse erneut unterschritten werden. Der Betrag von € 40.736 entspricht in etwa den Mehreinnahmen bei wirtschaftlich Dritten und der erhöhten Landeszuweisung.

Durch die Gewährung von Betriebskostenzuschüssen in Höhe von insgesamt T€ 3.696 beträgt das Jahresergebnis T€ 0.

III. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Es ist schon fast üblich, dass hier über nicht oder noch nicht abgeschlossene Tarifverhandlungen zwischen den Tarifvertragsparteien berichtet werden muss. Auch die Tarifabschlüsse 2010 und 2011 des öffentlichen Dienstes sind noch nicht einvernehmlich übernommen worden. Derzeit klagt der Deutsche Orchesterverein (DOV) auf vorbehaltlose Übernahme. Der Deutsche Bühnenverein (DBV) besteht hingegen auf einer einheitlichen Anpassung der Bezüge für Landes- und Kommunalbeschäftigte. In erster Instanz hat der DBV vor dem Arbeitsgericht Köln Recht bekommen. Es ist aber davon auszugehen, dass in diesem Rechtsstreit alle Instanzen durchlaufen werden. Entsprechend der Empfehlung der Tarifkommission des Bühnenvereins wurden die Gehälter des Orchesters an den Tarifabschluss 2010 angepasst. Die Kosten hierfür waren Bestandteil der Wirtschaftsplanung 2010/2011. Eine gleichlautende Empfehlung für den Tarifabschluss 2011 gibt es jedoch nicht. Für die zu erwartenden Tarifsteigerungen ab Sommer 2011 werden aber im 17. Geschäftsjahr entsprechende Rückstellungen zu bilden sein.

IV. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft sowie Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die eingangs geschilderten Umstände und die unterschiedliche Behandlung der Gesellschafterstädte im Stärkungspakt Stadtfinanzen haben dazu geführt, dass es derzeit zwischen den Gesellschafterstädten keine einvernehmliche Ansicht zur zukünftigen Ausrichtung des gemeinsamen Orchesters gibt. Die Orchestergremien, der Generalmusikdirektor und die Geschäftsführung sind daher in Gesprächen darum bemüht, einen für alle Beteiligten langfristig tragbaren Lösungsansatz zu finden. Hierbei wird es von entscheidender Bedeutung sein, dass es zu einem Austausch der möglichen Szenarien gerade auch zwischen den Trägern kommt.

Die öffentlich geführte politische Diskussion, insbesondere über den Ausstieg der Stadt Remscheid als Gesellschafterin, mündete darin, dass vorerst ein solcher Weg nicht eingeschlagen werden soll.

Aufgrund der zusätzlichen Förderung durch die Landesregierung NRW in Höhe von T€ 84 ist die finanzielle Ausstattung für das Wirtschaftsjahr 2011/2012 auskömmlich. Nach Information der Geschäftsführung, zuletzt bestätigt auf der Jahreshauptversammlung des Landesverbands Mitte des DBV, ist auch im Landeshaushalt 2012 eine Förderung kommunaler Theater und Orchester in gleicher Höhe vorgesehen. Somit wäre auch eine Tarifsteigerung bei Beibehaltung der derzeitigen Stellenplangröße ohne Mehrbelastung der Gesellschafterstädte finanzierbar. Es ist jedoch leider davon auszugehen, dass zur Erfüllung der mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen zusätzlich geforderten Einsparvolumen Kostenbeiträge auch vom Orchester gefordert werden. Diese sind bei einem ausgabenoptimierten Betrieb aber nur über Personalabbau zu erreichen.

Zur Ermittlung weiterer Einsparmöglichkeiten bzw. einer weiteren Effizienzsteigerung haben die Gesellschafter einen Arbeitskreis eingerichtet. In den bisherigen konstruktiven Gesprächen sind Fortschritte erkennbar, die weitestgehend durch das unternehmensinterne Steuerungselement der Personalplanung erreicht werden können. Weitere Ergebnisse sollen in Verhandlungen über tarifvertragliche Sonderregelungen erzielt werden. Hierzu bedarf es aber gesonderter Gespräche. Aus Vergleichsfällen ist bekannt, dass sich die Tarifvertragsparteien hierbei bisher immer kooperativ verhalten und die Verhandlungen erfolgreich zum Abschluss gebracht haben.

In wieweit die dann erzielten Ergebnisse den Vorstellungen der Gesellschafter entsprechen, steht erst nach Abschluss insbesondere der Politischen Willensbildung endgültig fest. Wann dies sein wird, lässt sich gerade auch im Hinblick auf die Beteiligung der Aufsichtsbehörde nicht abschließend sagen.

Die Geschäftsführung geht daher mit überwiegender Wahrscheinlichkeit zum jetzigen Zeitpunkt davon aus, dass die Gesellschaft dauerhaft fortbesteht.

Solingen, den 20. November 2012

gez. Stefan Schreiner
Geschäftsführer

3.4 Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH
 Goltsteinstr. 87
 50968 Köln
 Tel. 0221 / 949725 - 0

Gründungsjahr: 2001

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	50.000,00	50,0
LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH	50.000,00	50,0
<u>Gesamt</u>	<u>100.000,00</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung des Hauptbahnhofes Remscheid zu einem multifunktionalen Zentrum für Einzelhandel, Gastronomiebetriebe und Einrichtungen des Freizeit- und Vergnügungssektors sowie Dienstleistungen, Praxen, Büronutzung und Gewerbe.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung; ab dem 31.12.2011 Liquidator

Werner Wirtz

Aufsichtsrat

Beate Wilding –Vorsitzende-	Oberbürgermeisterin der Stadt Remscheid
Edgar Mungen –stellv. Vorsitzender-	LEG
Susanne Hofmann	LEG
Franz Meiers	LEG
Andreas Röhrig	LEG
Rosemarie Stippe Kohl	Ratsmitglied
Hans-Peter Meinecke	Ratsmitglied
Hans Herbert Wilke	Ratsmitglied
Jürgen Kucharczyk	MbB/SB
Bis zum 11.09.2011	
Thomas Kase	Ratsmitglied
Ab 13.10.2011	

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung waren laut Ratsbeschluss Herr StOVR Arnd Zimmermann.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Die Gesellschafterversammlung kann die Einforderung von Einzahlungen (Nachschüssen) beschließen mit der Maßgabe, dass die Nachschüsse von den Gesellschaftern nach dem Verhältnis ihrer Gesellschaftsanteile zu zahlen sind.

Die Nachschusspflicht ist insgesamt (also für die gesamte Laufzeit des Gesellschaftsvertrages) auf € 100.000,00 (in Worten: Euro einhunderttausend) beschränkt.

Patronatserklärung gegenüber LEG Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen GmbH für städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Hauptbahnhof bis max. 511.291,88 €.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2009	2010	2011
	€	€	€
Kapitalerhöhung (Rücklage)	0,00	0,00	0,00

Anzahl der Beschäftigten

Außer dem Geschäftsführer wurden keine weiteren Mitarbeiter-/innen beschäftigt.

Wirtschaftliche Unternehmensdaten

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

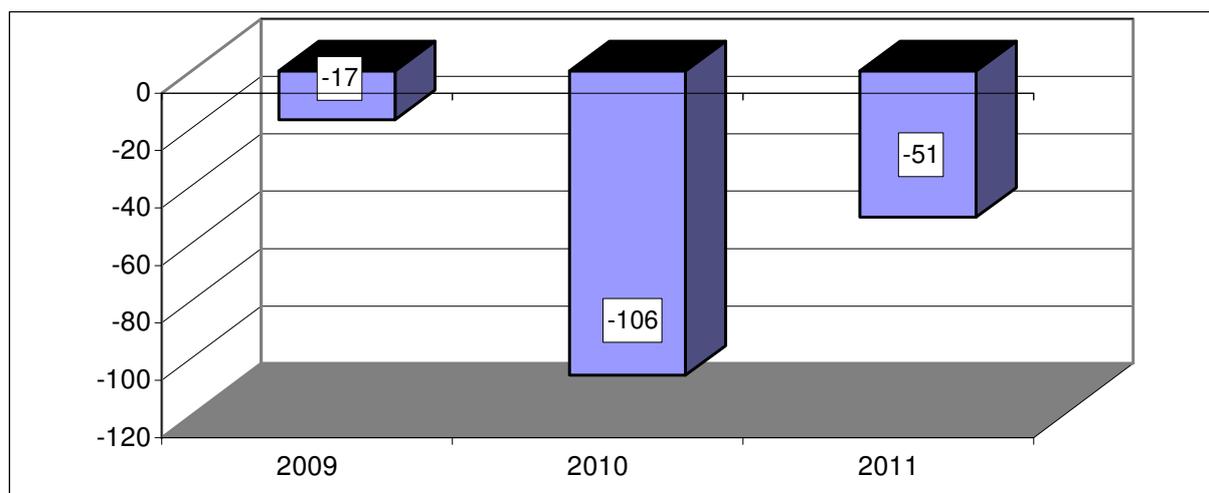
Jahr	2009		2010		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Ausstehende Einlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aufwendung f. Ingangs. des Geschäftsbetriebes	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	691	50,88	825	87,12	813	87,70
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	22	1,62	2	0,21	1	0,11
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	645	47,50	120	12,67	71	7,66
Umlaufvermögen	1.358	100,00	947	100,00	885	95,47
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0,00	0	0,00	42	4,53
Aktiva	1.358	100,00	947	100,00	927	100,00
Gezeichnetes Kapital	100	7,36	100	10,56	100	10,79
Kapitalrücklage	500	36,82	500	52,80	500	53,94
Neubewertungs-/Gewinnrücklage BilMoG	0	0,00	37	3,91	37	3,99
Verlustvortrag	-504	-37,11	-522	-55,12	-628	-67,75
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag(-)	-17	-1,25	-106	-11,19	-51	-5,50
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0,00	0	0,00	42	4,53
Eigenkapital	79	5,82	9	0,95	0	0,00
Sonderposten für Investitionszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	752	55,38	376	39,70	370	39,91
Verbindlichkeiten	527	38,81	562	59,35	557	60,09
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	1.358	100,00	947	100,00	927	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr	2009	2010	2011
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse aus Hausbewirtschaftung	3	0	0
Erh. Bestand an zum Verkauf best. Grundstücken	193	134	-12
Aktivierete Aufw. zur Ingangs. des Geschäftsbetriebes	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	21	0	27
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8	0	0
Erträge	225	134	15
Aufwendung für bezogene Leistungen	200	116	4
Personalaufwand	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	20	97	19
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	22	27	43
Aufwendungen	242	240	66
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-17	-106	-51
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	-17	-106	-51

Entwicklung der Jahresergebnisse

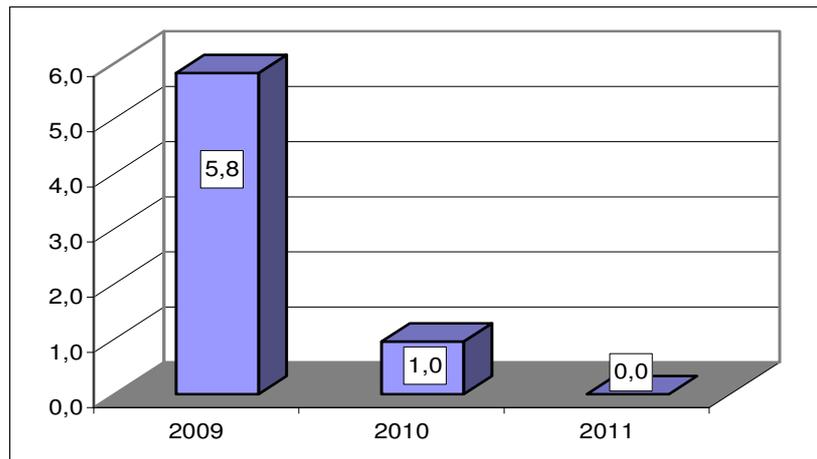
Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-17	-106	-51



Kennzahlen

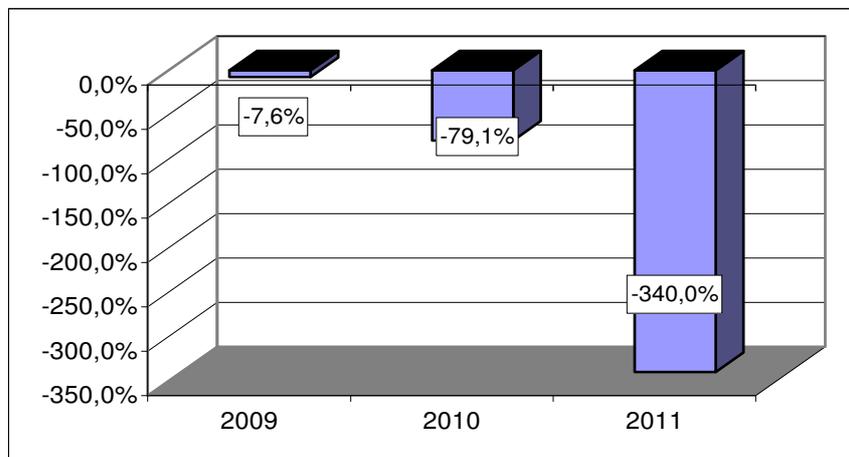
Eigenkapital-Quote

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	79	9	0
Bilanzsumme	1.358	947	927
% EK	5,8	1,0	0,0



Cash-Flow

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	-17	-106	-51
Abschreibungen	0	0	0
	-17	-106	-51
Gesamterträge	225	134	15
Cash-Flow	-7,6%	-79,1%	-340,0%



Lagebericht PHR für das Geschäftsjahr 2011

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid

Die Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH (PHR) wurde am 17. Dezember 2001 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung des Standortes Hauptbahnhof Remscheid zu einem multifunktionalen Zentrum für Einzelhandel, Gastronomiebetriebe und Einrichtungen des Freizeit- und Vergnügungssektors sowie Dienstleistungen, Praxen, Büronutzung und Gewerbe.

Gesellschafter der PHR sind zu jeweils 50% die Stadt Remscheid und die LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH, Köln (LEG S Köln GmbH, eine 100% Tochter der LEG NRW GmbH, Düsseldorf). Die PHR wird über Geschäftsbesorgungsverträge durch Unternehmen der LEG-Unternehmensgruppe betreut.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Veränderungen, der Marktlage sowie der Volatilität der Sparte fiel Anfang 2009 auf Seiten der LEG Landesentwicklungsgesellschaft NRW GmbH die Entscheidung, den Bereich Development nicht mehr weiterzuführen. Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im Geschäftsjahr 2011 war u.a. der Abbau der Sparte Development. Die laufenden Projekte wurden und werden beendet bzw. veräußert. Auch Projektgesellschaften werden zwecks Weiterentwicklung an Investoren bzw. Projektentwickler veräußert. Neue Entwicklungen werden nicht mehr begonnen; bei begonnenen Projektentwicklungen wird ohne ausdrückliche vertragliche Verpflichtung keinerlei Investition mehr getätigt, d.h. hier handelt es sich i.d.R. nur noch um Erschließungsleistungen.

Mit dem Gesellschafter Stadt Remscheid wurde eine Arbeitsteilung für einzelne Projektphasen vereinbart. Dabei liegen die inhaltliche und wirtschaftliche Verantwortung teilmaßnahmenscharf abgegrenzt jeweils bei der PHR oder bei der Stadt Remscheid. Die PHR verantwortet neben dem abgeschlossenen Grunderwerb und der zwischenzeitlich erfolgten städtebaulichen und grundlegenden Planung der Erschließungs- und Infrastrukturmaßnahmen und der abgeschlossenen Maßnahmen zur Herrichtung der Flächen, die Vermarktung des Hauptbahnhofareals. Die Stadt Remscheid verantwortet den Bau der Erschließungs- und Infrastrukturanlagen einschließlich der weitergehenden Planungen.

Die Maßnahme wird größtenteils aus StBauF-Mitteln des Landes im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme bezuschusst. Die Stadt Remscheid als Empfänger der Fördermittel leitet diese zusammen mit dem entsprechenden kommunalen Eigenanteil an die PHR weiter.

1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und Geschäftsergebnisses

Auf Basis des rechtskräftigen Bebauungsplans hat die Stadt Remscheid die Erschließung des Geländes weitestgehend realisiert; der Nordsteg als Verknüpfung des Bahnhofareals mit der Innenstadt wurde 2011 fertig gestellt.

Das Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Freizeitzentrum der HBB als zentrales Investment auf dem Hauptbahnhofareal ist im Sommer 2009 fertig gestellt und eröffnet worden.

Die PHR hat im Februar 2011 den Rücktritt vom Kaufvertrag, der zur Realisierung eines Medizinischen Kompetenzzentrums in 2010 abgeschlossen worden ist, erklärt, da der Käufer die vertraglich geschuldete Einreichung des Antrages auf Baugenehmigung nicht erreicht hat. Aktuell sind rund 71% der vermarktbaren Flächen veräußert.

1.2 Überblick über den Geschäftsverlauf vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und projektspezifischen Rahmenbedingungen

Die aktuelle gesamtwirtschaftliche Lage betrifft vollumfänglich auch die Stadt Remscheid.

Die Stadt Remscheid als kleinste der drei bergischen Großstädte ist durch eine eher kleinteilige Wirtschaftsstruktur mit Kompetenzen im Bereich der Werkzeugindustrie und zugeordneten Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten gekennzeichnet.

Gegen Ende 2011 vorgelegte Anfragen zum Erwerb von Teilflächen des Hauptbahnhofareals für eine Senioreneinrichtung, für eine bahnaffine Nutzung sowie für Ergänzungsflächen einer benachbarten religiösen Einrichtung, werden zur Zeit geprüft. Daneben wurden in 2011 ausschließlich flächenintensive und nicht dem Standort entsprechende Flächen für Logistik, Lager sowie Hallen und Einzelhandel nachgefragt.

1.3 Liquidation der Gesellschaft

Die Gesellschafter Stadt Remscheid und LEG S Köln GmbH haben mit Umlaufbeschluss vom 16./22. Dezember 2011 die Auflösung der Ende 2001 zunächst auf eine Dauer von 10 Jahren vereinbarten Gesellschaft mit Wirkung zum Ablauf des 31. Dezember 2011 beschlossen.

Die Liquidation ist im elektronischen Bundesanzeiger am 28. Februar 2012 veröffentlicht worden. Auf Grundlage einer mit dem Aufsichtsrat abgestimmten Maßnahmenplans soll die Liquidation möglichst zügig durchgeführt werden. Die noch im Eigentum der Gesellschaft befindlichen Grundstücke sollen unter Berücksichtigung der Regularien einer Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme und in Abstimmung mit der Bezirksregierung Düsseldorf an die Stadt Remscheid veräußert werden, soweit nicht in 2012 noch Grundstücksveräußerungen an Dritte vollzogen werden können.

2. Darstellung der Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2011

Das Projekt wurde in 2011 fortgesetzt. Der Wert des Grundstücksbestandes hat sich auf T€ 813 vermindert.

2.1 Vermögenslage

Die Bilanz der PHR ist auf der Aktivseite im Wesentlichen durch die zum Verkauf bestimmten Grundstücke und das Guthaben bei Kreditinstituten geprägt. Im Geschäftsjahr hat sich das Umlaufvermögen der Gesellschaft um rund T€ 63 auf rund T€ 885 vermindert. Die Verminderung betrifft insbesondere das Guthaben bei Kreditinstituten. Zum 31. Dezember 2011 weist die Gesellschaft einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von ca. T€ 42 auf.

Auf der Passivseite haben sich die Verbindlichkeiten um rund T€ 5 auf rund T€ 557 vermindert.

2.2 Ertragslage

Die Gesellschaft schließt im Geschäftsjahr mit einem Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit) in Höhe von T€ 51 ab.

Der Jahresfehlbetrag resultiert im Wesentlichen aus den betrieblichen Aufwendungen, Zinsaufwendungen einschließlich Aufzinsung von Rückstellungen und sonstigen betrieblichen Erträgen. Unter Berücksichtigung des Verlustvortrages in Höhe von T€ 627 ergibt sich ein Bilanzverlust in Höhe von rund T€ 678.

2.3 Finanzlage

Für die laufenden Aufwendungen der PHR, also das Projektmanagement und die Vermarktung, erfolgt im Berichtsjahr eine Finanzierung über Fördermittel sowie bei Bedarf über kurzfristige Kredite. Die Zahlungsfähigkeit der PHR war im Geschäftsjahr jederzeit gewährleistet.

Der Gesellschafter Stadt Remscheid hat der PHR bereits in 2006 einen Betrag in Höhe von T€ 500 für die Kapitalrücklage zur Verfügung gestellt. Der Gesellschafter LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH (LEG S Köln GmbH) hat der PHR weiterhin ein Gesellschafterdarlehn in Höhe von T€ 500 zur Verfügung gestellt (befristet bis zum 31.12.2012).

Der Gesellschafter LEG S Köln GmbH hat im Juni 2011 eine Rangrücktrittsvereinbarung zum vorgenannten Darlehen mit der Gesellschaft abgeschlossen. Zusätzlich ist der Gesellschaft im Juni 2011 durch die LEG S Köln GmbH ein weiteres Gesellschafterdarlehen über T€ 400, befristet bis zum 31.12.2012, zur Verfügung gestellt worden. Die Gesellschaft ist damit in die Lage versetzt worden, ihren finanziellen Verpflichtungen während der Liquidationsphase nachzukommen. Im Berichtsjahr musste die Gesellschaft das Darlehen nicht in Anspruch nehmen.

Soweit dies zur Sicherung der Liquidation der PHR notwendig ist, erklärt sich die LEG S Köln GmbH in 2011 bereit, Forderungen gegen die PHR aus der Erbringung von Projektmanagementleistungen bzw. hieraus entstehende Forderungen gegen die PHR bis zum 31.12.2012 zu stunden.

3. Nachtragsbericht

Zur Bereinigung einer bilanziellen Überschuldung der Gesellschaft haben die Gesellschafter im Februar 2012 eine Vereinbarung getroffen. Die LEG S Köln GmbH verzichtet auf einen Teilbetrag von 45 T€ des in Höhe von 500 T€ zur Verfügung gestellten Darlehens. Dieser Betrag wird vom Projektverlust, der anteilig vom Gesellschafter LEG S Köln GmbH bei Projektabschluss zu übernehmen ist, in Abzug gebracht.

Weitere berichtspflichtige Ereignisse nach dem Stichtag haben sich nicht ergeben.

4. Risikobericht

Die in Liquidation befindliche PHR ist über die LEG S Köln GmbH in das Risikomanagementsystem der LEG-Unternehmensgruppe integriert.

Die LEG Unternehmensgruppe verfügt über ein zentrales Risikomanagementsystem, in das die Gesellschaft integriert ist. Dieses System wird seit Herbst 2010 durch das IT-Tool „R2C_Risk to chance“ unterstützt und ermöglicht ein einheitliches, nachvollziehbares, systematisches und permanentes Vorgehen. Damit sind die Voraussetzungen zur Identifikation, Analyse, Bewertung, Steuerung, Dokumentation, Kommunikation und Historisierung von Risiken geschaffen. Dieses System erfüllt die rechtlichen Rahmenbedingungen und stellt Prüfungssicherheit her. Der gesamte Risikomanagementprozess wird durch einen zentralen Risikomanager koordiniert und überwacht.

Marktentwicklungen werden zentral und in den einzelnen regionalen Gesellschaften zeitnah beobachtet.

Die Baukostenentwicklung wird einerseits über die offiziellen Analysen der einschlägigen Institute beobachtet. Zum anderen bietet auch eine Vielzahl der im Konzern unterjährig vergebenen Bauaufträge die Möglichkeit, Baukostenentwicklungen zeitnah zu beobachten.

Im Development-Bereich wird abwickelnd überwiegend mit GU/GÜ-Aufträgen gearbeitet, so dass das Kostensteigerungsrisiko somit minimiert werden kann. Ein durch die Projektverantwortlichen durchgeführtes Nachtragsmanagement sichert zudem das Kostenrisiko ab.

Die bedingt durch die Finanzmarktkrise grundsätzliche Verschärfung der Risikobewertung durch Banken sowie die Zurückhaltung bei der Kreditvergabe aufgrund erhöhter Anforderungen an das Eigenkapital der Banken (Basel III) haben Auswirkungen auf den Abschluss von Neukredit- und –prolongationsvereinbarungen. Das damit zusammenhängende Risiko der Kapitalkostensteigerung wird verstärkt beobachtet. Dazu dienen die vereinheitlichten Planungs- und Reportingsysteme einschließlich regelmäßiger Liquiditätsberichterstattung innerhalb der LEG-Gruppe.

5. Prognose

Die Abwicklung der Sparte „Development“ wird unverändert konsequent betrieben. Die investiven Projekte sollen im Wesentlichen bis Ende 2012 veräußert sein. Es verbleibt dann die Abwicklung einer risikominimierten „Landbank“ durch Verkäufe von Grundstücken.

Der Abschluss des Projektes Hauptbahnhof ist für 2012 vorgesehen.

Der Gesellschaftszweck gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages ist weitestgehend erfüllt. Das Bahnhofsgelände wurde hergerichtet, erschlossen und neuen Nutzungen zugeführt. Zur Vermarktung eines Teils der restlichen Grundstücke laufen derzeit Verhandlungen mit verschiedenen Investoren. Grundstücksteile, die nicht in 2012 an die Interessenten veräußert werden können, werden an die Stadt Remscheid veräußert werden. Demgegenüber stehen die Festlegungen im Gesellschaftsvertrag, dass die PHR zunächst bis Ende 2011 vereinbart worden ist und die Vorgabe des Gesellschafters der LEG S Köln GmbH, die Projekte der Development-Sparte (und damit auch Remscheid-Hauptbahnhof) schnellstmöglich abzuschließen oder abzugeben.

Unter Berücksichtigung der Aufgabenteilung zwischen der Stadt Remscheid und der PHR wurden die Kosten und Erlöse des Projektes auch im Berichtsjahr laufend fortgeschrieben.

Bislang sind für die durch PHR zu verantwortenden Maßnahmen Kosten von etwa 12,06 Mio. EUR verausgabt worden. Erlöse aus Grundstücksverkäufen sind bislang in Höhe von ca. 3,6 Mio. EUR vereinnahmt worden. Erstattungen einschließlich Rückerstattungen Umsatzsteuer belaufen sich bislang auf rund 1,21 Mio. EUR. Erwartet werden noch Grundstückserlöse in Höhe von etwa 980 T€. Das von der PHR betreute Projekt finanziert sich wesentlich durch Fördermittel des Landes Nordrhein-Westfalen aus dem StBauF-Programm einschließlich entsprechender Eigenanteile der Stadt Remscheid. Geplant sind entsprechende Einnahmen in Höhe von rund 5,74 Mio. EUR. Aus dem StBauF-Programm liegen inzwischen 11 Bewilligungsbescheide vor. Erhalten hat die PHR bislang Fördermittel von rund 5,73 Mio. EUR. Die übrigen Fördermittel werden nach Einschätzung der Geschäftsführung bis zum Projektende noch bewilligt und ausgezahlt werden.

Da die Fördermittel in erheblichem Umfang mit Verpflichtungsermächtigungen versehen sind, ergibt sich Vorfinanzierungsbedarf durch die PHR.

Daher ist zwischen den Gesellschaftern vereinbart worden – mit Ausnahme noch in 2012 an Dritte veräußerbarer Grundstücke – die noch im Eigentum der Gesellschaft befindlichen Grundstücke an die Stadt Remscheid zu veräußern. Grundlage ist die Festsetzung des Hauptbahnhofareals als Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme nach BauGB. Daraus resultiert

die Verpflichtung für die Stadt Remscheid, nach Abschluss der Maßnahme noch nicht veräußerte Grundstücke der Gesellschaft zum Verkehrswert zu übernehmen.

Dieses Prozedere ist mit der Bezirksregierung Düsseldorf unter förderrechtlichen und haushaltsrechtlichen Gesichtspunkten abgestimmt worden. Risiken aus Umsatzsteuerschäden, die bei einer Übernahme von Grundstücken durch die Stadt Remscheid entstehen, können nur soweit durch Fördermittel kompensiert werden, als dadurch die vom Land vorgegebene Obergrenze nicht überschritten wird.

Die Gesellschafter der PHR haben im Dezember 2011 den Beschluss zur Liquidation der Gesellschaft gefasst. Die Liquidation ist am 28. Februar 2012 im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht worden.

Remscheid, 23. März 2012

gez.
Werner Wirtz
Liquidator

3.5 BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid gemeinnützige GmbH der Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid

Allgemeine Unternehmensdaten

BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid
gemeinnützige GmbH der
Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid
Otto-Ohl-Weg 10
42489 Wülfrath
Tel. 02191 / 69440 - 0

Gründungsjahr: 2007

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Bergische Diakonie Aprath	12.750,00	51,00
Stadt Remscheid	12.250,00	49,00
<u>Gesamt</u>	<u>25.000,00</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand/Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Einrichtungen und Diensten in Remscheid, die Alten- und Pflegeeinrichtungen und Alten- und Pflegedienste für alle Menschen unabhängig von ihrer religiösen, nationalen und kulturellen Herkunft vorhalten. Die Gesellschaft betreibt diese Einrichtungen in praktischer Ausübung christlicher Nächstenliebe im Sinne der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der Evangelischen Kirche. Durch die Beteiligung an der Gesellschaft bekennt sich die Stadt Remscheid zu ihrem öffentlichen Auftrag der Daseinsvorsorge in der Altenhilfe.

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Durchführung folgender Aufgaben verwirklicht:

Übernahme, Führung und Erweiterung des Betriebes der beiden bisher städtischen Alten- und Pflegeheime in Remscheid-Lennep und Remscheid-Vieringhausen.

Die Gesellschaft wird im Rahmen der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit alle Geschäfte tätigen, die mit dem genannten Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung:

Gerhard Schönberg

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung waren Herr Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz und Herr Städtischer Oberverwaltungsrat Arnd Zimmermann.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2009	2010	2011
	€	€	€
Kapitalrücklage	0,00	35.000,00	0,00
Forderungsverzicht	0,00	0,00	0,00

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2009	2010	2011
Mitarbeiter/-innen	VZK	VZK	VZK
eigene Beschäftigte	24,6	30,8	42,1
beschäftigte Leihmitarbeiter inkl. Beschäftigte der Stadt Remscheid	82,3	102,7	keine Angabe im Prüfbericht

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Leistungsdaten	2009	2010	2011
Pflegeplätze	204	206	223
Auslastungsgrad in %	96,8	97,4	95,2

Bilanzstruktur

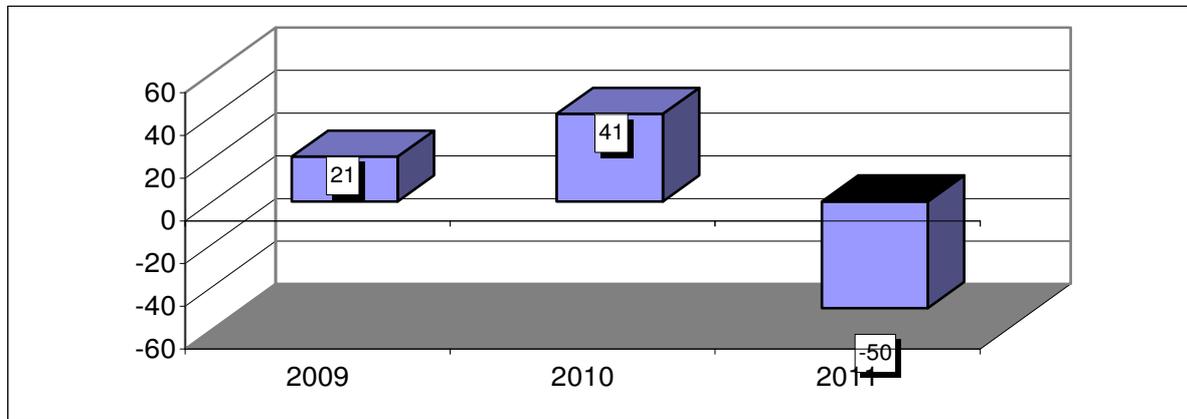
Jahr Bilanz-Position	2009		2010		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	98	9,38	96	7,57	104	8,35
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	98	9,38	96	7,57	104	8,35
Vorräte	16	1,53	12	0,95	20	1,61
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	417	39,90	598	47,16	433	34,62
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	512	49,00	561	44,24	692	55,34
Umlaufvermögen	945	90,43	1.171	92,35	1.145	90,27
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0,19	1	0,08	1	0,08
Aktiva	1.045	100,00	1.268	100,00	1.250	100,00
Gezeichnetes Kapital	25	2,39	25	1,97	25	2,00
Kapitalrücklage	0	0,00	70	5,52	70	5,60
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinn- / Verlustvortrag	45	4,31	66	5,21	107	8,53
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	21	2,01	41	3,23	-50	-3,99
Eigenkapital	91	8,71	202	15,93	152	12,14
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	7	0,56
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	96	9,19	142	11,20	139	11,10
Verbindlichkeiten	858	82,11	924	72,87	953	76,24
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	1.045	100,00	1.268	100,00	1.250	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung

Jahr GuV-Position	2009	2010	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	7.205	7.776	8.386
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	0	0	1
Sonstige betriebliche Erträge	166	93	235
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	1	3	0
Erträge	7.372	7.872	8.622
Materialaufwand	5.034	5.126	5.000
Personalaufwand	870	1.195	1.650
Abschreibungen	12	16	19
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.431	1.493	2.000
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3	2	2
Aufwendungen	7.350	7.832	8.672
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	22	40	-50
Sonstige Steuern	-1	1	0
Jahresüberschuss (+)	21	41	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	-50

Entwicklung der Jahresergebnisse

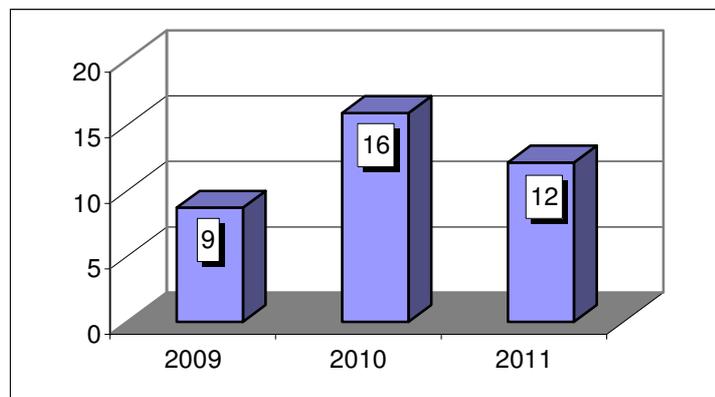
Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Gewinnabführung	21	41	-50



Kennzahlen

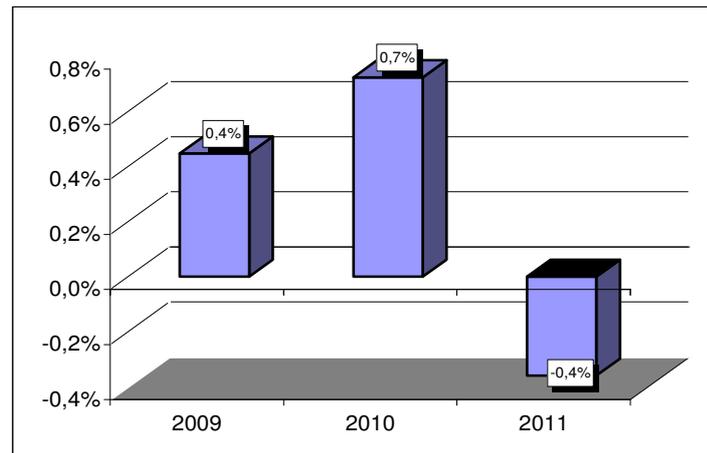
Eigenkapitalquote

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	91	202	152
Bilanzsumme	1.045	1.268	1.250
% EK	9	16	12



Cash-Flow

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	21	41	-50
Abschreibungen	12	16	19
	33	57	-31
Gesamterträge	7.372	7.872	8.622
Cash-Flow	0,4%	0,7%	-0,4%



Lagebericht 2011

Da die Stadt Remscheid der Feststellung des Jahresabschlusses inkl. Lagebericht zum 31.12.2011 nicht zugestimmt hat, wird auf eine Veröffentlichung des Lageberichts verzichtet.

3.6 Arbeit Remscheid gGmbH Gesellschaft für Beschäftigungsförderung und Qualifizierung

Allgemeine Unternehmensdaten

Arbeit Remscheid gGmbH
 Freiheitstr. 181 / Am Bruch
 42853 Remscheid
 Tel. 02191 / 29912

Gründungsjahr: 1999

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	61.200,00	39,97
Diakonisches Werk im Kirchenkreis Lennep	38.250,00	24,98
Kreishandwerkerschaft Remscheid	19.150,00	12,51
Arbeitgeber-Verband von Remscheid und Umgebung e.V.	19.150,00	12,51
Limes Qualifizierung Gesellschaft für Arbeitnehmer- Weiterbildung mbH	15.350,00	10,03

Gesamt 153.100,00 100,00

Die Stammeinlagen wurden bisher nur zur Hälfte eingezahlt.

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist, von Arbeitslosigkeit betroffene Personen im Stadtgebiet Remscheid zu betreuen, zu beraten, auszubilden, zu qualifizieren und / oder die Wiedereingliederung der benachteiligten Gruppen des Arbeitsmarktes, wie z.B. Langzeitarbeitslose, Jugendliche, Behinderte zu gewährleisten.

Der Geschäftszweck wird insbesondere durch die Durchführung folgender Aufgaben verwirklicht werden:

Planung und Durchführung von personenbezogenen Maßnahmen, z.B. Feststellung der arbeitsmarktlichen Eignung, Arbeitserprobung und Heranführung an marktübliche Erwerbstätigkeit in Kooperation mit der Arbeitsverwaltung.

Initiierung und Planung von Qualifizierungsmaßnahmen in Kooperation mit den Trägern der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Herr Ralf Barsties

Beirat

Werner Fußwinkel	
Burkhard Mast-Weisz	Stadtdirektor
Ottmar Gebhardt	Ratsmitglied
Lothar Krebs	Bürgermeister
Michael Kleinbongartz	Ratsmitglied
Harald Sellner	Sachkundiger Bürger
Thomas Brützel	Sachkundiger Bürger
Fritz Beinersdorf	Ratsmitglied
Norbert Schmitz	Ratsmitglied
Therese Jüttner	Ratsmitglied
Armin Hoppmann	
Christian Klauer	

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Herr Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Gem. § 5 des Gesellschaftsvertrages kann die Gesellschafterversammlung die Erbringung von Nachschüssen beschließen. Der Anteil der Stadt Remscheid an dieser Nachschusspflicht besteht in Höhe von 30.600,00 €.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2009	2010	2011
	€	€	€
Zuschuss Overhead-Kosten	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2009	2010	2011
Arbeitnehmer/-innen	37	40	31

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

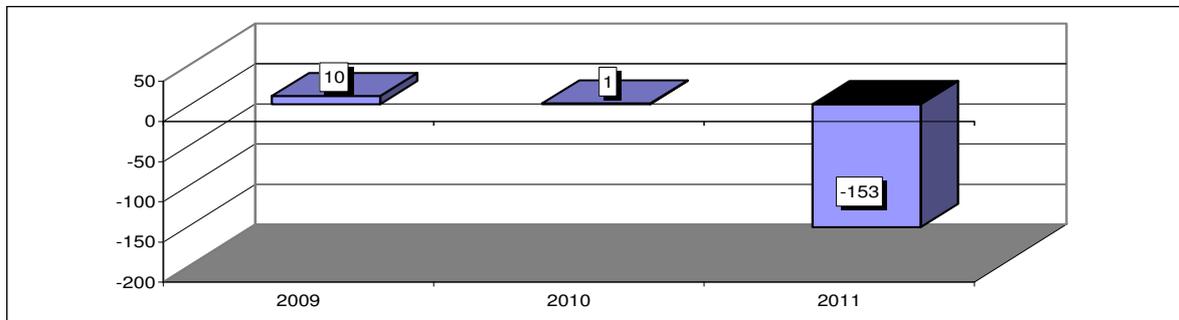
Jahr	2009		2010		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Ausstehende Einlagen	77	5,90	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	207	15,86	172	16,55	144	17,08
Anlagevermögen	207	15,86	172	16,55	144	17,08
Vorräte	7	0,54	1	0,10	3	0,36
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	196	15,02	281	27,05	134	15,90
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	800	61,30	577	55,53	555	65,84
Umlaufvermögen	1.003	76,86	859	82,68	692	82,09
Rechnungsabgrenzungsposten	18	1,38	8	0,77	7	0,83
Aktiva	1.305	100,00	1.039	100,00	843	100,00
Gezeichnetes Kapital	153	11,72	153	14,73	153	18,15
Ausstehende Einlagen	0	0,00	-77	-7,41	-77	-9,13
Kapitalrücklage / geb. Rücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnvortrag (+) / Verlustvortrag (-)	786	60,23	796	76,61	797	94,54
Jahresüberschuss (+)	10	0,77	1	0,10	0	0,00
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	-153	-18,15
Eigenkapital	949	72,72	873	84,02	720	85,41
Sonderposten für Investitionszuschüsse	42	3,22	27	2,60	7	0,83
Rückstellungen	143	10,96	97	9,34	58	6,88
Verbindlichkeiten	70	5,36	42	4,04	58	6,88
Rechnungsabgrenzungsposten	101	7,74	0	0,00	0	0,00
Passiva	1.305	100,00	1.039	100,00	843	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr	2009	2010	2011
	T€	T€	T€
GuV-Position			
Umsatzerlöse	719	1.014	814
Sonstige betriebliche Erträge	2.257	1.615	1.232
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	2	3
Erträge	2.980	2.631	2.049
Materialaufwand	60	56	30
Personalaufwand	2.006	1.771	1.546
Abschreibungen	68	70	57
Sonstige betriebliche Aufwendungen	830	727	566
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	1	0
Aufwendungen	2.965	2.625	2.199
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	15	6	-150
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Sonstige Steuern	-5	-5	-3
Jahresüberschuss (+)	10	1	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	-153

Entwicklung der Jahresergebnisse

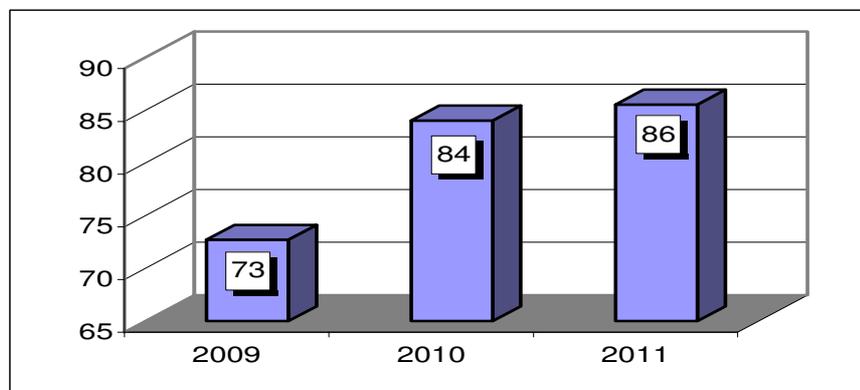
Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	10	1	-153



Kennzahlen

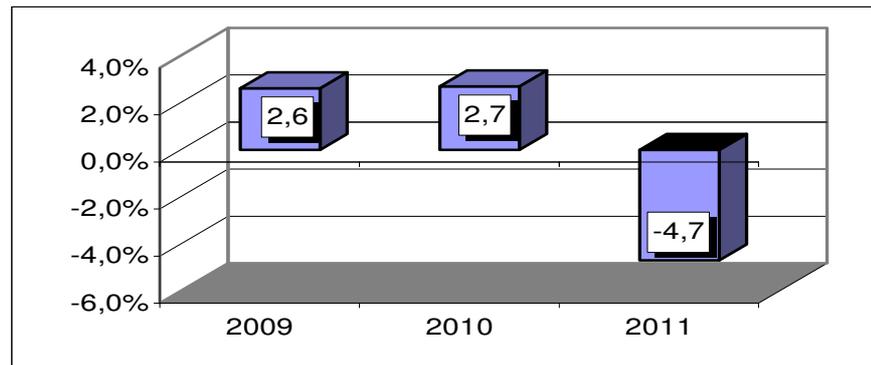
Eigenkapitalquote

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	949	873	721
Bilanzsumme	1.305	1.039	843
% EK	73	84	86



Cash-Flow

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	10	1	-153
Abschreibungen	68	70	57
	78	71	-96
Gesamterträge	2.980	2.631	2.049
Cash-Flow	2,6%	2,7%	-4,7%



Lagebericht 2011

1. Geschäftsverlauf der Gesellschaft

Stimmung und Lage in der Beschäftigungs- und Qualifizierungsbranche insgesamt sind geprägt durch das mittlerweile verabschiedete „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“, das in seinem Kern ab 01.04.2012 wirksam wird, und die Auswirkungen der Einsparungen von Arbeitsagentur und Jobcenter im Bereich der Eingliederungsleistungen, die bereits zu Beginn des Jahres 2011 wirksam wurden.

1.1 Gesamtwirtschaftliches Umfeld / Entwicklungen im Qualifizierungsbereich

Im Laufe des Jahres 2011 konnte die Arbeitslosenquote von 9,3% auf 8,1% um 730 Personen gesenkt werden. Am 31.12.2011 waren in Remscheid 7965 Personen arbeitslos. Hiervon sind 1144 dem Rechtskreis SGB III (Arbeitslosengeld 1) und 3560 dem Rechtskreis SGB II (Arbeitslosengeld 2) zuzuordnen. Im Vergleich zum Stand vor einem Jahr sank die Zahl der Bezieher von ALG 1 (-27%) ungleich stärker als bei den Beziehern von ALG 2 (-8%). Dies ist ein unverkennbarer Indikator dafür, dass die Langzeitarbeitslosen in einem verhältnismäßig geringen Maß von Aufschwung und der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungssituation profitierten. Mit 42% aller Arbeitslosen sind die Langzeitarbeitslosen die eine dominierende Gruppe. Bricht man die Schätzungen der Arbeitsagentur auf Bundesebene auf Remscheid herunter, so ist davon auszugehen, dass etwa 600 der Remscheider Arbeitslosen (7,5%) seit Einführung des SGB II vor sieben Jahren nicht einen Tag sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren. Des Weiteren bemerkenswert ist, dass mehr als ein Viertel aller Arbeitslosen in Remscheid ausländische Mitbürger sind und der Anteil der über 50jährigen gut 29% beträgt.

Die Eingliederungsmittel der Arbeitsverwaltung in Nordrhein-Westfalen wurden für den Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr um über 300 Mio. € oder 22,4% gekürzt. Nach Angaben der Arbeitsagentur wurden weitere 100 Mio. € an Eingliederungsmitteln nicht verausgabt, so dass die reale Mittelreduzierung fast ein Drittel des Budgets von 2010 ausmachte. Im Eingliederungsbereich des Jobcenters Remscheid waren Kürzungen um 1,5 Mio. € zu kompensieren, was einer Reduzierung der Mittel um 16,4 entspricht. Wie hoch der Betrag der nicht verausgabten Mittel im Jobcenter Remscheid ist, ist nicht bekannt.

Prägend und bezeichnend ist die rückläufige (und nicht nur stockende) Entwicklung im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung. Alle Projekte von Arbeit Remscheid (Remscheider City Service, Forst, Freibad Eschbachtal, Kaufhaus Remscheid, Möbellager) erfreuen sich bei Teilnehmern, Bürgern und der Öffentlichkeit insgesamt außerordentlicher Anerkennung und Beliebtheit. Auch bei der örtlichen Wirtschaft und dem Handwerk konnte weitestgehend Akzeptanz erreicht werden. Dem steht eine Politik gegenüber, die

eine öffentlich geförderte Beschäftigung für Langzeitarbeitslose, die schwer bis gar nicht auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelbar sind, nicht nur durch die Kürzung der Mittel, sondern auch durch absurde Einschränkungen und Verschärfung der Auflagen erschwert (Stichwort Sozialer Arbeitsmarkt). Arbeitsgelegenheiten und Bürgerarbeit werden durch die teilweise alltags- und realitätsferne Auslegung der Rahmenbedingungen Zusätzlichkeit, Öffentliches Interesse und Wettbewerbsneutralität immer marktferner angelegt und auf Dauer ad absurdum geführt. Alternative dazu kann sachlich betrachtet ein nachhaltig angelegter öffentlich geförderter sozialer Arbeitsmarkt sein, der Teil des Gesamtarbeitsmarktes ist und sowohl gemeinnützig orientierte als auch gewerbliche Bereiche einschließt. Für eine Finanzierung durch den sogenannten Passiv-Aktiv-Transfer müssten entsprechende gesetzliche Grundlagen geschaffen werden.

1.2 Qualifizierungsprogramme 2011

Die Qualifizierungsprogramme von Arbeit Remscheid gGmbH sind maßgeblich den Rahmenbedingungen unterworfen, die sich aus den Ausschreibungen und Anforderungsprofilen für Maßnahmen, insbesondere durch die Agentur für Arbeit und das Jobcenter Remscheid, ergeben. Insbesondere innovative Ansätze sind abhängig von der Auslobung verschiedener Projektförderungen durch Land, Bund oder EU.

Insofern bestand eine besondere Herausforderung darin, einerseits die Standbeine und Stärken von Arbeit Remscheid zu sichern und andererseits die einzelnen Arbeitsbereiche flexibel und veränderungsfähig zu halten, um auf veränderte Bedarfs- und Anforderungslagen seitens der Bedarfsträger Jobcenter und Arbeitsagentur eingehen zu können. So bilden Schreinerei und Malerwerkstatt den Rahmen und das Gerüst für erfolgreiche Aktivierungsmaßnahmen und die außerbetriebliche Ausbildung. Das Möbellager und das Kaufhaus Remscheid sind darüber hinaus nicht nur etablierte Versorgungsinstanzen für den Teil der Remscheider Bevölkerung, der eher wenig Mittel zur Verfügung hat, sondern wesentlich wirksame Qualifizierungsbetriebe für den Bereich der Gemeinwohlarbeit.

Trotz der beschriebenen Veränderungen und der Reduzierungen versteht sich Arbeit Remscheid als Träger und Motor für die Durchführung öffentlicher Beschäftigungsmaßnahmen. Im Jahr 2011 wurde die Gesamtheit der Stellen noch einmal um 38% von 114 auf 71 reduziert. Dies ging zu Lasten der überwiegenden Anzahl der bei externen Partnern durchgeführten AGH-Stellen. Bei Arbeit Remscheid selbst wurde das AGH-Projekt in der Malerwerkstatt ersatzlos eingestellt und die anderen Bereiche mussten Reduzierungen kompensieren.

Seit September 2011 wird bei Arbeit Remscheid nun auch außerbetrieblich zum Maler und Lackierer ausgebildet. Zum Ende des Jahres wurden insgesamt 28 Ausbildungsplätze vorgehalten (13 Verkäufer, 6 Maler und Lackierer, 9 Fachkraft für Küchen-, Möbel- und Umzugsservice). Im Kontext der Werkstätten und des Kaufhauses wurden weitere Maßnahmen zur Aktivierung und Heranführung an den Arbeit und Ausbildung erfolgreich durchgeführt.

Im Bereich der Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen wirkte sich die zurückhaltende Vergabe von Bildungsgutscheinen in der Weise gravierend aus, dass über zwei Kursdurchgänge zur Qualifizierung „Betreuungskraft Demenz“ hinaus keine durchführungsfähigen Kurse zustande kamen.

Innerhalb der vermittlungsorientierten Integrationsmaßnahmen wurden im Jahresschnitt ständig 71 Maßnahmeteilnehmerinnen betreut.

Im Jahresschnitt 2011 über alle Maßnahmen von Gemeinwohlarbeit bis hin zu den außerbetrieblichen Ausbildungen betreute Arbeit Remscheid ständig 213 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Als reines Koordinations- und Kooperationsprojekt übernahm Arbeit Remscheid als durchführender und verantwortlicher Träger ab April 2011 die Federführung innerhalb

des mit Bundes- und ESF-Mitteln geförderten Projektes „Netzwerke wirksamer Hilfen für Alleinerziehende“.

1.3 Geschäftsführung, Personal —und Organisationsentwicklung

Die Gesellschaft arbeitete im Berichtszeitraum durchgehend in den seit 2010 etablierten Organisations- und Leitungsstrukturen.

Die Stammebelegschaft wurde im Laufe des Jahres von 38 auf 31 Mitarbeitende um 18% reduziert. Dies konnte durch auslaufende befristete Verträge erreicht werden, so dass keine Kündigungen notwendig wurden. Im Jahresverlauf liefen u.a. in 8 Fällen die Personalkostenförderungen durch die Jobperspektive oder durch Eingliederungszuschuss aus. Ab Mitte des Jahres konnte dies teilweise durch die Einstellungen im Rahmen des ESF-Projektes Bürgerarbeit kompensiert werden. Eine Vergleichbarkeit von Jobperspektive und Bürgerarbeit ist allerdings in mehrfacher Hinsicht nicht gegeben: die Bürgerarbeitsstellen haben eine Höchstgrenze von 30 Stunden pro Woche und sind in den Einsatzmöglichkeiten durch die Anforderungen Zusätzlichkeit, Öffentliches Interesse und Wettbewerbsneutralität in ihrer Einsetzbarkeit erheblich eingeschränkt.

Arbeit Remscheid war im Berichtszeitraum an den Standorten Gewerbehof Freiheitstr./Am Bruch, Königstr. 27-35 und Markt 17 tätig. Hier wurde insbesondere in den Ausbau des Lager- und Logistikkbereiches in der Königstr. und in den Umbau der Malerwerkstatt investiert. Für die im August 2011 durch die Handwerkskammer Düsseldorf erfolgte Anerkennung als Ausbildungsbetrieb war die Errichtung von sechs sog. Malerkabinen erforderlich.

Darüber hinaus wurde der Fuhrpark insgesamt reduziert und in Teilen erneuert. Des Weiteren wurde das bisherige Teilnehmer- und Dokumentationssystem durch eine leistungsfähige moderne Software ersetzt.

Die notwendigen Audits zum Fortbestand der Zertifizierungen nach AZWV und nach DIN EN ISO 9001:2008 sowie für das Qualitätssiegel Gemeinwohlarbeit des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes NRW konnten erfolgreich absolviert werden.

2. Lage der Gesellschaft

2.1 Umsatzentwicklung im Vorjahresvergleich

Bei einer Halbierung des Wareneinkaufes und deutlichem Rückgang der Umsatzerlöse um 20% reduzierte sich der Rohertrag um etwas mehr als 18%. Hierfür maßgeblich ist insbesondere die Einstellung des Gartenbaubetriebes zu Beginn des Jahres 2011 (Vorjahresumsatz 83 T€) und eine Reduzierung der Ganzheitlichen Integrationsmaßnahmen (-250 T€). Dem steht aber auch eine Erhöhung der Umsätze der Zweckbetriebe Möbellager und Kaufhaus um mehr als 16% gegenüber (+58 T€).

Der Rohertrag liegt immer noch deutlich über dem des Jahres 2008.

Bezeichnung	2011 in €	2010 in €	Veränderung zum Vorjahr in €	Veränderung zum Vorjahr in %
Umsatzerlöse	813.638,35	1.014.260,09	-200.521,58	-19,77
Wareneinkauf	29.600,38	56.401,71	-26.801,33	-47,52
Rohertrag	784.037,97	957.858,38	-173.820,41	-18,14

2.2 Ertragsentwicklung Qualifizierungsprogramme

Der Rückgang der Erträge aus den sonstigen Qualifizierungsprogrammen ist mit 23,75% gegenüber dem Vorjahr gravierend. Die markantesten Positionen sind hier der Erlösrückgang bei den Arbeitsgelegenheiten um mehr als ein Drittel (145 T€) sowie ein Rückgang der Personalkostenzuschüsse um 38% (146 T€).

Bezeichnung	2011 in €	2010 in €	Veränderung zum Vorjahr in €	Veränderung zum Vorjahr in %
Sonst. Erträge	1.225.472,69	1.603.639,58	-378.166,89	-23,58

2.3 Kostenentwicklung im Vorjahresvergleich

Die Gesamtkosten konnten gegenüber dem Vorjahr um fast 16% reduziert werden. Hierbei konnten die Sachkosten um 22% und die Personalkosten um 13% gesenkt werden. Damit erhöhte sich der Anteil der Kosten für Personal an den Gesamtkosten um 2% auf 71% gegenüber den Sachkosten.

Bezeichnung	2011 in €	2010 in €	Veränderung zum Vorjahr in €	Veränderung zum Vorjahr in %
Personalkosten	1.545.869,87	1.771.298,81	-225.428,94	-12,72
Sachkosten	623.303,58	797.336,09	-174.032,51	-21,82
Gesamtkosten	2.169.173,45	2.568.634,90	-399.461,45	-15,55

2.4 Betriebswirtschaftliche Entwicklung im Vorjahresvergleich

Aus einer um 22,2% geminderten Gesamtleistung und der Reduzierung der Kosten um 15,6% ergibt sich ein negatives Jahresergebnis. Dieses ist im Wesentlichen auf die im Jahresverlauf negativen Entwicklungen bei der Maßnahmedurchführung (u.a. Fort- und Weiterbildungskurse konnten teilweise wegen Nichterreichen der Teilnehmerzahl nicht durchgeführt werden) und einer hohen Quote an nichterhaltenen Zuschlägen bei ausgeschriebenen Maßnahmen zurückzuführen. Eine Anpassung des Personalbestandes im notwendigen Umfang war ebenso wenig kurzfristig machbar, wie die Reduzierung der angemieteten Räumlichkeiten.

Bezeichnung	2011 in €	2010 in €	Veränderung zum Vorjahr in €	Veränderung zum Vorjahr in %
Gesamtleistung	2.046.111,04	2.629.649,67	-583.538,63	-22,19
Gesamtkosten	2.169.173,45	2.568.634,90	-399.461,45	-15,55
Betriebsergebnis	-152.662,79	4.613,06	-157.275,85	-1.286,49
Zinsaufwand	339,01	505,92	-166,91	-32,99
Zinsertrag	3.472,20	2.179,23	1.292,97	59,33
Steuern	3.604,32	4.968,68	-1.364,36	-27,45
Ergebnis	-153.133,92	1.317,69	-151.816,23	-1.427,85

2.5 Vermögens- und Finanzlage

Im Berichtszeitraum reduzierte sich die Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr um 19%. Auch bei differenzierter Betrachtung von Anlage- und Umlaufvermögen liegt die Reduzierungsquote bei jeweils ca. 19%. Besonders erkennbar wird die Reduzierung der Gesamtsumme im Anlagenvermögen in einem Rückgang der Sachanlagen um ein Viertel und im Umlaufvermögen durch die Reduzierung der kurzfristigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um gut 50%.

Dem gegenüber hat sich an der stabilen Liquidität auch im Jahr 2011 nichts geändert. Der Rückgang der kurzfristig liquiden Mittel um knapp 4% ist vergleichsweise gering geblieben. Die Eigenkapitalquote bleibt mit 86% im Vergleich mit dem Vorjahr fast identisch.

3. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Mit dem in seinem Kern ab 01.04.2012 in Kraft tretenden „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ und deren Folgen für die Eingliederungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten von arbeitslosen Bürgerinnen und Bürgern ist die Fortsetzung der Herausforderung für Arbeit Remscheid als Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft vorgezeichnet. Während es aus Sicht von Bundesregierung und Agentur für Arbeit durch die Schärfung der Eingliederungsinstrumente um die Optimierung der Eingliederungschancen geht, geht es aus Sicht der Kritiker (u.a. Landesregierung NRW und andere Bundesländer, Qualifizierungs- und Beschäftigungsträger, Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege) in weiten Teilen um die Legitimierung der Mittelkürzungen im Eingliederungsbereich und insbesondere die Verschlechterung und Ausdünnung der Möglichkeiten zur Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Insofern hat sich an der Beurteilung von Chancen und Risiken im Vergleich zum vergangenen Geschäftsjahr wenig geändert. Die Geschäftsführung ist weiterhin der Überzeugung, dass eine schlanker strukturierte Gesellschaft mit den Schwerpunkten auf Aktivierung/Ausbildung und die gebrauchtwarenorientierten Zweckbetriebe die besten Marktchancen hat. Die Strategie für die nächsten Jahre ist darauf ausgerichtet. Mit der Neuausrichtung seit Mitte 2010 setzt Arbeit Remscheid weniger auf Expansion und die weitere Ausdifferenzierung der diversen Geschäftsfelder. In Zeiten des rückläufigen öffentlichen Mitteleinsatzes bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt ist die Herausforderung eines Qualifizierungs- und Beschäftigungsträgers, seine Standbeine zu stabilisieren und die Kerngeschäfte neu zu bewerten und identifizieren. Diese Standbeine und Kerngeschäfte sind für Arbeit Remscheid

- die Aktivierung, Qualifizierung und Ausbildung aufbauend auf den Zweckbetrieben Schreiner- und Malerwerkstatt
- die umfeld- und umweltgerechte Versorgung der Bevölkerung mit gut erhaltenen Gebrauchsgütern und Dienstleistungen im Umfeld der Zweckbetriebe Möbellager und Kaufhaus
- die Gemeinwohlorientierung mit bewährten und neuen Projekten im öffentlichen Raum.

Die Geschäftspolitik ist ausgerichtet auf die ständige Weiterentwicklung der Qualität in Ausbildung und Qualifizierung. Ein nachhaltiger Ausbau der Zweckbetriebe Möbellager und Kaufhaus steht zunehmend auch für die kontinuierliche Schaffung nachhaltiger Beschäftigungsmöglichkeiten insbesondere für diejenigen, die im Wettbewerb am Arbeitsmarkt Nachteile und Handicaps aufweisen.

Diese Handlungsorientierung wird konsequent verfolgt und im Jahre 2012 fortgesetzt. Dies erfolgt auf der Basis einer fachlich qualifizierten hochmotivierten Mitarbeiterschaft und einer sehr guten Vernetzung in Wirtschaft und Sozialraum. Arbeit Remscheid wurde 1999 als die Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft für Remscheid gegründet. Arbeit Remscheid bezieht den zentralen Teil seiner Identität aus seiner Präsenz und Aktivität in Remscheid. Die Stadt Remscheid bezieht einen Teil seiner beschäftigungspolitischen Identität aus der Präsenz und Aktivität von Arbeit Remscheid. Arbeit Remscheid ist durch und durch lokal verankert. Es ist Ziel von Arbeit Remscheid, die Kooperation mit Mitbewerbern und dem Auftraggeber Jobcenter weiter zu intensivieren. Zugute kommt Arbeit Remscheid die vorhandene Gesellschafterstruktur. Die Stadt Remscheid erhält in diversen Projektansätzen im öffentlichen Raum dort kreativ und tatkräftig Unterstützung, wo die Stadt aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage ist, tätig zu werden. Mit Kreishandwerkerschaft und Arbeitgeberverband wird die Schnittstelle zur Wirtschaft kontinuierlich bearbeitet. Arbeit Remscheid ist auf die nachhaltige (nicht materielle) Unterstützung durch die Gesellschafter

angewiesen, um Wettbewerbsnachteile, die sich aus der besonderen Remscheider Identität ergeben, kompensieren zu können.

Remscheid, den 13.03.2012
Arbeit Remscheid gGmbH

gez. Ralf Barsties
Geschäftsführer

3.7 Regionale 2006 Agentur GmbH i.L.

Allgemeine Unternehmensdaten

Regionale 2006 Agentur GmbH i.L.
Kölner Str. 8
42651 Solingen
Tel. 0212/88160660

Gründungsjahr: 2000

Die Gesellschafterversammlung hat am 14.06.2007 -nach Erreichen des Gesellschaftszwecks- die Auflösung der Gesellschaft zum 01.10.2007 beschlossen.

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	9.000,00	33,33
Stadt Solingen	9.000,00	33,33
Stadt Wuppertal	9.000,00	33,33
<u>Gesamt</u>	<u>27.000,00</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand der Gesellschaft ist die Projektentwicklung, Koordination und Umsetzung von Vorhaben im Rahmen der REGIONALE 2006 und die zusammenfassende, projekt- und stadtübergreifende Kommunikation der REGIONALE 2006.

Aufgaben der Gesellschaft sind insbesondere

- Projektentwicklung und Projektmanagementberatung in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Projektträgern
- Übernahme der Auftragsprojekträgerschaft für Projekte ohne lokale Bindung sowie für stadtübergreifende oder grenzüberschreitende Projekte
- Qualitätsmanagement und Projektqualifizierung im Sinne der Anliegen der REGIONALE 2006
- Akquirierung von Mitteln, insbesondere auch Mobilisierung privaten Kapitals und bürgerschaftlichen Engagements
- Marketing und projektübergreifende Kommunikation zur REGIONALE 2006

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung/Liquidator:

Henry Beierlorzer

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Frau Oberbürgermeisterin Beate Wilding.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2009	2010	2011
	€	€	€
Zuschuss	0,00	0,00	0,00

Anzahl der Beschäftigten (bis zum Liquidationszeitpunkt)

Beschäftigte	2005	2006	2007
	10	10	6
Sowie in allen Jahren mehrere Aushilfskräfte			

Wirtschaftliche Unternehmensdaten (bis zum Liquidationszeitpunkt)**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

Jahr	2005		2006		2007	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Sachanlagen	19	3,76	23	2,85	13	3,70
Anlagevermögen	19	3,76	23	2,85	13	3,70
Vorräte	9	1,78	0	0,00	0	0,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	187	37,03	75	9,31	59	16,81
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	284	56,24	708	87,84	279	79,49
Umlaufvermögen	480	95,05	783	97,15	338	96,30
Rechnungsabrechnungsposten	6	1,19	0	0,00	0	0,00
Aktiva	505	100,00	806	100,00	351	100,00
Gezeichnetes Kapital	27	5,35	27	3,35	27	7,69
Verlustvortrag / Gewinnvortrag	1	0,20	1	0,12	2	0,57
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	1	0,12	1	0,28
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	28	5,54	29	3,60	30	8,55
Sonderposten für Investitionszuschüsse	19	3,76	23	2,85	13	3,70
Rückstellungen	20	3,96	32	3,97	13	3,70
Verbindlichkeiten	438	86,73	722	89,58	295	84,05
Rechnungsabrechnungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	505	100,00	806	100,00	351	100,00

Abschluss 2007 per 30.09.2007

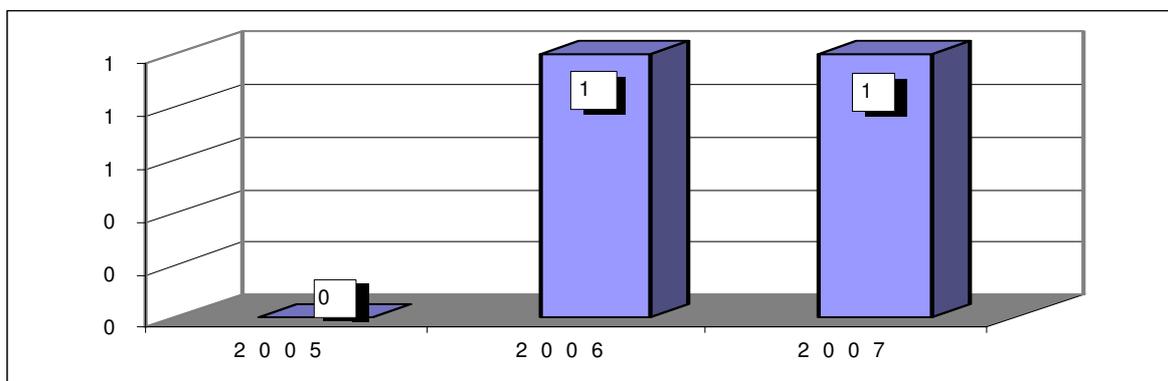
Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr	2005	2006	2007
GuV-Position	T€	T€	T€
Sonstige betriebliche Erträge	1.068	4.041	812
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	7	5
Erträge	1.071	4.048	817
Personalaufwand	546	654	240
Abschreibungen	13	22	10
Sonstige betriebliche Aufwendungen	512	3.371	566
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Aufwendungen	1.071	4.047	816
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	1	1
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss (+)	0	1	1
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Abschluss 2007 per 30.09.2007

Entwicklung der Jahresergebnisse

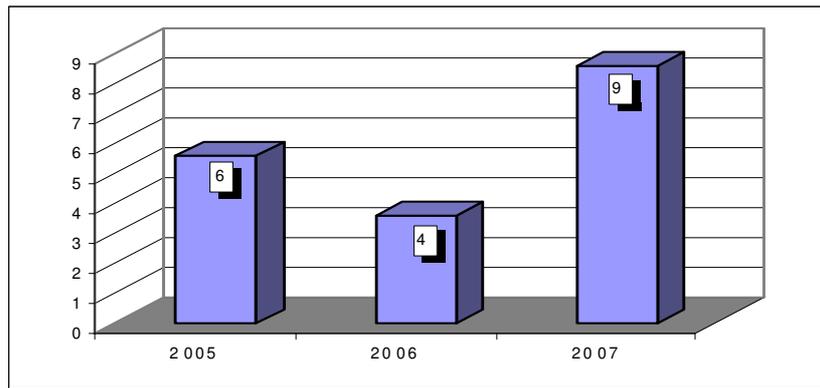
Jahr	2005	2006	2007
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	0	1	1



Abschluss 2007 per 30.09.2007

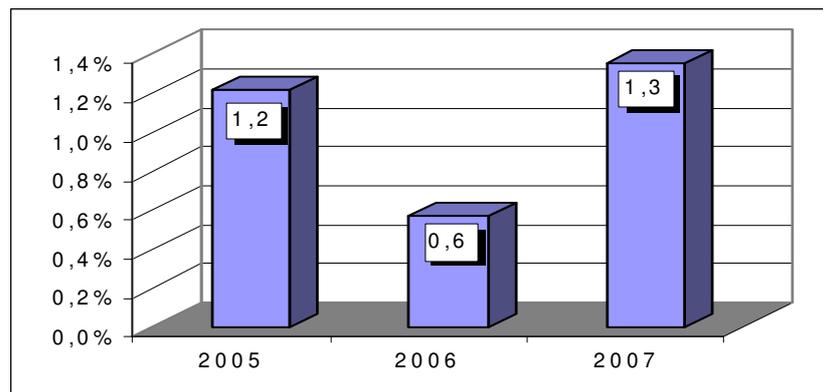
Kennzahlen**Eigenkapitalquote**

Jahr	2005	2006	2007
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	28	29	30
Bilanzsumme	505	806	351
% EK	6	4	9



Cash-Flow

Jahr	2005	2006	2007
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	0	1	1
Abschreibungen	13	22	10
	13	23	11
Gesamterträge	1.071	4.048	817
Cash-Flow	1,2%	0,6%	1,3%



Die Gesellschaft befand sich seit dem 01.10.2007 in Liquidation. Die Löschung der Gesellschaft konnte erst nach erfolgreicher Prüfung der Fördermittelverwendung erfolgen. Die umfassende Prüfung der Fördermittelverwendung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuhandpartner bestätigte die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel.

Die Eintragung im Handelsregister beim Amtsgericht Wuppertal über die Beendigung der Liquidation und Löschung der Regionale 2006 Agentur GmbH erfolgte am 23.04.2012.

3.8 Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH
 Dabringhauser Straße 29A
 42929 Wermelskirchen
 Tel. 02196/72030

Gründungsjahr: 1966/2005

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Evangelischer Kirchenkreis Leverkusen	12.800,00	25,6
Evangelischer Kirchenkreis Lennep	12.800,00	25,6
Walter-Frey-Stiftung	12.200,00	24,4
Stadt Remscheid	12.200,00	24,4
<u>Gesamt</u>	<u>50.000,00</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Kinder- und Jugendhilfe in der bergischen Region. Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Hilfe zur Erziehung in unterschiedlichen Formen (ambulant, teilstationär und stationär) verwirklicht. Die Gesellschaft kann im Rahmen der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit alle Geschäfte tätigen, die mit dem vorgenannten Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen. Die Einrichtung wird in praktischer Ausübung christlicher Nächstenlieben im Sinne der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der Evangelischen Kirche betrieben. Die Gesellschaft ist Mitglied des als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege anerkannten Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche im Rheinland und damit zudem dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland angeschlossen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Herr Günter Hermann Jäckle
 Frau Silke Gaube

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung waren laut Ratsbeschluss Herr Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz. Ein zweiter Vertreter wird jeweils in der Einzelvorlage zur Gesellschafterversammlung durch den Rat bestellt.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2009	2010	2011
	€	€	€
	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2009	2010	2011
Mitarbeiter/-innen	87	87	89

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Leistungsdaten	2009	2010	2011
Platzzahl (im Jahresdurchschnitt)			
Intensivangebot	24	22	22
Regelangebot	75	75	74
Verselbständigungsangebot	9	9	9
Erziehungsstelle	8	6	5
Platzzahl gesamt	116	112	110
Ausnutzungsgrad in % (im Jahresdurchschnitt)			
Regel- / Intensivangebot	97,1	94,4	102,0
Verselbständigungsangebot	100	55,1	75,6
Erziehungsstelle	78,9	67,4	100,0

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

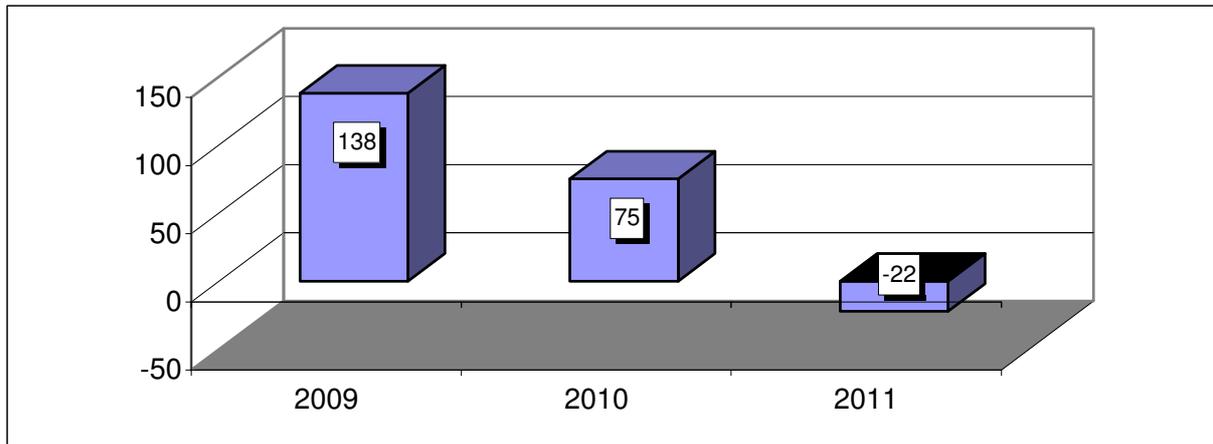
Jahr Bilanz-Position	2009		2010		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	27	0,83	20	0,61	11	0,34
Sachanlagen	1.221	37,59	1.185	36,26	1.138	35,00
Finanzanlagen	72	2,22	61	1,87	51	1,57
Anlagevermögen	1.320	40,64	1.266	38,74	1.200	36,91
Vorräte	9	0,28	4	0,12	10	0,31
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	674	20,75	779	23,84	824	25,35
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	1.141	35,13	1.121	34,30	1.133	34,85
Umlaufvermögen	1.824	56,16	1.904	58,26	1.967	60,50
Rechnungsabgrenzungsposten	104	3,20	98	3,00	84	2,58
Aktiva	3.248	100,00	3.268	100,00	3.251	100,00
Gezeichnetes Kapital	50	1,54	50	1,53	50	1,54
Kapitalrücklage	1.050	32,33	1.050	32,13	1.050	32,30
Gewinnrücklagen	1.291	39,75	1.429	43,73	1.504	46,26
(+) Gewinn- / (-) Verlustvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss	138	4,25	75	2,29	-22	-0,68
Jahresfehlbetrag (-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	2.529	77,86	2.604	79,68	2.582	79,42
Sonderposten aus Investitionszuschüssen	54	1,66	50	1,53	48	1,48
Rückstellungen	87	2,68	120	3,67	123	3,78
Verbindlichkeiten	578	17,80	494	15,12	498	15,32
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	3.248	100,00	3.268	100,00	3.251	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr GuV-Position	2009	2010	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.871	5.769	6.118
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	90	210	85
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	20	10	10
Erträge	5.981	5.989	6.213
Materialaufwand	371	357	362
Personalaufwand	4.430	4.581	4.863
Abschreibungen	112	125	120
Sonstige betriebliche Aufwendungen	903	822	868
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	23	20	18
Aufwendungen	5.839	5.905	6.231
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	142	84	-18
Außerordentliche Aufwendungen	0	-5	0
Sonstige Steuern	-4	-4	-4
Jahresüberschuss (+)	138	75	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	-22

Entwicklung der Jahresergebnisse

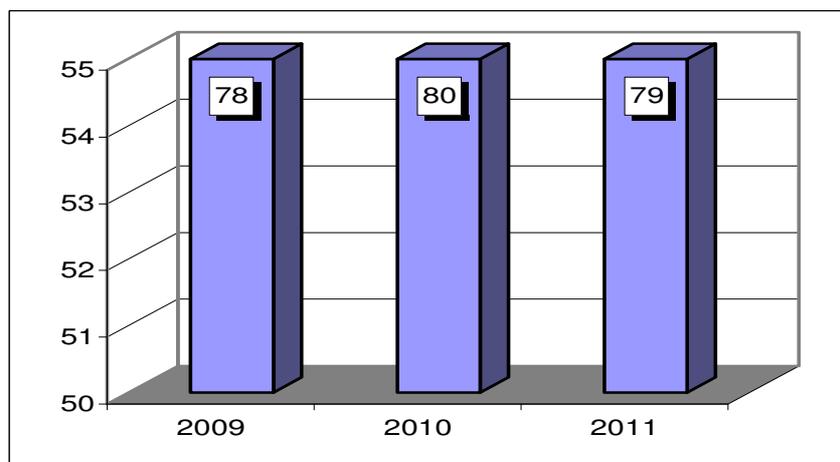
Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresergebnis	138	75	-22



Kennzahlen

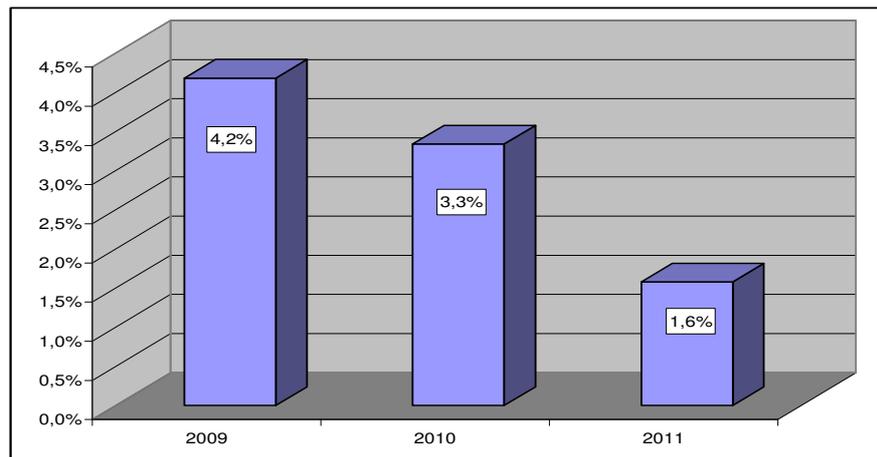
Eigenkapitalquote

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	2.529	2.604	2.582
Bilanzsumme	3.248	3.268	3.251
% EK	78	80	79



Cash-Flow

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresergebnis	138	75	-22
Abschreibungen	112	125	120
	250	200	98
Gesamterträge	5.981	5.989	6.213
Cash-Flow	4,2%	3,3%	1,6%

**Lagebericht für das Jahr 2011****I. Darstellung des Geschäftsverlaufes im Geschäftsjahr 2011****Vorbemerkung :**

Das Geschäftsjahr war von einer stabilen Auslastung der Einrichtung geprägt. Der geführte Qualitätsdialog mit dem hauptbelegenden Jugendamt verlief konstruktiv und zielführend.

1. Entwicklung von ambulanter und stationärer Jugendhilfe insgesamt

Die Inanspruchnahme stationärer Jugendhilfeleistung stieg weiter an. Da diese Hilfeleistungen Pflichtleistungen der Kommunen sind, ist nicht davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren rechtlich bedingte Belegungseinbrüche zu verzeichnen sein werden. Auch im ambulanten Bereich war eine leichte Erhöhung der Inanspruchnahme zu verzeichnen.

2. Ertragslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 22 T€ ab.
Das Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen (in T€)

	2010	2011
Betriebsergebnis	-47	-30
Finanzergebnis	-10	-8
Sonstige Steuern	- 4	-4
Neutrales Ergebnis	+136	+20
Jahresergebnis	+75	- 22

3. Belegungsentwicklung

Die Aufstellung der Einrichtung hat sich, differenziert nach Betreuungsformen um einen Platz im Regelangebot und einen Erziehungsstellenplatz verringert.

Angebote:	Plätze:
Regelangebot	74
Intensivangebot	22
Verselbständigungsangebot	9
Erziehungsstellen	5
Summe	110

Die Belegungssituation stellt sich im innerjährlichen Verlauf stichtagbezogen wie folgt dar:

03. Jan 2011	107
02. Mrz 2011	112
01. Jun 2011	109
01. Sep 2011	108
01. Dez 2011	113
22. Dez 2011	112

Die Auslastung stellt sich wie folgt dar:

	SOLL-Pflegetage	IST Pflegetage
Volle Pflegetage (100%)	34.216	36.944
Abwesenheitstage (80%)	1.426	1.282
Summe	35.642	38.226

Die rechnerische Belegungsquote beträgt somit 107,2 %

Die Belegung verteilt sich auf die Jugendämter folgendermaßen:

20 Jugendämter	unter 1%
7 Jugendämter	1 – 5 %
Stadt Leverkusen	5,1 %
Stadt Solingen	6,4 %
Stadt Wuppertal	10,8 %
Stadt Wermelkskirchen	11,3 %
Stadt Bergisch Gladbach	12,2 %
Stadt Remscheid	32,7 %

Die Verteilung zeigt, dass die EJBL sich relativ breit in der Region aufgestellt hat und mit vielen Jugendämtern kooperiert.

4. Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigte am Ende des Wirtschaftsjahres 2011 insgesamt 106 Mitarbeitende (entspricht 89,03 Vollzeitkräften)

Stellenbesetzung

	2011	2010
Leitung und Beratung	5,39	4,25
Verwaltung	2,83	3,51
Pädagogischer Bereich	70,77	69,53
Wirtschaftsdienst	10,06	10,26
Summe:	89,05	87,55

Eine Erweiterung des Stellenplanes wurde in der heilpädagogischen Ambulanz aufgrund hoher Anfragen erforderlich.

Alle pädagogisch tätigen Mitarbeitenden verfügen über eine spezifische Fachhochschul- oder universitäre Ausbildung.

Die Fluktuation im Geschäftsjahr 2011 ist weiterhin als gering zu bezeichnen. Es mussten keine Kündigungen ausgesprochen werden, ebenso sind keine Arbeitsgerichtsverfahren anhängig. 83 % der Beschäftigten sind ununterbrochen während des ganzen Jahres 2011 beschäftigt.

Krankheitsentwicklung

In der EJBL sind an 27.795 Beschäftigungstagen 1.354 Tage (4,8%) Arbeitsunfähigkeit (ohne Langzeiterkrankungen) angefallen. Dies entspricht 15,2 Krankheitstagen pro Mitarbeiter. Unter Einbeziehung der Langzeiterkrankten (Lohnfortzahlung ausgelaufen) beträgt die Quote 7,2% bzw 18,2 Krankheitstage.

Sechs Mitarbeitende nahmen an einer Rehabilitationsmaßnahme der Kranken- oder Rentenversicherung teil.

5. Vermögenslage

Die Vermögenslage stellt sich im angelaufenen Geschäftsjahr wie folgt dar:

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung</u>	
	T€	T€	T€	%
<u>AKTIVA</u>				
Langfristig gebundenes Vermögen				
Anlagevermögen	1.201	1.266	-65	-5,1%
Kurzfristig gebundenes Vermögen				
Vorräte	10	4	6	>+100,0%
Leistungsforderungen	779	625	154	24,6%
Sonstige Vermögensgegenstände	45	154	-109	-70,8%
Flüssige Mittel	1.132	1.121	11	1,0%
Rechnungsabgrenzungsposten	84	98	-14	-14,3%
	<u>2.050</u>	<u>2.002</u>	<u>48</u>	<u>2,4%</u>
Bilanzsumme	<u>3.251</u>	<u>3.268</u>	<u>-17</u>	<u>-0,5%</u>

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
<u>PASSIVA</u>				
Wirtschaftliches Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	50	50	0	0,0%
Kapitalrücklage	1.050	1.050	0	0,0%
Gewinnrücklagen	1.504	1.429	75	5,2%
Jahresergebnis	-22	75	-97	-129,3%
Sonderposten	48	50	-2	-4,0%
	<u>2.630</u>	<u>2.654</u>	<u>-24</u>	<u>-0,9%</u>
Langfristige Fremdmittel				
Jubiläumsrückstellung	32	30	2	6,7%
Bankverbindlichkeiten	379	412	-33	-8,0%
	<u>411</u>	<u>442</u>	<u>-31</u>	<u>-7,0%</u>
Kurzfristige Fremdmittel				
Sonstige Rückstellungen	91	90	1	1,1%
Bankverbindlichkeiten	33	31	2	6,5%
Verbindlichkeiten aus				
Lieferungen und Leistungen	15	18	-3	-16,7%
Sonstige Verbindlichkeiten	71	33	38	115,2%
	<u>210</u>	<u>172</u>	<u>38</u>	<u>22,1%</u>
Bilanzsumme	<u>3.251</u>	<u>3.268</u>	<u>-17</u>	<u>-0,5%</u>

6. Finanzlage

Statische Liquiditätsbetrachtung:

	2010	2011
Barliquidität	651,7 %	539,0 %
Kurzfristige Liquidität	1.161,6 %	971,4 %
Mittelfristige Liquidität	1.164,0 %	976,2 %

7. Investitionen

Investitionen wurden im Geschäftsjahr 2011 vor allem im Bereich der Gebäudeunterhaltung sowie Inventarbeschaffung getätigt und beliefen sich auf 69 T€.

8. Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Die Zukunft des Aufnahme- und Clearingzentrums auf dem Waldhofgelände ist noch immer ungewiss. Der potentielle Investor hat Bedenken, welche Möglichkeiten er mit dieser speziellen Immobilie nach Ablauf des langjährigen Mietvertrages hat. Zum anderen sind die Gebäude in einem so desolaten Zustand, dass eine Betriebsaufrechterhaltung im nächsten Winter nur in einem Haus noch verantwortbar ist.

Eine gute, jedoch schnelle Perspektive bzw. eine Interimslösung, die jedoch mit zusätzlichen Kosten verbunden ist, muss nun verfolgt werden.

Der Übergang der Geschäftsführung wurde vollzogen. Die Unterzeichnerin ist gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung im November 2011 nunmehr alleinige Geschäftsführerin. Eine Verunsicherung der Mitarbeitenden (intern) oder in Bezug auf die Kunden (Jugendämter) war nicht zu verzeichnen. Es sei jedoch an dieser Stelle erlaubt die sehr gute Arbeit des nun ehemaligen Geschäftsführers Günter H. Jäckle zu erwähnen, der für diese gute Ausgangsposition seiner Nachfolge, maßgeblich verantwortlich war.

Der Rahmenvertrag I wurde zum 31.12.2012 gekündigt (siehe Punkt III.3).

II. Vorgänge mit besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres lagen bis zur Erstellung des Lageberichtes nicht vor.

III. Prognosebericht

1. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

An der Beurteilung der Chancen und Risiken hat sich im Vergleich zum letzten Jahr nichts geändert.

Die Geschäftsführerin vertritt weiterhin die Einschätzung, dass die Einrichtung mit ihren Angebotsformen gut aufgestellt ist. Eine Erhöhung der Platzzahl im Intensivbereich ist nicht angezeigt, da das Bestreben der Kommunen immer mehr zur Reduzierung dieser kostenintensiven Betreuungsform übergeht.

Kurzfristige höhere Kosten, um eine weitere Fehlplatzierung auszuschließen (Aufenthaltdauer 8 – 12 Wochen im Aufnahme- und Clearingzentrum), sind davon nicht betroffen.

Die Entwicklung und der sich abzeichnende Paradigmenwechsel im europäischen Ausland (Frankreich, Niederlande) lassen deutlich erkennen, dass neue passgenaue Hilfen auch in Deutschland angestrebt werden müssen, um hilfesuchende Familien stärker in der Verantwortung zu nehmen und stationäre Unterbringungen im klassischen Sinne möglichst vermieden zu können.

Eine Exkursion der Geschäftsleitung und 2 Gesellschaftervertretern in eine Einrichtung in Frankreich (*Polè Hébergement de la MEF de Flandre Intérieure EPDSAE*), die dieses Konzept bereits erfolgreich umgesetzt hat, wird im Juni 2012 erfolgen.

2. Ausblick auf die Geschäftsjahre 2012 und 2013

Das Geschäftsjahr 2012 wird weiterhin von einer stabilen Auslastung gekennzeichnet sein. Die bisherige Marktsituation gibt keinen Hinweis für einen Wandel in der Belegungspraxis.

Das Thema Inklusion wird in der Fachöffentlichkeit nun stärker bewegt, hat aber noch zu keinen bedeutenden Veränderungen in der Praxis geführt. Vor allem die Finanzierung dieser neu zu schaffenden Möglichkeiten ist noch nicht grundsätzlich geregelt bzw. gesichert.

Das Strategieziel Erweiterung der ambulanten Angebote an einem weiteren Standort wird bereits im August 2012 umgesetzt. Es konnte eine Immobilie unseres evangelischen Kooperationspartners (ev. Kinderheim „Villa Kunterbunt“) angemietet werden. Eine Kostendeckung wird spätestens 2015 erwartet.

Darüber hinaus wird das Aufnahme- und Clearingzentrum derzeit konzeptionell und personell bis zum Jahresende fachlich noch stärker aufgestellt sein.

3. Konjunkturelle und rechtliche Rahmenbedingungen

Die Geschäftsführerin geht aufgrund der bisherigen Gegebenheiten davon aus, dass im Geschäftsjahr 2012 eine kostendeckende Arbeit der Gesellschaft möglich sein wird.

Der Rahmenvertrag 1 wurde zum 31.12.2012 gekündigt. Der Arbeitsausschuss Familie, Jugend, Frauen der Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege NRW sieht Verbesserungsmöglichkeiten zur Weiterentwicklung der rahmenvertraglichen Regelungen für den teilstationären und stationären Bereich der Hilfen zur Erziehung. Er verbindet dies mit dem Ziel, landesweite rahmenvertragliche Regelungen mit den kommunalen Spitzenverbänden für die ambulanten Hilfen zur Erziehung zu vereinbaren.

Die bisherige (allgem. Leistungsvereinbarung RV I) Versäulung der Angebotsformen (Regel/Intensiv/andere Angebote) ist das Kompromissergebnis schwieriger Verhandlungen zwischen den Rahmenvertragspartnern gewesen. Sie entspricht vor allem den Forderungen der Jugendämter Quersubventionierungen zu verhindern. Ihr fachlicher und wirtschaftlicher Preis besteht in einer mangelnden Durchlässigkeit bei sich änderndem Hilfebedarf im Einzelfall. Nach der bisherigen Logik der Säulen ist ein Wechsel eines jungen Menschen in ein anderes Angebot (z.B. von Regel in Intensiv oder in ein Angebot mit niedrigem Betreuungsaufwand) nur mit einem Wechsel seines Lebensortes, seiner Mitbewohner und seiner Betreuungskräfte möglich. Es stellt sich nun die Frage nach alternativen Gestaltungen der rahmenvertraglichen Regelungen. Kann es eine flexiblere Gestaltung geben? Einen kleinen Beitrag in diese Richtung bietet die EJBL bereits seit einigen Jahren an: Der eingestreute Intensivplatz, der nach Bedarf und Entwicklung des jungen Menschen innerhalb derselben Gruppe in einen Regelplatz übergehen kann. So kann der junge Mensch in seinem Kontext bleiben und wird nicht dafür „bestraft“, dass er z.B. sein auffälliges Verhalten zu Gunsten eines sozialakzeptablen Verhalten aufgibt.

4. Ausblick auf die Geschäftsentwicklung

Die Geschäftsführerin zeigt sich aufgrund der bisherigen Entwicklung der EJBL auf dem Hintergrund der derzeitigen Bedarfsanfragen zuversichtlich, eine gute Marktposition in der Region halten zu können.

Dies ist vor allem der Kompetenz und dem hohen Engagement der Mitarbeitenden und den Bereichsleitungen zu verdanken. Darüber hinaus bestätigt sich die Unternehmensstrategie der Kooperation mit unterschiedlichen Jugendämtern. Die EJBL arbeitet durchschnittlich mit 34 Jugendämtern zusammen und wird in der Region für ihre Verbindlichkeit und hohe Fachlichkeit sehr geschätzt.

gez.
Silke Gaube
Geschäftsführerin

Wermelskirchen, den 14. Juni 2012

3.9 Bergische Entwicklungsagentur GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Bergische Entwicklungsagentur GmbH
 Kölner Str. 8
 42651 Solingen
 Tel. 0212/88160660

Gründungsjahr: 2007

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	9.200,00	18,36
Stadt Solingen	9.200,00	18,36
Stadt Wuppertal	7.950,00	15,87
Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR	1.250,00	2,49
Stadtsparkasse Remscheid	2.550,00	5,09
Stadtsparkasse Solingen	3.600,00	7,20
Stadtsparkasse Wuppertal	8.850,00	17,66
Industrie- und Handelskammer Wuppertal- Solingen-Remscheid	7.500,00	14,97
<u>Gesamt</u>	<u>50.100,00</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand der Gesellschaft ist die Entwicklung und Umsetzung von Projekten der Stadt- und Regionalentwicklung im Bergischen Städtedreieck. Inhaltliche Grundlage der Arbeit ist der von den Räten der Städte beschlossene und mit der IHK abgestimmte „Handlungsrahmen-Strukturimpulse für das Bergische Städtedreieck“.

Aufgaben der Gesellschaft sind insbesondere

- Beratung und Unterstützung von Unternehmen, Institutionen und Initiativen bei der Entwicklung und Vorbereitung von Projekten im Zusammenhang mit der Strukturförderung des Landes NRW und der EU in der Region Bergisches Städtedreieck
- Strategieentwicklung, Planungen und Konzepte, regionale Koordinierung und Projektmanagement sowie im Auftrag der Gesellschafter die Projektträgerschaft
 - zu Fördermaßnahmen der Kommunen, des Landes NRW, des Bundes und der EU vor allem im Hinblick auf die Mobilisierung der Strukturfonds des Landes NRW und der EU (u.a. Ziel2-EFRE/Ziel2-ESF) für die Region Bergisches Städtedreieck,
 - zu Projekten der regionalen Kooperation in den Handlungsfeldern städteübergreifende Wirtschaftsförderung und Standortmarketing, regionale Planung und Tourismus,
- Akquirierung von öffentlichen und privaten Mitteln zu den o.a. Strukturimpulsen und Strukturprogrammen,
- Marketing und Interessenvertretung zu den o.a. Projekten und Aktivitäten.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung:

Bodo Middeldorf

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war Frau Oberbürgermeisterin Beate Wilding.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2009	2010	2011
	€	€	€
Sachkostenzuschuss	50.000,00	50.000,00	50.000,00
Kosten der Personalgestellung	60.000,00	60.000,00	75.000,00

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2009	2010	2011
Mitarbeiter/innen	7	8	10
zzgl. Personalgestellungen	4	5	5
zzgl. Studentische Aushilfskräfte	10	16	11

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur – im 3-Jahresvergleich -**

Jahr	2009		2010		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	6	1,52	11	3,20	8	1,79
Sachanlagen	16	4,05	21	6,34	39	8,85
Anlagevermögen	22	5,57	32	9,54	47	10,64
Vorräte	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	238	60,25	135	40,61	227	51,47
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	135	34,18	165	49,85	167	37,89
Umlaufvermögen	373	94,43	300	90,46	395	89,36
Rechnungsabrechnungsposten	0	0,10	0	0,12	0	0,00
Aktiva	395	100,00	331	100,00	442	100,00
Gezeichnetes Kapital	50	12,66	50	15,13	50	11,34
Verlustvortrag / Gewinnvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	50	12,66	50	15,13	50	11,34
Sonderposten für Investitionszuschüsse	22	5,57	30	9,18	47	10,64
Rückstellungen	40	10,13	46	13,89	39	8,78
Verbindlichkeiten	283	71,65	205	61,81	306	69,22
Rechnungsabrechnungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	395	100,00	331	100,00	442	99,98

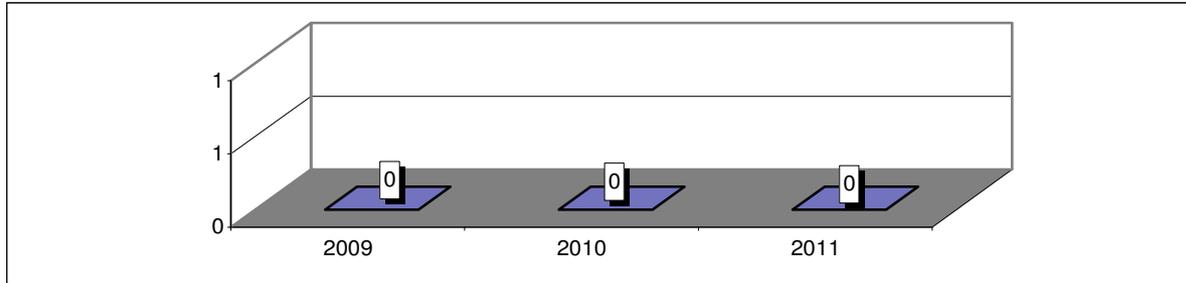
Gewinn- und Verlustrechnung – im 3-Jahresvergleich –

Jahr	2009	2010	2011
	T€	T€	T€
GuV-Position			
Sonstige betriebliche Erträge	1.278	1.809	1.863
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	1	1
Erträge	1.281	1.810	1.864
Materialaufwand	412	270	344
Personalaufwand	331	477	622
Abschreibungen	11	12	14
Sonstige betriebliche Aufwendungen	527	1.051	884
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Aufwendungen	1.281	1.811	1.520
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	-1	344
Außerordentliche Erträge	0	1	
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	
Sonstige Steuern	0	0	344
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist ein ausgeglichenes Ergebnis aus, da die Aufwendungen durch Betriebskostenzuschüsse gedeckt werden.

Entwicklung der Jahresergebnisse

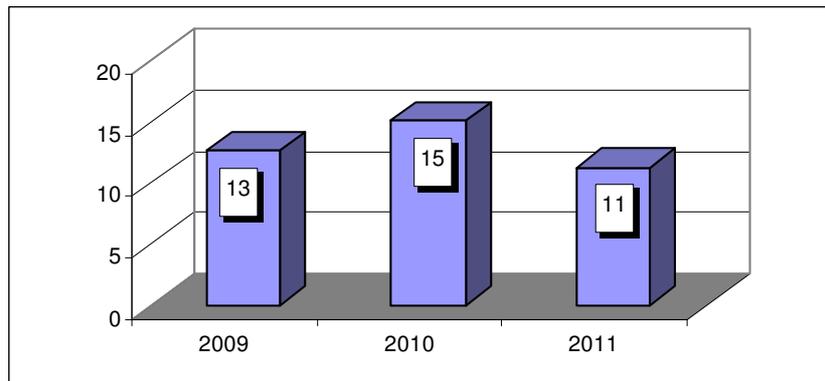
Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	0	0	0



Kennzahlen:

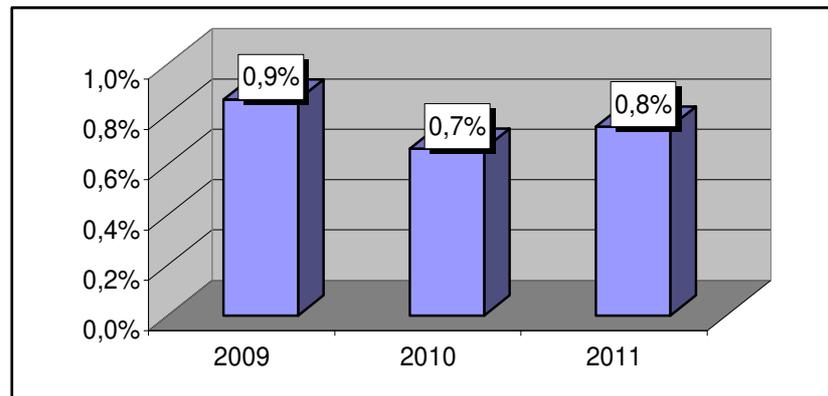
Eigenkapitalquote

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	50	50	50
Bilanzsumme	395	331	442
% EK	13	15	11



Cash-Flow

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	0	0	0
Abschreibungen	11	12	14
	11	12	14
Gesamterträge	1.281	1.810	1.864
Cash-Flow	0,9%	0,7%	0,8%



Lagebericht des Unternehmens zum 31. Dezember 2011

Allgemeines

Mit dem Geschäftsjahr 2011 konnte die Arbeit der Bergischen Entwicklungsagentur in die Etablierungsphase geführt werden. Durch die intensiven Vorarbeiten der Anfangsjahre im Rahmen der konzeptionell-inhaltlichen Entwicklung, dem Aufbau funktionierender Netzwerk- und Kommunikationsstrukturen sowie in der Akquisition von Fördermitteln war es 2011 möglich, umfassendste Projekt- und Unterstützungsleistungen zu erbringen und die Agentur auch in der Außenwirkung, insbesondere gegenüber dem Land, zu positionieren.

Die Aktivitäten basierten auch 2011 auf dem von den Räten der drei Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal verabschiedeten Wirtschaftsplan sowie den laufenden Beschlüssen der Gesellschafterversammlung. Dabei kamen erstmals die von den Räten der drei Städte in 2010 getroffenen Beschlüsse zur Weiterentwicklung der Gesellschaftsarbeit zur Anwendung. Sie erstreckten sich vor allem auf die inhaltliche Schwerpunktsetzung sowie die Form und den Umfang der Beteiligung der politischen Gremien. Danach wurden Prioritäten in der fachlichen Arbeit, bezogen auf die Felder Wirtschaftsentwicklung, Tourismusedwicklung sowie Stadt- und Regionalentwicklung festgelegt. Gleichzeitig wurden die Möglichkeiten der unmittelbaren Einflussnahme der politischen Gremien der Städte gestärkt.

Erstmals wurde mit dem Geschäftsjahreswechsel von 2010 auf 2011 den politischen Gremien eine Bilanz der Gesellschaftsarbeit für das abgelaufene sowie ein Jahresarbeitsprogramm für das kommende Geschäftsjahr vorgelegt. Letzteres wurde von den Räten der drei Städte ohne wesentliche Änderungen verabschiedet. Zusätzlich fand eine regelmäßige, umfangreichere Information über die laufende Projektarbeit in mehreren Ausschüssen der drei Städte statt. Der Lenkungskreis nahm 2011 erstmals eine Vorberatungsfunktion wahr und befasste sich an zwei Terminen mit inhaltlichen Themen.

Die von der Gesellschafterversammlung zu Beginn des Jahres 2010 eingerichtete Kommission zur Zukunft der regionalen Zusammenarbeit setzte ihre Arbeit in 2011 fort. Sie wurde von Seiten der Agentur hierbei weiter geschäftsführend und inhaltlich begleitet. Die Kommission präsentierte ihre Ergebnisse Ende 2011 gegenüber dem Lenkungskreis. Ihr Schlussbericht hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Gesellschaftsarbeit, sondern versteht sich als Empfehlung an die politischen Entscheidungsträger. Wesentliches Beratungsergebnis ist neben dem Vorschlag eines interkommunalen Kooperationsvertrages zwischen den Städten Remscheid, Solingen und Wuppertal die Weiterführung und Ausweitung der Arbeit der Bergischen Entwicklungsagentur.

An der Zusammensetzung der Gesellschafterstruktur wurde 2011 keine Änderung vorgenommen.

Finanzentwicklung

Das Wirtschaftsjahr erstreckt sich auf den Zeitraum vom 01.01.2011 bis 31.12.2011. Der Jahresabschluss 2011 weist aus, dass sich die Aktivitäten der Bergischen Entwicklungsagentur GmbH auch 2011 innerhalb der vorgegebenen Rahmendaten des Wirtschaftsplanes bewegt haben. Die Gesellschafter haben die Arbeit der Bergischen Entwicklungsagentur im Jahr 2011 mit laufenden monetären Beiträgen in Höhe von 555.064 Euro unterstützt.

Hinzuzurechnen sind Personalgestellungen in einem Gegenwert von 75.000 Euro seitens der Stadt Remscheid, 138.000 Euro seitens der Stadt Solingen und 131.000 Euro von Seiten der Stadt Wuppertal. Als Gegenwert für die erlassene Miete durch die Industrie- und Handelskammer wurde ein Betrag in Höhe von 44.936 Euro berücksichtigt.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden keine weiteren Finanzierungsquellen zur Grundfinanzierung der laufenden Geschäftstätigkeit in Anspruch genommen. Für die Durchführung von Projekten konnte die Bergische Entwicklungsagentur in erheblichem Umfang auf Drittmittel insbesondere des Landes NRW aus unterschiedlichen Förderzugängen zurückgreifen.

Die Gesamthöhe der betrieblichen Erträge betrug im Jahr 2011 1.862.761,43 Euro. Davon wurden 622.027,39 Euro für Personalaufwendungen, 14.012,43 Euro für Abschreibungen und 883.517,72 Euro für sonstige betriebliche Aufwendungen verausgabt. Im Ergebnis der Geschäftstätigkeit ergab sich ein Jahresüberschuss von 0 Euro. Damit hat sich das Finanzvolumen gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht.

Aufgrund des spezifischen Geschäftszwecks der Gesellschaft lag und liegt keine Gewinnerzielungsabsicht vor. Obwohl die Finanzbehörden noch keine abschließende Entscheidung getroffen hatten, wurde davon ausgegangen, dass vor diesem Hintergrund eine Vorsteuerabzugsberechtigung grundsätzlich nicht besteht. Einzelne, buchhalterisch abgegrenzte Bereiche, so z. B. der Messeauftritt auf der Expo Real wurden allerdings mit Vorsteuer geführt.

Personalentwicklung

Zu Beginn des Jahres 2011 waren bei der Bergischen Entwicklungsagentur insgesamt 14 Mitarbeiter beschäftigt, davon 5 Abordnungen von Seiten der Städte und 9 direkt bei der Bergischen Entwicklungsagentur angestellte Mitarbeiter. Zum Stammpersonal gehörten insgesamt 9 Mitarbeiter; bei den übrigen 4 lagen projektfinanzierte Beschäftigungsverhältnisse vor. An der Besetzung und der Kompetenzregelung für die Geschäftsführung und die stellvertretende Geschäftsführung änderte sich in 2011 nichts. Ebenso blieb die Abwicklung der Öffentlichkeitsarbeit über eine freie Mitarbeiterin bestehen. Auch die Beschäftigung einer Auszubildenden zur Kauffrau für Tourismus- und Freizeitwirtschaft wurde unverändert weitergeführt.

Im Zuge der in 2011 deutlich intensivierten Projektarbeit wurden im Laufe des Jahres 3 weitere projektfinanzierte Mitarbeiter angestellt. Zusätzlich entsendete die Stadt Solingen zur Übernahme der kommunalen Tourismusförderung durch die BEA eine weitere Mitarbeiterin, so dass sich der Personalbestand zum Ende des Jahres auf insgesamt 18 erhöhte.

Vorsitzender der Gesellschafterversammlung war während des gesamten Geschäftsjahres der Solinger Oberbürgermeister Norbert Feith.

Projekte und Aktivitäten

Nach dem Abschluss der institutionellen Aufbauarbeit im vorangegangenen Jahr lag der Fokus der Geschäftstätigkeit in 2011 auf der Umsetzung zahlreicher Förderprojekte. Im Folgenden werden wichtige Projekte in den drei Arbeitsbereichen der Bergischen Entwicklungsagentur beschrieben, jedoch keine vollständige Auflistung vorgenommen.

Das in 2010 gestartete Projekt „Regionalbudget“ mit den Schwerpunkten Fachkräfteentwicklung und Innovationsförderung wurde in 2011 mit zahlreichen

Veranstaltungen, Marketingaktivitäten und Beratungsleistungen für Unternehmen erfolgreich umgesetzt. Neu starten konnte das bereits in 2009 konzipierte und 2010 im Landeswettbewerb erfolgreiche Projekt Kompetenznetzwerk Oberflächentechnik unter dem Titel „surface.net“. Hierbei geht es um den Aufbau eines Clusters mit den Aufgabenschwerpunkten Netzwerkaufbau, Umweltberatung, Förderung des Wissenstransfers sowie der Aus- und Weiterbildung. Erstmals ist es gelungen, unter Einbeziehung der Kreise Mettmann und Ennepe-Ruhr ein regionsübergreifendes Vorhaben zu initiieren, das damit eine höhere Effektivität hinsichtlich seiner Strukturwirksamkeit erwarten lässt. Herausragende Aktion im Rahmen der Projektarbeit des Bergischen Think Tanks war in 2011 unter anderem die Verleihung des Ideenpreises „Green Design“.

Zur Vorbereitung künftiger Förderzugänge wurde 2011 unter anderem das Bergische Fachkräftebündnis gegründet, ein Zusammenschluss sämtlicher arbeitsmarktpolitischer Akteure der gesamten Region.

In diesem Zusammenhang wurde als Voraussetzung für die Teilnahme an der Landesinitiative zur Fachkräftesicherung von Seiten der BEA ein regionaler Handlungsplan erarbeitet, der im Lenkungskreis der Regionalagentur verabschiedet und vom Land im Herbst genehmigt wurde. Überdies wurden Anträge für die Ziel 2-Förderprojekte Erlebnisraum Schloss Burg und Ehrenamt als Gastgeber entworfen.

In ihren Effekten eher mittelfristig angelegt waren die Durchführung des ersten Kongresses zum Thema „hundertprozentig.erneuerbar“ als Mitveranstalter zusammen mit anderen regionalen Akteuren, insbesondere der Bergischen Universität, sowie der vorwiegend organisatorischen Begleitung der Antragstellung für eine bergische Gesundheitsregion. Gleichzeitig beteiligte sich die BEA an den Vorarbeiten zur Gründung einer Bergischen Gesellschaft für Ressourceneffizienz.

Nachdem die Erarbeitung des regionalen Standortkonzeptes unter dem Titel „zukunfthochdrei“ mit der Vorlage eines Endberichtsentwurfs in 2010 abgeschlossen werden konnte, wurde dieser in den Ratsgremien sowie den Gremien der IHK in 2011 einvernehmlich beschlossen. Durch finanzielle Unterstützung der drei Stadtsparkassen konnte das Konzept auch in gebundener Form zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus wurde mit der Erarbeitung des regionalen Gewerbeflächenkonzeptes, den regionalen Positionspapieren Wohnen, Infrastruktur und Freizeitwirtschaft sowie zweier geförderter regionaler Klimaschutzteilkonzepte die fachliche Positionierung des Städtedreiecks im Zuge der Neuaufstellung des Regionalplans in Angriff genommen. Das Gewerbeflächenkonzept dient zugleich als Voraussetzung für die Beantragung von Landesmitteln zur Entwicklung von Gewerbeflächen.

Die konzeptionelle Entwicklung der neuen touristischen Positionierung des Bergischen Städtedreiecks konnte 2011 mit der Vorstellung und Implementierung des touristischen Masterplans und eines neuen Corporate Designs abgeschlossen werden. Auf dieser Basis wurde eine Imagebroschüre, ein Flyer mit den Top 10 der touristischen Attraktionen sowie eine erste Wanderkarte entworfen und herausgegeben. In infrastruktureller Hinsicht wurden vor allem die Projekte „Bergischer Weg“ und WupperSchiene/Wuppertrail mit dem Einsatz von Fördermitteln weitergeführt. Zudem wurde mit der konzeptionellen Bearbeitung und der Akteursvernetzung im Rahmen des sogenannten Panorama-Radwegeverbundes ein neues, überregionales und für ganz NRW bedeutsames Radwegeprojekt in Angriff genommen.

Die Bergische Entwicklungsagentur übernahm auf Auftrag des Gesellschafterkreises die Federführung bzw. Begleitung von vier regional bedeutsamen Projekten. Sowohl das Galileum in Solingen, als auch das Projekt Utopia-Stadt im Bahnhof Mirke in Wuppertal haben gute Chancen, Mittel aus dem Landesprogramm „Initiative ergreifen“ zu erhalten. Überdies wurde die BEA mit der Bearbeitung eines Sanierungskonzeptes für Schloss Burg beauftragt. Als Sonderauftrag, d. h. außerhalb des von den Räten beschlossenen

Arbeitsprogramms, arbeitete die BEA 2011 die Bewerbung der Region am Teilnahmewettbewerb zur Erlangung des Welterbestatus für die Müngstener Brücke aus.

Der Umfang, der von der BEA selbst oder mit Partnern durchgeführten Präsentationen der Region auf Messen und Ausstellungen im Rahmen des Regionalmarketings, nahm in 2011 noch einmal zu. Den größten Aufwand erforderten die Auftritte auf der ExpoReal, dem NRW-Tag, der Tourismusmesse ITB, Vakantie-Boers und TourNatur, der Rekrutierungsmessen Bochum und Köln sowie auf zahlreichen, vorwiegend regionalen Ausstellungen. Überdies wurden die Marketinginstrumente mit den Internetseiten kompetenzhochdrei, dreipunktnull, bergisch.findig, Service-Navigator und dem regionalen Tagungsorteportal bergisch.findig noch einmal ausgebaut.

Managementaufgaben übernahm die Agentur in 2011 vor allem im Rahmen des strukturellen Umbaus des Bergisches Land Tourismus Marketing-Vereins (BLTM), der Geschäftsführung und inhaltliche Begleitung der Arbeit der Bergischen Zukunftscommission sowie der Anbahnung einer Kooperation zwischen dem Bergischen Städtedreieck und der benachbarten Region Köln/Bonn einschließlich eines Entwurfs einer Kooperationsvereinbarung. Darüber hinaus waren Vertreter der BEA im Sinne der Lobbyarbeit in zahlreiche Landesgremien eingebunden.

Die Stadt Solingen hat mit Wirkung zum 1. April 2011 ihre lokalen Aktivitäten im Bereich der Tourismusförderung auf die Bergische Entwicklungsagentur übertragen. Damit sind die Abordnung einer weiteren Personalstelle sowie die Zahlung eines Sonderbetrages in Höhe von 25.000 Euro netto für die Deckung von Sachkosten verbunden. Über diese zusätzlichen Aktivitäten wird den politischen Gremien in Solingen regelmäßig berichtet.

Zukünftige Entwicklungen

In 2012 wird sich die Bergische Entwicklungsagentur gemäß einer Entscheidung der Gesellschafter erstmals an einem anderen Unternehmen beteiligen und wird ab dem 23. Mai 2012 Anteilseigner der neu zu gründenden Bergischen Gesellschaft für Ressourceneffizienz. Dazu fordert die Bezirksregierung Düsseldorf die Änderung des Gesellschaftervertrages. Die Gesellschafter haben die hierfür erforderlichen Beschlüsse auf einer Sondersitzung am 19. April 2012 einstimmig gefasst; die Änderung wird in der Folge notariell vollzogen.

In inhaltlicher Hinsicht konnten zu Beginn des Jahres positive Beschlüsse zu Projekten erreicht werden, die wesentlich auf der Arbeit in 2011 und dem vorangegangenen Jahr beruhen. Dazu gehören unter anderem die regionalen Positionspapiere und Konzepte zum Prozess der Regionalplannenaufstellung und hier vor allem das regionale Gewerbeflächenkonzept. Unter der Federführung der Bergischen Entwicklungsagentur sowie in Kooperation mit dem Bergischen Fachkräftebündnis, der Regionalagentur Bergisches Städtedreieck und zahlreichen weiteren institutionellen und privatwirtschaftlichen Akteuren werden auf der Basis des vom Land 2011 genehmigten Handlungsplans insgesamt 10 Projektbeiträge im Rahmen des Fachkräftesicherungsprogramms eingereicht.

Darüber hinaus gehen auf der Basis entsprechender Bewilligungsbescheide die Projekte Ressourceneffizienz in Unternehmen, Marketing für Schloss Burg und den Bergischen Trassenverbund sowie Ehrenamt als Gastgeber an den Start.

Gleichzeitig gehen in 2012 erstmals einige geförderte Projekte zu Ende. So wird das „Regionalbudget“ mit den beiden Hauptprojekten Fachkräfteprogramm dreipunktnull und Innovationsförderprogramm FACHWERK und der Bergische Think Tank auslaufen. Angesichts der politischen und finanziellen Situation auf Landesebene kann derzeit nicht von einer Verlängerung ausgegangen werden. Zu Beginn des zweiten Quartals 2012 findet anlässlich der Projektabschlüsse eine groß angelegte Bergische Ausstellungswoche statt.

Inhaltlich eines der bedeutendsten Vorhaben in 2012 wird der Bergische Kongress sein, der unter dem Motto „Heimat.Zukunft.Kooperation.“ eine Zwischenbilanz der regionalen

Zusammenarbeit ziehen sowie eine Positionsbestimmung des Bergischen Städtedreiecks gegenüber dem Land vornehmen soll.

In 2012 wird die Frage der Zukunft der Bergischen Entwicklungsagentur nach dem vorläufigen Ende der geltenden Finanzierungsvereinbarungen politisch zu entscheiden sein. Dazu haben die Gesellschafter vereinbart, im ersten Halbjahr 2012 in einen Dialog über die Grundsatzfrage sowie die inhaltliche und strukturelle Ausgestaltung der Gesellschaft nach 2014 einzutreten. Daraus folgt eine Empfehlung für die Beratung in den politischen Gremien der Städte sowie der Vollversammlung der IHK, die auf der Sitzung des Lenkungskreises im Juni 2012 diskutiert und nach der Sommerpause zur Abstimmung kommen soll.

Chancen und Risiken

Die Gesellschafter hatten grundsätzlich vereinbart, die Arbeit der Bergischen Entwicklungsagentur zunächst im Rahmen der laufenden Ziel 2-Förderperiode bis 2014 durch laufende Zuschüsse in gleicher Höhe wie 2011 zu finanzieren. Allerdings wies die Sparkasse Solingen in der Sitzung der Gesellschafterversammlung vom 02.12.2011 darauf hin, dass ihr eine direkte Finanzierung aus Mitteln der Sparkasse über einen Gesamtbetrag von 306.775 Euro hinaus aus rechtlichen Gründen nicht möglich sei. Dieser Betrag sei Anfang 2012 erreicht.

Dennoch wurden die Betriebskostenzuschüsse von der Sparkasse Solingen in den ersten beiden Quartalen 2012 in voller Höhe ausgezahlt. Bis zum Unterschriftsdatum des Lageberichts lag keine weitere schriftliche Erklärung vor, die ein Ausscheiden der Sparkasse Solingen bzw. eine Einstellung der Zahlungen avisiert hätte. Es kann daher unverändert davon ausgegangen werden, dass die Betriebskostenzuschüsse zunächst bis zum 30. September 2014 geleistet werden. Die mittelfristige Finanzplanung berücksichtigt die Zuschüsse dementsprechend in voller Höhe. Würde dies nicht mehr der Fall sein, hätte dies schwerwiegende Konsequenzen für die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft.

Die Ausweitung der drittmittelfinanzierten Projektarbeit aus EU-Förderung sowie die gleichzeitige Abschmelzung von Finanzreserven machen in 2012, wie bereits angekündigt, die Aufnahme eines Kontokorrentkredites zur Sicherung der Liquidität erforderlich. Der Liquiditätsbedarf ist darüber hinaus in 2012 deshalb besonders hoch, weil mit der letztmaligen finanziellen Unterstützung des Projektes InnoIntegral des Bergischen Instituts und der erstmaligen Finanzierung des Betriebskostenzuschusses für die Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz zwei vergleichsweise hohe Finanzbeiträge nahezu gleichzeitig geleistet werden müssen.

Eine entsprechende Beschlussfassung, die die Aufnahme vorübergehender Kredite in Höhe von bis zu 150.000 Euro ermöglicht, nahm die Gesellschafterversammlung in ihrer Sitzung am 02.03.2012 vor. Der Kreditrahmen wurde zwischenzeitlich bei den Sparkassen Solingen, Wuppertal und Remscheid beantragt und von diesen in Aussicht gestellt. Dieser Liquiditätsrahmen ist für die Abwicklung der vorzufinanzierenden Projekte ausreichend.

Grundsätzlich könnten sich Risiken aus eventuellen Rückforderungen nicht bewilligungskonform eingesetzter Fördermittel ergeben. Diese werden dadurch reduziert, dass im Falle der Regionale-Restmittel eine Vorprüfung durch die Stadt Wuppertal als formalem Fördermittelempfänger und im Falle der mit EU-Mitteln kofinanzierten Projekte eine kontinuierliche, umfängliche Begleitprüfung sämtlicher eingereichter Unterlagen durch die Bewilligungsbehörden erfolgt. Darüber hinaus fand in 2011 bereits eine erste Sonderprüfung des Projekts „Regionalbudget“ statt, die zu keinerlei Beanstandung geführt hat.

Besondere erwähnenswerte Vorgänge nach dem Bilanzstichtag haben sich ansonsten nicht ergeben.

Solingen, im Mai 2012
gez. Bodo Middeldorf

3.10 Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

Allgemeine Unternehmensdaten

Lokalfunk Remscheid-Solingen
 Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG
 Mummstraße 9
 42651 Solingen
 Tel. 0212 / 299 - 105

Gründungsjahr: 1989

Gesellschafter	Kommanditkapital	
	in €	in %
<u>Persönlich haftende Gesellschafterin</u>		
Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH	ohne Einlage	-
<u>Kommanditisten</u>		
Lokalfunk Remscheid-Solingen Presse Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	384.000,00	75,0
Stadt Solingen	73.216,00	14,3
Stadt Remscheid	54.784,00	10,7
<u>Gesamt</u>	<u>512.000,00</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen

Gesellschaften	Stammkapital	
	in €	in %
Lokalfunk Remscheid Solingen Betriebsgesellschaft mbH	26.000,00	100,0

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich bis 02.07.2002 aus dem Landesrundfunkgesetz (LRG) und ab 03.07.2002 aus dem Landesmediengesetz (LMG NRW) für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:

1. Die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen;
2. dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmtem Umfang zur Verfügung zu stellen;
3. für den Vertragspartner den in § 24 Abs. 4 Satz 1 LRG bzw. den in § 72 LMG genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen;
4. Hörfunkwerbung zu verbreiten

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Zur Geschäftsführung der Gesellschaft ist die persönlich haftende Gesellschafterin *Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH* berufen. Alleiniger Geschäftsführer dieser Gesellschaft ist Herr Bernhard Boll.

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Frau Barbara Wagner.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid*

Wirtschaftliche Unternehmensdaten*

- *) Die Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid und die wirtschaftlichen Unternehmensdaten werden auf Wunsch der Gesellschaft im Beteiligungsbericht nicht veröffentlicht. Die veröffentlichten Daten beschränken sich daher auf die -bis zum Zeitpunkt der Erstellung eines Gesamtabschlusses durch die Stadt Remscheid zulässigen-gesetzlichen Mindestvorgaben gemäß Gemeindeordnung.

3.11 Sana-Klinikum Remscheid GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Sana – Klinikum Remscheid GmbH
 Burger Str. 211
 42859 Remscheid
 Tel. 02191 / 13-3000

Gründungsjahr: 1913

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	158.100,00	5,1
Sana Kliniken AG	2.941.900,00	94,9
<u>Gesamt</u>	<u>3.100.000,00</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Sana Arztpraxen Remscheid GmbH	25.000,00	100,00
RNR Sana MVZ GmbH	12.250,00	49,00

Über die Muttergesellschaft – Sana Kliniken GmbH & Co. KGaA, München- ist die Sana-Klinikum Remscheid GmbH mit diversen gemeinnützigen und nicht gemeinnützigen Kliniken sowie Dienstleistungsunternehmen verbunden.

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb und die Unterhaltung eines allgemeinen Krankenhauses mit Ausbildungsstätten, sonstigen Nebeneinrichtungen und flankierenden Einrichtungen in Remscheid. Im Rahmen der sachlichen Möglichkeiten werden Patienten ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Konfession, Rasse, Geschlecht oder Wohnsitz stationär oder ambulant untersucht und behandelt.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Oliver Bredel

Aufsichtsrat:

Dipl.-Kfm. Dr. Michael Philippi –Vorsitzender-
 Burkhard Mast-Weisz –stellv. Vorsitzender-
 Dr. Rainer Trapp
 Dipl.-Kfm. Hans-Jürgen Michal
 Dr. Karl-Josef Bierth bis 30.06.2011
 Thomas Preuss ab 01.07.2011
 Hans Joachim Erhardt
 André Lassak
 Heinz Jürgen Heuser
 Susanne Hochburger

Beirat:

Lothar Sill
 Wolf Lüttinger Ratsmitglied
 Bernd Störmer
 Harald Sellner
 Susanne Pütz Ratsmitglied
 Fritz Beinersdorf Ratsmitglied
 Norbert Schmitz Ratsmitglied
 Rita Jungesbluth-Wagner
 Uwe Ufer
 Walter Steege bis 07.07.2011
 Dr. Bettina Stiel-Reifenrath ab 18.11.2011
 Ralf Laflör
 Johannes Haun
 Thomas Kaster
 Dr. Frank Neveling
 Ulrich Schnell
 Volker Pleiß
 Rainer Wallenfang
 Hildegard Schrader

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Stadt Remscheid in den Gesellschafterversammlungen war lt. Ratsbeschlüssen Herr Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Bürgschaftsverpflichtung per 31.12.2011 9.000.000,00 € (Neubaufinanzierung)

Abgabe einer Patronatserklärung zur Sicherung der Finanzierung der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Höhe von bis zu 1.641.566,88 €. Zum 31.12.2011 betrug die Verpflichtung seitens der Stadt Remscheid 1.605.914,05 €.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2009	2010	2011
	€	€	€
Zuschuss Kinder- und Jugendpsychiatrie	0,00	42.368,15*	0,00
Schuldendienst gem. gesellschaftsvertragl. Vereinbarung	80.225,96	80.225,96	80.225,96
Verkauf von Geschäftsanteilen	0,00	0,00	0,00

*) hierbei handelt es sich um die letzte Zuschussgewährung betreffend das Jahr 2007.

Anzahl der Beschäftigten

Geschäftsbereich	2009	2010	2011
Arztlicher Dienst	165,4	163,3	154,6
Pflegedienst	288,4	296,2	282,7
Med.-technischer Dienst	79,9	70	68,9
Funktionsdienst	108	112,1	106,9
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	0,3	0,3	0,3
Technischer Dienst	0	0	0
Verwaltungsdienst	46,6	48,6	50
Sonderdienste	6,4	6,1	6,2
Personal der Ausbildungsstätten	5,5	4,5	4,6
Gesamt	700,5	701,1	674,2

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Leistungsdaten	2009	in %	2010	in %	2011	in %
Planbetten	684	0,0	684	0,0	684	0,0
Ist-Betten	518	0,0	518	0,0	463	-10,6
Pflegetage	144.473	-4,1	144.074	-0,3	140.007	-2,8
stationär behandelte Patienten -Fallzahl-	20.875	1,5	20.943	0,3	20.568	-1,8
durchschnittliche Verweildauer -Tage-	6,9	-5,5	6,9	0,0	6,8	-1,4
Ausnutzungsgrad der Ist-Betten	76,4	-3,8	76,2	-0,3	87,6	15,0

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

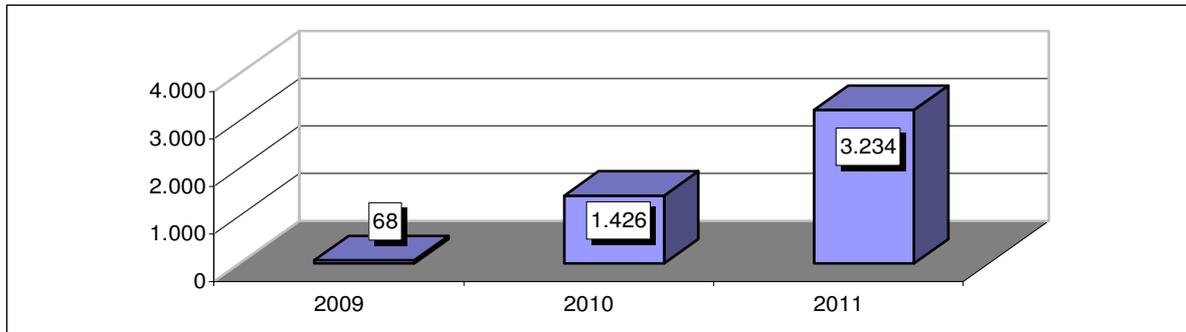
Jahr Bilanz-Position	2009		2010		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	893	0,72	67	0,05	36	0,03
Sachanlagen	105.512	84,80	100.092	82,06	95.527	78,43
Finanzanlagen	25	0,02	2.225	1,82	2.145	1,76
Anlagevermögen	106.430	85,54	102.384	83,94	97.708	80,22
Vorräte	2.717	2,18	2.582	2,12	2.627	2,16
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenst.	10.126	8,14	10.762	8,82	13.997	11,49
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	616	0,50	963	0,79	1.200	0,99
Umlaufvermögen	13.459	10,82	14.307	11,73	17.824	14,63
Ausgleichsposten nach dem KHG	4.184	3,36	4.206	3,45	4.228	3,47
Rechnungsabgrenzungsposten	354	0,28	65	0,05	50	0,04
Latente Steuern	0	0,00	1.000	0,82	1.983	1,63
Aktiver Urteilsbetrag aus Vermögensverr.	0	0,00	18	0,01	7	0,01
Aktiva	124.427	100,00	121.980	100,00	121.800	100,00
Gezeichnetes Kapital	3.100	2,49	3.100	2,54	3.100	2,55
Kapitalrücklage	9.205	7,40	9.285	7,61	9.365	7,69
Gewinnrücklagen	0	0,00	468	0,38	468	0,38
Verlustvortrag	-3.049	-2,45	-2.981	-2,44	-1.554	-1,28
Jahresüberschuss(+)	68	0,05	1.427	1,17	3.234	2,66
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	9.324	7,49	11.299	9,26	14.613	12,00
Sonderp. a. Zuw. z. Fin. des Anlageverm.	18.529	14,89	18.195	14,92	16.695	13,71
Rückstellungen	9.818	7,89	8.365	6,86	8.838	7,26
Verbindlichkeiten	85.995	69,11	83.514	68,47	81.129	66,61
Ausgleichsposten aus Darlehensforderung	703	0,56	600	0,49	497	0,41
Rechnungsabgrenzungsposten	58	0,05	7	0,01	28	0,02
Passiva	124.427	100,00	121.980	100,00	121.800	100,00

Gewinn - und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr GuV-Position	2009	2010	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse einschl. KHG-Finanzierung	89.701	90.518	90.077
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-75	-246	1
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	6.206	6.440	6.687
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	41	26	48
Erträge	95.873	96.738	96.813
Aufwand nach dem KHG	5.321	4.313	3.637
Personalaufwand	46.857	46.945	46.199
Materialaufwand	22.248	23.156	24.579
Abschreibungen	6.797	6.373	6.070
Sonstige betriebliche Aufwendungen	12.226	12.615	11.829
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.715	2.148	2.134
Aufwendungen	96.164	95.550	94.448
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-291	1.188	2.365
Außerordentliche Erträge	0	-481	0
Sonstige Steuern	359	719	869
Jahresüberschuss (+)	68	1.426	3.234
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

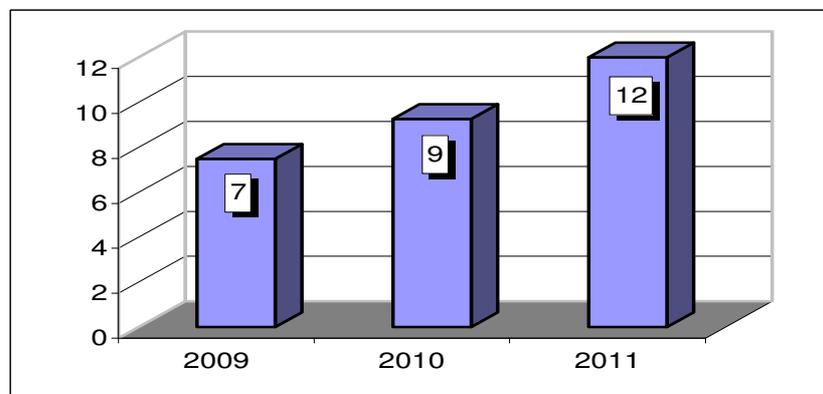
Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	68	1.426	3.234



Kennzahlen

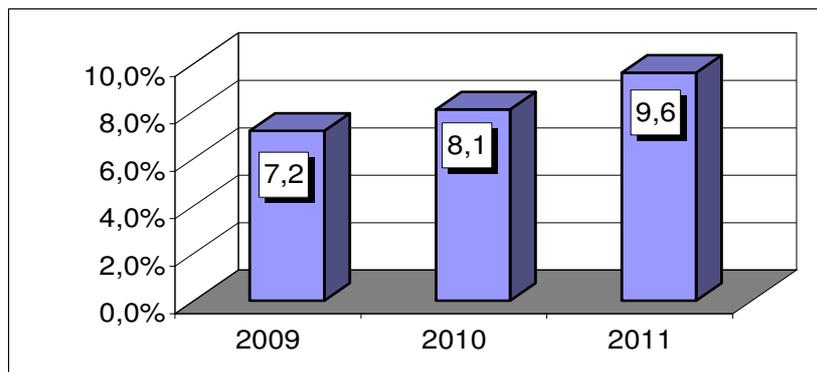
Eigenkapitalquote

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	9.324	11.299	14.613
Bilanzsumme	124.427	121.980	121.800
% EK	7	9	12



Cash-Flow

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	68	1.426	3.234
Abschreibungen	6.797	6.373	6.070
	6.865	7.799	9.304
Gesamterträge	95.873	96.738	96.813
Cash-Flow	7,2%	8,1%	9,6%



Lagebericht 2011

Die Sana-Klinikum Remscheid GmbH ist eine Tochtergesellschaft der Sana Kliniken AG in deren Konzernabschluss sie einbezogen wird. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb und die Unterhaltung eines allgemeinen Krankenhauses mit Ausbildungsstätten, sonstigen Nebeneinrichtungen und flankierenden Einrichtungen in Remscheid.

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Trotz der Staatsschulden- und Finanzkrise insbesondere in Europa bleibt Deutschland im Jahr 2011 weiterhin der Wachstumsmotor in Europa. Auch im Jahr 2011 befand sich die deutsche Wirtschaft auf Wachstumskurs. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) - preis-, saison- und kalenderbereinigt - im dritten Quartal 2011 um 0,5 % gegenüber dem Vorquartal. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag ermittelte in seiner Konjunkturprognose für das Jahr 2011 ein BIP von 3,0 Prozent. Die positiven Impulse kamen insbesondere aus den gestiegenen privaten Konsumausgaben. Der Verbraucherpreis-Index für Deutschland lag im Oktober 2011 um 2,5 % höher als im Oktober 2010. Die Inflationsrate – gemessen am Verbraucherpreisindex – verbleibt deutlich über der Zwei-Prozent-Marke. Im Oktober 2011 wurde die Inflationsrate erneut maßgeblich von der Preisentwicklung bei Energie bestimmt. Dies stellt für Krankenhausbetreiber zunehmend eine deutliche Belastung im Sachkostenbereich dar, die nicht über die Krankenhausvergütung kompensiert werden kann. Im Jahresvergleich verteuerte sich Energie insgesamt um 11,1 %. Noch teurer gegenüber dem Vorjahr war leichtes Heizöl mit + 25,4 Prozent. Auch die Preise für Umlagen der Zentralheizung und Fernwärme (+ 10,3 Prozent), Strom (+ 7,0 Prozent) und Gas (+ 6,5 Prozent) lagen weit über dem Vorjahresniveau.

Die Rahmenbedingungen des Krankensektors werden durch gesetzliche Änderungen bzw. Neuerungen wesentlich beeinflusst. Zum 1. Januar 2011 trat das Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzierungsgesetz – GKV-FinG) in Kraft.

Für die Krankenhäuser wurden zur Begrenzung der Ausgabensteigerungen und Stabilisierung der Ausgaben zwei wesentliche Maßnahmen beschlossen:

Die Veränderungsrate, die für die Veränderung der Landesbasisfallwerte maßgeblich ist, wird im Jahr 2011 um 0,25 Prozentpunkte auf 0,9 % und im Jahr 2012 um 0,5 Prozentpunkte auf 1,48 % vermindert. Hieraus resultiert eine Einsparung des Ausgabe Volumens der GKV für die deutschen Krankenhäuser von rund EUR 150 Mio.

Für vertraglich vereinbarte Mehrleistungen ist im Jahr 2011 ein Mehrleistungsabschlag i.H.v. 30 % seitens der Krankenhäuser zu entrichten. Ab dem Jahr 2012 ist die Höhe

des Mehrleistungsabschlages durch die Vertragsparteien zu vereinbaren. Darüber wird ein Einsparvolumen von rund EUR 350 Mio. generiert.

Die Finanzentwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherungen verläuft im Jahr 2011 überaus positiv. Nachdem im 1. Halbjahr 2010 ein Überschuss von EUR 112 Mio. erzielt wurde, haben die Krankenkassen im 1. Halbjahr 2011 einen Überschuss i.H.v. EUR 2,417 Mrd. erreicht. Die Zuweisungen des Gesundheitsfonds an die Krankenkassen belaufen sich im 1. Halbjahr 2011 auf rd. EUR 89,47 Mrd. Die Einnahmen des Gesundheitsfonds aus Beiträgen und Bundeszuschüssen betragen EUR 89,95 Mrd. In der Summe der Überschüsse des Gesundheitsfonds und der gesetzlichen Krankenkassen ergibt sich somit für die GKV im 1. Halbjahr 2011 insgesamt ein positives Ergebnis i.H.v. EUR 2,9 Mrd.

Die Leistungsausgaben der Krankenkassen sind im 1. Halbjahr 2011 um 2,8 % je Versicherten gestiegen. Nach den Angaben des GKV-Schätzerkreises vom 12. Oktober 2011 ist im Jahr 2011 von einem Anstieg der gesamten GKV-Ausgaben von 3,6 % auszugehen.

Der Bundesbasisfallwert für das Jahr 2011 betrug EUR 2.963,82 (+0,96 % ggü. BBFW 2010). Dem gegenüber standen steigende Personalkosten in Form von Tarifsteigerungen und sonstige Kostensteigerungen insbesondere im Energiebereich und bei den Nahrungsmitteln.

Das deutsche Krankenhauswesen ist durch die duale Finanzierung geprägt. Bezogen auf die Krankenhausaufgaben der GKV und PKV betrug die Investitionsquote, basierend auf den KHG-Fördermitteln im Jahr 1991 noch 10,0 %, im Jahr 2008 hingegen lediglich noch 4,6 %. Aufgrund der weiterhin angespannten Haushaltslage der Bundesländer wird sich dieser Trend auch in den kommenden Jahren fortsetzen oder sogar verstärken. Durch den stetigen Rückgang der KHG-Fördermittel, beläuft sich nach einer Umfrage des Medizintechnik-Branchenverbandes Spectaris der Investitionsstau in deutschen Krankenhäusern auf rund EUR 50 Mrd.

Darüber hinaus bleibt weiterhin der Fachkräftemangel im Krankenhaus eine der größten Herausforderungen in der stationären Versorgung.

2. Geschäftsverlauf

Die Sana-Klinikum Remscheid GmbH konnte das Geschäftsjahr – obwohl nicht in allen Bereichen zufriedenstellende Entwicklungen zu verzeichnen sind – mit einem deutlich über Vorjahr liegenden Ergebnis abschließen. Nicht zufriedenstellend ist die deutliche Unterschreitung der geplanten Leistungsmenge, die insbesondere auf die Nichterreichung der geplanten Leistungen des Vorjahres zurückzuführen ist. Für das Geschäftsjahr 2011 wurde eine Leistungssteigerung in Höhe von 746 Casemix-Punkten geplant. Durch die Nichterreichung der Leistung im Jahr 2010 erhöhte sich diese um 924 auf 1.672 Casemix-Punkte.

Wie schon in den vorangegangenen Jahren konnten auch im Jahr 2011 wichtige qualitätsverbessernde Ziele erreicht werden. Die Klinik für Allgemein- und Viszeralchirurgie wurde als koloproktologisches Zentrum zertifiziert. Darüber hinaus hat das Klinikum zur Verbesserung der Patientensicherheit durch Identifizierung von Risiken in der Patientenversorgung und deren unterstützender Prozesse ein Zwischenfallmanagement (CIRS – Critical Incident Reporting System) eingeführt.

Weiterhin wurde das bereits implementierte klinische Risikomanagementsystem einem externen Audit unterzogen und in seiner Funktionsfähigkeit bestätigt.

Im Jahr 2011 konnte das Planungsverfahren zum Ausweis von 10 teilstationären Betten im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie im Landeskrankenhausplan abgeschlossen werden. Mit Schreiben vom 15.11.2011 der Bezirksregierung Düsseldorf wurden für das Sana-Klinikum Remscheid 10 teilstationäre Betten im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie in den Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen aufgenommen.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden 20.232 Patienten vollstationär behandelt. Die Leistungsentwicklung liegt damit 1,5 % unter dem Vorjahr.

Leistungssteigerungen sind insbesondere in den Abteilungen Gefäßchirurgie, Orthopädie und Unfallchirurgie sowie Pädiatrie zu verzeichnen.

Die durchschnittliche Verweildauer lag im Jahr 2011 bei 6,38 Tagen. Die durchschnittlichen effektiven Bewertungsrelationen (Casemix-Index) je Fall als Maß der durchschnittlichen Fallschwere beliefen sich im Jahr 2011 auf 1,094 (ohne teilstationäre Dialyse).

Die Entwicklung im ambulanten Bereich ist im Vergleich zum Vorjahr unterschiedlich zu bewerten. Im Ambulanzbetrieb wurden insgesamt 46.583 ambulante Fälle, das sind im Vergleich zum Vorjahr 882 Fälle mehr, versorgt, im teilstationären Bereich hingegen wurden insgesamt nur 683 Fälle (Vorjahr 819) behandelt.

Die im Rahmen eines Asset-Deals übernommene Liegenschaft „Dünkeloh-Klinik“ wird in mehreren Bauabschnitten zu einem Ärztezentrum ausgebaut. Als erster Bauabschnitt wurde das 1. OG. bis zum 31.07.2011 umgebaut und ab 01.08.2011 an eine urologische Gemeinschaftspraxis vermietet. In einem zweiten Bauabschnitt wird nunmehr das 2. OG. umgebaut, in dem dann voraussichtlich ab April 2012 das MVZ Sana Arztpraxen Remscheid untergebracht wird. Ein dritter Bauabschnitt, in dem das 3. OG. für weitere Praxen umgebaut wird, ist für das Jahr 2012 geplant.

Im Jahr 2011 konnten Entgeltvereinbarungen sowohl für das Budgetjahr 2009 als auch für das Budgetjahr 2010 geschlossen werden. In der Entgeltverhandlung für das Budgetjahr 2011 am 29.09.2011 konnte mit den Kostenträgern noch keine Einigung erzielt werden, da über die geforderte Leistungsmenge Uneinigkeit bestand. Für den 14.02.2012 wurde die Fortsetzung der Verhandlung terminiert. Es wurde sich darüber verständigt, dass die Ist-Leistungen für das Jahr 2011 zu vereinbaren.

3. Darstellung der Lage des Unternehmens

Neben der Umbaumaßnahme der Liegenschaft „Dünkeloh-Klinik“ sind darüber hinaus Investitionen im Bereich Einrichtung und Ausstattung getätigt worden, welche mit pauschalen Fördermitteln in Höhe von 421 TEUR und in Höhe von 335 TEUR mit Eigenmitteln finanziert wurden.

Die Hauptfinanzierungsquelle der Gesellschaft stellt nach wie vor das Cash-Pooling mit der Sana Kliniken AG dar. Die Verbindlichkeiten aus Cash-Pool gegenüber dem Gesellschafter werden unter den kurzfristigen Verbindlichkeiten ausgewiesen und betragen zum Bilanzstichtag 8.951 TEUR.

Im Geschäftsjahr 2011 hat die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 3.234 TEUR erzielt. Das Eigenkapital erhöht sich gegenüber 2010 von 11.299 TEUR auf 14.613 TEUR.

Finanzlage und verfügbare Kreditlinie lassen einen nur sehr engen Handlungsspielraum für die Gesellschaft zu. Die Liquidität der Sana-Klinikum Remscheid GmbH ist durch die Teilnahme am Cash-Pool der Sana Kliniken AG jederzeit gesichert. Die Gesellschaft ist zur Sicherung ihrer Liquidität auf die Unterstützung der Sana Kliniken AG weiter angewiesen.

Für die Entwicklung der Finanzlage ist der Finanzbedarf für den Neubau bestimmend. Für das Darlehen in Höhe von 40.400 TEUR durch die Sana Kliniken AG mussten im Jahr 2011 2.991 TEUR Zins und Tilgung aufgebracht werden.

Das Geschäftsjahr 2011 schließt mit einem über dem Vorjahresniveau liegenden Jahresüberschuss in Höhe von 3.234 TEUR, obwohl die umfangreiche, ohne Fördermittel finanzierte Neubaumaßnahme das Betriebsergebnis im Bereich der nicht geförderten Abschreibungen mit 3.444 TEUR belastet.

Die Sana-Klinikum Remscheid GmbH hat im Geschäftsjahr 2011 eine Betriebsleistung in Höhe von 89.978 TEUR erzielt. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Steigerung um 1.261 TEUR. Ursächlich für die Steigerung der Betriebsleistung sind die um 1.666 TEUR

gestiegenen Erlöse aus Krankenhausleistungen. Aufgrund der eingeleiteten Maßnahmen zur Aufwandsreduzierung sowie der Reduktion der stationären Bettenkapazitäten schlägt sich die Steigerung der Betriebsleistung deutlich im Ergebnis nieder.

Im Vergleich zum Vorjahr liegen die Personalaufwendungen um 746 TEUR niedriger bei nunmehr 46.199 TEUR. Diese korrespondieren jedoch mit Aufwendungen für nicht im Krankenhaus angestelltes Personal, welches zur Aufrechterhaltung des Betriebs -insbesondere im Bereich der Anästhesie – eingesetzt werden musste.

Die Aufwendungen für nicht im Krankenhaus angestelltes Personal stiegen um 369 TEUR auf insgesamt 3.522 TEUR. Weiterhin stiegen die Kosten des medizinischen Bedarfs um 463 TEUR auf 10.386 TEUR. Der Kostenanstieg liegt zum einen innerhalb des Narkose- und OP Bedarfs (+ 221 TEUR) begründet, da im Geschäftsjahr 2011 mit der Kyphoplastie (Aufrichtung der Wirbelsäule) ein neues Betätigungsfeld hinzugekommen ist und zum anderen in dem Leistungsanstieg der Herzkatheterleistungen (+ 158 TEUR) begründet.

Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen hat mit dem Krankenhausgestaltungsgesetz NRW die bisherige Einzelförderung durch eine Baupauschale ersetzt. Mit Bescheid vom 22.06.2011 erhält das Sana-Klinikum Remscheid für das Jahr 2011 eine Baupauschale in Höhe von 994 TEUR. Der Einsatz der Baupauschale erfolgte vollständig zur Finanzierung von Zinsen für die Neubaumaßnahme.

4. Forschung und Lehre

Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten werden von der Gesellschaft nicht ausgeführt.

5. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Sana Kliniken AG hat zur frühzeitigen Erkennung von wesentlichen Risiken ein konzernweit bei allen Tochtergesellschaften ganzheitliches Risikomanagementsystem eingerichtet, das sowohl die frühzeitige Identifikation und Analyse von Risiken als auch die Ergreifung entsprechender Steuerungsmaßnahmen ermöglicht.

Die Konzern-Richtlinie Risikomanagement enthält verbindliche Regelungen zur Erfassung, Analyse, Bewertung, Steuerung und Überwachung wesentlicher Risiken und sorgt durch ihre risikopolitischen Grundsätze für ein konzernweit einheitliches Verständnis des Risikomanagements. Darüber hinaus wird der integrierte Risikomanagementansatz durch eine einheitliche Risikomanagement-Software unterstützt.

Die in der Risikomanagement-Software erfassten Informationen werden regelmäßig an den Vorstand der Sana Kliniken AG berichtet. Daneben besteht eine verpflichtende Adhoc-Risikoberichterstattung der Tochtergesellschaften an den Vorstand der Sana Kliniken AG. Die Konzernrevision und beauftragte Dritte überprüfen im Rahmen regelmäßiger Prüfungs- und Beratungsleistungen die Angemessenheit, Funktionsfähigkeit und Effizienz des Risikomanagementsystems. Der Aufsichtsrat der Sana Kliniken AG hat einen Prüfungsausschuss bestellt, der sich mit der Überwachung der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems befasst.

Ein generelles Risiko ergibt sich für alle Krankenhäuser wie auch das Sana-Klinikum Remscheid aus der Budgetierung der Erlöse sowie des ab 2012 geltenden Mehrleistungsabschlages, dessen Höhe mit den Vertragsparteien zu vereinbaren ist.

Neben vorgenannten Erlösrisiken besteht für die Gesellschaft ein weiteres Erlösrisiko durch Nichterreichen der geplanten stationären Leistungen. Da die Vorhaltungen der personellen und sächlichen Ressourcen nicht ad hoc angepasst werden können, kann ein Fallzahleinbruch einer einzigen Abteilung schon zu deutlichen Planunterschreitungen führen.

6. Darstellung von Vorgängen von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, die Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf oder die Lage der Gesellschaft haben.

7. Ausblick

Für das Geschäftsjahr 2012 ist nur eine sehr geringfügige Leistungssteigerung vorgesehen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass das Marktpotenzial zwar vorhanden ist, aber nicht in der gewünschten Zeitschiene realisiert werden kann.

Der Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiter, insbesondere im ärztlichen Bereich, nimmt seit Jahren zu. Die Akquisition neuer Mitarbeiter ist daher von großer Bedeutung zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Sana-Klinikum Remscheid GmbH.

Insbesondere aufgrund der im Jahr 2011 umgesetzten Maßnahmen zur Aufwandsreduzierung wird für das kommende Jahr eine weitere Steigerung von Umsatz und Ergebnis erwartet.

Remscheid, im Februar 2012

gez. Oliver Bredel
Geschäftsführer

3.12 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)

Allgemeine Unternehmensdaten

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
 Baedekerstraße 5
 45128 Essen
 Tel. 0201 / 243439

Gründungsjahr: 1929

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Stadt Remscheid	1.615,68	1,26
weitere Städte, Kreise und sonstige juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts	126.207,29	98,74
<u>Gesamt</u>	<u>127.822,97</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall. Hier hat die Gesellschaft die Aufgaben

- die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten;
- die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und Entsorgung zu beraten.

Die Gesellschaft kann nach Beschluss der Gesellschafterversammlung weitergehende Aufgaben auf dem Gebiet der öffentlichen Ver- und Entsorgungswirtschaft übernehmen. Die Übernahme sonstiger Aufgaben bedarf einer Änderung des Gesellschaftsvertrages.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Landrat a.D. Roger Graef, Rheinbach
Staatssekretär a.D. Ernst Gerlach, Oberhausen

Verwaltungsrat

Insgesamt 14 Mitglieder

Gesellschafterversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Gemäß § 15 Absatz 1 des Gesellschaftsvertrages sind die Gesellschafter verpflichtet, zur Deckung der laufenden Ausgaben der Gesellschaft Nachschüsse, in der jeweils durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzusetzenden Höhe, zu leisten. Die Nachschüsse der einzelnen Gesellschafter werden nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile festgesetzt.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2009	2010	2011
	€	€	€
Nachschuss zur Deckung lfd. Kosten	1.616,00	1.616,00	1.616,00

3.13 RW Holding AG, Düsseldorf

vormals: RW Kommunale Finanzbeteiligungs-GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

RW Holding AG
Herzogstr. 15
40217 Düsseldorf
Tel. 0211 / 826-4623

Gründungsjahr: 1992

Die RW Kommunale Finanzbeteiligungs-GmbH an der die Stadt Remscheid mit 10% am Stammkapital beteiligt war, wurde zusammen mit anderen gleichartigen Unternehmen in 2002 rückwirkend zum 31.07.2001 auf die RW Holding AG verschmolzen.

Aktionäre	Gezeichnetes Kapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	411.840,00	0,55
weitere Aktionäre, darunter u.a. Beteiligungsgesellschaften, Städte, Kreise, Sparkassen, Landesbanken und Landschaftsverbände	73.951.019,52	99,45
<u>Gesamt</u>	<u>74.362.859,52</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stück Inhaberstammaktien	in % am Grundkapital
RWE AG	8.000	0,0013
RW Energie-Beteiligungs- gesellschaft mbH Co. KG	50.050 €	31,48

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens sind gemäß § 2 der Satzung der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die damit verbundene Wahrung wirtschaftlicher Interessen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung und Förderung des Gegenstandes der Gesellschaft notwendig und nützlich erscheinen.

Organe der GesellschaftVorstand:

2 Mitglieder (mind. 2)

Aufsichtsrat:

9 Mitglieder

Hauptversammlung:

Vertreter in der ordentlichen Hauptversammlung der Stadt Remscheid war laut Ratsbeschluss Herr Städtischer Oberverwaltungsrat Arnd Zimmermann.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2009	2010	2011
	€	€	€
Dividendenausschüttung -netto	528.261,21	414.554,76	411.001,44
Steuerguthaben aus Einlage in den BgA "Badeanstalten", Erstattung	189.241,29	148.507,74	147.234,81

3.14 AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung Wuppertal

Allgemeine Unternehmensdaten

AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung Wuppertal

Korzert 15

42349 Wuppertal

Tel. 0202 / 4042-0

Gründungsjahr: 1971

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Wuppertaler Stadtwerke GmbH	3.523.475,00	70,47
Stadtwerke Remscheid GmbH	1.248.475,00	24,97
Stadtwerke Velbert GmbH	225.000,00	4,50
Stadt Wuppertal	1.525,00	0,03
Stadt Remscheid	1.525,00	0,03
<u>Gesamt</u>	<u>5.000.000,00</u>	<u>100,00</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stammkapital	Beteiligung
	in €	in %
WVW Wertstoffverwertung Wuppertal GmbH	25.000,00	100,0
WLG Wertstofflogistik GmbH	25.000,00	49,0
Wuppertal Marketing GmbH	210.000,00	2,4

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand der Gesellschaft ist die Erfassung, Sammlung, Beförderung, Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen und Wertstoffen, insbesondere der Betrieb von Anlagen für thermische Behandlung von Abfällen. Die Gesellschaft kann weitere Dienstleistungen erbringen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen. Sie kann darüber hinaus alle sonstigen der Abfallverringerung, -verwertung oder -beseitigung mittelbar oder unmittelbar dienenden Tätigkeiten ausführen und Anlagen planen, errichten und betreiben.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Wolfgang Herkenberg

Dipl.-Ing. Conrad Tschersich

Aufsichtsrat

Klaus-Jürgen Reese	Vorsitzender
Elke Rühl	1. stellv. Vorsitzende
Willy Görtz	2. stellv. Vorsitzender
Frank Braken	
Karlheinz Emmert	
Ralph Güther	
Dirk Jaschinski	
Burkhard Mast-Weisz	Stadtdirektor
Ingeborg Ockel	
Günter Pott	
Paul-Yves Ramette	
Bernhard Sander	
Ursel Simon	
Dr. Johannes Slawig	
Fred Surga	
Hartmut Than	
Thomas Uebrick	
Peter-Edmund Uibel	
Andreas Weigel	
Andreas Feicht	beratendes Mitglied
Prof. Dr. Thomas Hoffmann	beratendes Mitglied
Heinz-Werner Thissen	beratendes Mitglied

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war am 20.07.2011 laut Ratsbeschluss Herr Städtischer Angestellter Christian Schenk.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Bürgschaftsverpflichtungen zum 31.12.2011 14.054.902,52 €

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2009	2010	2011
	€	€	€
Bürgschaftsprovision (letztmalig in 2009)	253,41	-	-
Verrechnungsbetrag aus US-Lease	-	97.216,76	77.648,63

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2009	2010	2011
Mitarbeiter	373	393	402

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

Jahr	2009		2010		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	275	0,18	213	0,16	193	0,15
Sachanlagen	130.538	86,21	117.027	86,16	103.565	81,06
Finanzanlagen	321	0,21	284	0,21	270	0,21
Anlagevermögen	131.134	86,60	117.524	86,52	104.028	81,43
Vorräte	3.967	2,62	3.833	2,82	4.171	3,26
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	11.256	7,43	12.484	9,19	13.849	10,84
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	5.037	3,33	1.976	1,45	5.674	4,18
Umlaufvermögen	20.260	13,38	18.293	13,47	23.694	18,55
Rechnungsabgrenzungsposten	25	0,02	12	0,01	34	0,03
Aktiva	151.419	100,00	135.829	100,00	127.756	100,00
Gezeichnetes Kapital	5.000	3,30	5.000	3,68	5.000	3,91
Kapitalrücklage/Gewinnrücklage	17.000	11,23	20.529	15,11	15.000	11,74
Gewinnvortrag (+) / Verlustvortrag (-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss (+)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag (-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	22.000	14,53	25.529	18,79	20.000	15,65
Sonderposten mit Rücklagenanteil	3.437	2,27	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	20.673	13,65	21.807	16,05	19.044	14,91
Verbindlichkeiten	105.309	69,55	88.493	65,15	88.712	69,44
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	151.419	100,00	135.829	100,00	127.756	100,00

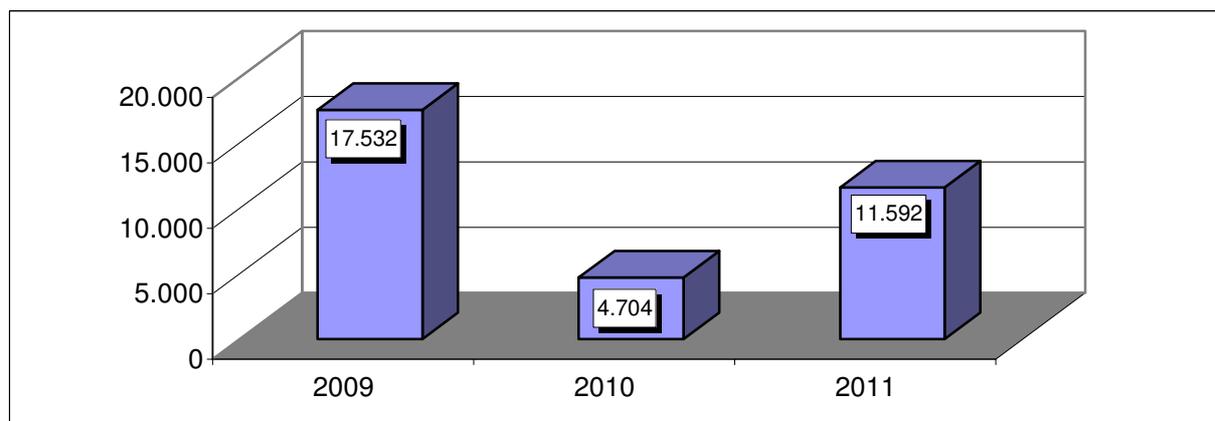
Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr	2009	2010	2011
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	91.569	94.542	90.112
Erhöhung des Bestandes an Erzeugnissen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	3.538	2.020	1.586
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	245	10	9
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	107	75	278
Erträge	95.459	96.647	91.985
Materialaufwand	35.448	36.783	34.284
Personalaufwand	20.465	19.936	19.863
Abschreibungen	15.956	16.360	16.312
Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.294	8.709	9.329
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.661	4.364	3.815
Aufwendungen	85.824	86.152	83.603
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.635	10.495	8.382
Außerordentliche Erträge	11.249	116	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	-4.227	0
Steuern von Einkommen und Ertrag	-3.164	-1.500	-2.125
Sonstige Steuern	-188	-180	-193
Aufwendungen aus Ergebnisabführung	-17.532	-4.704	-11.592
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	-5.528

Der Jahresfehlbetrag 2011 wird durch entsprechende Entnahmen aus den Gewinnrücklagen ausgeglichen, so dass der Bilanzgewinn 0 € beträgt.

Entwicklung der Jahresergebnisse (vor Ergebnisabführung)

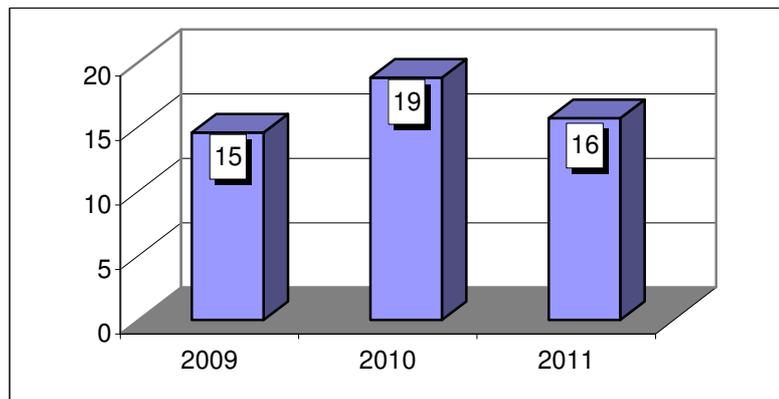
Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	17.532	4.704	11.592



Kennzahlen

Eigenkapitalquote

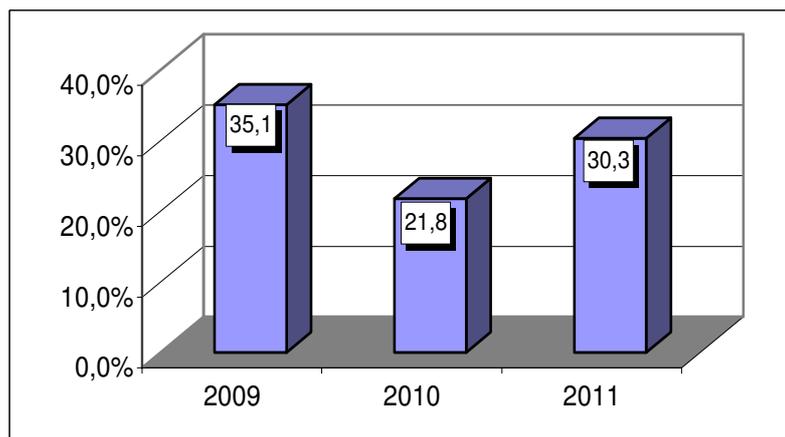
Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	22.000	25.529	20.000
Bilanzsumme	151.419	135.829	127.756
% EK	15	19	16



Cash-Flow

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss*	17.532	4.704	11.592
Abschreibungen	15.956	16.360	16.312
	33.488	21.064	27.904
Gesamterträge	95.459	96.647	91.985
Cash-Flow	35,1%	21,8%	30,3%

*) vor Ergebnisabführung



Lagebericht zum 31. Dezember 2011

1. Allgemeines

Die Städte Wuppertal und Remscheid sowie die Stadtwerke von Wuppertal als Hauptgesellschafter, sowie Remscheid und Velbert besitzen als Gesellschafter der AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal ein gut aufgestelltes und auch für zukünftige abfallwirtschaftliche Herausforderungen gerüstet Entsorgungsunternehmen.

Die AWG wurde zuletzt 1999 von der Stadt Wuppertal mit der Sammlung, dem Transport, der Verwertung und der Beseitigung andienungspflichtiger Abfälle im Rahmen eines langjährigen Entsorgungsvertrags beauftragt. Teile dieses Entsorgungsauftrags sind seit dem Jahr 2002 an den öffentlichen Entsorgungszweckverband EKOCity übergeben worden, der sich zur Erfüllung seines Entsorgungsauftrags u.a. der AWG und ihrer Verbrennungskapazitäten bedient. Die Stadt Remscheid und der Kreis Mettmann sind ebenfalls durch einen langjährigen Entsorgungsvertrag für die Verwertung und Beseitigung von andienungspflichtiger Abfällen an die AWG gebunden.

Die Mitgliedschaft der Gesellschafterstädte Wuppertal und Remscheid im Abfallwirtschaftsverband EKOCity und die daraus resultierende enge Zusammenarbeit der AWG mit den Verbandsmitgliedern und den weiteren eingebundenen Entsorgungsunternehmen begründet eine wirtschaftlich und auch entsorgungspolitisch positive Prognose.

Der Entsorgungszweckverband EKOCity wurde 2002 durch die Städte Bochum, Wuppertal, Remscheid und Herne sowie der Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen und dem Regionalverband Ruhr (RVR) als kommunaler Entsorgungsbund gegründet. Zum 1.1. 2006 ist der Kreis Mettmann dem Verbund beigetreten. Die Kooperation gewährleistet die langfristige Sicherung der Entsorgungssicherheit im Verbandsgebiet, den Erhalt der kommunalen Einflussnahme auf die Ausgestaltung der Abfallwirtschaft und die dauerhafte Auslastung der vorhandenen Anlagenstruktur.

Die AWG als Inhaber und Betreiber einer der drei Entsorgungsanlagen im Abfallwirtschaftsverband EKOCity profitiert von den positiven Auswirkungen dieses Entsorgungsbunds. Die Position der AWG im Entsorgungsbund EKOCity ist auch deshalb auf Sicht als gesichert zu bezeichnen, weil der Abfallwirtschaftsverband EKOCity - zu auskömmlichen Preisen - eine ausreichende Auslastung der AWG-Müllheizkraftwerks mit kommunalen Haushaltsabfällen aus dem Verbandgebiet sichert.

Als ein Ergebnis der positiven Wirkung des Abfallwirtschaftsverband ist festzustellen, dass der gemeinsame Entsorgungspreis des Verbands der letzten Jahre von den Preisschwankungen im Entsorgungsmarkt weitgehend verschont blieb und, in Folge, die kommunalen Entsorgungsgebühren in den Mitgliedskommunen des Verbands in den letzten Jahren von größeren Preissprüngen verschont blieben.

Die relative Stabilität und Kalkulierbarkeit der Entsorgungspreise verhilft der AWG zu einer hervorgehobenen Position als leistungsfähiger regionaler Entsorgungsdienstleister auch für den gewerblichen Entsorgungsmarkt.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufes

2.1 Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Im Berichtsjahr verharrt das Preisniveau für Gewerbemüll auf einem auf einem als in der Gesamtschau als niedrig einzuschätzenden Niveau, der in den vergangenen Jahren zu verzeichnende Preisverfall für Beseitigungsabfälle ist zum Stillstand gekommen.

Zunehmend im öffentlichen Focus stehen die Wertstoffe in den Abfällen aus privaten Haushalten als potentielle Rohstoffe. Die kontroverse Diskussion im Rahmen der immer noch nicht endgültig zum Abschluss gekommene Bundesgesetzgebung zur Neufassung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes unterstreichen, besonders im Blick auf zukünftige abfallpolitische Entsorgungszuständigkeiten und den daraus folgenden wirtschaftlichen Auswirkungen für die öffentlichen Entsorgungsunternehmen dieses Kernthema der Entsorgungsbranche.

2.2 Umsatz- und Auftragsentwicklung

Im Bereich der Sammlung und des Transportes sowie der Entsorgung und Verwertung von Abfällen von Haushalten hat die AWG als beauftragter Dritter im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes für die Stadt Wuppertal die Aufgaben des kommunalen Entsorgungsträgers übernommen. Durch den zugrunde liegenden Entsorgungsvertrag mit der Stadt Wuppertal sowie durch die abgeschlossenen Verträge im Rahmen der EKOCity-Kooperation sind die Tätigkeiten der AWG langfristig zu kostendeckenden Konditionen abgesichert.

Die Verbrennungsmenge des MKWs der AWG lag im Jahre 2011 bei 404.607 MG Abfälle aus Haushalten und Gewerbe.

Das Angebot der von der AWG betriebenen Recyclinghöfe ist in Wuppertal fest etabliert und das Konzept einer flächendeckenden Versorgung umgesetzt. Mit nunmehr fünf Recyclinghöfen in Wuppertal hat die AWG nun ein umfassendes, wohnort- und bürgernahes Entsorgungsangebot verwirklicht.

Papier, Pappe und Kartonagen sind, trotz schwankender Preise, gefragte Wertstoffe, die sich besonders gut zur Wiederverwertung eignen. Deshalb sammelt und verwertet die AWG diese Materialien seit vielen Jahren, verfolgt damit das Umweltziel „Abfallverwertung“ und trägt mit den im Berichtsjahr erfreulicherweise erneut gestiegenen Erlösen zur Abfallgebührenstabilität bei.

Durch die Abfallrahmenrichtlinie der EU und die zu erwartende Umsetzung in nationales Recht nimmt, auch für Müllheizkraftwerke, die Bedeutung einer möglichst hohen Energieeffizienz weiter zu. Das sowohl ökologisch als auch ökonomisch vorteilhafte Projekt des Ausbaus der Fernwärme, wurde im Berichtsjahr in Zusammenarbeit mit der WSW Energie AG weiterhin mit Nachdruck vorangebracht. Für die nähere Zukunft wird fast mit einer Verdopplung der Fernwärmeabgabe gegenüber dem Beginn des Jahrzehnts gerechnet. Die AWG leistet damit einen wesentlichen zur Sicherstellung der Fernwärmeversorgung in Wuppertal.

Sparte Thermik

Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2010 reduzierte sich die angelieferte Abfallmenge mit 404.607 Mg (VJ 427.616 Mg) um rd. 23.009 Mg.

Die in diesem Bereich ausgewiesenen Umsätze entwickeln sich planmäßig und resultieren im Wesentlichen aus den abgeschlossenen Pacht- und Betriebsführungsverträgen in Höhe von rd. T€ 53.909,1 (Vorjahr T€ 55.426,6).

Weitere wesentliche Erlöse in Höhe von T€ 6.419,5 (Vorjahr T€ 6.782,4) wurden durch das Recht zur Vermarktung von Strom und Fernwärme realisiert, welches zu vergleichbaren Konditionen bei EKOCity erworben wurde.

Sparte Sammlung und Transport

Im Berichtsjahr wurden im Bereich Haus- und Sperrmüll 92.209 Mg (VJ 91.515 Mg) im Stadtgebiet Wuppertal gesammelt bzw. an den Recyclinghöfen abgegeben. Davon wurden 74.352 Mg der Verbrennungsanlage zugeführt. Weitere 17.857 Mg wurden dem EKOCity-Center Bochum zugeführt.

Die für die Stadt Wuppertal durchgeführte abfallwirtschaftliche Tätigkeit umfasst ein Auftrags- bzw. Umsatzvolumen in Höhe von T€ 9.817,6 (VJ T€ 9.805,4).

Durch den Sperrmüllschnellservice sowie die Recyclinghöfe konnte ein Umsatz in Höhe von T€ 639,2 realisiert werden.

Bei dem zu entsorgenden Gewerbemüll blieb die Zahl der wöchentlich zu entleerenden Behälter mit durchschnittlich 5.614 gegenüber dem Vorjahr mit 5.732 weitestgehend konstant. Die Zahl der Frontumleerbehälter reduzierte sich von rd. 281 im Vorjahr auf rund 266.

Die weiteren Erlöse resultieren im Wesentlichen aus der Vermarktung von Altpapier (T€ 2.250,5) und Altkleider (T€ 112,6) sowie der Entsorgung von Schadstoffen (T€ 49,1).

Zusätzlich konnten Transportumsätze in Höhe von T€ 421,4 generiert werden.

Sparte Autorecycling

Die Umsatzerlöse in der Sparte Autorecycling reduzierten sich mit T€ 2.121,2 gegenüber dem Vorjahr (T€ 2.293). Diese Reduzierung ist durch die Zahl der verschrotteten Fahrzeuge und die damit in Verbindung stehenden Vermarktungserlöse für Altteile und die Schrotterlöse zurückzuführen.

2.3 Beschaffung

Die von der AWG für die Beschaffung notwendigen Märkte (Anlagen- sowie Verbrauchsgüter) lassen aus heutiger Sicht keinen Schluss auf Mengen- und Preisrisiken zu.

Der Lagerbestand von Ersatzteilen und Magazinmaterial blieb mit T€ 3.850,2 gegenüber dem Vorjahr (T€ 3.625) weitestgehend konstant.

2.4. Investitionen

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in Höhe von insgesamt T€ 2.916,2 durchgeführt. Davon wurden insgesamt T€ 1.416 für die notwendige Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und rd. T€ 550,3 für die Beschaffung von Mulden, Pressen und Wertstoffcontainern aufgewendet.

2.5. Finanzierungsmaßnahmen

Entsprechend dem Wirtschaftsplan wurde zur nachträglichen Finanzierung von Investitionen ein Darlehen in Höhe von 10.000 T€ mit einer Laufzeit von 10 Jahren und einer 10-jährigen Zinsbindung aufgenommen.

Zu den Bilanzkennziffern wird auf den Punkt Darstellung der Lage – Unternehmenskennzahlen - verwiesen.

2.6 Personal- und Sozialbereich

Der Mitarbeiterstand per 31.12.2011 beträgt 395.

Der gesamte Personalaufwand betrug im Berichtsjahr T€ 19.862,7 (Vorjahr T€ 19.935,9)

Dieser teilt sich wie folgt auf:

	<u>Personal- aufwand</u>	<u>Sozial- abgaben</u>
Thermik	6.915,6	1.961,6
Sammlung und Transport	8.119,2	2.436,9
Autorecycling	341,1	88,3

2.7 Umweltschutz

Der Standort der Verbrennungsanlage, Korzert 15, unterzog sich im Jahre 2011 im Rahmen eines Audits einer freiwilligen Wiederholungsprüfung hinsichtlich der Kriterien der Entsorgungsfach-betriebsverordnung durch die TÜV Umwelt Cert GmbH. Das Zertifikat zum Entsorgungsfachbetrieb wurde erneut erteilt.

Die gem. Bundesimmissionsschutzgesetz zu messenden Schadstoff- und Verbrennungsbedingungen liegen vor und werden wie durch den Genehmigungsbescheid gefordert, veröffentlicht und dem staatl. Umweltamt vorgelegt.

Des Weiteren erfolgte im Berichtsjahr die erneute Zertifizierung für die Standorte Klingelholl 80-84 sowie Deutscher Ring (Autorecycling) zum Entsorgungsfachbetrieb durch Lloyds Quality Assurance GmbH bzw. CER QMS Qualifizierungsstelle.

2.8 Wichtige Vorgänge

Im Zuge der weltweiten Finanzkrise ist die AIG, der sogenannte Garantiegeber der US-Lease-Transaktion, in 2008 im Rating herabgestuft worden. Gem. den Vorgaben der vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit der US-Lease-Transaktion wurde im Mai 2009 der vertragsgemäßen Zustand durch eine zusätzliche Bürgschaft der KfW- und NRW Bank wieder hergestellt. Diese Bürgschaft war ursprünglich auf zwei Jahre befristet. Im Mai 2011 wurde die Option einer 3-jährigen Verlängerung –bis Mai 2014– ausgeübt.

3. Darstellung der Lagen

(hier nicht wiedergegeben, siehe wirtschaftliche Unternehmensdaten aus Beteiligungsbericht)

4. Hinweise auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Entsprechend dem aufgestellten Risikokatalog ergeben sich folgende wesentliche Risiken für das Unternehmen.

4.1 US-Lease-Service-Contract-Finanzierung

Die Gesellschaft hat am 6./7.12.1999 mit einem US-Trust eine U.S.-Lease-Service-Contract-Finanzierung abgeschlossen. Die Verträge sehen im Falle einer Vertragsverletzung durch die AWG eine Auflösung der Verträge sowie eine dadurch resultierende Entschädigungsleistung vor. Diese ist abhängig vom Zeitpunkt der Vertragsauflösung, den dann bestehenden Zinssätzen und Dollarkursen und kann bis zum mehrfachen des aus diesem Geschäft seinerzeit erzielten Barwertvorteils betragen.

Wegen der, aus evtl. auftretenden Vertragsstörungen entstehenden Risiken, wurde als Vorsorge ein Risikomanagementsystems eingeführt. Dieses System liegt im Verantwortungsbereich der Geschäftsführung und wurde in Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern der AWG, den Arrangeuren des US-Lease-Transaktion und den Rechtsberatern der AWG erstellt. Entsprechend den Vorgaben dieses Managementsystems hat eine regelmäßige Berichterstattung durch die Geschäftsführung an den Aufsichtsrat und die Gesellschafter zu erfolgen. Zur weiteren Reduzierung eventueller Risiken wurde in 2005 ein Betreuungsvertrag abgeschlossen.

Zu der aktuellen Entwicklung verweisen wir auf TZ 2.8. dieses Lageberichts.

4.2 EKOCity

Durch den Abschluss der Pacht- und Betriebsführungsverträge im Jahr 2003 wurde die Auslastung der Verbrennungsanlage und damit eine kostendeckende Erlössituation und ein entsprechender Unternehmensertrag langfristig gesichert.

5. Vorgänge nach Schluss des Geschäftsjahres (§ 289 HGB)

Die AWG hat zum 01.01.2012 die bisher von der SVW GmbH betriebene Schlackeaufbereitungsanlage die sich auf dem Unternehmensgelände befindet übernommen.

Mit dem Betrieb der Anlage wurde die WWV Wertstoffverwertung Wuppertal GmbH (100% Tochterunternehmen) beauftragt und die Anlage verpachtet.

6. Voraussichtliche Entwicklung

Hierzu verweisen wir auf die Ausführungen unter Punkt 4.2. Es werden für den mittel- und langfristigen Prognosezeitraum keine wesentlichen Risiken oder Chancen gesehen. Aufgrund der abgeschlossenen Verträge und den nicht linear anfallenden Instandhaltungskosten werden für die folgenden Jahre leicht reduzierte Umsatzerlöse und reduzierte Jahresergebnisse erwartet.

Zu Beginn des Geschäftsjahres wurden die Aufträge zum Neubau einer Verbrennungskesseleinheit mit einem Gesamtvolumen von rd. 25 Mill. Euro vergeben. Die Inbetriebnahme ist für Anfang 2014 vorgesehen.

Wuppertal, im Februar 2012

Die Geschäftsführung

3.15 RWE Aktiengesellschaft

Allgemeine Unternehmensdaten

RWE Aktiengesellschaft
 Opernplatz 1
 45128 Essen
 Tel. 0201 / 1200

Gründungsjahr: 1898

Beteiligungsverhältnisse

Gezeichnetes Kapital (Grundkapital)						
	Gesamt			Stadt Remscheid		
	Stück in Tsd.	Betrag in Mio. €	in %	Stück	Betrag in €	%
Stammaktien	575.745	1.474	93,7	180.980	278.988,80	0,031
Vorzugsaktien	39.000	100	6,3	0	0	
Summe	614.745	1.574	100	180.980	278.988,80	0,029

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

121 wesentliche Beteiligungen im In- und Ausland in den Bereichen Energie, Bergbau und Rohstoffe, Mineralöl und Chemie, Wasser und Entsorgung.

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Die Gesellschaft leitet eine Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

- Beschaffung und Erzeugung von sowie Versorgung und Handel mit Energie und Energieträgern einschließlich des Baus, des Betriebs und der sonstigen Nutzung von Transportsystemen für Energie und Energieträger;
- Umweltdienstleistungen und -technik einschließlich der Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser;
- Aufsuchung, Gewinnung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen sowie von chemischen und petrochemischen Erzeugnissen;
- Elektro-, Gebäude- und Kommunikationstechnik, Elektronik, sonstiger Maschinen-, Anlagen- und Gerätebau sowie Erbringung von Ingenieurleistungen;
- Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Bauten aller Art sowie Erbringung von Gebäudeleistungen;
- Telekommunikation, Datenübertragung sowie Dienstleistungserbringung und Handel auf elektronischem Wege;
- Immobilienwirtschaft;
- Handel, Logistik, Transport und Erbringung weiterer Dienstleistungen insbesondere auf den vorbezeichneten Geschäftsfeldern.

Organe der Gesellschaft

- Vorstand
- Aufsichtsrat
- Ausschüsse des Aufsichtsrats
- Wirtschaftsbeirat
- Hauptversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2009	2010	2011
	€	€	€
Dividendenausschüttung - netto -	361.064,37	280.827,84	280.827,84
Steuerguthaben aus Einlage in den BgA Beadeanstalten Erstattung	129.345,63	100.602,16	100.602,16

4.1 EWR GmbH, Remscheid (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

EWR GmbH
Neuenkamper Str. 81-87
42855 Remscheid
Tel. 02191 / 16-40

Gründungsjahr: 2001

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadtwerke Remscheid GmbH	14.000.000,00	80,0
Thüga Aktiengesellschaft	3.500.000,00	20,0
<u>Gesamt</u>	<u>17.500.000,00</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Bergische Trinkwasser-Verbund-GmbH	22.000,00	22,0
Green Gecco Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG	*1) 6.838.490,88	5,3
*1)Kapitalanteil		

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die sichere, preiswürdige und umweltschonende Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser, Wärme und Telekommunikation sowie die Erbringung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit diesen Geschäftsfeldern. Die Gesellschaft kann weitere Aufgaben der Ver- und Entsorgung übernehmen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten und ferner Unternehmens- und Interessengemeinschafts- sowie sonstige Kooperationsverträge – auch außerhalb des Versorgungsbereichs – abschließen.

Die Gesellschaft soll innerhalb ihres Unternehmensgegenstandes neue Geschäftsfelder entwickeln und Dienstleistungen anbieten und durch sie eine wirtschaftlich vertretbare Vermeidung unnötigen Energie-, Material- und Stoffverbrauchs sowie die Verminderung umweltschädigender Emissionen erreichen, um so einen Beitrag zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu leisten.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung:

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Manfred Schwick, Vorsitzender

Hans-Peter Meinecke, 1. stellv. Vorsitzender Ratsmitglied

Lothar Weischet, 2. stellv. Vorsitzender

Dr. Anton Binder

Thomas Blicke

Helmut Börsch

Katja von Doren

Susanne Fiedler

Dr. Gerhard Holtmeier

Karl-Heinz Humpert Ratsmitglied

Andreas Karthaus

Gabriele Schoffhauser

Achim Südmeier

Beate Wilding Oberbürgermeisterin

Hans-Herbert Wilke Ratsmitglied

Gesellschafterversammlung**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2009	2010	2011
	€	€	€
Konzessionsabgabe	7.877.850,42	7.517.352,70	7.864.604,32

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2009	2010	2011
Mitarbeiter/-innen	261	269	267

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Betriebsbereich	Leistung	2009	in %	2010	in %	2011	in %
Stromversorgung	Stromabsatz Mio.kWh	462,8	-11,5	635,7	37,4	642,2	1,0
	Umsatz T€	63.513	-4,9	73.131	15,1	76.218	4,2
Gasversorgung	Gasabsatz Mio. kWh	1.022	-10,6	1.204	17,9	1.032	-14,3
	Umsatz T€	51.317	-9,4	49.019	-4,5	42.735	-12,8
Wasserversorgung	Wasserabsatz Mio. cbm	6,6	-1,5	6,9	4,5	6,3	-8,7
	Umsatz T€	15.702	-2,5	16.321	3,9	15.475	-5,2
Wärmeversorgung	Wärmeabsatz Mio. kWh	44,4	6,2	49,2	10,8	44,1	-10,4
	Umsatz T€	4.166	6,5	4.122	-1,1	3.830	-7,1
	Gesamtumsatz T€	134.698	-6,1	142.593	5,9	138.258	-3,0

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

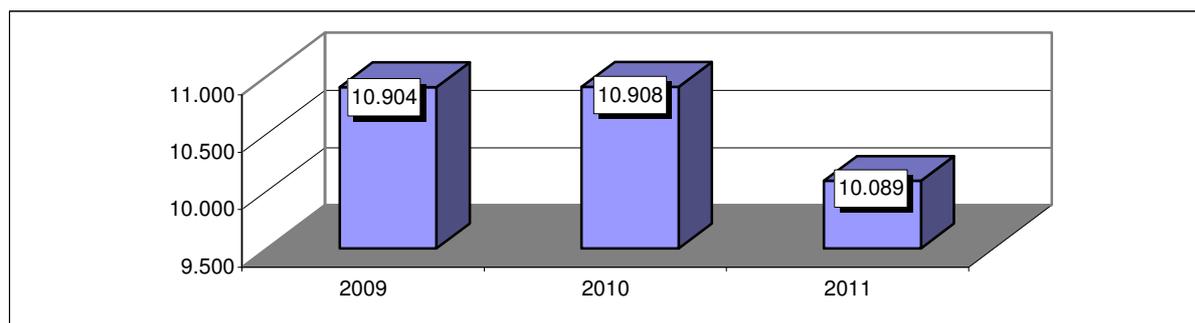
Jahr	2009		2010		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.241	0,88	1.137	0,82	943	0,68
Sachanlagen	68.499	48,79	66.850	48,35	66.796	48,46
Finanzanlagen	28.754	20,48	29.991	21,69	31.616	22,94
Anlagevermögen	98.494	70,16	97.978	70,87	99.355	72,08
Vorräte	1.340	0,95	1.355	0,98	1.364	0,99
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	20.828	14,84	28.500	20,61	24.915	18,08
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	18.687	13,31	9.394	6,79	11.309	8,20
Umlaufvermögen	40.855	29,10	39.249	28,39	37.588	27,27
Rechnungsabgrenzungsposten	1.038	0,74	1.030	0,74	894	0,65
Aktiva	140.387	100,00	138.257	100,00	137.837	100,00
Gezeichnetes Kapital	17.500	12,47	17.500	12,66	17.500	12,70
Kapitalrücklage	66.316	47,24	66.316	47,97	66.316	48,11
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Bilanzgewinn	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	83.816	59,70	83.816	60,62	83.816	60,81
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	6.195	4,41	5.653	4,09	5.700	4,14
Rückstellungen	9.920	7,07	12.484	9,03	15.057	10,92
Verbindlichkeiten	40.456	28,82	36.304	26,26	33.264	24,13
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	140.387	100,00	138.257	100,00	137.837	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr	2009	2010	2011
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	146.606	137.854	134.912
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	-22	23	-25
Andere aktivierte Eigenleistungen	331	350	487
Sonstige betriebliche Erträge	23.443	7.033	6.543
Erträge aus Gewinnabführung	0	0	0
Erträge aus Beteiligungen/verb. Unternehmen	2	4	2
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	215	730	933
Erträge	170.575	145.994	142.852
Materialaufwand	119.904	93.702	90.063
Personalaufwand	15.386	15.977	16.531
Abschreibungen	6.885	6.615	6.485
Sonstige betriebliche Aufwendungen	14.406	16.871	15.630
Aufwendungen aus Verlustübernahme	950	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	904	896	1.177
Aufwendungen	158.435	134.061	129.886
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	12.140	11.933	12.966
Außerordentliche Aufwendungen	0	-154	0
Sonstige Steuern	-1.236	-871	1.169
Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter	0	0	-1.708
Gewinnabführung an Organträger	-10.904	-10.908	-10.089
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse bzw. Höhe der Gewinnabführung

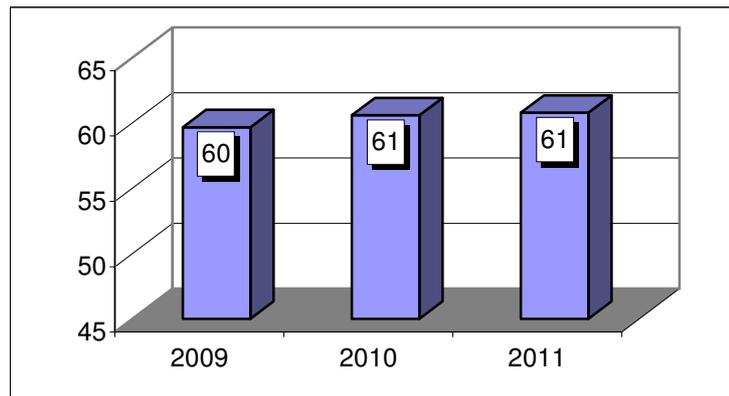
Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Gewinnabführung	10.904	10.908	10.089



Kennzahlen

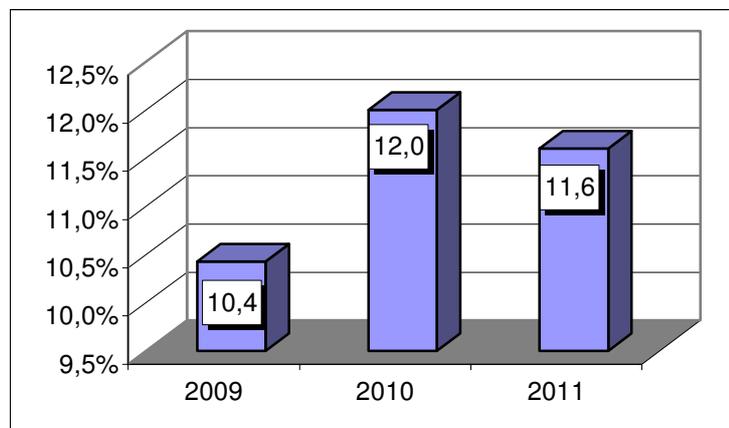
Eigenkapitalquote

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	83.816	83.816	83.816
Bilanzsumme	140.387	138.257	137.837
% EK	60	61	61



Cash-Flow

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Erg.v.Gewinnabf.	10.904	10.908	10.089
Abschreibungen	6.885	6.615	6.485
	17.789	17.523	16.574
Gesamterträge	170.575	145.994	142.852
Cash-Flow	10,4%	12,0%	11,6%



Lagebericht der EWR GmbH für das Geschäftsjahr 2011

Allgemeines

Die Zuversicht der bergischen Unternehmen zu Beginn des Jahres 2011 hat sich bestätigt: Die wirtschaftliche Lage verbesserte sich im Verlauf des Jahres nachhaltig. Während Remscheid zu Beginn des Jahres erkennbar hinterherhinkte, zeigen die Konjunkturumfragewerte der IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid zum Jahresanfang 2012 ein neues Bild. Remscheid konnte im bergischen Vergleich der Geschäftslageindexwerte die Nachbarstädte Wuppertal und Solingen überflügeln.

Der Arbeitsmarkt in der Region erfuhr im Berichtsjahr ebenfalls eine weitere Stabilisierung. Im IHK-Bezirk sank die Arbeitslosenquote zum Jahresende 2011 gegenüber Dezember 2010 von 9,8 % auf 9,4 %, in Remscheid sogar deutlich von 9,3 % auf 8,1%.

Der sich selbst tragende stabile Aufschwung strahlt ebenfalls auf die Energieversorgungsbranche und damit auf die EWR aus. Allerdings konnte auf der Gasseite der Absatz nicht an den Rekordwert des Jahres 2010 heranreichen, der insbesondere durch die extrem kalten Wintermonate geprägt war. Insgesamt hat sich der Wettbewerbsdruck intensiviert.

Der nach der Gemeindeordnung NW geforderten Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung sind wir nachgekommen. Den im Gesellschaftszweck der EWR formulierten Zielen, eine sichere, preiswürdige und umweltschonende Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser, Wärme sowie Dienstleistungen im Zusammenhang mit diesen Geschäftsfeldern, haben wir voll entsprochen.

Gemäß § 6b Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) gehen wir im Lagebericht auf die Tätigkeiten der Elektrizitätsverteilung und Gasverteilung ein. Bei der EWR umfassen diese Tätigkeiten den Betrieb der Elektrizitäts- und Gasverteilernetze. Die EWR unterliegt hierbei der Regulierung durch das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen.

Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft (Vermögens-, Finanz- und Ertragslage)

Die weitere Erholung der heimischen Wirtschaft von den Folgen der Weltwirtschaftskrise spiegelt sich nicht auf den ersten Blick in der Absatzbilanz der EWR wider. Insbesondere die deutlich milderen Temperaturen des Jahres 2011 bewirkten einen spürbar geringeren Gasverbrauch. Die gesamten Außenerlöse der Gesellschaft sanken gegenüber dem Vorjahr von 137,9 Mio. € auf 134,9 Mio. € (- 2,2 %). Im Energiebereich und bei den Wasserlieferungen - einschließlich Innenumsätze und berechnete Netzverluste - sanken die Erlöse von 142,6 Mio. € um ca. 3,0 % auf 138,2 Mio. €. Der Umsatzzuwachs in der Sparte Strom -insgesamt ca. 3,0 Mio. € oder 4,1 %- beruht auf Mengen- und Preiseffekten. Die Erlösentwicklung im Segment der Gasversorgung -gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 12,8 %- ist weitestgehend das Spiegelbild der Absatzentwicklung. Die Erlöse in der Wasserversorgung (- 5,2 %) berücksichtigen notwendige Umsatzkorrekturen für das Jahr 2010, die aus dem Abgleich hochgerechneter und fakturierter Wassermengen resultieren. In der Wärmeversorgung verzeichnen wir ebenfalls als Folge der milderen Witterung einen Umsatzrückgang – etwa 7,1 %.

In der **Stromsparte** konnte der Energievertrieb im Stromnetz der EWR sowie in fremden Netzgebieten insgesamt 468,7 kWh absetzen, was gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 1,5 % bedeutet. Die Netzwirtschaft der EWR steigerte aufgrund stabiler Konjunkturverhältnisse den Vertriebsabsatz im Berichtsjahr um rund 6,6 Mio. kWh oder 1,0 % auf 642,2 Mio. kWh.

In der **Gasversorgung** konnten die Rekordwerte des Vorjahres trotz freundlicher wirtschaftlicher Rahmenbedingungen nicht erreicht werden. Die deutlich mildere Winterperiode bescherte insbesondere im Segment der Privat- und Gewerbekunden Absatzeinbußen. Der Energievertrieb der EWR lieferte mit knapp 976 Mio. kWh gegenüber 2010 rund 182 Mio. kWh oder 15,7 % weniger Erdgas. Die Netzwirtschaft leitete insgesamt mit 1.031,6 Mio. kWh etwa 14,3 % geringere Gasmengen durch das Verteilernetz der Gesellschaft.

Der im letzten Geschäftsjahr vermeintlich durchbrochene stetige Abwärtstrend in der **Wasserversorgung** trügte: Unter anderem erforderten größere Leckagen im Rohrnetz eine Korrektur der hochgerechneten und umsatzrelevanten Wassermengen des Vor- und Berichtsjahres. Mit ca. 6,3 Mio. m³ fällt der Wasserabsatz im abgeschlossenen Geschäftsjahr um mehr als 8 % geringer aus. Die **Wärmeversorgung** weist wie die Gasversorgung ebenfalls witterungsbedingt einen Rückgang auf. Hier sank der Absatz auf 44,1 Mio. kWh oder um 10,3 %.

Die nachfolgende Tabelle fasst noch einmal den Absatz- und Umsatzbereich der Energie und Wasserversorgung zusammen:

		Absatz *)	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Erlöse *) Mio. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Stromversorgung	Mio. kWh	642,2	+ 1,0	76,2	+ 4,1
Gasversorgung	Mio. kWh	1.031,6	./. 14,3	42,7	./. 12,8
Wärmeversorgung	Mio. kWh	44,1	./. 10,3	3,8	./. 7,1
Wasserversorgung	Mio. m ³	6,3	./. 8,0	15,5	./. 5,2
Gesamt				138,2	./. 3,0

*) einschl. Durchleitung Strom und Gas, Eigenverbrauch, ohne Nebengeschäfte und Auflösung BKZ

Das Jahresergebnis der EWR schließt vor Gewinnabführung über alle Sparten und nach Abzug der Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin Thüga AG sowie der Ertragsteuern mit einem Gewinn in Höhe von 10,1 Mio. € ab. Gegenüber dem Vorjahr ein augenscheinlich um 0,8 Mio. € geringeres Ergebnis. Allerdings wird aufgrund des neu geschlossenen Gewinnabführungsvertrages der Gewinnanteil der Thüga AG direkt von der EWR abgeführt. Um diesen Effekt bereinigt konnte die Gesellschaft das Ergebnis gegenüber 2010 sogar um 0,9 Mio. € verbessern. Hinsichtlich der Vermögens- und Finanzlage ist festzustellen, dass sich bei einer fast konstanten Bilanzsumme die Eigenkapitalquote leicht verbessert hat.

Die Konzessionsabgabe -abgeleitet von den in der Netzwirtschaft durchgeleiteten Absatzmengen für Strom und Gas sowie den Wassererlösen- wurde wieder preis- und steuerrechtlich vollständig erwirtschaftet und liegt mit etwa 7,4 Mio. € um 0,4 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Auf der Basis des ab 2011 gültigen Ergebnisabführungsvertrages wird der nach Abzug der Ausgleichszahlung an die Minderheitsgesellschafterin Thüga Aktiengesellschaft, München, verbleibende Jahresgewinn von 10,1 Mio. € an die Muttergesellschaft Stadtwerke Remscheid GmbH abgeführt.

Beschaffung

Die Entwicklung der Bezugskosten für Strom und Gas fiel unterschiedlich aus. Die absoluten Strombeschaffungskosten stiegen um ca. 6,7 %. Die Gasbezugskosten hingegen sanken im Vergleich zu 2010 aufgrund der witterungsbedingten geringeren Bezugsmengen um mehr als 15 %. Einschließlich des Materialverbrauchs, der Brenn- und Treibstoffe und der bezogenen Lieferungen und Leistungen beansprucht der gesamte Materialaufwand in 2011 eine Größenordnung von 90,1 Mio. €. Im Vergleich mit dem Vorjahr fällt diese Aufwandsposition um 3,6 Mio. € niedriger aus.

Personalbereich

Zum 31.12.2011 beschäftigte die EWR 267 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit 2 Belegschaftsmitglieder weniger als zum gleichen Stichtag des Vorjahres. Die Zahl der kostenrelevanten Vollzeitkräfte hat sich zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr ebenfalls verringert und zwar von 249 Personen auf 248 Personen. Zum Jahresende befanden sich wie im Vorjahr 15 junge Menschen in einem Ausbildungsverhältnis. Das entspricht -auf die Belegschaftszahl zum 31.12. ohne Auszubildende bezogen- einer Ausbildungsquote von etwa 6 %.

Die Personalkosten nehmen traditionell den zweiten Platz im Aufwandsbereich der Ergebnisrechnung ein. Auf diese Kostengröße entfielen 16,5 Mio. € und damit etwa um 0,5 Mio. € höhere Aufwendungen als im Jahr 2010. Als Folge gesunkener Umsatzerlöse ergibt sich ein Personalaufwand in Höhe von 11,7 % (Vorjahr 11,2 %) der betrieblichen Erträge.

Umwelt-, Arbeitsschutz und Qualitätsmanagement

Die EWR hat das Thema Umweltschutz schon vor vielen Jahren zum festen Bestandteil der Unternehmenspolitik gemacht. Das Unternehmen verfügt über ein Umweltmanagementsystem, das den Anforderungen des internationalen Standards DIN EN ISO 14.001 genügt. Das Überwachungsaudit zum Erhalt der Zertifizierung konnte im November 2011 erfolgreich absolviert werden.

Nach 2004 hat sich die EWR im Berichtsjahr dem erneuten Zertifizierungsverfahren zum Technischen Sicherheitsmanagement (TSM) des Dachverbandes Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) gestellt. Neben den Sparten Gas und Wasser wurde erstmals die Stromversorgung einbezogen. Die umfangreiche Auditierung verlief erfolgreich und die unabhängigen Gutachter stellten der Gesellschaft ein sehr gutes Zeugnis aus. Das TSM-Zertifikat ist bis 2016 gültig. Die Erfüllung der Aufgaben im Kerngeschäft der Strom-, Gas- und Wasserversorgung ist nicht eine Momentaufnahme, sondern ein gelebter, stetiger Prozess mit regelmäßigen internen Überprüfungen.

Arbeitsschutz ist ein stets im Focus der Managementaufgaben stehendes Thema. Die Anzahl der Arbeitsunfälle hat sich von 14 im Vorjahr auf aktuell 11 -davon 3 meldepflichtig- verringert. Die durch meldepflichtige Unfälle verursachten Fehltag sanken von 148 auf 59 Tage.

Risiken und Chancen

Das zentrale Risikofrüherkennungssystem ist integraler Bestandteil unserer Managementsysteme und wird von der EWR aus konzernweit eingesetzt. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Dem Aufsichtsrat wird im gleichen Rhythmus ein Sachstandsbericht des Risikomanagements gegeben. Das Risikofrüherkennungssystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert. Zum Jahresende sind im Konzern fünf Risiken - davon vier die EWR betreffend - identifiziert. Eins dieser Risiken - Wasserpreisabsenkung- wird in der Prioritätenklasse B, die anderen drei in der Prioritätsklasse C geführt, die im Hinblick auf Eintrittswahrscheinlichkeit und potenzielle Schadenhöhe die geringste Bedeutung hat. Hierunter fallen die netzseitig erwirtschafteten Mehrerlöse, die nach dem Willen der Landesregulierungsbehörde abgeschöpft werden sollen sowie das mit dem SANA-Klinikum, Remscheid, vereinbarte Schiedsverfahren über

die Auslegung der Endschaftsklausel bezüglich der Wärmeversorgungsanlage. Für beide Risiken wurden angemessene Rückstellungen gebildet. Die EWR hat keine Finanzmarktgeschäfte getätigt, insoweit drohen der Gesellschaft aus diesem Segment keine Risiken. Andere Risiken haben wir angemessen in Form von Rückstellungsdotierungen berücksichtigt.

Das Chancenpotential im Thüga-Netzwerk wird von der EWR beispielsweise in den Bereichen Beschaffung, Vertrieb und Technik breit genutzt. Die angestrebte Beteiligung an der Thüga Erneuerbare Energiengesellschaft (THEE) konnte im Herbst 2011 erfolgreich umgesetzt werden. Damit haben wir neben dem bestehenden Engagement bei GREEN GECCO ein weiteres Standbein im Segment der überregionalen regenerativen Energieerzeugung geschaffen. Darüber hinaus arbeiten wir mit benachbarten Stadtwerken zusammen, um gemeinsam Windkraftanlagen im Rheinisch-Bergischen Land zu entwickeln und zu erstellen.

Investitionen und Finanzierung

Im Jahr 2011 wurden rund 8,0 Mio. € in immaterielle Vermögensgegenstände und Sach- sowie Finanzanlagen investiert und damit im Vergleich zum Vorjahr insgesamt gut 2,5 Mio. € mehr Finanzmittel für Investitionen eingesetzt. Gegenüber unserer revidierten Wirtschaftsplanung blieb das Investitionsvolumen über alle Sparten jedoch zurück, und zwar um 1,5 Mio. €.

Von den verausgabten Investitionen für immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen entfielen gut 36 % auf die Stromversorgung, knapp 24 % auf die Gasversorgung, ca. 8 % flossen in die Wasserversorgung und rund 6 % wurden im Geschäftsfeld „Wärmeversorgung/Contracting“ investiert. Auf die gemeinsamen und zentralen Bereiche entfielen annähernd 26 % der Finanzmittel. In Finanzanlagen wurden etwa 1,6 Mio. € investiert. Zur vollständigen Finanzierung der Investitionen konnte auf die vorhandene Liquidität zurückgegriffen werden.

Ausblick

Die Industrie- und Handelskammer attestiert für die bergischen Unternehmen zum Jahreswechsel nach 2012 eine weiterhin erfreulich gute Wirtschaftslage. Der sich selbst tragende und stabile Aufschwung hat einen neuen Höhepunkt erreicht.

Der Gas- und Wärmeabsatz kann sich in den ersten zwei Monaten des neuen Geschäftsjahres gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres gut behaupten und weist Zuwächse auch gegenüber unserer Wirtschaftsplanung auf. Auch im Strombereich bewegen wir uns über dem Niveau des vergangenen Jahres. Der Wasserabsatz folgt dem Trend der vergangenen Jahre und erreicht nicht den Stand der ersten zwei Monate des Vorjahres. Insgesamt gesehen können die ersten Ergebnisse des Jahres 2012 noch keinen hinreichenden Aufschluss über den weiteren Verlauf des neuen Geschäftsjahres geben.

Wir werden unseren eingeschlagenen Weg in Richtung eines regionalen Energieeffizienz und Energiedienstleistungsunternehmens weiter fortsetzen. Unseren nachhaltigen Einstieg in das Geschäftsfeld der regenerativen Energieerzeugung bauen wir weiter aus. Die Beteiligungen an GREEN GECCO und THEE werden intensiviert. Verschiedene Onshore-Windparks wurden von diesen Gesellschaften bereits erworben und ans Netz gebracht, weitere folgen im neuen

Geschäftsjahr. Darüber hinaus untersuchen wir sehr intensiv einen Standort für eine Windkraftanlage in Remscheid.

Das Investitions- und Instandhaltungsprogramm 2012 und Folgejahre wird sich in der Strom und Gasversorgung uneingeschränkt an den finanziellen Spielräumen orientieren, die von den Regulierungsbehörden vorgegeben werden. Derzeit rechnen wir im nunmehr laufenden Geschäftsjahr mit einem Investitionsvolumen von 13,6 Mio. €, das rund 6 Mio. € für geplante Projekte innerhalb von GREEN GECCO und der THEE vorsieht. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Maßnahmen innerhalb unseres Strom- und Gasversorgungsnetzes sowie im Geschäftsfeld „Wärmeversorgung/Contracting“.

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist gesichert. Zur Bewältigung des Investitionsprogramms werden voraussichtlich keine Fremdmittel benötigt. Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag lagen nicht vor.

Für 2012 streben wir nach Ausgleichszahlung an den außenstehenden Gesellschafter und vor Gewinnabführung an die Muttergesellschaft gemäß der genehmigten Wirtschaftsplanung ein Jahresergebnis von rund 9,8 Mio. € an. Damit bewegen wir uns nur knapp unterhalb der guten Ergebnissituation des Berichtsjahres. Trotz zunehmender regulativer Anforderungen und wettbewerbswirtschaftlicher Rahmenbedingungen sehen wir aufgrund eingeleiteter Prozessoptimierungsmaßnahmen sowie der Nutzung von Wachstumschancen in den Bereichen „Erneuerbarer Energien“ und „Energievertrieb außerhalb Remscheid“ perspektivisch für 2013 eine annähernd ähnlich gute Ergebnislage.

Remscheid, 30. März 2012

Prof. Dr. Hoffmann
Geschäftsführung

4.2 Park Service Remscheid GmbH, Remscheid (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

Park Service Remscheid GmbH
Neuenkamper Str. 81-87
42855 Remscheid
Tel. 02191 / 16-40

Gründungsjahr: 2000/2004

Am 21.12.2000 wurde die Stadtwerke Remscheid Energie und Wasser GmbH, Remscheid, (kurz: „SREW“) gegründet. Die SREW hatte bis zum 06.07.2004 kein operatives Geschäft. Die SREW übernahm das Parkierungsgeschäft der Städtische Gewerbeimmobilien Remscheid GmbH. Der Gesellschaftsvertrag wurde vollständig neu gefasst. Damit wurden unter anderem die Firma geändert in Park Service Remscheid GmbH und der Gegenstand des Unternehmens neu gefasst.

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadtwerke Remscheid GmbH	100.000,00	100,0

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Keine

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb von Parkierungsanlagen und –einrichtungen in Remscheid sowie die Erbringung von Dienstleistungen in dem genannten Bereich.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Lothar Sill, Vorsitzender	SB
Klaus Mandt, stellvertretender Vorsitzender	RM
Beate Wilding	Oberbürgermeisterin

Gesellschafterversammlung**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2009	2010	2011
	€	€	€
	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2009	2010	2011
Mitarbeiter/-innen	5	5	7

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Umsatzerlöse in T€ aufgeteilt auf:	2009	2010	2011
Kurzparker	633	598	575
Dauerparker	190	203	239
Dienstleistungen	79	96	90
Gesamtumsatz T€	902	897	904

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

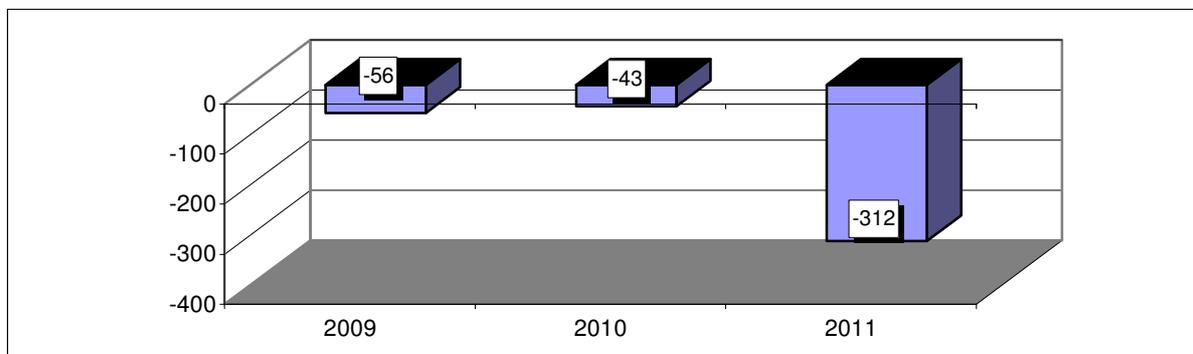
Jahr	2009		2010		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	2	0,05	1	0,03	1	0,03
Sachanlagen	3.866	96,53	3.784	96,73	3.413	89,74
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	3.868	96,58	3.785	96,75	3.414	89,77
Vorräte	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	88	2,20	92	2,35	344	9,05
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	49	1,22	35	0,89	45	1,18
Umlaufvermögen	137	3,42	127	3,25	389	10,23
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aktiva	4.005	100,00	3.912	100,00	3.803	100,00
Gezeichnetes Kapital	100	2,50	100	2,56	100	2,63
Kapitalrücklage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1	-0,02	-1	-0,03	-1	-0,03
Bilanzgewinn	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	99	2,47	99	2,53	99	2,60
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	72	1,80	118	3,02	164	4,32
Verbindlichkeiten	3.834	95,73	3.695	94,45	3.540	93,08
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	4.005	100,00	3.912	100,00	3.803	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr	2009	2010	2011
	T€	T€	T€
GuV-Position			
Umsatzerlöse	902	897	904
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	16	17	14
Erträge aus Gewinnabführung/Verlustübernahme	0	0	0
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	1	1	1
Erträge	919	915	919
Materialaufwand	206	162	160
Personalaufwand	209	279	266
Abschreibungen	100	98	385
Sonstige betriebliche Aufwendungen	297	293	295
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	140	103	102
Aufwendungen	952	935	1.208
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-33	-20	-289
Sonstige Steuern	-23	-23	-23
Gewinnabf. an Organträger/Verlustübernahme	56	43	312
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

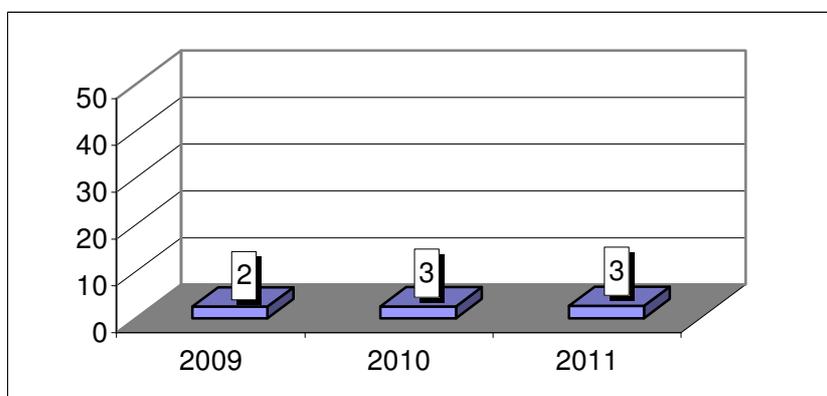
Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Verlustübernahme	-56	-43	-312



Kennzahlen

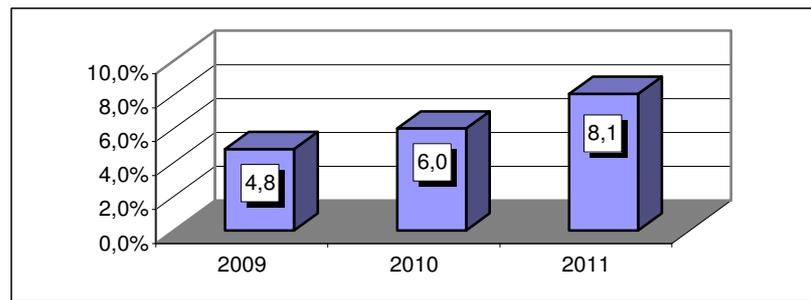
Eigenkapitalquote

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	99	99	99
Bilanzsumme	4.006	3.912	3.803
% EK	2	3	3



Cash-Flow

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Erg.v.Gewinnabf.	-56	-43	-311
Abschreibungen	100	98	385
	44	55	74
Gesamterträge	919	915	919
Cash-Flow	4,8%	6,0%	8,1%



Lagebericht der Park Service Remscheid GmbH für das Geschäftsjahr 2011

Allgemeines

Die Park Service Remscheid GmbH (PSR) ist mittlerweile eine etablierte Gesellschaft im Unternehmensverbund der Stadtwerke Remscheid GmbH. Der Gegenstand der PSR ist unverändert die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb von Parkieranlagen und -einrichtungen in Remscheid sowie die Erbringung von Dienstleistungen in diesem Bereich. Der Gesellschaft obliegen nicht nur der Betrieb eigener Parkierungseinrichtungen, sondern auch die Betriebsführung sowie die Erbringung technischer/administrativer Dienstleistungen von in fremdem Eigentum stehenden Parkierungseinrichtungen.

Die Grundausrichtung des Parkierungsgeschäfts ruht nach wie vor im Wesentlichen auf zwei Säulen: Dem Bargeschäft mit Kurzparkern, das über Kassenautomaten abgewickelt wird und den Mietverhältnissen mit Dauerparkern. Die kaufmännische Betriebsführung für die PSR wird von der Schwestergesellschaft EWR GmbH (EWR) wahrgenommen. Darüber hinaus werden sowohl von der EWR als auch von den Stadtwerken Remscheid diverse technische Dienstleistungen erbracht.

Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Die Kundenresonanz und das damit verbundene Parkverhalten präsentierten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr uneinheitlich. Die Nachwirkungen aus den teilweise extremen Winterverhältnissen zum Jahreswechsel 2010/2011 sorgten erneut für eine belebende Resonanz im Geschäftsfeld der Dauerparker. Im Kurzparkerbereich müssen wir aus unterschiedlichen Gründen eine geringere Inanspruchnahme unserer Parkierungseinrichtungen konstatieren.

Die Erlöse aus allen Parkeinrichtungen und Dienstleistungen erreichten im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Wert von 904 T€, die damit sowohl die korrespondierende Vorjahresgröße um 0,8 % als auch den Planungsansatz um 2,2 % übertreffen. Die Umsätze aus Kurzparkvorgängen -sie nehmen wieder etwa zwei Drittel der Gesamterlöse ein- erleiden nach 2010 erneut einen Rückgang, und zwar um 3,9 % auf rund 575 T€. Bei der Kundengruppe der Dauerparker hält der positive Trend an. In diesem Segment können wir einen spürbaren Umsatzgewinn von 17,8 % gegenüber dem Vorjahr verzeichnen. Die bereits angesprochenen extremen Winterbedingungen aber auch mangelnde bzw. noch nicht

ausreichende wirtschaftliche Impulse zur Belebung der Remscheider Innenstadt zeichnen insgesamt für die stagnierende Umsatzentwicklung im Kurzparkergeschäft verantwortlich.

Von den insgesamt 1.545 verfügbaren Stellplätzen werden zum Bilanzstichtag mehr als 580 (i. Vj. ca. 480) von Dauerparkern in Anspruch genommen.

Seit Übernahme der städtischen Parkhauseinrichtungen weist das Parkhaus am Markt wegen infrastruktureller Schwächen im Umfeld trotz aller Anstrengungen nennenswerte Verluste aus. Die Prognoserechnung für die nächsten Jahre geht eher noch von einer Verschärfung der Situation aus. In Verbindung mit der Einschätzung zur Bausubstanz des Parkhauses haben wir uns dazu entschlossen, den Restbuchwert des Gebäudes zum Bilanzstichtag auf Null abzuschreiben. Das Jahresergebnis der Gesellschaft von -312 T€ ist mit 293 T€ Sonderabschreibung belastet. Aus dem operativen Geschäft erwirtschaftete die PSR ein Ergebnis von -19 T€. Dieses fällt gegenüber dem Vorjahr um 24 T€ und gegenüber unserer Wirtschaftsplanung um 11 T€ besser aus.

Zwischen den Stadtwerken Remscheid GmbH (Muttergesellschaft) und der 100 %igen Tochtergesellschaft Park Service Remscheid GmbH besteht ein zum 01. Januar 2011 angepasster Ergebnisabführungsvertrag (EAV). Der Jahresfehlbetrag 2011 in Höhe von ca. -312 T€ wird von den Stadtwerken Remscheid übernommen, das Ergebnis der Gesellschaft schließt entsprechend mit Null ab.

Um Finanzierungsspitzen auszugleichen, verfügt die Gesellschaft über einen von der Stadtwerke Remscheid GmbH eingeräumten Darlehensrahmen von 3.500 T€. Zum Bilanzstichtag ist der Darlehensrahmen mit 1.440 T€ (i. Vj. 1.410 T€) in Anspruch genommen. Die übrigen langfristigen Darlehen wurden planmäßig getilgt und belaufen sich auf ein Restvolumen von weniger als 2,1 Mio. €.

Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft ist mit 100 T€ vergleichsweise gering, wobei auf den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag mit den Stadtwerken Remscheid hinzuweisen ist. Die Eigenkapitalquote, also der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme, bewegt sich mit 2,6 % in etwa auf Vorjahresniveau.

Personalbereich

Die Park Service Remscheid GmbH kommt nach wie vor mit einer schlanken Personalstruktur aus. Der Personalaufwand nimmt mit 266 T€ (279 T€ i. Vj.) ca. 29 % der betrieblichen Erträge in Anspruch. Zu erwähnen ist, dass die im Vorjahr erstmals gebildete Rückstellung für die mittelbaren Pensionsverpflichtungen aus der Unterdeckung der Zusatzversorgungskasse um 8 T€ aufgestockt, sowie eine Rückstellung für Altersteilzeit in Höhe von rund 41 T€ gebildet wurde. Zum Bilanzstichtag beschäftigt die Gesellschaft 7 (i. Vj. 5) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Vergütung richtet sich nach den tarifvertraglichen Regelungen des BAT/BMT-G bzw. TV-V. Diese gelten auch für die Altersversorgung. Auch im Berichtsjahr fanden wieder zwei Mitarbeiter-Workshops statt. Im Vordergrund standen die gezielte Kundenbindung unter dem Motto „Parken & Sparen“ sowie ein neues Beschilderungskonzept für die Parkierungseinrichtungen. Grundsätzlich gilt es, Ideen und die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Wohle der PSR zu fördern. Die Arbeitssicherheit nimmt in der PSR -wie in der gesamten Unternehmensgruppe der Stadtwerke Remscheid- einen hohen Stellenwert ein. In der Gesellschaft ereignete sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder kein Arbeitsunfall.

Umweltschutz

Der hohe Umweltschutz-Standard der Stadtwerke Remscheid -diese sind seit vielen Jahren ISO 14.001 zertifiziert- wird über die konzernweit aktive Stabsstelle für Umwelt-, Qualitäts-, Arbeitsschutz- und Risikomanagement aufrechterhalten. Das Überwachungsaudit zum Erhalt der Zertifizierung konnte im November 2011 erfolgreich absolviert werden. Soweit sinnvoll und angemessen, wird die PSR in dem zentralen Managementsystem berücksichtigt. Erhöhten Umweltrisiken ist die Park Service Remscheid GmbH nicht ausgesetzt.

Rentabilität

Der Jahresfehlbetrag in 2011 fällt gegenüber dem Vorjahr und im Vergleich zu unserer ursprünglichen Prognoserechnung aufgrund der erwähnten Sonderabschreibung deutlich höher aus. Allerdings konnte aus dem operativen Geschäft der Gesellschaft eine spürbare Ergebnisverbesserung erzielt werden. Der negative Trend bei den Kurzparkern setzte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr fort. Bei den Dauerparkern sorgte im Wesentlichen mangelnder Parkraum im oberirdischen Straßenraum als Folge der Wintereinflüsse 2010/2011 und die Sorge vor ähnlichen Verhältnissen zum Jahresende 2011 für einen Umsatz- und damit Ergebniszuwachs. Nach wie vor wirken sich infrastrukturelle Probleme im direkten Umfeld zweier Parkeinrichtungen negativ auf die Erlösentwicklung und damit unmittelbar auf die Ergebnislage aus. Auch in den nächsten Jahren erwarten wir noch Verluste - allerdings mit abnehmender Tendenz. Der Verlust wird von der Muttergesellschaft aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages ausgeglichen.

Risiken und Chancen

Die Park Service Remscheid GmbH ist -wie auch die anderen Schwestergesellschaften- in das zentrale Risikomanagementsystem der Stadtwerke Remscheid GmbH eingebunden. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Dem Aufsichtsrat wird im gleichen Rhythmus hierüber ein Sachstandsbericht abgegeben. Bestandsgefährdende Risiken liegen in der Gesellschaft nicht vor. Die PSR hat keine Finanzmarktgeschäfte getätigt, insoweit drohen der Gesellschaft auch aus diesem Segment keine Risiken. Konkrete Risiken haben wir angemessen in Form von Rückstellungsdotierungen berücksichtigt.

Um sicherzustellen, dass der von den Stadtwerken Remscheid vorzunehmende und damit von der Stadt Remscheid getragene jährliche Verlustausgleich im Einklang mit dem EU-Beihilferecht steht, hat der Rat der Stadt Remscheid in seiner Sitzung im Dezember 2011 die PSR mit der Durchführung gemeinwirtschaftlicher Leistungen betraut. Dieser Betrauungsakt ist im Januar 2012 durch entsprechende Gesellschafterbeschlüsse umgesetzt worden und stellt sicher, dass Rückgewährungsverpflichtungen sowie steuerliche Nachteile vermieden werden.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden wieder Maßnahmen umgesetzt, die uns Chancen eröffnen, die Parkhausfrequenzierung und damit die Einnahmen der PSR zu steigern bzw. durch günstigere Kostenstrukturen die Ertragslage zu stärken. So haben wir in Kooperation mit der EWR GmbH im Februar 2011 eine öffentliche Elektrotankstelle in unserer Tiefgarage am Rathaus eingerichtet. Neben dem Umweltschutz leisten wir einen Beitrag zur Unterstützung der Elektromobilität und damit auch zur Kundenwerbung und -bindung. Als wichtiger Partner des Einzelhandels ist die PSR auch regelmäßig im Marketingrat der Innenstadt präsent.

Ausblick

Nach Maßgabe der zum Jahresende 2011 aufgestellten mittelfristigen Wirtschaftsplanung erwarten wir für die Jahre 2012 bis 2015 -vor Ergebnisabführung- kontinuierlich sinkende Jahresdefizite. Im kommenden Jahr wollen wir gezielt mit dem Marketingrat der Innenstadt das Konzept „Parken & Sparen“ weiter forcieren, um bei der Kundengruppe der Kurzparker zumindest eine Stabilisierung der Nutzung unserer Parkeinrichtungen zu erreichen. In der Wirtschaftsplanung haben wir ab Oktober 2012 eine moderate Preiserhöhung im Tarifsysteem für die Kurzparker vorgesehen. Bei der Vermietung von Dauerparkplätzen werden wir gezielt Kunden auf die Fortsetzung befristeter Mietverträge ansprechen. In diesem Segment gehen wir von einer Festigung der positiven Entwicklung des Jahres 2011 aus. In unserer Planung für 2012 haben wir insgesamt eine stabile Erlössituation der PSR unterstellt.

In der Planungsperiode 2012 bis 2015 rechnen wir mit Jahresdefiziten auf einem insgesamt niedrigeren Niveau.

Die Investitionstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr beschränkte sich auf die Anschaffung technischer Betriebsmittel in Höhe von ca. 14 T€. Auch im Zeitraum 2012 bis 2015 beschränken sich die geplanten Investitionen von 40 T€ im Jahresdurchschnitt auf Ersatzbeschaffungsmaßnahmen. Das angesetzte Finanzvolumen wird über den jährlichen Cashflow gedeckt.

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist jederzeit gesichert. Neben den eigenen Einnahmen steht ein Darlehensrahmenvertrag mit den Stadtwerken Remscheid zur Verfügung. Die Jahresfehlbeträge werden über den Ergebnisabführungsvertrag ausgeglichen. Die bisherige Entwicklung im neuen Geschäftsjahr lässt noch keine gesicherten Rückschlüsse auf den Verlauf des Jahres 2012 zu.

Ereignisse von wesentlicher Bedeutung nach dem Bilanzstichtag lagen nicht vor.

Remscheid, 24. Februar 2012

Prof. Dr. Hoffmann
Geschäftsführung

4.3 H₂O GmbH, Remscheid (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

H₂O GmbH
Neuenkamper Str. 81-87
42855 Remscheid
Tel. 02191 / 16-40

Gründungsjahr: 2005

Gesellschafter

Stadtwerke Remscheid GmbH

Stammkapital	
in €	in %
200.000,00	100,0

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Keine

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb von öffentlichen Bädern und Einrichtungen, Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge im Stadtgebiet Remscheid sowie die Einbringung von Dienstleistungen in dem genannten Bereich.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Karl Wilhelm Tamm, Vorsitzender
Bernd Quinting
Beate Wilding

SB
Ratsmitglied
Oberbürgermeisterin

Gesellschafterversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2009	2010	2011
	€	€	€
	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2009	2010	2011
Mitarbeiter/-innen	29	29	27

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Betriebsbereich	Leistung	2009	in %	2010	in %	2011	in %
H ₂ O - Bad	Besucher	541.242	-5,1	505.672	-6,6	542.902	7,4
	Umsatz T€	3.969	1,4	3.786	-4,6	4.087	8,0
Sportbad	Besucher	134.715	-2,9	145.848	8,3	144.827	-0,7
	Umsatz T€	128	-3,0	115	-10,2	113	-1,7
	Gesamtumsatz T€	4.097	1	3.901	-5	4.200	8

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

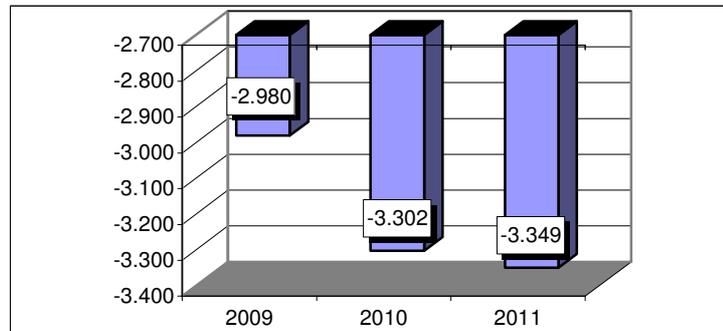
Jahr Bilanz-Position	2009		2010		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	9	0,03	5	0,02	11	0,04
Sachanlagen	22.461	87,04	21.182	83,71	20.087	81,68
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	22.470	87,07	21.187	83,73	20.098	81,73
Vorräte	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	3.166	12,27	3.414	13,49	3.505	14,25
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	170	0,66	702	2,77	989	4,02
Umlaufvermögen	3.336	12,93	4.116	16,27	4.494	18,27
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aktiva	25.806	100,00	25.303	100,00	24.592	100,00
Gezeichnetes Kapital	200	0,78	200	0,79	200	0,81
Kapitalrücklage	23.426	90,78	23.426	92,58	23.426	95,26
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Bilanzgewinn	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	23.626	91,55	23.626	93,37	23.626	96,07
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	682	2,64	587	2,32	459	1,87
Verbindlichkeiten	1.498	5,80	1.090	4,31	507	2,06
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	25.806	100,00	25.303	100,00	24.592	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr GuV-Position	2009	2010	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.132	3.937	4.256
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	201	253	194
Erträge aus Gewinnabführung	0	0	0
Erträge aus Beteiligungen/verb. Unternehmen	0	0	0
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	1	5	12
Erträge	4.334	4.195	4.462
Materialaufwand	3.725	3.587	3.990
Personalaufwand	1.141	1.435	1.201
Abschreibungen	1.481	1.489	1.514
Sonstige betriebliche Aufwendungen	880	919	1.039
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	19	2	2
Aufwendungen	7.246	7.432	7.746
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.912	-3.237	-3.284
Sonstige Steuern	-68	-65	-65
Gewinnabführung/Verlustübernahme Organträger	2.980	3.302	3.349
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

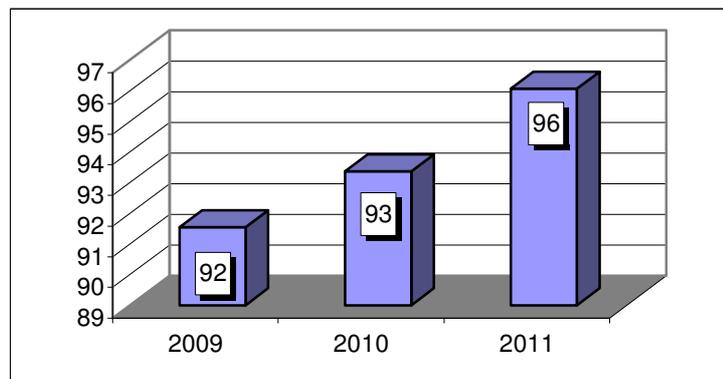
Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Verlustübernahme	-2.980	-3.302	-3.349



Kennzahlen

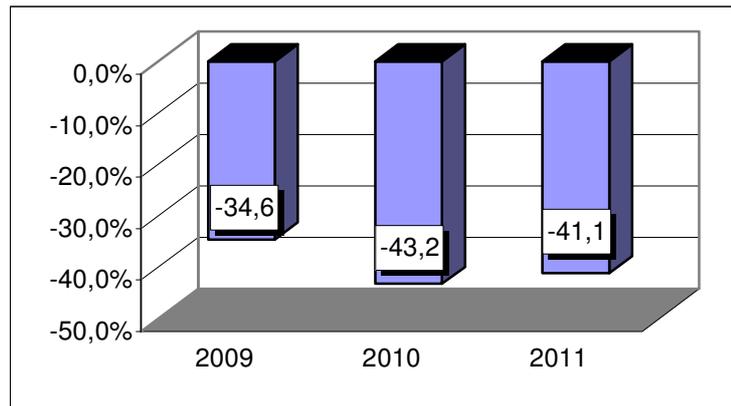
Eigenkapitalquote

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	23.626	23.626	23.626
Bilanzsumme	25.806	25.303	24.593
% EK	92	93	96



Cash-Flow

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Verlust	-2.980	-3.302	-3.349
Abschreibungen	1.481	1.489	1.514
	-1.499	-1.813	-1.835
Gesamterträge	4.334	4.195	4.462
Cash-Flow	-34,6%	-43,2%	-41,1%



Lagebericht der H2O GmbH für das Geschäftsjahr 2011

Allgemeines

Die H2O GmbH und insbesondere ihr Sauna- und Badeparadies konnten im abgelaufenen Geschäftsjahr erneut ihre Marktstellung im Bergischen und weit darüber hinaus behaupten. Die kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit sowie stetige Weiterentwicklung im Event- und Dienstleistungsbereich wurde mit einer gestiegenen Besucherzahl honoriert: Unsere Saunalandschaft hat sich nach dem jüngsten Ranking auf Platz 4 der führenden und schönsten Saunaanlagen Europas etabliert.

Nach wie vor ist der Gegenstand der Gesellschaft die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb öffentlicher Bäder und Einrichtungen, von Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie von Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge im Stadtgebiet Remscheid und die Erbringung von Dienstleistungen in den genannten Bereichen.

Die Service- und Dienstleistungsaktivitäten der Gesellschaft werden vor allem als Bargeschäft betrieben und fokussieren sich auf die beiden Betriebsstandorte H2O Sauna- und Badeparadies sowie das Sportbad am Park. Die kaufmännische Betriebsführung wird weiterhin von der Schwestergesellschaft EWR GmbH (EWR) wahrgenommen.

Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Nach den teilweise extremen Winterverhältnisse zum Jahresende 2010 mit nachteiligen Auswirkungen auf den Gästestrom, startete die Gesellschaft zu Beginn des Geschäftsjahres 2011 mit einer durchaus erfreulichen Entwicklung in der Besucherstatistik und damit auch auf der Einnahmeseite. Dieser positive Trend setzte sich insgesamt über den Jahresverlauf fort.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden rund 687.700 Gäste registriert und damit etwa 36.200 Besucher oder 5,6 % mehr als im Jahr 2010. Damit übertreffen die Besucherzahlen insgesamt das für das Jahr 2011 geplante Ziel in gleicher Größenordnung. Auf den wirtschaftlich erfolgreichen Saunabereich einschließlich Massagen entfallen ca. 120.500 Gäste (im Vorjahr 113.500) mit einem Plus von 6,2 % sowie um 7,2 % gestiegene Einnahmen, die sich auf 2.069 T€ (im Vorjahr 1.930 T€) belaufen. Diese Entwicklung wird durch den höheren Absatz

an Wochenend- und Feiertagskarten und die damit verbundenen höheren Preisstrukturen bewirkt. Neben den weiteren Einnahmen aus dem Betrieb der Wasserlandschaft des H₂O und des Sportbades -insgesamt 2.132 T€ und damit + 8,2 % gegenüber dem Vorjahr- erzielt die Gesellschaft weitere Erlöse aus Pachtentgelten, aus Gastronomie, Solarien, Massagen und dem Beautybereich. Insgesamt erreichen die Umsatzerlöse ohne die sonstigen betrieblichen Erträge beider Betriebsstätten nahezu 4,3 Mio. € und somit ein Umsatzplus gegenüber 2010 von mehr als 8 %.

Der im Geschäftsjahr 2011 ausgewiesene Jahresfehlbetrag beläuft sich -vor Verlustübernahme- auf 3.349 T€ und bewegt sich damit annähernd auf Vorjahresniveau. Im Vergleich zur ursprünglichen Wirtschaftsplanung für 2011 ist das Ergebnis um etwa 100 T€ besser als die festgelegte Zielgröße von -3.442 T€.

Zwischen der Stadtwerke Remscheid GmbH (SR) und der 100 %igen Tochtergesellschaft H₂O GmbH besteht ein Gewinnabführungsvertrag, der mit Wirkung zum 01. Januar 2011 angepasst wurde. Der Fehlbetrag des Geschäftsjahres 2011 wird von der Stadtwerke Remscheid GmbH aufgrund dieses Vertrages übernommen.

Um Finanzierungsspitzen auszugleichen, verfügt die Gesellschaft über einen von der Stadtwerke Remscheid GmbH eingeräumten Darlehensrahmen von 3.000 T€, der zu jeder Zeit ausreichend bemessen war.

Das Anlagevermögen der H₂O GmbH wurde 2008 im Wege der Ausgliederung nach Umwandlungsgesetz von der Muttergesellschaft übertragen. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag unverändert 23,6 Mio. €. Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme nimmt im abgelaufenen Geschäftsjahr 96 % ein.

Personalbereich

Die H₂O GmbH kommt unverändert mit einer schlanken Personalstruktur aus. Der Personalaufwand liegt im abgelaufenen Geschäftsjahr bei 1.201 T€ (i. Vj. 1.435 T€) und beansprucht zur Deckung knapp 27 % (i. Vj. 35 %) der betrieblichen Erträge. Zu erwähnen ist, dass die im letzten Jahresabschluss gebildete Rückstellung für die mittelbaren Pensionsverpflichtungen aus der Unterdeckung der Zusatzversorgungskasse zum aktuellen Bilanzstichtag um 53 T€ aufgestockt wurde. Zum Jahresende beschäftigt die Gesellschaft unverändert 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In kostenrelevante Vollzeitkräfte umgerechnet sind das ca. 24 Personen (i. Vj. ca. 24). Für die seinerzeit von SR auf die H₂O GmbH überführten Mitarbeiter richtet sich die Vergütung weiterhin nach den tarifvertraglichen Regelungen des BAT/BMT-G. Für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die nach dem 01.04.2005 beschäftigt wurden, wurden freie Anstellungsverträge ohne Tarifbezug vereinbart, da die Gesellschaft nicht einem Arbeitgeberverband angehört. Die H₂O GmbH entrichtet für alle Mitarbeiter/innen als freiwilliges Mitglied im von den Statuten geforderten Umfang regelmäßig Beiträge an die Zusatzversorgungskasse (RZVK, Köln). Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nehmen regelmäßig an Fortbildungsveranstaltungen teil, um den Wünschen und Bedürfnissen unserer Gäste gerecht zu werden. Zurzeit bilden wir drei junge Menschen – im Vorjahr war es ein Auszubildender -im Berufsbild „Fachangestellte für Bäderbetriebe“ aus.

Das Thema Arbeitssicherheit nahm auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder einen hohen Stellenwert ein. In der Gesellschaft ereignete sich im Jahr 2011 keiner von den insgesamt 9 im Konzern Stadtwerke Remscheid registrierten meldepflichtigen Arbeitsunfällen. Von den nicht meldepflichtigen Unfällen entfiel einer auf die H2O GmbH. Alles in allem erneut ein erfreuliches Ergebnis.

Umweltschutz

Der hohe Umweltschutz-Standard der Stadtwerke Remscheid und EWR GmbH –beide Gesellschaften sind seit vielen Jahren ISO 14.001 zertifiziert- wird über die konzernweit aktive Stabsstelle für Umwelt-, Qualitäts-, Arbeitsschutz- und Risikomanagement aufrechterhalten. Das Überwachungsaudit zum Erhalt der Zertifizierung konnte im November 2011 erfolgreich absolviert werden. Soweit sinnvoll und angemessen, findet dieses zentrale Managementsystem auch in der H2O GmbH Anwendung. Die in den Bädereinrichtungen eingesetzte Technik trägt dazu bei, die Ressourcen Wasser und Energie effizient einzusetzen.

Rentabilität

Die Jahresergebnisse der Gesellschaft sind aufgabenbedingt defizitär. Die entstehenden Verluste sind von der Muttergesellschaft aufgrund des Gewinnabführungsvertrages zu übernehmen. Im Geschäftsjahr 2011 wurde der Schwerpunkt im Gebäudemanagement auf die Instandhaltung und Modernisierung der gebäudetechnischen Infrastruktur gelegt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr erreicht die H2O GmbH -bezogen auf das Betriebsergebnis -einen verbesserten Kostendeckungsgrad von ca. 57 % (im Vorjahr 55 %).

Risiken und Chancen

Die H2O GmbH ist -wie auch die anderen Schwestergesellschaften- in das zentrale Risikomanagementsystem der Stadtwerke Remscheid GmbH eingebunden. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Dem Aufsichtsrat wird im gleichen Rhythmus hierüber ein Sachstandsbericht abgegeben. Die H2O GmbH hat keine Finanzmarktgeschäfte getätigt, insoweit drohen der Gesellschaft auch aus diesem Segment keine Risiken. Konkrete Risiken haben wir angemessen in Form von Rückstellungsdotierungen berücksichtigt.

Von besonderer Bedeutung für die Gesellschaft sind die beihilferechtlichen Vorschriften zur öffentlichen Daseinsvorsorge -hier das klarstellende Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) aus dem Jahr 2003 in der Sache „Altmark Trans“- und der derzeit geltende Rechtsrahmen der EU-Kommission für die Gewährung von staatlichen Ausgleichszahlungen im Bereich der Daseinsvorsorge. Die von der H2O GmbH zu erbringenden Dienstleistungen - Bereitstellung von Beckenzeiten für Schul- und Vereinsschwimmen sowie ein Bäderbetrieb zu sozialverträglich gestaffelten Nutzerentgelten- beinhalten in der Regel das geforderte gemeinwohlverpflichtende Element und gehören damit zu den Daseinsvorsorgeaufgaben.

Um sicherzustellen, dass der von den Stadtwerken Remscheid vorzunehmende und damit von der Stadt Remscheid getragene jährliche Verlustausgleich im Einklang mit dem EU-Beihilferecht steht, bedurfte es eines sogenannten Betrauungsaktes. Der Rat der Stadt Remscheid hat in seiner Sitzung im Dezember 2011 die H2O GmbH mit der Durchführung

von Aufgaben der Daseinsvorsorge betraut. Dieser Betrauungsakt ist im Januar 2012 durch entsprechende Gesellschafterbeschlüsse umgesetzt worden und stellt sicher, dass Rückgewährungsverpflichtungen sowie steuerliche Nachteile vermieden werden.

Im operativen Geschäft der Gesellschaft kristallisieren sich grundsätzlich die Witterungsverhältnisse eines Jahres, die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Haushalte sowie die zunehmende Konkurrenzsituation als starke Einflussfaktoren auf die Besucherfrequenz unserer Gäste heraus. Den erfreulichen Anstieg der Besucherzahlen in der Wasser- und Saunalandschaft schreiben wir zum Teil dem außergewöhnlich warmen Frühjahr 2011 und dem anschließend stark verregneten Sommer zu. Ein nicht unbeachtlicher Anteil dürfte ebenfalls auf die wieder zugenommene „Wirtschaftskraft“ der Haushalte entfallen, die insgesamt im Konsumverhalten eine belebende Nachfrage ausgelöst hat.

Die Entwicklung der Besucherströme bestätigt aus unserer Sicht aber auch die hohe Attraktivität unserer Einrichtungen sowie die Qualität unserer Dienstleistungen. Das Preisniveau vergleichbarer Freizeiteinrichtungen eröffnet uns gewisse Spielräume und Chancen, trotz zunehmender Konkurrenzsituation im Umland, die Ertragslage der Gesellschaft stabil zu halten.

Ausblick

Die Perspektivplanung der Gesellschaft trägt der wachsenden Konkurrenzsituation im Umland Rechnung und wurde -in den einzelnen Gästekategorien nuanciert- nach dem Grundsatz der kaufmännischen Vorsicht ausgelegt. Das ursprünglich für 2011 erwartete Besucherniveau, das wie eingangs berichtet spürbar übertroffen wurde, haben wir als Maßstab für die Wirtschaftsplanung 2012 herangezogen. Eine im neuen Geschäftsjahr geplante moderate Preisanpassung wird zur Stabilisierung der Ergebnissituation der Gesellschaft beitragen, so dass mit einem annähernd gleichbleibenden Ergebnis zu rechnen ist. Unterstützt wird diese Entwicklung nach wie vor durch ein striktes Kostenmanagement, einem kundenfreundlichen Programmpaket sowie einer hohen Qualität im Servicebereich.

Modernisierungs- und Attraktivierungsprojekte im Außenbereich sowie die Sanierung und neue räumliche Gestaltung des „Alcazar“ in der Saunalandschaft begleiten das Jahr 2012 und werden um verschiedene Maßnahmen im Bereich der technischen Einrichtungen ergänzt. Das Investitionsprogramm der Jahre 2012 bis 2015 ist im Mittel mit einem Jahresvolumen von mehr als 1,1 Mio. € budgetiert.

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist jederzeit gesichert. Neben den eigenen Einnahmen steht ein Darlehensrahmenvertrag mit den Stadtwerken Remscheid zur Verfügung. Die Jahresfehlbeträge werden über den Ergebnisabführungsvertrag ausgeglichen. Die Besucherentwicklung zu Beginn des Jahres 2012 ist vielversprechend und unterstützt unsere Einschätzung zum weiteren wirtschaftlichen Verlauf der Gesellschaft. Ereignisse von wesentlicher Bedeutung nach dem Bilanzstichtag lagen nicht vor.

Remscheid, 24. Februar 2012

Prof. Dr. Hoffmann
Geschäftsführung

4.4 BEG Entsorgungsgesellschaft mbH Remscheid

(mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

BEG Entsorgungsgesellschaft mbH Remscheid
 Deutscher Ring 18
 42327 Wuppertal
 Tel. 0202 / 71990-51

Gründungsjahr: 1996

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Stadtwerke Remscheid GmbH	11.250,00	45,0
Stadtwerke Velbert GmbH	2.500,00	10,0
Wuppertaler Stadtwerke AG	11.250,00	45,0
<u>Gesamt</u>	<u>25.000,00</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stammkapital	Beteiligung
	in €	in %
Gesellschaft für Kompostierung und Recycling Velbert mbH (GKR), Velbert	511.291,88	26,0
DGV Deponiegesellschaft Velbert Verwaltungs mbH, Velbert	25.564,59	50,0
DGV Deponiegesellschaft Velbert mbH & Co. KG, Velbert	511.291,88	50,0
DBV Deponiegesellschaft Velbert GmbH, Velbert	153.387,56	33,3
GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH, Remscheid	153.387,56	41,0

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Die Gesellschaft ist ein Dienstleistungsunternehmen in allen kommunalen Bereichen der Erfassung, Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfall und Wertstoffen, insbesondere des Betriebs von Deponien, der Erfassung oder Sammlung von Abfällen, der Kompostierung und des Autorecyclings. Das Unternehmen kann weitere kommunale Dienstleistungen erbringen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen. Die Gesellschaft hat sich an den Abfallwirtschaftskonzepten der beteiligten Kommunen im Tätigkeitsbereich zu orientieren.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung

Dipl.-Ing. Klaus Jürgen Reese

Aufsichtsrat

15 Mitglieder

Gesellschafterversammlung**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2009	2010	2011
	€	€	€
	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2009	2010	2011
Mitarbeiter	1	1	1

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

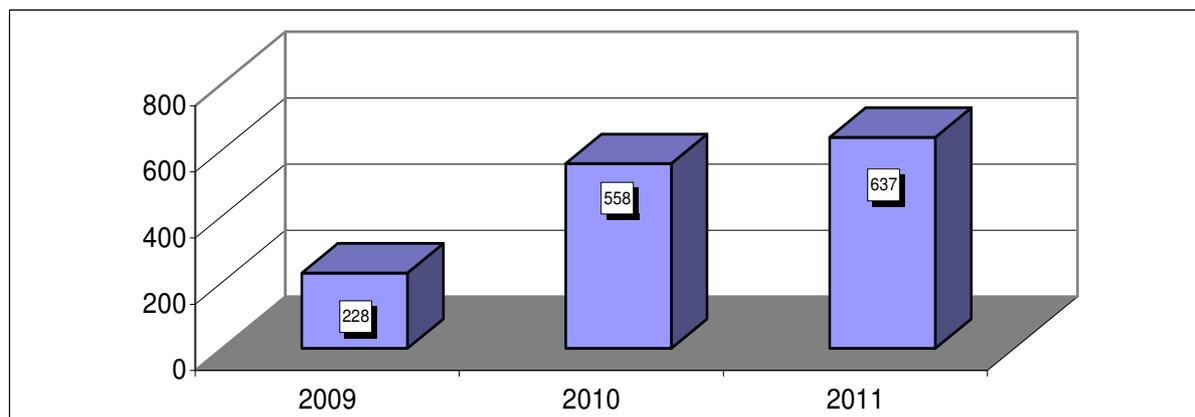
Jahr	2009		2010		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	3	0,13	2	0,08	2	0,08
Finanzanlagen	2.011	87,82	2.011	85,28	2.011	76,35
Anlagevermögen	2.014	87,95	2.013	85,37	2.013	76,42
Forderungen und sonst. Vermögensgegenst.	275	12,01	344	14,59	617	23,42
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1	0,04	1	0,04	4	0,15
Umlaufvermögen	276	12,05	345	14,63	621	23,58
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aktiva	2.290	100,00	2.358	100,00	2.634	100,00
Gezeichnetes Kapital	25	1,09	25	1,06	25	0,95
Kapitalrücklage	3.994	174,41	3.995	169,42	3.995	151,67
Gewinnrücklage	0	0,00	54	2,29	54	2,05
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-3.062	-133,71	-2.834	-120,19	-2.276	-86,41
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	228	9,96	558	23,66	637	24,18
davon nicht gedeckt	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	1.185	51,75	1.798	76,25	2.435	92,44
Rückstellungen	131	5,72	67	2,84	73	2,77
Verbindlichkeiten	974	42,53	493	20,91	126	4,79
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	2.290	100,00	2.358	100,00	2.634	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr	2009	2010	2011
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	323	387	412
Erträge aus Beteiligungen	412	720	615
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	2	2
Erträge	736	1.109	1.029
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	66	70	54
Abschreibungen	1	1	1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	399	471	315
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	41	33	8
Aufwendungen	507	575	378
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	229	534	651
Sonstige Steuern	-1	24	-14
Jahresüberschuss (+)	228	558	637
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

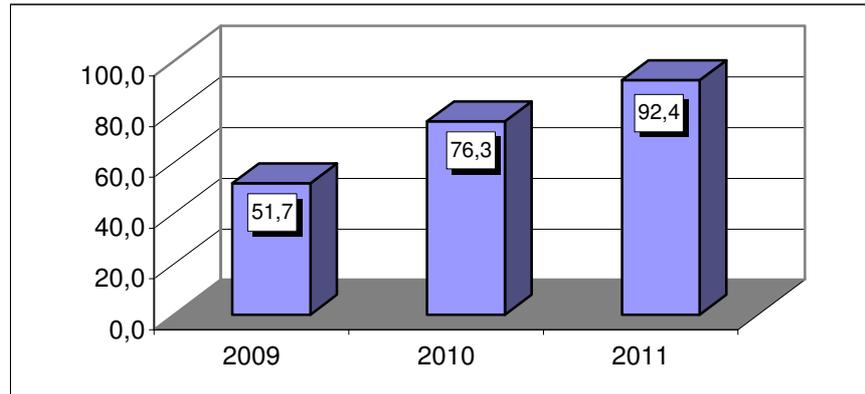
Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	228	558	637



Kennzahlen

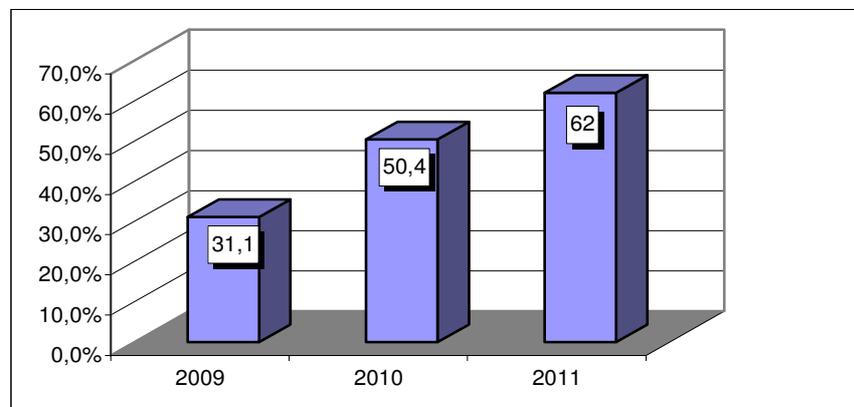
Eigenkapitalquote

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	1.185	1.798	2.435
Bilanzsumme	2.290	2.358	2.634
% EK	51,7	76,3	92,4



Cash-Flow

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	228	558	637
Abschreibungen	1	1	1
	229	559	638
Gesamterträge	736	1.109	1.029
Cash-Flow	31,1%	50,4%	62,0%



Lagebericht 2011

Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Die BEG hat neben der Verwaltung, der Betreuung und der Entwicklung der Beteiligungs- und Tochtergesellschaften die Aufgabe, übergeordnete Strategien der Abfallwirtschaft aufzugreifen und weiter zu entwickeln.

Eine weitere Aufgabe der BEG liegt im Vermieten und in der Objektverwaltung der Büro- und Gewerbeflächen des Entsorgungszentrums Deutscher Ring.

Im Geschäftsjahr 2011 verlief die Vermietung der Büro- und Geschäftsräume, wie geplant, mit teilweisen Leerständen. Die Erhöhung der sonstigen betrieblichen Erträge liegt an einer Erhöhung der Nebenkostenpauschalen sowie der Weiterberechnung der Nebenkosten für das Geschäftsjahr 2010, die u.a. durch hohe Kosten für den Winterdienst beeinflusst waren. Der Rückgang der sonstigen Aufwendungen liegt an geringeren Mietkosten und Mietnebenkosten im Vergleich zum Vorjahr.

Die Beteiligungserträge entwickelten sich wie folgt:

GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH

Das Geschäftsjahr **2010** ist grundsätzlich positiv verlaufen. Trotz der angespannten Finanzlage der Kommunen, insbesondere der Stadt Wuppertal, ist es der GKE gelungen Mehnumsätze zu erzielen. Weiter hat die GKE durchaus Chancen, in 2011/2012 weitere Aufträge von Tochterunternehmen der o.g. Städte zu gewinnen.

In 2010 mussten keine nennenswerten Auftragsverluste beklagt werden. Durch Gewinnung neuer Kunden sowie diverse Preisanpassungen gelang es den Umsatz um 140 T€ zu steigern. Die Aufwendungen erhöhten sich jedoch im gleichen Maße. Das Betriebsergebnis im Geschäftsjahr 2010 ist daher mit 172 T€ im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Der Jahresüberschuss nach Steuern beläuft sich auf 118 T€.

Die BEG erzielte aus der GKE mbH einen Beteiligungsertrag in Höhe von 48 T€ (Vorjahr 46 T€).

DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH (DBV)

Die DBV erzielt im Geschäftsjahr **2010** ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 1.654 T€ (2009: 1.986 T€). Der Jahresüberschuss lag mit 1.151 T€ gegenüber 2009 um 275 T€ niedriger.

Die eingebrachten Mengen lagen über das gesamte Geschäftsjahr 2010 deutlich über den Ansätzen im Wirtschaftsplan allerdings auch deutlich, infolge des langen und harten Winters, unter dem Niveau von 2009. Das Preisniveau konnte gegenüber 2009 nochmals leicht angehoben werden, konnte aber nicht den Mengenrückgang kompensieren. Die Deponieerlöse reduzierten sich daher um 306 T€.

Die BEG erzielte aus der DBV einen Beteiligungsertrag in Höhe von 384 T€ (Vorjahr 476 T€).

DGV Deponiegesellschaft Velbert mbH & Co. KG

Die in **2010** verfüllte Menge von 156.807,34 Tonnen (Vorjahr 191.056 Tonnen) wurde insgesamt auf der Deponie „Industriestraße“ verfüllt. Der durchschnittlich erzielte Erlös auf Nutzungsentgelten betrug 2,17 EUR/t (2009: 1,53 EUR/t). Nach Steuern liegt der Jahresüberschuss 2010 von TEUR 245 um TEUR 9 unter dem Vorjahresergebnis (TEUR 254).

Der Beteiligungsertrag der BEG aus der DGV belief sich auf 122 T€ (Vj. 127 T€).

Gesellschaft für Kompostierung und Recycling Velbert mbH (GKR)

Das Geschäftsjahr **2010** ist positiv verlaufen. Die Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt 1.750 T€ liegen um 81 T€ unter Vorjahresniveau und 281 T€ über der Planung. Wesentliche Ursache für den Umsatzrückgang waren schlechte Witterungsbedingungen für das Pflanzenwachstum und die Garten- und Parkpflege.

Der Materialaufwand hat sich proportional zu den Umsatzerlösen entwickelt und ist gegenüber dem Vorjahr um 32 T€ auf 673 T€ gesunken. Die Personalaufwendungen haben sich um 65 T€ auf 163 T€ erhöht. Seit Beginn des Geschäftsjahres 2010 wurde der Personalbestand auf insgesamt 4 Personen aufgestockt. Durch niedrigere Abschreibungen (51 T€) konnten die Aufwandserhöhungen zum Teil kompensiert werden. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich daher von 400 T€ in 2009 auf 339 T€ verschlechtert. Nach Steuern ergibt sich ein Jahresüberschuss von 232 T€ (Vorjahr 277 T€).

Die BEG erzielte aus der GKR einen Beteiligungsertrag in Höhe von 60 T€ (Vj. 72 T€).

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögenslage hat sich im Geschäftsjahr 2011 aufgrund der Ausschüttungen der Beteiligungen weiter verbessert. Die Eigenkapitalquote beträgt 92,5% (Vorjahr: 76,2 %).

Die Gesellschafterdarlehen wurden planmäßig um 63 T€ getilgt. Die Darlehen valutieren zum 31.12.2011 mit 63 T€. Zum 31.12.2011 bestehen keine Bankverbindlichkeiten. Die vorhandene Liquidität wurde als Tagesgeld innerhalb der WSW-Unternehmensgruppe angelegt (277 T€).

Das Jahresergebnis beläuft sich auf 637 T€. Die positive Geschäftsentwicklung und die Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr resultiert aus geringeren Mietaufwendungen bei gleichzeitig höheren Erträgen aufgrund der Weiterberechnung und Anpassung der Mietnebenkosten.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres 2011 haben sich nicht ergeben.

Voraussichtliche Entwicklung

Ab Januar 2012 werden die Büroräume am Deutschen Ring 18 wieder vollständig vermietet. Für die BEG erhöhen sich dadurch die Erlöse aus der Objektverwaltung (ca. 7 T€).

Aufgrund der sehr guten Eigenkapitalausstattung ist es vorgesehen, im Geschäftsjahr 2012 Rückzahlungen an die Gesellschafter aus der Kapitalrücklage vorzunehmen.

Das Ergebnis der BEG ist insbesondere von den Beteiligungserträgen geprägt.

Für das Geschäftsjahr 2011 liegen bei den Beteiligungen wiederum positive Ergebnisse vor. Für das Geschäftsjahr 2012 erwartet die BEG daher ein Ergebnis nach Steuern von 339 T€. Auch in den Folgejahren werden durchweg positive Ergebnisse bei den Beteiligungen geplant. Bei der BEG werden daher auch in den Folgejahren ab 2013 Jahresüberschüsse erwartet, die jedoch voraussichtlich nicht mehr das Niveau der Jahre 2010 und 2011 erreichen werden.

Die Beteiligungen entwickeln sich wie folgt:

GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH

Für die Geschäftsjahre **2011** und 2012 rechnet die GKE mit Ergebnissen auf Vorjahreshöhe. Auf Grund des Geschäftsverlaufs im Jahr 2011 sind keine wesentlichen Abweichungen zu den Planungen zu erwarten. Der Verlauf des Geschäftsjahres 2011 ist bisher als normal zu bezeichnen. Die GKE rechnen mit einem Ergebnis auf Vorjahresniveau (118 T€). In den Folgejahren geht die GKE von einer moderaten Steigerung des Umsatzes und des Ergebnisses aus.

DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH (DBV)

Für das Geschäftsjahr **2011** wird ein Jahresergebnis in Höhe von rd. 947 T€ erwartet (Planwert: 786 T€). Der Geschäftsverlauf ist als äußerst zufrieden stellend zu bezeichnen. Die Umsatzerlöse gemäß Hochrechnung liegen deutlich (ca. 1500 T€) über den Planwerten, während der Materialaufwand gegenüber den Planwerten nur um ca. 1.100 T€ angestiegen ist.

Die Ergebnisse in den Folgejahren werden erwartungsgemäß deutlich unter den Vorjahren liegen, da ab ca. Mitte nächsten Jahres der Deponiebetrieb auf die Deponie Plöger Steinbruch West verlagert wird. Zum einen wird hier zukünftig versucht, die Annahmemengen stärker zu regulieren, so dass eine ca. 15-16 jährige Laufzeit erreicht wird, zum anderen sind die volumenabhängigen Kosten insbesondere im Bereich der Basisabdichtungen, und daraus folgend bei den Abschreibungen, deutlich höher, als es dies bei der Deponie Industriestraße zum Schluss war. Dies liegt einerseits an den Vorgaben der Deponieverordnung, die technisch aufwendigere Systeme verlangt, andererseits waren die volumenabhängigen Kosten der Industriestraße extrem niedrig, da es sich gezeigt hat, dass hier mehr Volumen als ursprünglich angenommen vorhanden ist.

DGV Deponiegesellschaft Velbert mbH & Co. KG

Auf Basis der aktuellen Hochrechnung für das Geschäftsjahr 2011 wird ein Jahresergebnis von 135,8 TEUR erwartet (BEG-Anteil 67,9 TEUR).

Die Verfüllung auf der Deponie Plöger Steinbruch West mit Abfallstoffen der Deponieklasse 1 läuft seit Dezember 2011. Die Ist-Menge 2011 beträgt insgesamt 3.903,18 Tonnen. Die Verfüllung auf der Deponie Industriestraße hat in 2011 einen Wert von insgesamt 166.246,39 Tonnen erreicht. Die Verfüllung „Deponie Industriestraße“ wird voraussichtlich im Jahr 2012 enden.

Für das Jahr 2012 ist für beide Deponien jeweils eine Verfüllung von 60.000 Tonnen vorgesehen. Für das Geschäftsjahr 2012 wird ein Jahresergebnis von 71,2 TEUR geplant (BEG-Anteil: 35,6 TEUR).

Gesellschaft für Kompostierung und Recycling Velbert mbH (GKR)

Für das Wirtschaftsjahr 2011 wurde ein Jahresergebnis von 159 T€ nach Steuern geplant. Die Hochrechnung geht von einer Planverbesserung um ca. 40 T€ auf ca. 199 T€ aus.

Auf Basis bestehender Verträge sind die Bioabfallmengen der Stadt Velbert und der Stadt Wuppertal mittelfristig gesichert. Mit der AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal besteht bis 2012 ein Vertrag über die Lieferung von Grünabfällen.

Laut Entwurf der mittelfristigen Planung der GKR bis 2016 werden in den Jahren 2012 bis 2016 Ergebnisse nach Steuern zwischen 140 T€ und 163 T€ erzielt.

Weiterhin wird die Gesellschaft im Jahr 2012 ihre Darlehensverbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern vollumfänglich tilgen.

Weitere wesentliche Veränderungen der Finanzlage werden –auch für das Jahr 2013- nicht erwartet. Gleiches gilt für die Vermögenslage.

Chancen und Risiken

Chancen und Risiken bestehen in der Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften. Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht zu erkennen.

Bericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 der Gemeindeordnung NRW

An der BEG Entsorgungsgesellschaft mbH als ein Holdingunternehmen für kommunale Entsorgungsaufgaben sind die WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH und die Stadtwerke Remscheid GmbH mit jeweils 45 % und die Stadtwerke Velbert GmbH mit 10 % beteiligt.

Eine wichtige Aufgabe öffentlicher Unternehmen ist die kommunale Daseinsvorsorge. Hierzu zählt u.a. auch der Umweltschutz, insbesondere die Abfallentsorgung.

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft besteht in der Erfassung, Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfall und Wertstoffen, insbesondere des Betriebs von Deponien, der Erfassung oder Sammlung von Abfällen und der Kompostierung. Der Gegenstand des Unternehmens ist in § 2 der Satzung geregelt.

Die Gesellschaft hat sich, um auf allen Ebenen der Entsorgung von Individual- und Industriemüll für die Bürger im Bergischen Land tätig zu sein, an Deponien, an einer Kompostierungsgesellschaft und an einer Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen beteiligt.

Die gesamten Tätigkeiten sind bei den Aufsichtsbehörden angemeldet.

Eine wesentliche Aufgabe der BEG liegt in der Verwaltung, Betreuung und Entwicklung ihrer Beteiligungen. Ferner soll die BEG übergeordnete Strategien in der Abfallwirtschaft aufgreifen und weiterentwickeln.

Remscheid, 17. Februar 2012

Die Geschäftsführung

Reese

4.5 ELBA-Omnibusreisen GmbH

(mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

ELBA Omnibusreisen GmbH
Lierenfelder Str. 40
40231 Düsseldorf
Tel. 0211 / 5824741

Gründungsjahr: 1945

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Rheinbahn AG	62.500,00	25,0
Stadtwerke Remscheid GmbH	62.500,00	25,0
Stadtwerke Solingen GmbH	62.500,00	25,0
ELBA durch den Einzug eigener Anteile	-62.500,00	25,0
<u>Gesamt</u>	<u>187.500,00</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens sind die auftragsweise Durchführung von Linienverkehren mit Omnibussen und übrigen Verkehrsmitteln, Vermietung von Omnibussen und Personenkraftwagen, Vertretung anderer Verkehrsgesellschaften, die Durchführung und Abwicklung einschlägiger Geschäfte und deren Ausdehnung auf verwandte Gewerbe im Rahmen der kommunalrechtlichen Möglichkeiten. Darüber hinaus kann sie sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Dirk Bögershausen

Gesellschafterversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2009	2010	2011
	€	€	€
	keine	keine	keine

4.6 Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH

(mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH
Haberstraße 13a
42551 Velbert
Tel. 02051 / 9202 - 0

Gründungsjahr: 2002

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid (REB)	127.500,00	51,0
DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH	122.500,00	49,0
<u>Gesamt</u>	<u>250.000,00</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb, der Ausbau und Rekultivierung der Deponie "Solinger Straße" sowie die Entsorgung und Verwertung von Abfällen und damit zusammenhängende Leistungen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Michael Zirngiebl
Dirk Kentjens

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Herr Dipl.-Ökonom Thomas Kötting.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Weitergehende Verpflichtungen der Stadt Remscheid -insbesondere hinsichtlich der Gewinn- und Verlustverteilung- ergeben sich aus dem im Zusammenhang mit der Gründung der obigen Gesellschaft mit der DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH geschlossenen Konsortialvertrag nach § 3.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2009	2010	2011
	€	€	€
Ausgleich Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Gewinnausschüttung	59.390,71	87.742,12	0,00

(Aufgrund der wirtschaftlichen Zuordnung zu Remscheider Entsorgungsbetrieben erfolgt die Ausschüttung an REB.)

Anzahl der Beschäftigten

Beschäftigte	2009	2010	2011
Mitarbeiter-/innen	4	4	1
Geschäftsführer	2	2	2
Gesamt	6	6	3

Am Ende des Geschäftsjahres wurden 1 Mitarbeiter und 2 Geschäftsführer beschäftigt.

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur –im 3-Jahresvergleich-**

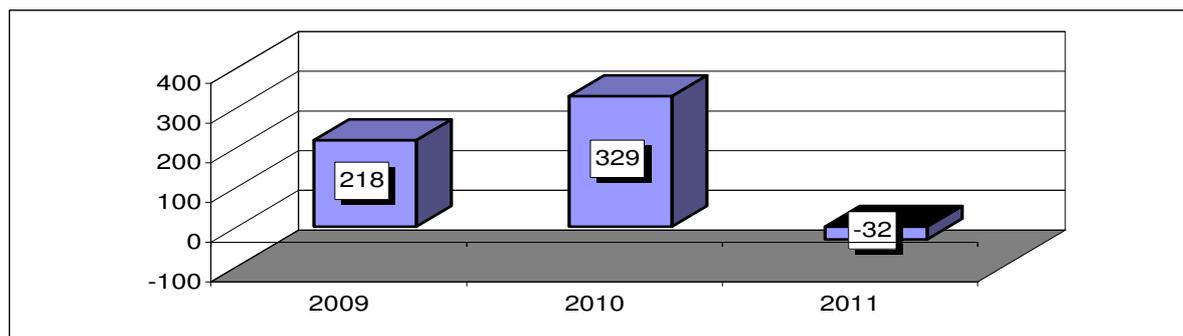
Jahr	2009		2010		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	20	0,23	3	0,03	1	0,01
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	20	0,23	3	0,03	1	0,01
Vorräte	1	0,01	1	0,01	0	0,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	201	2,33	127	1,43	215	2,49
Sonstige Wertpapiere	0	0,00	4.869	54,88	0	0,00
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	8.420	97,42	3.872	43,64	8.425	97,50
Umlaufvermögen	8.622	99,76	8.869	99,97	8.640	99,99
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0,01	0	0,00	0	0,00
Aktiva	8.643	100,00	8.872	100,00	8.641	100,00
Gezeichnetes Kapital	250	2,89	250	2,82	250	2,89
Kapitalrücklage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnrücklagen	782	9,05	940	10,60	940	10,88
Bilanzgewinn / Gewinnvortrag	102	1,18	157	1,77	-32	-0,37
Verlustvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	1.134	13,12	1.347	15,18	1.158	13,40
Sonderposten für Investitionszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	7.368	85,25	7.494	84,47	7.465	86,39
Verbindlichkeiten	141	1,63	31	0,35	18	0,21
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	8.643	100,00	8.872	100,00	8.641	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung –im 3-Jahresvergleich-

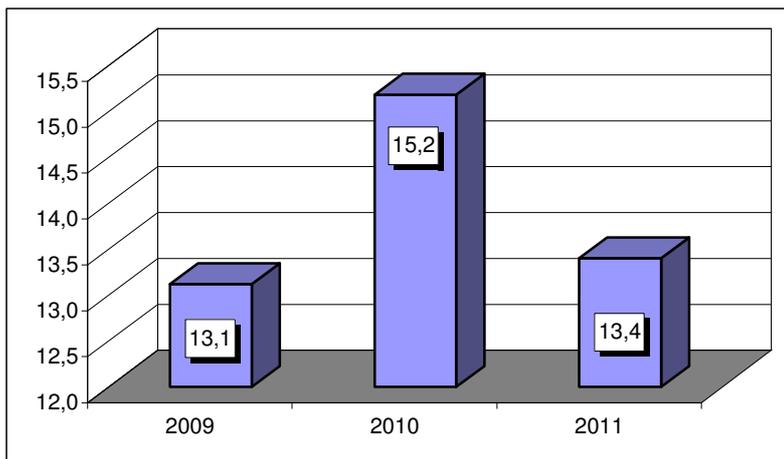
Jahr	2009	2010	2011
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.421	1.068	152
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	32	31	4
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	155	114	128
Erträge	1.608	1.213	284
Materialaufwand	337	235	107
Personalaufwand	252	241	79
Abschreibungen	71	8	2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	627	145	91
Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	101	53
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Aufwendungen	1.287	730	332
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	321	483	-48
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Sonstige Steuern	-103	-154	16
Jahresüberschuss (+)	218	329	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	-32

Entwicklung der Jahresergebnisse

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	218	329	-32

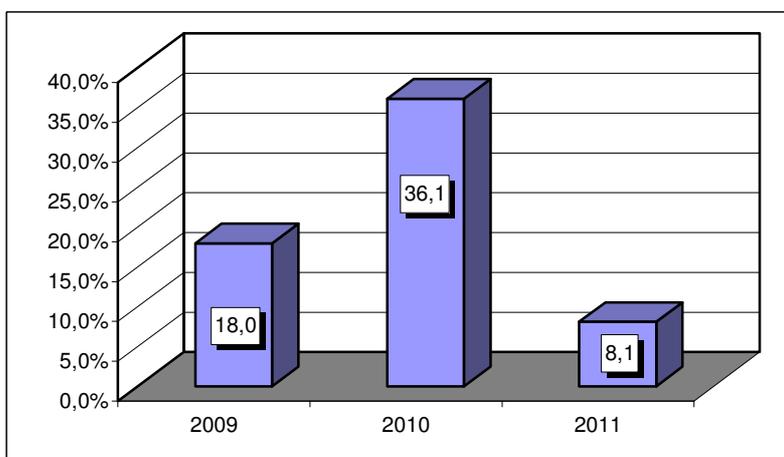
**Kennzahlen****Eigenkapitalquote**

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	1.134	1.347	1.158
Bilanzsumme	8.643	8.872	8.641
% EK	13,1	15,2	13,4



Cash-Flow

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	218	329	-32
Abschreibungen	71	109	55
Summe	289	438	23
Gesamterträge	1.608	1.213	284
Cash-Flow	18,0%	36,1%	8,1%



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011

1. Allgemeine Angaben

Die Deponiebetriebgesellschaft Remscheid mbH (kurz: DBR) wurde am 09.07.2002 gegründet. Die Anteile werden zu 51 % von der Stadt Remscheid - Remscheider Entsorgungsbetriebe (kurz: REB) - und zu 49 % von der DBV Deponiebetriebgesellschaft Velbert mbH (kurz: DBV) gehalten.

Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.08.2002 übernahm die Gesellschaft von der Stadt Remscheid – Remscheider Entsorgungsbetriebe – alle Aufgaben zum Betrieb und weiteren Ausbau der Deponie Solinger Straße.

Hierzu wurden zwischen der Stadt Remscheid – Remscheider Entsorgungsbetriebe – und der Gesellschaft folgende Verträge geschlossen:

- Pachtvertrag,
- Entsorgungsvertrag,
- Kauf- und Übertragungsvertrag,
- Betriebsführungsvertrag Wertstoffhof,
- Personalüberleitungsvertrag/-überlassungsvertrag,
- Beamtenzuweisungsvertrag.

Weiterhin wurde am gleichen Tag zwischen der DBR und der DBV ein Betriebsführungsvertrag geschlossen.

Am Standort Solinger Straße betreibt die Gesellschaft zur Ablagerung mineralischer Abfallstoffe sowohl eine DK-I-Deponie wie auch eine DK-II-Deponie. Im Auftrag der Stadt Remscheid – Remscheider Entsorgungsbetriebe – wurde bis zum 31.12.2010 im Eingangsbereich der Deponie ein Wertstoffhof betrieben.

Das mit der Gesellschaftsgründung übernommene Deponiepersonal wurde nach Abschluss der Deponieablagerung zum 01.01.2011 weitgehend wieder zu den Remscheider Entsorgungsbetrieben zurückgeführt. Ebenso wurde der Vertrag über die Betriebsführung des Wertstoffhofes zum 31.12.2010 von den Remscheider Entsorgungsbetrieben gekündigt und das für den Wertstoffhof benötigte Betriebsvermögen vertragsgemäß an die Remscheider Entsorgungsbetriebe zurück übertragen.

2. Verlauf des Geschäftsjahres 2011

2.1 Allgemeine Beurteilung

Nachdem die Verfüllung der Deponie mit den Ablagerungen des Jahres 2010 zur Restprofilierung weitgehend abgeschlossen werden konnte, wurden im Jahr 2011 nur noch untergeordnete Ablagerungen zur Restprofilierung der Deponie vorgenommen. Da weiterhin die Betriebsführung für den Wertstoffhof ebenfalls zum 31.12.2010 einvernehmlich beendet wurde, führte die Gesellschaft im Jahr 2011 keine operativen Tätigkeiten durch. Wesentliche Ertragsquelle waren daher neben einigen Zwischenhandelsaktivitäten im Wesentlichen Zinseinnahmen. Diese fielen aufgrund der EURO – Krise und der hiermit einhergehenden Marktverwerfungen nicht wie erwartet aus.

Hierdurch verlief das Wirtschaftsjahr 2011 schwierig. Das Wirtschaftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 32 T€ ab. Somit konnte das geplante ausgeglichene Jahresergebnis nicht erreicht werden.

2.2 Umsatz- und Auftragsentwicklung

2.2.1 Auftragslage

Aufgrund der abgeschlossenen Deponieverfüllung wurden im Jahr nur 5.500 Mg. Deponieersatzbaustoffe auf dem DK-I-Bereich abgelagert. Diese wurden im Wesentlichen im Randbereich der Deponie abgelagert. Hier wurde für eine Geländeangleichung zur Nachbarbebauung eine kleine weitere Verfüllung mit DK-0-Material durchgeführt.

Auf dem DK-II-Bereich wurden keine Deponieersatzbaustoffe abgelagert.

2.2.2 Erträge

Im Geschäftsjahr 2011 wurden Umsatzerlöse in Höhe von 152 T€ realisiert. Diese beruhen auf Erlösen aus Zwischenhandelsaktivitäten in Höhe von 115 T€, die im Wesentlichen im Bereich Straßenkehricht und Sinkkastenrückstände erzielt wurden, sowie auf sonstigen Umsatzerlöse in Höhe von 20 T€. Mit der Annahme von Deponieersatzbaustoffen wurden nur 15 T€ erzielt. Somit sanken die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um 916 T€.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge betragen 4 T€. Sie sanken gegenüber dem Vorjahr um 27 T€. An Zinserträgen konnten 128 T€ erwirtschaftet werden. Somit stiegen die Zinserträge trotz des allgemein niedrigen Zinsniveaus gegenüber dem Vorjahr um 14 T€.

Insgesamt konnten Erträge in einer Höhe von 284 T€ erzielt werden. Gegenüber dem Vorjahr wurden somit um 929 T€ verminderte Erträge erzielt.

2.2.3 Aufwendungen

Den vorgenannten Erträgen in Höhe von 284 T€ stehen Aufwendungen in Höhe von 316 T€ gegenüber.

Die Materialaufwendungen betragen dabei 107 T€ (Vorjahr: 235 T€) und die Personalaufwendungen 79 T€ (Vorjahr 241 T€).

Die Abschreibungen beliefen sich auf 2 T€ (Vorjahr 8 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 92 T€. Gegenüber dem Vorjahr sanken sie um 54 T€.

Aufgrund der Verschlechterung des Kurswerte zum Bilanzstichtag musste für die im Jahr 2011 getätigten Finanzanlagen eine Wertberichtigung in Höhe von 53 T€ (Vorjahr 101 T€) vorgenommen werden.

Fremdkapitalzinsen fielen 2011 nicht an.

Für die Steuern vom Einkommen und Ertrag ergab sich aufgrund des Jahresergebnisses eine Steuerrückerstattung in Höhe von 16 T€. Der Aufwand für sonstige Steuern betrug 190 €.

Die Aufwendungen reduzierten sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 567 T€.

2.2.4 Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 32 T€ ab. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Ergebnis somit um 361 T€ verschlechtert. Das im Wirtschaftsplan 2011 eingeplante ausgeglichene Jahresergebnis konnte somit im Wirtschaftsjahr nicht erreicht werden. Der Jahresfehlbetrag soll nach den Regelungen des Konsortialvertrages durch eine Entnahme aus der Gewinnrücklage ausgeglichen werden.

2.3 Investitionen

Die Baumaßnahme Vorschüttung ist im Wesentlichen fertiggestellt. In großen Teilbereichen wurde zwischenzeitlich auch die Oberflächenabdichtung fertiggestellt. Die Fertigstellung der restlichen Abdichtungsabschnitte wurde aufgrund der baulichen Zusammenhänge mit der Oberflächenabdichtung im Böschungsbereich der Deponie mit Zustimmung der Bezirksregierung Düsseldorf bis 2012 verschoben. Im Jahr 2011 wurden daher keine Investitionen durchgeführt.

2.4 Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Im gesamten Geschäftsjahr war die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft gesichert.

Aufgrund der nur geringen Erträge, die im Festgeldbereich zu erzielen waren, wurde 2010 ein Teilbetrag der liquiden Mittel zur Verbesserung der Zinserträge in einer festverzinslichen Anleihe sowie einem Rentenfond angelegt. Bei den Anlagen handelte es sich um risikoarme, sichere Anlageformen mit einer kurzlaufenden Anlagestrategie. Aufgrund der EURO-Krise und der im Vorfeld nicht absehbaren deutlichen Herabstufung der Staatsanleihen einiger großer europäischer Volkswirtschaften wurde die Kursentwicklung des Rentenfonds deutlich belastet. Daher wurde zur Vermeidung eines weiteren Kursverlustes die Anteile an dem Rentenfond im Herbst 2011 verkauft. Hierbei musste ein Verkaufsverlust hingenommen werden. Die festverzinsliche Anleihe wurde hingegen wie geplant zurückgezahlt. Nach Auflösung der Anlagen war zum Bilanzstichtag kein Wertpapierbestand mehr vorhanden.

Die Guthaben bei Kreditinstituten betragen zum 31.12.2011 8.425 T€. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Anlagen und Guthaben somit um 316 T€ vermindert.

2.5 Personal- und Sozialbereich

Da mit dem Abschluss der Deponieprofilierung auch der operative Betrieb der Deponie weitgehend abgeschlossen wurde, wurde das mit der Gesellschaftsgründung übernommene Deponiepersonal zum 01.01.2012 weitgehend wieder zu den Remscheider Entsorgungsbetrieben zurückgeführt. Nur ein Mitarbeiter verblieb zur Betreuung der Rekultivierungsarbeiten bei der Gesellschaft.

Am Ende des Geschäftsjahres wurden daher 1 Mitarbeiter und 2 Geschäftsführer beschäftigt.

2.6 Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Neben dem Deponiebetrieb bestehen zusätzliche Umladetätigkeiten. Hierdurch konnten Abfälle (Straßenkehricht und Sinkkastenrückstände) weiterhin im Umsatz der Gesellschaft gehalten werden.

Im Wirtschaftsjahr wurde das von der Stadt Remscheid geplante Nutzungskonzept des Deponiegeländes auf seine Auswirkungen auf die Deponieabdichtung hin überprüft. Es wurde eine Machbarkeitsstudie zur Nachweis der Verträglichkeit der geplanten Nachnutzung mit der Dichtung sowie den weiteren deponietechnischen Einrichtungen in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse des Gutachtens wurden im Sommer 2011 vorgestellt. Hiernach hätte die Umsetzung des von der Stadt Remscheid favorisierten Nachnutzungskonzeptes zu nicht unerheblichen Mehrkosten bei der Rekultivierung der Deponie geführt. Die Stadt Remscheid beschloss daraufhin, das Konzept nicht weiter zu verfolgen. Die Rekultivierung der Deponie wird daher nach den bislang von der Bezirksregierung Düsseldorf genehmigten Ausbauplänen erfolgen. Hierbei sollen mögliche Gestaltungsgrundsätze kostenneutral in die Rekultivierungsplanung integriert werden.

Diese Vorgabe wurde bei der Bearbeitung des Landschaftspflegerischen Begleitplans berücksichtigt. Dieser wurde zwischenzeitlich fertig gestellt. Derzeit findet hierzu die Abstimmung mit der Höheren Landschaftsbehörde bei der Bezirksregierung Düsseldorf statt.

3. Darstellung der Lage

3.1 Vermögens- und Finanzlage

Im Geschäftsjahr hat sich die Bilanzsumme von 8.872 T€ (01.01.2011) um 231 T€ auf 8.641 T€ (31.12.2011) vermindert.

Der Anlagenbestandes hat sich von 3 T€ auf 1 T€ (31.12.2011) reduziert.

Das Umlaufvermögen zum Bilanzstichtag betrug 8.640 T€ und hat sich damit im Geschäftsjahr 2011 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 229 T€ reduziert. Die Vorräte sowie die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben sich um 87 T€ erhöht. Der Bestand an Wertpapieren sowie des Kassenbestand und der Guthaben bei Kreditinstituten wurde um 316 T€ reduziert.

Gemäß der Vorgaben des Konsortialvertrages wurde in den vergangenen Jahren zum Ausgleich möglicher Fehlbeträge eine Gewinnrücklage gebildet. Der Bestand der Gewinnrücklage zum 01.01.2011 betrug 939 T€.

Der Jahresfehlbetrag des Jahres 2011 belief sich auf 32 T€.

Eine Verpflichtung gemäß § 3 Absatz 2 des Konsortialvertrages auf eine Mindestausschüttung besteht nicht, da die hier bestehenden Verpflichtungen gemäß der Regelungen des § 3 Absatz 4 durch die bislang geleisteten Ausschüttungen der Gesellschaft an alle Gesellschafter erfüllt sind.

Der Fehlbetrag wird gemäß der Vorgaben des Konsortialvertrages unverzüglich nach Feststellung des Jahresabschlusses der Gesellschaft durch eine Entnahme aus der gebildeten Gewinnrücklage ausgeglichen.

Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben hat sich das bilanzielle Eigenkapital im Vergleich der Bilanzstichtage 31.12.2009 und 31.12.2011 um 189 T€ vermindert.

Aus der nachstehenden Tabelle geht die Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals hervor:

	<u>Stand</u> <u>01.01.2011</u> T€	<u>Zugang</u> T€	<u>Abgang</u> T€	<u>Stand</u> <u>31.12.2011</u> T€
Stammkapital	250	0	0	250
Kapitalrücklage	0	0	0	0
Gewinnrücklage	939	0	0	939
Gewinn/Verlustvortrag	157	-32	- 157	- 32
Gesamt	<u>1.346</u>	<u>- 32</u>	<u>- 157</u>	<u>1.157</u>

Die Eigenkapitalquote zum 31.12.2011 beträgt somit 13,39 %. Zum 31.12.2010 betrug sie 15,18 %.

Die gebildeten Rückstellungen wurden im Jahr 2011 um 28 T€ auf insgesamt 7.466 T€ vermindert. Hiervon entfallen 7.299 T€ auf die Rückstellung zur Abdeckung der Kosten der Oberflächenabdichtung und der Rekultivierung. Der Rückstellung wurden im Wirtschaftsjahr 22 T€ für Planungsleistungen entnommen.

Im Jahr 2008 wurde der Rückstellungsbedarf für die Rekultivierung zur Berücksichtigung der Baupreissteigerung auf 7.365 T€ angepasst. Aufgrund der zu berücksichtigenden Vorgaben des Bilanzmodernisierungsgesetzes (BilMoG) wurde im Jahr 2011 keine Anpassung vorgenommen. Auch aus der Genehmigungslage hat sich keine Veränderung hinsichtlich der Anforderungen an die Oberflächenabdichtung ergeben. Die zum 31.12.2011 gebildete Rückstellung deckt somit die endgültigen Zahlungsverpflichtungen für die Oberflächenabdichtung und die Rekultivierung in vollem Umfang ab.

Die in den Vorjahren gebildeten sonstigen Rückstellungen deckten die endgültigen Zahlungsverpflichtungen im Jahr 2011 in vollem Umfang ab. Steuerrückstellungen wurden in einer Höhe von 102 T€ gebildet.

Die Verbindlichkeiten zum 31.12.2011 betragen 18 T€. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um 14 T€ reduziert. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestanden nicht.

3.2 Ertragslage

Die Umsatzerlöse betragen 152 T€ (Vorjahr: 1.068 T€).

Sonstige betriebliche Erträge konnten in Höhe von 4 T€ erzielt werden.

Die Zinsen und ähnlichen Erträge lagen bei 128 T€.

4. Hinweise und Risiken bei der künftigen Entwicklung

Die Laufzeit der Deponie Solinger Straße war aufgrund der Vorgaben der Abfallablagereverordnung und der Deponiegenehmigung begrenzt. Bis zum 15.07.2009 konnten Abfälle

auf der Deponie angenommen werden. Nach diesem Zeitpunkt ist nur noch eine Profilierung zur Herstellung der Endgeometrie zulässig.

Die Genehmigung für die Oberflächenabdichtung des DK-II-Bereichs wurde noch nicht beantragt. Die Planungen wurden in Absprache mit der Bezirksregierung Düsseldorf erst nach dem Inkrafttreten der Deponievereinfachungsverordnung begonnen, da sich aus dieser Verordnung neue Möglichkeiten zur Gestaltung der Oberflächenabdichtung ergeben. Für 2012 sind hierzu weitere Verhandlungen mit der Bezirksregierung vorgesehen.

Ein weiterer Profilierungsbedarf ergibt sich im Weiteren nur aus dem Ausgleich der bis zur Rekultivierung eingetretenen Deponiesetzungen. Die Höhe der Setzungen kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden. Allerdings sind auf dem Deponieplateau im Bereich der Zwischenlagerflächen für Rekultivierungsboden durch diese Belastung bereits Setzungen eingetreten, die vor dem Aufbringen der Oberflächenabdichtung ausgeglichen werden müssen.

Nachdem die Stadt Remscheid die Überlegungen zur geplanten Nachnutzung aufgegeben hat, wird der Landschaftspflegerische Begleitplan zur Endgestaltung der Deponie bei der Bezirksregierung Düsseldorf zur Genehmigung vorgelegt.

Wichtig für die weitere Entwicklung der Gesellschaft bis zur Umsetzung der Rekultivierung sind weiterhin die Zinseinnahmen. Diese sind allerdings aufgrund der Wirtschaftslage in der Eurozone weiterhin unbefriedigend.

Ein weiterer Schwerpunkt wird auf der weiteren Reduzierung der Kosten der Gesellschaft liegen.

Insgesamt ist für die nächsten Jahre aufgrund der Erträge aus den Finanzanlagen und den Zwischenhandelsaktivitäten sowie der Kostenentwicklung der Gesellschaft ein ausgeglichenes Ergebnis zu erwarten.

5. Sonstige Angaben, insbesondere über die voraussichtliche Entwicklung

Der Schwerpunkt der kommenden Jahre wird nach der Restverfüllung der Deponie auf den Rekultivierungsarbeiten liegen. Es wurde bereits mit der Beschaffung des erforderlichen Rekultivierungsbodens sowie weitere Baumaterialien vor allem für den Wegebau und die Stabilisierungsschicht begonnen. Insgesamt werden bereits ca. 144.000 Mg. Rekultivierungsboden bevorratet. Dies entspricht fast der Menge der für die Deponierekultivierung benötigten Rekultivierungsbodens.

Im Jahr 2012 sollen gemäß den Vorgaben der Bezirksregierung Düsseldorf die ersten Bauabschnitte der Oberflächenabdichtung begonnen werden. Hierbei werden zunächst die bislang noch nicht verwirklichten Bauabschnitte im Bereich der Vorschüttung gebaut.

Remscheid, den 12.04.2012

gez.
Michael Zirngiebl
(Geschäftsführer)

gez.
Dirk Kentjens
(Geschäftsführer)

5.1 Remscheider Entsorgungsbetriebe (Eigenbetrieb)

Allgemeine Unternehmensdaten

Remscheider Entsorgungsbetriebe
 Nordstr. 48
 42853 Remscheid
 Tel. 02191 / 16 - 2840

Gründungsjahr: 1996

Stammkapital: 5.000.000,00 €

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen des Eigenbetriebes

Gesellschaften	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH	127.500,00	51,0

Gegenstand des Eigenbetriebes / Allgemeines

Gegenstand der Remscheider Entsorgungsbetriebe sind nach § 1 der Betriebssatzung die Bereiche

- Abwasserbeseitigung
- Abfallentsorgung
- Straßenreinigung
- Betreibung der Deponie und des Wertstoffhofes
- Wert- und Schadstoffsammlungen
- Betreuung Duales System
- Abfallberatung für private Haushalte und öffentliche Einrichtungen

Zulässig ist der Abschluss aller Geschäfte, die den Betriebszweck fördern.

Der Eigenbetrieb betreibt alle mit dem Betriebszweck zusammenhängenden Geschäfte einschließlich der hiermit verbundenen hoheitlichen Tätigkeiten, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Er darf unter Anwendung und Beachtung der Vorschriften des § 107 Abs. 2 GO weitere Tätigkeiten unternehmen, soweit sie der sach- und fachgerechten Durchführung der vorgenannten Betriebszwecke zuzuordnen sind. Grundlage der Aufgabenerfüllung des Eigenbetriebes ist das vom Rat der Stadt beschlossene Abwasserbeseitigungs- und Abfallwirtschaftskonzept in der jeweils gültigen Fassung. Der Eigenbetrieb hat Beschlüsse des Rates zu stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen, städtebaulichen Prioritätssetzungen und die dem Haushaltsplan der Stadt zugrundeliegenden Straßenausbauprogramme zu beachten.

Organe des EigenbetriebesBetriebsleitung:

Michael Zirngiebl

Betriebsausschuss 14. WP:

Apmann, Volker -Vorsitzender-	Ratsmitglied
Schad, Axel -stellv. Vorsitzender-	Ratsmitglied
Kleinbongartz, Michael	Ratsmitglied
Jasper, Stephan	Ratsmitglied
Haarhaus, Peter Otto	Ratsmitglied
Dr. Rohrweck, Heinz Dieter	Ratsmitglied
Wilke, Hans Herbert	Ratsmitglied
Störmer, Bernd F.W.	Sachkundiger Bürger
Eppels, Eckhard	Arbeitnehmersvertreter
Jantke, Uwe	Arbeitnehmersvertreter
Meier, Stefan	Arbeitnehmersvertreter
Steinmeyer, Uwe	Arbeitnehmersvertreter

Anzahl der Beschäftigten *

Beschäftigte	2009	2010	2011
Lohnempfänger/Lohnempfängerinnen	124	131	133
Angestellte	44	50	55
Beamte/Beamtinnen	5	5	6
Gesamt	173	186	194

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens:**

Betriebsbereich	2009	2010	2011
Straßenreinigung			
Abfallmenge in Tonnen			
<i>maschinelle Straßenreinigung</i>			
Abfuhr zur Deponie	0	0	0
Abfuhr zur MVA	0	0	0
Abfuhr zur Kompostierung	560	595	433
Abfuhr zur Verwertung	726	964	860
<i>manuelle Straßenreinigung</i>			
Abfuhr zu MVA	416	416	419
Abfallentsorgung			
Müllmenge in Tonnen			
Hausmüll	24.160	23.607	23.857
Biomüll	2.843	2.692	2.739
Sperrmüll	3.506	3.305	3.516
Papier	7.277	7.091	7.674

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

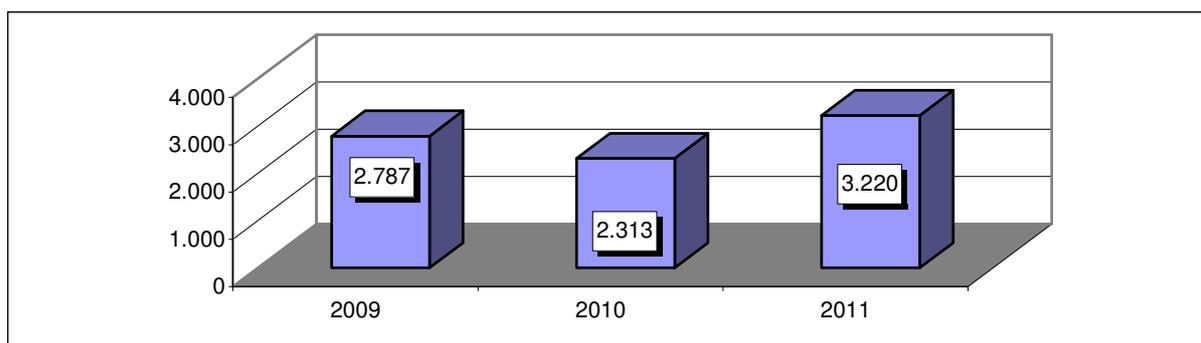
Jahr	2009		2010		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	450	0,17	579	0,21	542	0,20
Sachanlagen	257.286	96,88	256.483	94,86	256.612	94,87
Finanzanlagen	129	0,05	129	0,05	129	0,05
Anlagevermögen	257.865	97,10	257.191	95,13	257.283	95,12
Vorräte	164	0,06	174	0,06	227	0,08
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.907	1,85	12.114	4,48	9.981	3,69
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	2.600	0,98	862	0,32	2.953	1,09
Umlaufvermögen	7.671	2,89	13.150	4,86	13.161	4,87
Rechnungsabgrenzungsposten	31	0,01	30	0,01	31	0,01
Aktiva	265.567	100,00	270.371	100,00	270.475	100,00
Stammkapital	5.000	1,88	5.000	1,85	5.000	1,85
Allgemeine Rücklage	66.071	24,88	66.071	24,44	66.563	24,61
Zweckgebundene Rücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Zuführung zur zweckgebundenen Rücklage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Auflösung der zweckgebundenen Rücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Verlustvortrag, Gewinnvortrag	609	0,23	3.395	1,26	5.708	2,11
Jahresüberschuss(+)	2.787	1,05	2.313	0,86	3.220	1,19
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	74.467	28,04	76.779	28,40	80.491	29,76
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	23.321	8,78	23.054	8,53	22.578	8,35
Empfangene Ertragszuschüsse	2.575	0,97	2.550	0,94	2.498	0,92
Rückstellungen	6.756	2,54	7.502	2,77	8.557	3,16
Verbindlichkeiten	158.445	59,66	160.483	59,36	156.351	57,81
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0,00	3	0,00	0	0,00
Passiva	265.567	100,00	270.371	100,00	270.475	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr	2009	2010	2011
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	43.299	43.225	42.204
Andere aktivierte Eigenleistungen	699	802	744
Sonstige betriebliche Erträge	1.766	1.273	2.388
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	89	96	319
Erträge	45.853	45.396	45.655
Materialaufwand	16.976	17.770	16.527
Personalaufwand	9.312	9.334	9.125
Abschreibungen	7.605	7.588	7.651
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.436	1.996	3.142
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.679	6.313	5.943
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0
Aufwendungen	43.008	43.001	42.388
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.845	2.395	3.267
Außerordentliche Erträge	0	6	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	-38	0
Sonstige Steuern	-58	-50	-47
Jahresverlust	0	0	0
Jahresgewinn	2.787	2.313	3.220
Zuführung(-) / Auflösung (+) d. zweckgeb. Rücklage	0	0	0
Verlust	0	0	0
Gewinn	2.787	2.313	3.220

Entwicklung der Jahresergebnisse

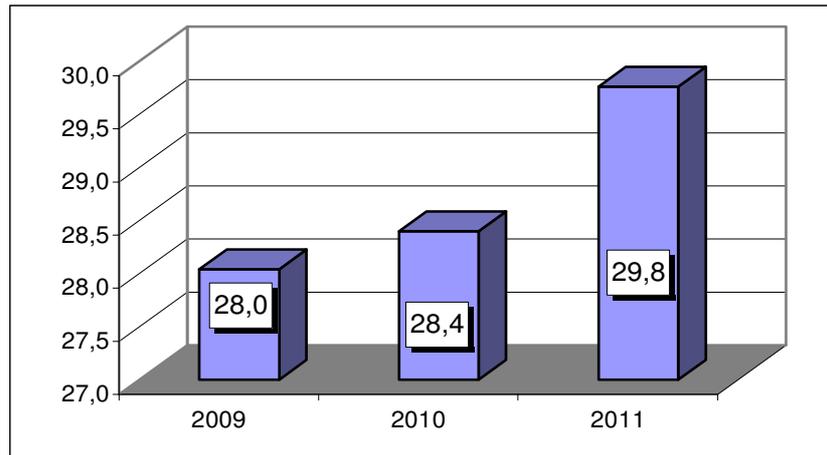
Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	2.787	2.313	3.220



Kennzahlen

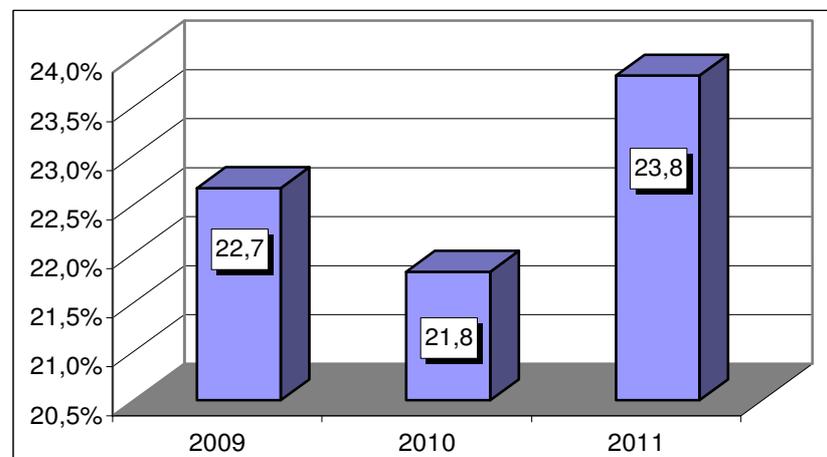
Eigenkapitalquote

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	74.467	76.779	80.491
Bilanzsumme	265.567	270.371	270.475
% EK	28,0	28,4	29,8



Cash-Flow

Jahr	2009	2010	2011
Angabe in	T€	T€	
Jahresüberschuss	2.787	2.313	3.220
Abschreibungen	7.605	7.588	7.651
Summe	10.392	9.901	10.871
Gesamterträge	45.853	45.396	45.655
Cash-Flow	22,7%	21,8%	23,8%



Lagebericht 2011

1. Allgemeines

1.1 Gründung des Eigenbetriebes

Mit Drucksache Nr. 60/197 hat der Rat der Stadt Remscheid am 10.07.1995 beschlossen, die Umwandlung der Regiebetriebe mit den Gebührenhaushalten Stadtentwässerung, Abfall, Straßenreinigung, Deponie und deren gemeinsame Bereiche in einen Eigenbetrieb zum 01.01.1996 vorzubereiten. Grundlage der Entscheidung war ein Gutachten, dass vor allem die im Hinblick auf die Haushaltssituation der Stadt Remscheid optimale Organisations- und Rechtsform untersuchte. Dies vorausgeschickt hat der Rat der Stadt die Gründung des Eigenbetriebes mit der Bezeichnung

Remscheider Entsorgungsbetriebe

sowie die Betriebssatzung entsprechend den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung NRW (EigVO NRW) am 11.12.1995 zum 01.01.1996 beschlossen.

1.2 Gegenstand und Organisation des Eigenbetriebes

Zweck des Eigenbetriebes einschließlich etwaiger Hilfs- und Nebenbetriebe ist die Abwasserbeseitigung, Abfallentsorgung, Straßenreinigung, Betreibung der Deponie, des Wertstoffhofes, Organisation und Durchführung der Wert- und Schadstoffsammlung, Betreuung Duales System, Abfallberatung für private Haushalte und öffentliche Einrichtungen sowie der Abschluss aller den Betriebszweck fördernden Geschäfte.

Der Eigenbetrieb betreibt alle mit dem Betriebszweck zusammenhängenden Geschäfte einschließlich der hiermit verbundenen hoheitlichen Tätigkeiten, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Er darf unter Anwendung und Beachtung der Vorschriften des § 107 Abs. 2 GO weitere Tätigkeiten übernehmen, soweit sie der sach- und fachgerechten Durchführung des Betriebszwecks Abwasserbeseitigung, Abfallentsorgung, Straßenreinigung, Deponierung oder Wertstoffhof zuzuordnen sind.

Das vom Rat der Stadt beschlossene Abwasserbeseitigungs- und Abfallwirtschaftskonzept in ihrer jeweils gültigen Fassung sind Grundlage für die Aufgabenerfüllung des Eigenbetriebes, einschl. verpflichtender Beschlüsse des Rates zu stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen, städtebaulichen Prioritätssetzungen und die dem Haushaltsplan der Stadt zugrunde liegenden Straßenausbauprogramme.

Die Remscheider Entsorgungsbetriebe bestehen aus drei Geschäftsbereichen sowie einer Betriebsleitungsebene. Die Bezeichnungen lauten wie folgt:

- 1 Geschäftsbereich Entwässerung
 - Planung/Entwurf/Grundstücksentwässerung
 - Neubau
 - Betrieb und Unterhaltung

- 2 Geschäftsbereich Abfallwirtschaft/Fuhrpark
 - Abfall/ Straßenreinigung
 - Fuhrpark/Technik
 - Deponie und Wertstoffhof

- 3 Kaufmännischer Geschäftsbereich
 - Finanzbuchhaltung
 - Gebührenwesen/Verwaltung

Aus wirtschaftlichen Gründen ist darüber hinaus in bestimmten Bereichen eine Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung durchaus sinnvoll und geboten. So wird der Büro- und Geschäftsdienst von der Stadtverwaltung bezogen, damit die Doppelverwaltung der typischen Zentralaufgaben vermieden wird. Hierzu gehören u. a. die Personalverwaltung, Darlehnsverwaltung, Rechtsberatung, Gebührenveranlagung sowie Service-Leistungen der Gebäudeverwaltung, Nachrichtentechnik etc. Andererseits wurden Verantwortungsbereiche ohne den Verlust von Synergieeffekten dezentralisiert und das Personal auf den Eigenbetrieb übertragen, um durch eine kurzfristige Entscheidungsfindung schneller, besser und flexibler reagieren zu können.

Entsprechend dem § 3 Absatz 2 der Betriebssatzung und der jeweils anzuwendenden Gemeindeordnung und Eigenbetriebsverordnung werden die Remscheider Entsorgungsbetriebe von der Betriebsleitung selbständig geleitet; sie ist auch für die wirtschaftliche Betriebsführung verantwortlich.

2. Verlauf des Geschäftsjahres 2011

2.1 Allgemeine Beurteilung

Die bereits in den Jahresabschlüssen der vergangenen Wirtschaftsjahre erkennbare wirtschaftliche Stabilisierung und Verbesserung der Betriebsergebnisse des gewöhnlichen Geschäftsverlaufes hat sich im Wirtschaftsjahr 2011 fortgesetzt.

Das Wirtschaftsjahr konnte mit einem Gewinn in Höhe von 3.219,9 T€ (Vorjahr: 2.312,9 T€) abgeschlossen werden. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Jahresergebnis somit um 906,9 T€ verbessert.

Während das Vorjahresergebnis von den erheblichen Aufwendungen für den Winterdienst des Jahres 2010 geprägt war, fielen die Belastungen aus dem Winterdienst 2011 gering aus.

Ergebnisbelastungen ergaben sich aus Anlagenabgängen vor allem im Bereich der Entwässerung. Hier waren Anlagenabgänge in Höhe von 777,9 T€ zu verzeichnen. Diese fielen damit gegenüber der Planung um 77,9 T€ höher aus.

Eine weitere Belastung ergab sich aus dem Wertanpassungsbedarf der vorgetragenen Gebührenforderungen. Das Ergebnis des Wirtschaftsjahres 2011 wird aus Einzelwertberichtigungen, die auf die Forderungen vorgenommenen wurden, in einer Größenordnung von insgesamt 58,8 T€ belastet.

Die Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid (DBR) konnte im Jahr 2011 kein positives Ergebnis erwirtschaften. Aufgrund der negativen Zinsentwicklung und der Verwerfungen auf

den Kapitalmärkten war hier ein geringer Verlust zu verzeichnen, den die Gesellschaft aber durch eine Entnahme aus der Gewinnrücklage ausgleichen konnte.

Diese Belastungen konnten durch gegenläufige positive Effekte ausgeglichen werden.

Im Geschäftsjahr ergab sich ein Sondereffekt aus der erstmalig vorgenommenen Abzinsung der Gebührenausgleichsrücklage. Nach den Vorgaben des Bilanzmodernisierungsgesetzes (BilMoG) müssen alle Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit einem fristenkongruenten Marktzinssatz abgezinst werden. Die anzuwendenden Zinssätze werden von der Deutschen Bundesbank ermittelt und monatlich bekannt gegeben. Nach Vorgabe der Gemeindeprüfungsanstalt ist diese Vorschrift auch auf die Gebührenausgleichsrücklage anzuwenden, da diese innerhalb eines Zeitraumes von 1 – 3 Jahren aufgelöst wird. Die Abzinsung führte zu einem einmaligen Zinsertrag in Höhe von 293,6 T€. Dieser Ertrag muss allerdings in den nächsten Jahren der Rückstellung wieder zugeführt werden, da die Inanspruchnahme der Rückstellungen nach den Vorgaben des Kommunalabgabengesetzes in voller Höhe - ohne Abzinsungseffekt - vorgenommen werden muss.

Der Materialaufwand konnte gegenüber der Wirtschaftsplanung um 524,1 T€ reduziert werden. Dies ist zu großen Teilen auf die geringen Winterdienstaufwendungen zurückzuführen.

Der Personalaufwand fiel gegenüber der Planung um 637,2 T€ geringer aus.

Da die Darlehnszinsen gegenüber der Planung deutlich gesenkt werden konnten, ergab sich bei leicht verbesserten Zinserträge ein gegenüber der Wirtschaftsplanung um 434,6 T€ verbessertes Finanzergebnis. Hierbei ist der Sondereffekt aus der erstmalig vorgenommenen Abzinsung der Gebührenrückstellung nicht berücksichtigt. Aus dieser Abzinsung ergab sich ein weiterer Zinsertrag in Höhe von 293,6 T€.

Die gute Entwicklung des Wirtschaftsjahres führte dazu, dass die Gebührenabrechnungen der Bereiche Entwässerung, Restmüll und Winterdienst jeweils mit einer ungewollten gebührenrechtlichen Überdeckung in Höhe von insgesamt 2.535,8 T€ abschließen, die der Gebührenrückstellung zugeführt wurden. Diese Überdeckungen führen somit aufgrund der gebührenrechtlichen Vorgaben des Kommunalabgabengesetzes (KAG) nicht zu einer Verbesserung des handelsrechtlichen Ergebnisses. Gleichwohl tragen sie zu einer Stabilisierung der Gebührenentwicklung der kommenden Jahre bei. Die Zuführung zur Gebührenrückstellung betrug allerdings nur 2.242,2 T€, da der Bestand der Gebührenausgleichsrücklage erstmalig gemäß den Vorgaben des Bilanzmodernisierungsgesetzes (BilMoG) abgezinst wurde. Aus dieser Abzinsung ergab sich ein einmaliger Zinsertrag im Jahr 2011 in Höhe von 293,6 T€. Die Zuführung zur Gebührenrückstellung wurde um diesen Betrag gemindert. Der ausgewiesene Zinsertrag muss allerdings in den nächsten Jahren der Gebührenrückstellung wieder zugeführt werden. Die Gebührenbereiche Biotonne und Sommerreinigung schließen mit einer Unterdeckung ab.

Insgesamt fällt trotz der nicht geplanten hohen Zuführung zur Gebührenausgleichsrücklage das Jahresergebnis gegenüber dem geplanten Jahresergebnis um 613,6 T€ besser aus.

2.2 Aufwands- und Ertragslage sowie Auftragsentwicklung

Im Jahr 2011 wurde im Zuge einer Programmumstellung die Spartendarstellung der tatsächlichen Entwicklung angepasst. Die bislang eigenständig ausgewiesenen Sparten „Fuhrpark“ und „Deponie/Wertstoffhof“ weisen aufgrund der Entwicklungen der letzten Jahre keine eigenständigen Geschäftsfelder mehr auf. Die bislang der Sparte Fuhrpark zugewiesene Aufgabe der Gebäudeverwaltung und –vermietung wird nun der Sparte Verwaltung zugewiesen. Die bisherigen Aufgaben der Sparte „Deponie/Wertstoffhof“ werden teilweise der Sparte „Verwaltung“ (Beteiligungsverwaltung DBR GmbH) sowie der Sparte „Abfallwirtschaft“ (Wertstoffhof) zugewiesen. Aufgrund dieser Änderungen verändern sich teilweise auch die ausgewiesenen Vorjahresergebnisse, da diese zur Sicherstellung der Vergleichbarkeit mit den Werten des Jahres 2011 der neuen Systematik angepasst wurden.

2.2.1 Auftragslage

Die in der Satzung festgelegten Aufgaben sind im Geschäftsjahr 2011 erfüllt worden. Für die Gebührenbereiche wurden die Leistungen entsprechend der jeweiligen Satzung erbracht. Die vom Rat der Stadt im Rahmen von Zielvereinbarungen vorgegebene Gebührenentwicklung konnte hierbei eingehalten werden. In den Bereichen, in denen die Stadtverwaltung mit deren Fachbereichen als Auftraggeberin aufgetreten ist, wurde leistungsspezifisch auf der Basis der Verrechnungssätze und gültigen Materialpreise abgerechnet. Soweit Arbeiten oder Dienstleistungen für Dritte erbracht wurden, erfolgte ebenfalls eine leistungsorientierte Rechnungslegung. Hierbei verliefen die Dienstleistungen für Dritte vor allem im Bereich Straßenreinigung und Stadtentwässerung weiterhin stabil.

2.2.2 Erträge

Die Umsatzerlöse betragen 42.203,8 T€ (Vorjahr: 43.224,5 T€) und setzten sich wie folgt zusammen:

	<u>T€</u>	(Vorjahr T€)
Werkstatt	378,5	(420,3)
Abwasserbeseitigung	27.675,5	(28.146,3)
Abfallbeseitigung	11.076,1	(10.552,2)
Straßenreinigung	3.073,3	(4.105,6)
	<u>42.203,8</u>	<u>(43.224,5)</u>

An Eigenleistungen (Ing.- und Bauleitungskosten - Personal- u. Gemeinkosten - die überwiegend im Zusammenhang mit den Kanalbaumaßnahmen stehen) wurden 743,8 T€ (Vorjahr: 802,2 T€) aktiviert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (z.B. Miet- und Pächterträge, Erträge aus dem Verkauf von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, der Auflösung des Sonderposten Investitionszuschüsse und der Auflösung von Rückstellungen sowie übrige Erträge) konnten in Höhe von 2.388,3 T€ (Vorjahr: 1.273,4 T€) erzielt werden. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ergab sich aus einer Rückzahlung des Wupperverbandes aus der Abwasserabgabe aus Vorjahren. Aufgrund eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes konnten Abwasserabgabezahlungen des Wupperverbandes mit Investitionen der Mitgliedskommunen verrechnet werden.

Die Deponiebetriebsgesellschaft mbH (DBR) hat im Jahr 2011 nachdem die Endverfüllung der Deponie abgeschlossen wurde keine operativen Geschäfte mehr durchgeführt. Aufgrund der negativen Zinsentwicklung und der Verwerfungen auf den Kapitalmärkten musste die Gesellschaft einen geringen Verlust hinnehmen, der durch eine Entnahme aus der Gewinnrücklage ausgeglichen werden konnte. Es konnte somit im Jahr 2011 kein Ertrag aus der Beteiligung (Vorjahr: 73,9 T€) erzielt werden.

Die Zinsen und ähnlichen Erträge lagen aufgrund des weiterhin niedrigen Zinsniveaus bei 25,6 T€ (Vorjahr: 22,2 T€). Hierbei ist der Sondereffekt aus der erstmalig vorgenommenen Abzinsung der Gebührenrückstellung nicht berücksichtigt. Aus dieser Abzinsung ergab sich ein weiterer Zinsertrag in Höhe von 293,6 T€.

2.2.3 Aufwendungen

Den vorgenannten Erträgen in Höhe von 47.218,1 T€ (Vorjahr: 45.402,4 T€) stehen Aufwendungen in Höhe von 44.291,9 T€ (Vorjahr: 43.062,3 T€) gegenüber. Im Jahr 2011 fiel kein außerordentliches Ergebnis an (Vorjahr: -31,3 T€).

Wesentliche Aufwandsarten stellten die Materialaufwendungen mit insgesamt 16.527,4 T€ (Vorjahr: 17.770,5 T€) und die Personalaufwendungen mit insgesamt 9.125,1 T€ (Vorjahr: 9.333,7 T€) dar.

Hiervon betrug der Materialaufwand bei der Abwasserbeseitigung 9.186,1 T€ (Vorjahr: 9.428,9 T€) und 6.055,8 T€ (Vorjahr: 5.949,6 T€) bei der Abfallbeseitigung. Bei der Straßenreinigung betrug dieser 841,4 T€ (Vorjahr: 1.823,6 T€) und bei den gemeinsamen Bereichen (Verwaltung und Werkstatt) 444,1 T€ (Vorjahr: 514,4 T€).

Von den Personalaufwendungen entfielen auf die Abwasserbeseitigung 3.512,5 T€ (Vorjahr: 3.708,3 T€), die Abfallbeseitigung 3.037,4 T€ (Vorjahr: 2.894,3 T€) sowie 1.297,5 T€ (Vorjahr: 1.655,1 T€) auf die Sparte Straßenreinigung. Weiterhin entfielen auf die gemeinsamen Bereiche (Verwaltung und Werkstatt) 1.277,7 T€ (Vorjahr: 1.076,0 T€).

Die bilanziellen Abschreibungen beliefen sich auf 7.650,6 T€ (Vorjahr: 7.587,6 T€) und die Fremdkapitalzinsen auf 5.943,3 T€ (Vorjahr: 6.314,0 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen 3.141,7 T€ (Vorjahr: 1.995,9 T€). Der Anstieg ergab sich aus hohen Abgängen auf das Anlage- und auf das Umlaufvermögen sowie den Kosten zur Einführung des neuen ERP-Systems.

Innerbetrieblich wurden in der Summe 1.856,6 T€ (Vorjahr: 3.132,1 T€) verrechnet, die per Saldo die Sparten wie folgt be- bzw. entlastet (- bzw. +) haben: Verwaltung (575,8 T€; Vorjahr: 557,7 T€), Werkstatt (604,2 T€; Vorjahr: 745,5 T€), Abwasserbeseitigung (-426,4T€; Vorjahr: -94,5 T€), Abfallentsorgung (-540,5 T€; Vorjahr: -479,2 T€) und Straßenreinigung (-213,1T€; Vorjahr: -729,4 T€).

Die Aufwendungen für Steuern betrugen insgesamt 47,3 T€ (Vorjahr: 50,3 T€). Hiervon entfielen auf die Steuern vom Einkommen und Ertrag 19,8 T€ (Vorjahr: 27,2 T€).

2.2.4 Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr schließt ab mit einem Jahresgewinn von 3.219,9 T€ (Vorjahr: 2.312,9 T€).

Gegenüber dem im Wirtschaftsplan 2011 eingeplanten Jahresgewinn in Höhe von 2.606,3 T€ wurde das Wirtschaftsjahr somit um 613,6 T€ besser abgeschlossen.

Für die einzelnen Leistungssparten stellt sich das Ergebnis wie folgt dar:

Der Geschäftsbereich Entwässerung schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 3.115,3 T€ (Vorjahr: 3.017,5 T€) ab.

Der Geschäftsbereich Abfallwirtschaft schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 133,6 T€ (Vorjahr: -13,3 T€) ab.

Der Geschäftsbereich Straßenreinigung schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -29,0 T€ (Vorjahr: -759,7 T€) ab.

Die dargestellten Ergebnisse der Betriebszweige berücksichtigen die ihnen anteilig zugeordneten Aufwendungen und Erträge der Bereiche Verwaltung und Werkstatt.

2.3 Investitionen

Die Gesamtsumme der Investitionen im Anlagebereich betrug in 2011 8.559,3 T€ (Vorjahr: 7.221,8 T€). Davon wurden 58,2 T€ (Vorjahr: 205,7 T€) für immaterielle Vermögensgegenstände, 32,4 T€ (Vorjahr: 89,2 T€) für Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit und ohne Bauten aufgewendet, für die Anlagen der Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung, Straßenreinigung und Deponie 7.028,1 T€ (Vorjahr: 6.254,9 T€), für Maschinen und maschinelle Anlagen 49,1 T€ (Vorjahr: 8,1 T€), für Fahrzeuge 1.302,9 T€ (Vorjahr: 644,4 T€), Betriebs- und Geschäftsausstattung 205,4 T€ (Vorjahr: 107,4 T€). Der Bestand an geleisteten Anzahlung und Anlagen im Bau wurde aufgrund Zugänge und der vorgenommenen Aktivierungen um 441,7 T€ (Vorjahr: -87,9 T€) erhöht.

Für das Jahr 2012 sind Investitionen in Höhe von 11,0 Mio. € geplant, die überwiegend auf Anlagen im Geschäftsbereich Abwasserbeseitigung entfallen.

2.4 Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Zur Finanzierung der getätigten Investitionen mussten neben der Bereitstellung eigener Mittel keine langfristigen Kreditaufnahmen getätigt werden. Auch der Kassenkredit bei der Stadt Remscheid musste zur Sicherstellung Liquidität nicht erhöht werden. Investitions- und Ertragszuschüssen für Abwasseranlagen standen nicht (Vorjahr: 233,3 T€) zur Verfügung. Die planmäßige Darlehenstilgung betrug 4.923,6 T€ (Vorjahr: 4.671,2 T€).

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten haben sich von 160.482,9 T€ - Stand 01.01.2011 - um -4.132,1 T€ auf 156.350,8 T€ - Stand 31.12.2011 - vermindert. Davon entfielen auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten am 31.12.2010 141.592,0 T€ (Vorjahr: 144.364,6 T€). Auf Verbindlichkeiten aus Anzahlungen entfielen 5.984,8 T€ (Vorjahr 0,0 T€). Unter dieser Position wurden anders als im Vorjahr die von der EWR GmbH erhaltenen Abschlagszahlungen (5.964,8 T€) auf Schmutzwassergebühreneinnahmen sowie sonstige Anzahlungen (20,0 T€) ausgewiesen. Im Vorjahr (6.050,0 T€) fand der Ausweis bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen statt. Daher reduziert sich der Ausweis der

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Hierauf entfallen 2.195,9 T€ (Vorjahr: 8.585,1 T€). Darüber hinaus resultieren aus Verpflichtungen gegenüber der Stadt 6.094,4 T€ (Vorjahr: 6.987,6 T€). Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen bestanden zum Bilanzstichtag in Höhe von 42,0 T€ (Vorjahr: 14,8 T€). Die sonstigen Verbindlichkeiten betragen 441,6 T€ (Vorjahr: 530,6 T€). Die Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt ergab sich aus der endgültigen Abrechnung der Gebührenerlöse des Jahres 2008.

2.5 Personal- und Sozialbereich

Zum Beginn des Geschäftsjahres waren 181 Mitarbeiter (ohne Beamte) beschäftigt. Der Personalbestand hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.1	Zugang/ Abgang	Stand 31.03.1	Zugang/ Abgang	Stand 30.06.1	Zugang/ Abgang	Stand 30.09.1	Zugang/ Abgang	Stand 31.12.1
	1	(-)	1	(-)	1	(-)	1	(-)	1
Lohnempfänger	131	0	131	-1	130	-2	128	5	133
Angestellte	50	1	51	-1	50	0	50	5	55
Beamte	5	0	5	0	5	0	5	1	6
Gesamt	<u>186</u>	<u>1</u>	<u>187</u>	<u>-2</u>	<u>185</u>	<u>-2</u>	<u>183</u>	<u>11</u>	<u>194</u>

Der starke Personalanstieg zum Jahresende ergab sich überwiegend aus der Übernahme der Veranlagung und Abrechnung der Grundabgaben von der Stadt Remscheid.

Die Personalkosten im Geschäftsjahr 2011 setzten sich wie folgt zusammen:

	<u>T€</u> (Vorjahr)
Löhne	4.470,9 (4.533,0)
Gehälter	2.299,3 (2.282,4)
Beamtenbezüge	305,9 (298,2)
Veränderung RST Überstunden	-41,7 (68,9)
Veränderung RST Urlaub	22,5 (52,0)
Veränderung ATZ-Rückstellung Lohn/Gehalt	60,7 (74,4)
Soziale Abgaben	(1.134,3) 323,0)
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	664,2 (701,7)
Summe	<u>9.125,1</u> <u>(9.333,7)</u>

Die einzelnen Sparten (einschl. Hilfs- und Nebensparten) schließen mit folgendem Ergebnis ab:

	Löhne/ Gehälter und Beamtenbezüge		Soziale Abgaben		Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		Summe
	T€	(Vorjahr)	T€	(Vorjahr)	T€	(Vorjahr)	
Verwaltung	689,0	(477,7)	117,0	(107,5)	71,2	(46,3)	877,2
Werkstatt	309,8	(350,1)	63,2	(66,3)	27,6	(28,1)	400,5
Abwasserbeseitigung	2.748,6	(2.909,7)	514,4	(515,0)	249,5	(283,5)	3.512,5
Abfallbeseitigung	2.364,7	(2.251,9)	446,5	(400,6)	226,2	(241,8)	3.037,4
Straßenreinigung	1.005,5	(1.319,5)	202,2	(233,6)	89,8	(101,9)	1.297,5
Summe	<u>7.117,6</u>	<u>(7.309,0)</u>	<u>1.343,3</u>	<u>(1.323,0)</u>	<u>664,2</u>	<u>(701,7)</u>	<u>9.125,1</u>

Der durchschnittliche Personalaufwand je Beschäftigtem betrug im Geschäftsjahr 49,1 T€ (Vorjahr: 50,6 T€).

2.6 Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Die Verzögerung bei der Bearbeitung der Jahresabschlüsse der Remscheider Entsorgungsbetriebe konnte im Jahr 2011 weitgehend aufgeholt werden. Im Wirtschaftsjahr wurden die Jahresabschlüsse 2009 und 2010 festgestellt.

Aufgrund der Systemumstellung zur Einführung des NKF konnten seitens der Stadt im Jahr 2008 keine Mahnungen bzw. Vollstreckungen durchgeführt werden. Daher hat sich zum 31.12.2008 ein hoher zusätzlicher Forderungsbestand (1.965 T€) an offenen Gebührenforderungen aufgebaut. Durch die in den Jahren 2009 bis 2011 vorgenommenen Mahnungen konnte der Forderungsbestand deutlich abgebaut werden. Zusätzlich wurden ein großer Teil der im Forderungsbestand enthaltenen uneinbringlichen Altforderungen von der Stadt Remscheid im Jahr 2011 ausgebucht. Da diese Forderungsbereinigung bereits in den Jahresabschlüssen der REB der Jahre 2008 bis 2010 durchgeführt wurde, bleibt dies ohne Auswirkungen auf den Jahresabschluss 2011. Der offene Forderungsbestand zum 31.12.2011 betrug nach Angaben der Stadt Remscheid 620 T€. Davon stammen 204 T€ aus neuen Forderungen des Jahres 2011 und 406 T€ aus Vorjahren.

Wie bereits im Vorjahr wurden im Rahmen der Gebührenabrechnung die offenen Forderungen auf ihre Werthaltigkeit hin überprüft. Zum 31.12.2011 wurden daher aus dem Forderungsbestand weitere 169,4 T€ ausgebucht oder einzelwertberichtigt. Hieraus ergab sich eine Belastung des Jahresergebnisses, die jedoch nicht so hoch ausfiel wie in den Vorjahren. Der bilanzielle offene Forderungsbestand zum 31.12.2011 betrug nach dieser Korrektur 236,4 T€. Bis zum Abschluss der Prüfungsarbeiten waren hiervon 234,2 T€ durch Zahlungen ausgeglichen. Somit bestehen aus den Jahren bis 2011 derzeit noch offene Forderungen in Höhe von 379 T€, die seitens der REB vollständig einzelwertberichtigt sind. Zur weiteren Absicherung wurde außerdem eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 2% auf den gesamten bereinigten Forderungsbestand zum 31.12.2011 vorgenommen. Somit bestehen aus den offenen Forderungen aus Gebührenabrechnungen zum 31.12.2011 keine Bilanzrisiken mehr.

Die Feststellung der Gebühreneinnahmen des Jahres 2011 durch die Stadt Remscheid wurde für die Abschlussprüfung 2011 leider wieder verspätet erstellt. Die endgültigen Beträge lagen

erst im September 2012 vor. Der Jahresabschluss zum 31.12.2011 der Remscheider Entsorgungsbetriebe konnte daher nicht fristgerecht vorgelegt werden.

Die Tätigkeiten des Geschäftsbereiches Entwässerung werden von der Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes und den hierfür erforderlichen Investitionen bestimmt. Daher war die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes für den Geschäftsbereich von besonderer Bedeutung, da hierdurch die Arbeitsgrundlagen der nächsten Jahre festgelegt wurden. Das Abwasserbeseitigungskonzept ist durch die Abwägung zwischen dem gesetzlich und wirtschaftlich Notwendigen und dem andererseits in der Entwicklung der Gebührenbelastung Machbaren geprägt.

Die Fortschreibung wurde Anfang 2011 abgeschlossen. Der Rat der Stadt Remscheid hat die Fortschreibung im Frühjahr beschlossen. Seitens der Bezirksregierung wurden keine Regelungen zur Fortschreibung erlassen. Offen ist noch die Forderung der Bezirksregierung zur Aufstellung eines aufwändigen eigenständigen Niederschlagswasserbeseitigungskonzeptes. Da für diese Forderung derzeit keine Rechtsgrundlage existiert und die notwendigen Angaben zur Niederschlagswasserbeseitigung im vorgelegten Abwasserbeseitigungskonzept enthalten sind, wird keine Notwendigkeit zur Erarbeitung eines solchen Konzeptes gesehen.

Die im Berichtsjahr getätigten Investitionen wurden für die Erweiterung und die bauliche Sanierung bzw. Erneuerung des Kanalisationsnetzes aufgewendet. Die Sanierung des Einzugsgebietes Lempstraße/Falkenberg wurde fortgeführt. Die Netzergänzungen wurden mit dem Anschluss des Bereiches Hof Güldenwerth und der Remscheider Straße an die Kanalisation abgeschlossen.

Aufgrund der geänderten Abflussmengen wurde der Vertrag mit der Stadt Wuppertal und dem Wupperverband über die gemeinsame Nutzung des Morsbachsammlers neu verhandelt und angepasst. Die Anpassung führte zu einer Verbesserung der Kostenbeteiligung insbesondere des Wupperverbandes.

Die Nachkalkulation der Entwässerungsgebühren für das Jahr 2011 ergab eine Überdeckung, die der Gebührenrückstellung zugeführt wurde. Wesentlich hierbei war eine Rückerstattung des Wupperverbandes, die sich aus der Verrechnung der Abwasserabgabe des Verbandes mit getätigten Investitionen der Mitgliedskommunen in den Ausbau der Schmutzwasserkanalisation ergab. Insgesamt betrug die Gebührenüberdeckung 1.573,8 T€.

Im Bereich Abfallwirtschaft nahmen die Erlöse aus der Vermarktung der erfassten Wertstoffe weiter zu. Neben den weiterhin stabilen Erträgen aus der Vermarktung von Altpapier konnten Erlöse im Bereich Schrott und Elektroaltgeräte erzielt werden. Zusätzlich wurde auf dem Wertstoffhof mit der getrennten Annahme von Altkunststoffen, die im Sperrmüll enthalten sind, begonnen. Diese bestehen vornehmlich PE- und PP-Kunststoffen und lassen sich daher wertstofflich verwerten. Hiermit können zukünftig weitere Erträge realisiert werden. Auch im Hinblick auf die Änderungen des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes wird die Wertstoffeffassung und -vermarktung weitere Bedeutung erhalten.

Die erfassten Restmüllmengen sind im Jahr 2011 weiter deutlich zurückgegangen. Ursache hierfür ist im Wesentlichen der Bevölkerungsrückgang und die Veränderung der Haushaltstrukturen. Weiterhin konnte eine weitere Zunahme der erfassten Altpapiermengen festgestellt werden. Die mit der Einführung der Papiertonne erwarteten Effekte – steigende Papiermengen und gleichzeitig sinkende Restmüllmengen – haben sich somit stabilisiert.

Durch den Rückgang der Restmüllmengen ergaben sich auch deutlich geringere Entsorgungskosten.

Im Bereich Abfallwirtschaft wurde im Jahr 2011 ein Überschuss erwirtschaftet. Die Nachkalkulation der Abfallgebühren für das Jahr 2011 ergab insgesamt eine ungewollte Überdeckung für den Bereich Restmüll in Höhe von 603,2 T€. Der Bereich Biotonne schließt mit einer Unterdeckung in Höhe von 30,5 T€ ab. Ursächlich hiervon ist eine Fülle von Effekten.

Der Geschäftsverlauf im Geschäftsbereich Straßenreinigung war wie immer geprägt vom Winterdienst. Nach dem schneereichen Dezember 2010 ergaben sich im Frühjahr 2011 nur noch geringe Winterdienstaufwendungen. Auch im Herbst/Winter 2011 waren nur wenige Winterdiensteinsätze erforderlich. Dies führte zu einer Gebührenüberdeckung im Gebührenbereich Winterdienst in Höhe von 358,8 T€. Hierdurch können die erheblichen Verluste des Jahres 2010 teilweise ausgeglichen werden. Im Gegensatz hierzu ergab sich im Gebührenbereich Sommerreinigung eine Unterdeckung in Höhe von 131,4 T€.

Aufgrund der Erfahrungen des Winters 2010 wurden in mehreren Betriebsausschusssitzungen des Jahres 2011 die Möglichkeiten zur weiteren Verbesserung des Winterdienstes in Remscheid diskutiert. Neben einer Ausweitung der Salzvorräte durch Anmietung externer Lagermengen wurden weitere Fahrzeugbeschaffungen gerade für den Winterdiensteinsatz in engen Straßen vorgenommen. Weiterhin beschloss der Rat der Stadt, dass ab dem Jahr 2012 der Winterdienst an Haltestellen des ÖPNV bei extremen Schneelagen durch die Remscheider Entsorgungsbetriebe durchgeführt werden soll. Die Anlieger waren hiermit oftmals überfordert. Die Regelung gilt jedoch nur für Haltestellen innerhalb der geschlossenen Ortslage.

Im Geschäftsjahr ergab sich ein Sondereffekt aus der erstmalig vorgenommenen Abzinsung der Gebührenausgleichsrücklage. Nach den Vorgaben des Bilanzmodernisierungsgesetzes (BilMoG) müssen alle Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit einem fristenkongruenten Marktzinssatz abgezinst werden. Die anzuwendenden Zinssätze werden von der Deutschen Bundesbank ermittelt und monatlich bekannt gegeben. Nach Vorgabe der Gemeindeprüfungsanstalt ist diese Vorschrift auch auf die Gebührenausgleichsrücklage anzuwenden, da diese innerhalb eines Zeitraumes von 1 – 3 Jahren aufgelöst wird. Die Abzinsung führte zu einem einmaligen Zinsertrag in Höhe von 293,6 T€. Dieser Ertrag muss allerdings in den nächsten Jahren der Rückstellung wieder zugeführt werden, da die Inanspruchnahme der Rückstellungen nach den Vorgaben des Kommunalabgabengesetzes in voller Höhe - ohne Abzinsungseffekt - vorgenommen werden muss.

Die Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH (DBR) hat ihr operatives Geschäft nach der Endverfüllung der Deponie weitgehend eingestellt. Daher wurde auch das Personal zum 01.01.2011 weitgehend zu den Remscheider Entsorgungsbetrieben zurückverlagert. Gleichzeitig wurde der Vertrag zum Betrieb des Wertstoffhofes gekündigt. Die Erträge der Gesellschaft beschränken sich daher neben Zinserträgen aus der Bewirtschaftung der Rückstellung auf die Vermittlung und Betreuung von Entsorgungsdienstleistungen. Aufgrund der Zinssituation und den Verwerfungen auf den Kapitalmärkten musste die Gesellschaft im Jahr 2011 einen Verlust hinnehmen, der allerdings durch die Entnahme aus der Gewinnrücklage ausgeglichen werden konnte.

Zur weiteren Planung der Nachnutzung der Deponie Solinger Straße wurde im Jahr 2009 seitens der Stadt Remscheid ein Planungswettbewerb durchgeführt. Der ausgewählte Entwurf sieht die Errichtung einer Sandboarding-Anlage auf der Deponie vor. Im Jahr 2010 vergab die DBR ein Gutachten zur Überprüfung der grundsätzlichen Machbarkeit der Konzeption sowie den Auswirkungen auf die bislang geplante Oberflächenabdichtung der Deponie. Die Ergebnisse wurden 2011 vorgelegt. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Umsetzung der vorgesehenen Planung zu nicht unerheblichen Mehraufwendungen bei der Deponieabdichtung und -rekultivierung führt. Daher hat die Stadt Remscheid die weitere Verfolgung der Planung eingestellt.

Aufgrund der Einführung eines zentralen Sitzungsdienstes und eines Ratsinformationssystems bei der Stadt Remscheid wurden auch die Sitzungen des Betriebsausschusses in den Sitzungsdienst und den starren Sitzungsplan der Stadt mit aufgenommen. Hierdurch ging die bisherige Flexibilität der Sitzungsterminierung und der Sitzungsvorbereitung weitgehend verloren. Dies gilt auch für die starren Vorgaben der Tagesordnung, die der bisherigen Praxis der Betriebsausschusssitzungen nur bedingt Rechnung trägt. Leider liegen die Protokolle der Sitzungen nun auch erst mehrere Monate nach den Sitzungen vor.

Im Wirtschaftsjahr wurde ein neues ERP-System für den Betrieb eingeführt. Hierfür wurden sowohl der Kontenrahmen- wie auch der Kostenstellenplan überarbeitet. Das neue ERP-Programm sowie die neue Buchungsstruktur wurden zum 01.01.2011 eingeführt. Der Produktivstart gelang ohne Probleme.

Im Geschäftsjahr 2011 beschloss die Stadt Remscheid, die Veranlagung und die Erhebung der Grundabgaben ab dem 01.01.2012 auf die Remscheider Entsorgungsbetriebe zu übertragen. Die Vorbereitung dieser neuen Aufgabe – insbesondere die Einrichtung des ADV-Systems – war ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeiten des Jahres 2011. Zur Umsetzung der Aufgabe wurden 3 Mitarbeiterinnen aus dem Fachdienst Steuern und Kasse übernommen. Zusätzlich wurden 2 Mitarbeiterinnen für die Debitorenbuchhaltung und das Forderungsmanagement eingestellt. Der Start der Aufgabe zum 01.01.2012 gelang ohne Probleme. Die Grundabgabenbescheide konnten im Januar 2012 fristgerecht versandt werden. Durch die Zusammenarbeit ergaben sich Synergieeffekte in der Prozessgestaltung und vor allem ein besserer Service für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Remscheid.

Das im Auftrag des Betriebsausschusses vergebene Gutachten zur Untersuchung möglicher Organisationsformen wurde 2011 vorgelegt und im Ausschuss vorgestellt. Eine weitere Diskussion innerhalb der Gremien der Stadt Remscheid fand jedoch nicht statt.

3. Darstellung der Vermögens- und Finanzlage

3.1 Vermögenslage

Im Geschäftsjahr hat sich die Bilanzsumme von 270.371,3 T€ - 01.01.2011 - um 104,3 T€ auf 270.475,6 T€ - 31.12.2011 - erhöht. Den Anlagezugängen in Höhe von 8.559,3 T€ (Vorjahr: 7.221,8 T€) standen Anlagenabgänge im Wert von 2.058,8 T€ (Vorjahr: 997,3 T€) sowie Abschreibungen in Höhe von 7.650,6 T€ (Vorjahr: 7.587,6 T€) und Abgänge auf Abschreibungen von 1.241,0 T€ (Vorjahr: 689,3 T€) gegenüber. Hieraus ergab sich eine Erhöhung des Anlagevermögens um 90,9 T€ (Vorjahr: -673,7 T€).

Das Umlaufvermögen hat sich im Geschäftsjahr 2011 von 13.149,5 T€ - 01.01.2011 - um 12,0 T€ auf 13.161,5 T€ - 31.12.2011 - erhöht. Hierbei entfallen 2.952,6 T€

auf den Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten zum Bilanzstichtag (Vorjahr: 861,5 T€). Die Vorräte betragen zum Bilanzstichtag 227,5 T€ (Vorjahr: 173,9 T€) und die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 9.981,4 T€ (Vorjahr: 12.114,1 T€). Hiervon entfielen 1.468,6 T€ auf Forderungen gegenüber der Stadt Remscheid. Die deutliche Reduzierung der Forderungen ergibt sich aus der Gebührenabrechnung für die Jahre 2009 und 2010, die im Wirtschaftsjahr 2011 durchgeführt wurde.

Auf der Passivseite hat sich das bilanzielle Eigenkapital von 76.779,9 T€ - 01.01.2011 – um 3.711,5 T€ auf 80.491,4 T€ - 31.12.2011 – erhöht.

Die allgemeine Rücklage wurde von 66.071,5 T€ - 01.01.2011 um 491,6 T€ auf 66.563,1 T€ - 31.12.2011 – erhöht. Die Erhöhung ergab sich aus einer Korrektur des Anlagevermögens.

Der Jahresgewinn belief sich auf 3.219,9 T€. Zum 31.12.2011 bestand ein Bilanzgewinn in Höhe von 8.928,3 T€ (Vorjahr: 5.708,4 T€).

Aus der nachstehenden Tabelle geht die Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals hervor:

	Stand 01.01.2011	Zugang	Abgang	Stand 31.12.2011
	T€	T€	T€	T€
Stammkapital	5.000,0	0,0	0,0	5.000,0
Allgemeine Rücklage	66.071,5	491,6	0,0	66.563,1
Verlust-/Gewinnvortrag	3.395,5	2.312,9	0,0	5.708,4
Jahresüberschuss/-	<u>2.312,9</u>	<u>3.219,9</u>	<u>-2.312,9</u>	<u>3.219,9</u>
Gesamt	<u>76.779,9</u>	<u>6.024,4</u>	<u>-2.312,9</u>	<u>80.491,4</u>

Unter den Sonderposten für Investitionszuschüsse sind die in der Vergangenheit gezahlten Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen und Zuschüsse anderer öffentlicher Zuschussgeber ausgewiesen. Sie werden analog den Abschreibungen aufgelöst. Im Jahr 2011 wurden keine Zuschüssen vereinnahmt (Vorjahr: 205,9 T€). Ebenso waren keine Abgänge zu verzeichnen (Vorjahr: 0,0 T€). Der erfolgswirksame Auflösungsbetrag betrug 475,3 T€ (Vorjahr: 473,4 T€). Dies gilt auch für empfangene Ertragszuschüsse. Unter dieser Position sind die Anteile der Straßenentwässerung an den Erschließungsbeiträgen ausgewiesen. Im Jahr 2011 ergaben sich keine Zugänge (Vorjahr: 27,5 T€). Ebenso ergaben sich keine Abgänge (Vorjahr: 0,4 T€). Der erfolgswirksame Auflösungsbetrag betrug 52,3 T€ (Vorjahr: 52,3 T€).

Entwicklung der Rückstellungen

Die Bildung der Rückstellungen dient der Vorsorge von Zahlungsverpflichtungen, deren genaue Höhe oder Fälligkeit zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses noch ungewiss sind. Im Wirtschaftsjahr 2011 wurden alle hierfür erforderlichen Rückstellungen gebildet. Die in den Vorjahren gebildeten Rückstellungen deckten die endgültigen Zahlungsverpflichtungen im Jahr 2011 in vollem Umfang ab.

<u>Entwicklung der Rückstellungen</u>	Stand	Inanspruch-	<u>Zuführung</u>	Stand
	<u>01.01.2011</u>	<u>nahme/</u> <u>Auflösung</u>		<u>31.12.2011</u>
	T€	T€	T€	T€
Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.656,6	0,0	55,9	1.712,6
Abwasserabgabe/Verbandsbeiträge	334,3	-334,3	258,6	258,6
Kostenüberdeckung KAG	3.865,7	-1.172,9	2.242,2	4.935,0
Beihilfeverpflichtungen	314,8	0,0	10,6	325,4
Urlaubsrückstellung	242,6	-242,6	265,2	265,2
Überstunden	126,1	-126,1	84,5	84,5
Altersteilzeit	513,3	-47,6	139,7	605,4
Jahresabschlusskosten	54,1	-54,1	26,5	26,5
Interne Jahresabschlusskosten	28,7	-28,7	27,8	27,8
Rechts- und Beratungskosten	15,5	0,0	0,0	15,5
Sonstige	350,0	-219,2	170,2	301,1
Gesamt	7.501,8	-2.225,6	3.281,2	8.557,3

Die Rückstellungen in Höhe von 8.557,3 T€ setzen sich aus der gebildeten Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen für die im Betrieb beschäftigten Beamten (1.712,6 T€) sowie den sonstigen Rückstellungen (6.844,7 T€) zusammen. Bei den sonstigen Rückstellungen entfallen 4.935,0 T€ auf Überdeckungen nach § 6 KAG der Gebührenbereiche Abwasser, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung, die innerhalb künftiger Gebührekalkulationen aufgelöst werden müssen. Hierbei ist der Sondereffekt aus der Abzinsung der Rückstellung berücksichtigt.

3.2 Finanzlage

3.2.1 Eigenkapitalquote

Das wirtschaftliche Eigenkapital des Betriebes betrug zum 31.12.2011 105.567,3 T€. Gegenüber dem 01.01.2011 hat sich das wirtschaftliche Eigenkapital somit um 3.183,9 T€ erhöht.

	Stand <u>31.12.2011</u> T€	(Stand 31.12.2010 T€)
Bilanzsumme	270.475,5	(270.371,3)
Wirtschaftliches Eigenkapital		
• Eigenkapital laut Bilanz	80.491,4	(76.779,9)
• Sonderposten Investitionszuschüsse	22.577,9	(23.053,2)
• Ertragszuschüsse	2.498,0	(2.550,2)
Gesamt	105.567,3	(102.383,3)

Zur Finanzierung des Betriebes und zur Sicherung des Fremdkapitals ist eine angemessene Eigenkapitalausstattung notwendig. Umso höher der Eigenkapitalanteil liegt, desto größer ist die finanzielle Stabilität des Eigenbetriebes. Die Empfehlung der Eigenkapitalausstattung lautet 30%. Die auf das wirtschaftliche Eigenkapital bezogene Eigenkapitalquote zum 31.12.2011 beträgt somit 39,03%. Zum 01.01.2011 betrug sie 37,87 %.

3.2.2 Liquidität

Im gesamten Geschäftsjahr war die Zahlungsfähigkeit des Betriebes gesichert. Bei Bedarf konnten im Rahmen der Kreditlinien für Investitionen jederzeit Darlehensaufnahmen erfolgen. Unabhängig davon, standen dem Betrieb ausreichende Möglichkeiten der Kassenkreditaufnahme zur Verfügung. Unter Berücksichtigung unternehmerischer Handlungsmöglichkeiten bietet es sich an, aufgrund von Kennzahlen, besonders im Rahmen der steigenden Investition die Liquidität entsprechend zu verbessern.

3.3 Ertragslage

Die Umsatzerlöse betrugen 42.203,8 T€ (Vorjahr: 43.224,5 T€). Die Zusammensetzung der Erlöse auf die einzelnen Sparten wurde unter Punkt 2.2.2 bereits erläutert.

An Eigenleistungen (im wesentlichen Ing.- und Bauleitungskosten - Personal- u. Gemeinkosten - die im Zusammenhang mit den Kanalbaumaßnahmen stehen) wurden 743,8 T€ (Vorjahr: 802,2 T€) aktiviert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (z.B. Miet- und Pächterträge, Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, der Auflösung des Sonderposten Investitionszuschüsse und der Auflösung von Rückstellungen und übrige Erträge) konnten in Höhe von 2.388,3 T€ (Vorjahr: 1.273,4 T€) erzielt werden.

Erträge aus Beteiligungen wurden nicht erzielt (Vorjahr 73,9 T€).

Die Zinsen und ähnlichen Erträge aus Geldanlagen lagen bei 25,6 T€ (Vorjahr: 22,2 T€). Weitere Zinserträge in Höhe von 293,6 T€ ergaben sich aus der Abzinsung der Gebührenausrücklage.

4. Hinweise und Risiken bei der künftigen Entwicklung

Die bisherige Lage und der Geschäftsverlauf der vergangenen Geschäftsjahre lassen erkennen, dass die Risiken des Betriebes vor allem aus der Fremdkapitalausstattung und der hohen Investitionslast durch die eingeleiteten Maßnahmen und die aufgebauten Strukturen beherrschbar sind. Der bisherige Geschäftsverlauf und die Jahresabschlüsse weisen gegenüber der seinerzeitigen gutachterlichen Untersuchung der gewählten Rechtsform eine deutliche und nachhaltige Verbesserung auf.

Ein Risiko des Betriebes liegt im baulichen Zustand des Kanalnetzes. Die Ersterfassung des baulichen Zustandes des Kanalnetzes gemäß den Vorgaben der Selbstüberwachungsvorschrift für Kanalanlagen (SÜVVKan) ist abgeschlossen. Aufgrund der erheblichen Investitionen in die Substanzerhaltung in den vergangenen Jahren seit Betriebsgründung hat sich der Anteil der dringend sanierungsbedürftigen Streckenanteile erheblich reduziert. Hierbei wird, soweit möglich, auf substanzerhaltende Sanierungsverfahren (Part- und Inliner) zurückgegriffen. Ein

in den Jahren 2009/2010 durchgeführtes Gutachten zur Bewertung der Restsubstanz des Kanalnetzes hat gezeigt, dass aufgrund der bisher durchgeführten Sanierungen das Kanalnetz eine der Restnutzungsdauer angemessene Restsubstanz aufweist. Es besteht somit kein Abwertungsbedarf. Dies bestätigt die bisher gewählte Sanierungsstrategie. Die dargestellten Risiken sind somit beherrschbar. Die Ergebnisse des Gutachtens wurden im Frühjahr 2011 dem Betriebsausschuss vorgestellt.

Mögliche größere Risiken können aus einer Veränderung der gebühren- oder steuerrechtlichen Rahmenbedingungen erwachsen. Derzeit beschäftigt sich die EU-Kommission mit einer Beschwerde des Bundes deutscher Entsorger (BdE) zu diesem Thema. Hieraus können sich unter Umständen erhebliche steuerliche Konsequenzen ergeben.

Der zum 31.12.2010 ausgewiesene Forderungsbestand aus Gebührenabrechnung konnte zwischenzeitlich zu einem großen Anteil ausgeglichen werden. Durch die Verlagerung der Veranlagung und der Erhebung der Grundabgaben von der Stadt Remscheid zu den Remscheider Entsorgungsbetrieben ergeben sich Möglichkeiten zur Verbesserung der Prozessabläufe. Auch kann ein neues Konzept zur Verminderung des Forderungsbestandes und zum Forderungsmanagement insgesamt erarbeitet werden, da nunmehr die offenen Posten unmittelbar ausgewertet und bearbeitet werden können. Allerdings ergeben sich auch neue Anforderungen, die zunächst gemeistert werden müssen. Zur Abdeckung des Risikos aus Forderungsausfällen wurden Einzelwertberichtigungen sowie eine Pauschalwertberichtigung über den vollen bereinigten Forderungsbestand zum 31.12.2011 vorgenommen.

5. Sonstige Angaben, insbesondere über die voraussichtliche Entwicklung

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2012 weist einen geplanten Gewinn in Höhe von 2.902,9 T€ aus.

Im Geschäftsbereich Entwässerung liegt dem Investitionsbereich das Abwasserbeseitigungskonzept bis zum Jahre 2020 zugrunde. Die Fortschreibung für das Abwasserbeseitigungskonzeptes wurde 2011 abgeschlossen. Der Rat der Stadt Remscheid hat die Fortschreibung im Frühjahr 2011 beschlossen. Seitens der Bezirksregierung wurden bislang keine Regelungen zur Fortschreibung erlassen. Das Abwasserbeseitigungskonzept ist durch die Abwägung zwischen dem gesetzlich und wirtschaftlich Notwendigen und dem andererseits in der Entwicklung der Gebührenbelastung Machbaren geprägt.

Bei dem Geschäftsbereich Abfallwirtschaft besteht weiterhin die Zielsetzung der Kosten- und Gebührenstabilität. Um dieses Ziel weiterhin zu erreichen, müssen die Aktivitäten zur Wertstoffeffassung und -vermarktung weiter ausgebaut werden. Durch die Einführung der Papiertonnen konnte dieser Erlösbereich erhalten und sogar ausgebaut werden. Abzuwarten sind die Auswirkungen, die sich aus der Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie der EU im Rahmen der Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ergeben werden. Vor allem die Regelungen zum Anzeigeverfahren bei gewerblichen Sammlungen werden 2012 einen Schwerpunkt der Arbeit bilden. Die weitere Entwicklung zum Wertstoffgesetz und hier insbesondere zur Einführung und Trägerschaft der Wertstofftonne werden einen nicht unerheblichen Einfluss auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung haben.

Der Geschäftsbereich Straßenreinigung wird in seiner Kostenentwicklung stark durch die Leistungen des Winterdienstes beeinflusst. Die harten Winter der letzten Jahre und die Erwartungshaltungen der Bürgerinnen und Bürger an die Qualität des Winterdienstes haben zu weiteren Investitionen und Vorhalteleistungen geführt, die insgesamt die Kosten für den

Winterdienst erhöhten. Gegen die vom Rat im Jahr 2011 beschlossene Übernahme des Winterdienstes an Haltstellen des ÖPNV wurde im Jahr 2012 eine Klage beim Verwaltungsgericht eingelegt. Bislang ist zu dieser Klage kein Urteil ergangen.

Die Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH (DBR) hat ihr operatives Geschäft nach der Endverfüllung der Deponie weitgehend eingestellt. Daher wurde auch das Personal zum 01.01.2011 weitgehend zu den Remscheider Entsorgungsbetrieben zurückverlagert. Gleichzeitig wurde der Vertrag zum Betrieb des Wertstoffhofes gekündigt. Nach der Rückübertragung des Wertstoffhofes müssen die operativen Möglichkeiten weiter optimiert werden. In 2013 soll hier eine Schadstoffannahmestation eingerichtet werden. Damit erhält der Wertstoffhof als zentrale Annahmestelle für Schad- und Wertstoffe weitere Bedeutung. Weiterhin muss die Suche nach einem neuen Standort für den Wertstoffhof nach Abschluss der Deponierekultivierung weitergeführt werden. Aus diesem neuen Wertstoffhof können sich neue Möglichkeiten und Perspektiven ergeben.

Im Rahmen des Haushaltssanierungsplanes wurde von der Stadt Remscheid ab dem Jahr 2014 ein von den Remscheider Entsorgungsbetrieben zu erbringender Konsolidierungsbeitrag in Höhe von jährlich 2,0 Mio. € eingeplant. Weiterhin soll die Zusammenführung der Remscheider Entsorgungsbetriebe mit weiteren städtischen Betrieben geprüft werden. Die Zusammenführung mit den neuen Sparten Forst, Grünflächen, Friedhöfe, Straßen- und Brückenbau ist ab dem 01.01.2014 vorgesehen. Hierdurch wird sich die Arbeit erheblich verändern. Die bislang bestehenden finanziellen Spielräume, die insbesondere zur Gestaltung der Gebührenentwicklung genutzt wurden bestehen ab diesem Zeitpunkt nicht mehr in dem bisherigen Maße.

6. Nachtragsbericht

Neben den oben dargestellten Entwicklungen haben sich keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nach Schluss des Wirtschaftsjahres 2011 ergeben.

Remscheid, 29.September 2012

gez.

Michael Zirngiebl
Betriebsleiter

6.1 Stadtsparkasse Remscheid

Allgemeine Unternehmensdaten

Stadtsparkasse Remscheid
 Alleestr. 76-88
 42853 Remscheid
 Tel. 02191 / 16-60

Gründungsjahr: 1841

Zweck des Unternehmens / Öffentlicher Auftrag / Allgemeines

Gemäß § 2 Sparkassengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen haben Sparkassen die Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers zu dienen.

Die Sparkassen stärken den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie fördern die finanzielle Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung. Sie versorgen im Kreditgeschäft vorwiegend den Mittelstand sowie die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Die Sparkassen tragen zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Verbraucher- oder Schuldnerberatungsstellen bei.

Die Sparkassen führen ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags. Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

Die Sparkassen dürfen im Rahmen des Sparkassengesetzes und den nach diesem Gesetz erlassenen Begleitvorschriften alle banküblichen Geschäfte betreiben.

Die Stadtsparkasse Remscheid ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes.

Organe der Gesellschaft

Verwaltungsrat:

Beate Wilding, Vorsitzende	Oberbürgermeisterin
Hans-Peter Meinecke, -1. stellv. Vorsitzender-	Ratsmitglied
Peter Otto Haarhaus, -2. stellv. Vorsitzender-	Ratsmitglied
York Edelhoff	Ratsmitglied
Lothar Krebs	Ratsmitglied
Wolf Lüttinger	Ratsmitglied
Jutta Velte	Ratsmitglied
Jochen Siegfried	Ratsmitglied
Kurt-Peter Friese	Ratsmitglied
Roland Kirchner	Ratsmitglied
Stefan Grote	Personalvertreter
Wolfgang Güntsch	Personalvertreter
Bernd Behrendt	Personalvertreter
Michael Veith	Personalvertreter
Guiseppe Cabibi	Personalvertreter

Vorstand:

Frank Dehnke, Vorsitzender
Ulrich Gräfe

Haftung der Stadt Remscheid

Träger der Stadtsparkasse Remscheid ist gemäß § 2 ihrer Satzung die Stadt Remscheid. Der Träger unterstützt die Sparkasse bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit der Maßgabe, dass ein Anspruch der Sparkasse gegen den Träger oder eine sonstige Verpflichtung des Trägers, der Sparkasse Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht besteht. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger der Sparkasse haftet nicht für deren Verbindlichkeiten.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2009	2010	2011
	€	€	€
Gewinnausschüttung	keine	126.262,50	420.875,00

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2009	2010	2011
Mitarbeiter/-innen	381	380	373

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

Jahr	2009		2010		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Barreserve	36.485	2,43	22.080	1,52	58.693	3,95
Schuldtitle und Wechsel	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderung an Kreditinstitute	37.668	2,51	36.255	2,49	81.555	5,49
Forderungen an Kunden	789.906	52,69	791.101	54,30	836.135	56,26
Wertpapiere	586.173	39,10	560.353	38,46	465.350	31,31
Beteiligungen	31.127	2,08	30.901	2,12	29.278	1,97
Treuhandvermögen	79	0,01	58	0,00	40	0,00
Sachanlagen	14.431	0,96	13.258	0,91	12.080	0,81
Sonstige Aktiva	1.035	0,07	1.246	0,09	1.635	0,11
Rechnungsabgrenzungsposten	2.229	0,15	1.697	0,12	1.456	0,10
Aktiva	1.499.133	100,00	1.456.949	100,00	1.486.222	100,00
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	263.353	17,57	234.700	16,11	233.682	15,72
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.013.699	67,62	1.019.377	69,97	1.066.202	71,74
davon: Spareinlagen	326.844	21,80	320.317	21,99	302.437	20,35
befristete Einlagen	92.286	6,16	109.143	7,49	176.678	11,89
übrige Einlagen	594.570	39,66	589.917	40,49	587.086	39,50
Verbriefte Verbindlichkeiten / Schuldversch.	69.258	4,62	42.208	2,90	16.974	1,14
Treuhandverbindlichkeiten	79	0,01	58	0,00	40	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	3.117	0,21	3.790	0,26	4.294	0,29
Rechnungsabgrenzungsposten	1.900	0,13	1.631	0,11	1.377	0,09
Rückstellungen	17.751	1,18	17.575	1,21	22.443	1,51
SoPo mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Genussrechtskapital	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sonstige Passiva	33.715	2,25	40.054	2,75	43.945	2,96
Eigenkapital	96.261	6,42	97.556	6,70	97.265	6,54
Passiva	1.499.133	100,00	1.456.949	100,00	1.486.222	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr GuV-Position	2009 T€	2010 T€	2011 T€
Zinserträge	56.362	50.158	49.206
Erträge aus Wertp., Beteiligungen etc.	15.914	13.579	13.186
Provisionserträge	10.648	10.737	10.357
Sonstige Erträge	3.087	1.317	1.832
Erträge a. Zuschr. zu Ford., Aufl. von Rückstellungen	0	0	0
Erträge	86.011	75.791	74.581
Zinsaufwendungen	35.519	27.805	27.182
Provisionsaufwendungen	431	423	306
Personalaufwendungen	23.676	20.816	20.276
Sachaufwendungen	10.737	9.347	9.693
Steuern	783	1.859	4.710
Sonstige Aufwendungen	1.680	5.297	2.270
Abschreibungen a. Anlagevermögen	1.940	1.886	1.832
Abschreibungen a. Forderungen	9.775	4.868	6.562
Zuführung Fonds allgemeine Bankrisiken	927	2.281	0
Abschreibung / Wertber. auf Beteiligungen	390	144	1.540
Einstellung in Rückstellungen	0	0	0
Aufwendungen	85.858	74.726	74.371
Jahresüberschuss (+)	153	1.065	210
<u>Einstellung in Gewinnrücklagen</u>	0	0	0
Bilanzgewinn/-verlust	153	1.065	210

Anhang

Anlage 1: Verzeichnis der Kennzahlen

Bei der Darstellung der einzelnen Unternehmen werden zum Teil unter dem Punkt "Wirtschaftliche Unternehmensdaten" Kennzahlen zur Analyse der wirtschaftlichen Situation aufgeführt. Diese Kennzahlen stellen ein wichtiges Informations- und Steuerungsinstrument - nicht nur für die Beteiligungsverwaltung - dar. Im Folgenden werden die im Beteiligungsbericht verwendeten Definitionen bzw. die Berechnung dieser Kennzahlen erläutert und deren Informationsgehalt, Möglichkeiten und Grenzen aufgezeigt.

Kennzahl zur Kapitalstruktur:

Eigenkapitalquote
$$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$$

Bei der Eigenkapitalquote wird der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital dargestellt. Je größer die Eigenkapitalquote, desto höher ist die wirtschaftliche Sicherheit und die finanzielle Stabilität des Unternehmens. Bei einer geringen Eigenkapitalquote werden eventuell eher Kapitalzuführungen der Gesellschafter nötig.

Diese Kennzahl bringt darüber hinaus den Grad der substantiellen Unabhängigkeit des Unternehmens, also den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital zum Ausdruck. Je größer das Eigenkapital im Verhältnis zum Fremdkapital desto geringer ist die Abhängigkeit von Gläubigern.

Kennzahl zur Finanzlage:

Cash-flow
$$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Abschreibungen}) \times 100}{\text{Gesamterträge}}$$

Der Cash-flow ist eine finanzielle Stromgröße, die den in einer Periode erfolgswirksam erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss angibt. Er ist Indikator der Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens.

Mit Hilfe des Cash-flows wird die vorgenommene bilanzpolitische Beeinflussung des ausgewiesenen Ergebnisses durch die Bemessung der Abschreibungen neutralisiert. Der Cash-flow sollte nur zusammen mit dem Jahresergebnis oder dem Betriebsergebnis interpretiert werden.

Der Cash-flow ist insbesondere eine Hilfe gegen Fehlinterpretationen der Ertragsentwicklung.

Das gilt zumal immer dann, wenn sich Cash-flow und Gewinn gegenläufig entwickeln. Ist das Jahresergebnis gesunken, der Cash-flow hingegen gestiegen, so ist dies oft eine normale Folge größerer Investitionsschübe mit entsprechend hinaufschnellendem Abschreibungsbedarf. Auf eine Schwächung der Ertragskraft lässt dieser erhöhte Abschreibungsbedarf aber in keiner Weise schließen, im Gegenteil: Erweisen sich die Investitionen als erfolgreich, wird die Ertragskraft gesteigert.

Umgekehrt kann eine Zunahme des Jahresüberschusses die von einem nachgebenden Cash-flow begleitet wird, auf einen Rückgang der Investitionen zurückzuführen sein, der niedrige Abschreibungen nach sich gezogen hat. Ist dies zutreffend und nicht nur eine vorübergehende Erscheinung, geht die optisch positive Gewinnentwicklung u.U. auf Kosten der Unternehmenszukunft.

Anlage 2: Begriffserläuterungen

Abschreibungen	Mit der Abschreibung werden Wertminderungen im Vermögen oder an Vermögensgegenständen ergebnismindernd erfasst. Dies erfolgt, indem eine erwartete Wertminderung im voraus auf die entsprechenden Rechnungsperioden verteilt wird (planmäßige Abschreibung), oder eine unerwartete Wertminderung zum Zeitpunkt ihres Eintrittes gebucht wird (außerplanmäßige Abschreibung).
Aktiva	Auf der Aktivseite der → Bilanz sind die Wirtschaftsgüter nach → Anlage- und → Umlaufvermögen erfasst. Die Aktivseite zeigt, wohin die Mittel geflossen sind (auch: Mittelverwendungsseite). Die Summe aller Aktiva, die gleich der Summe aller Passiva ist, ergibt die Bilanzsumme.
Anlagevermögen	Wirtschaftsgüter, die dem Unternehmen auf Dauer dienen und längere Zeit im Vermögen verbleiben oder über längere Zeiträume genutzt werden. Ausgewiesen auf der Aktivseite der → Bilanz umfasst es immaterielle Vermögensgegenstände (Patente, Lizenzen), Sachanlagen (Immobilien, Maschinen, Fuhrpark, etc.) und Finanzanlagen (Beteiligungen, Wertpapiere, etc.).
Aufwendungen	Vermögensminderungen innerhalb eines Unternehmens, die durch eine gleichzeitige Verringerung des Ergebnisses zum Ausdruck kommen. Aufwendungen sind allerdings nicht zwangsläufig Mittelabflüsse (→ z.B. Abschreibungen).
Betriebsergebnis	Differenz zwischen gewöhnlichen → Erträgen und → Aufwendungen, die sich aus der betrieblichen Leistungserstellung ergeben.
Bilanz	Bestandteil des Jahresabschlusses. Ist die Gegenüberstellung des Vermögens (Anlage- und Umlaufvermögen) - → Aktiva - und des Kapitals (Eigen- und Fremdkapital) - → Passiva - eines Unternehmens zu einem bestimmten Stichtag (Ende des Wirtschaftsjahres).
Bilanzgewinn/-verlust	Bestandteil des → Eigenkapitals nach dem handelsrechtlichen Gliederungsschema. Errechnet sich aus dem → Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag zuzüglich Gewinnvortrag und Entnahmen aus den Kapital-/Gewinnrücklagen abzüglich Verlustvortrag und den Einstellungen in die Gewinnrücklage.

Eigenkapital	Alle von den Eigentümern unbefristet zur Verfügung gestellten Mittel, die unbeschränkt haften. Das Eigenkapital ist Bestandteil der Passivseite. Es setzt sich zusammen aus dem gezeichneten Kapital (auch: Haftungskapital oder Stammkapital), den → Kapitalrücklagen, den → Gewinnrücklagen und dem vorgetragenen → Bilanzgewinn/-verlust. Das in der → Bilanz ausgewiesene Eigenkapital gibt den Buchwert des Unternehmens an.
Erträge	Geschäftsvorfälle, die das → Jahresergebnis eines Unternehmens erhöhen. Sie bedeuten somit einen Wertzuwachs im Eigenkapital des Unternehmens. Erträge dürfen allerdings nicht zwangsläufig als Mittelzuflüsse gesehen werden (z.B. Wertsteigerungen).
Fremdkapital	Das Fremdkapital wird umgangssprachlich auch mit Schulden bezeichnet und ist auf der → Passivseite der → Bilanz ausgewiesen. Es setzt sich aus den kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten und den Rückstellungen zusammen und steht dem Unternehmen in der Regel nur befristet und zu einem bestimmten Zinssatz zur Verfügung. Ausgewiesenes Vermögen abzüglich dem Fremdkapital ergeben das bilanzielle → Eigenkapital.
Gesellschafterversammlung	Ist das Entscheidungsgremium der Anteilseigner (Gesellschafter) bei der GmbH. Sie beschließt über Änderungen im Gesellschaftsverhältnis, im Gesellschaftsvertrag und in der Unternehmensstrukturierung. Sie stellt den → Jahresabschluss fest und beschließt die Gewinnverwendung. Weiter bestellt sie den Aufsichtsrat, wenn nicht der Stadtrat ein Entsendungsrecht hat.
Gewinn- und Verlustrechnung	Neben der → Bilanz ist die Gewinn- und Verlustrechnung der wichtigste Bestandteil des → Jahresabschlusses. In ihr wird der Erfolg des Unternehmens einer Rechnungsperiode (in der Regel das Wirtschaftsjahr) durch die Gegenüberstellung von → Aufwand und → Ertrag ermittelt. Übersteigen die Erträge die Aufwendungen, erwirtschaftet das Unternehmen einen → Jahresüberschuss (Gewinn), der das → Eigenkapital erhöht. Übersteigen hingegen die Aufwendungen die Erträge kommt es zu einem → Jahresfehlbetrag (Verlust), der das → Eigenkapital verringert.

Gewinnrücklage	Ist der Teil des → Jahresüberschusses, der nicht ausgeschüttet und nicht als → Gewinnvortrag auf das folgende Jahr vorgetragen wird, sondern bei der Gewinnverwendung eine direkte Einstellung in eine eigens ausgewiesene → Rücklage erfolgt.
Gewinnvortrag	Der nach dem Gewinnverwendungsbeschluss in die nächste Rechnungsperiode vorgetragene (übertragene) Gewinn. In der Folgeperiode wird der Restbetrag dann mit dem aktuellen Ergebnis verrechnet, und es erfolgt ein erneuter Verwendungsbeschluss (siehe auch Verlustvortrag).
Gezeichnetes Kapital	Bestandteil des → Eigenkapitals in der → Bilanz von Kapitalgesellschaften. Es weist das im Handelsregister eingetragene Haftungskapital der Kapitalgesellschaft aus. Bei der Aktiengesellschaft wird es mit Nennkapital, bei der GmbH mit → Stammkapital bezeichnet. Das Gezeichnete Kapital ist bei Kapitalgesellschaften der Maximalbetrag, mit dem die Gesellschafter zum Ausgleich von Verbindlichkeiten und Verlusten herangezogen werden können (beschränkte Haftung), falls die anderen Eigenkapitalanteile (Kapital- und → Gewinnrücklage, → Gewinnvorträge) aufgebraucht sind. Nach dem Verhältnis der gehaltenen Anteile am Gezeichneten Kapital bestimmt sich auch die Beteiligungsquote.
Investitionen	Bindung von Kapital in Wirtschaftsgütern, um daraus → Erträge zu erzielen. Es wird unterschieden zwischen Sach- und Finanzinvestitionen.
Jahresergebnis	Ergebnis eines Unternehmens unter Berücksichtigung aller → Aufwendungen und → Erträge, steht am Ende der Gewinnermittlung. (auch: Jahresüberschuss/-fehlbetrag)
Kapitalrücklage	In die Kapitalrücklage werden Beträge eingestellt, die bei einer Kapitaleinlage oder Einzahlung den Betrag des →Gezeichneten Kapitals übersteigen.
Liquidität	Fähigkeit eines Unternehmens, jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können (Zahlungsfähigkeit). Diese wird häufig an den Beständen des Vermögens gemessen, die sich innerhalb von unterschiedlichen Zeiträumen in flüssige Mittel umwandeln lassen (Fristigkeit). Dieser Fristigkeit muss immer die Fälligkeit der einzelnen Fremdkapitalpositionen (Verbindlichkeiten) gegenüber gestellt werden.

Passiva	Auf der Passivseite der → Bilanz wird das Kapital, getrennt nach → Eigen- und → Fremdkapital, ausgewiesen. Die Passivseite gibt Auskunft über die Herkunft der finanziellen Mittel des Unternehmens (Mittelherkunftsseite). Die Summe aller Passiva, die gleich der Summe aller → Aktiva ist, ergibt die Bilanzsumme.
Rechnungsabgrenzungsposten	Ausgaben (Aktivseite) oder Einnahmen (Passivseite) vor dem Abschlussstichtag, soweit der Aufwand/Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Stichtag eintritt. Dienen der Abstimmung zwischen → Bilanz und → GuV zur Ermittlung eines periodengerechten Jahreserfolges in beiden Rechnungen.
Rücklagen	Bestandteil des → Eigenkapitals. Sie erhöhen und stärken es und stehen zu längerfristigen Finanzierungszwecken zur Verfügung. Nach der Entstehungsweise unterscheidet man zwischen → Kapitalrücklage und → Gewinnrücklage.
Rückstellungen	Verpflichtungen gegenüber Dritten, die am jeweiligen Stichtag mit großer Sicherheit bestehen, deren Höhe und/oder Fälligkeitstermin aber nicht genau bestimmbar ist. Typische Gründe für die Bildung von Rückstellungen sind: Garantieverpflichtungen, drohende Verluste aus laufenden Geschäften, noch zu leistende Steuerzahlungen und Pensionsverpflichtungen. Letztere haben aufgrund ihrer extremen Langfristigkeit und einem in der Regel immer bestehenden Grundstocks in gewissem Maße eigenkapitalähnlichen Charakter.
Stammkapital	→ Gezeichnete Kapital einer GmbH. Seine Höhe ist im Gesellschaftsvertrag und in der Satzung festgelegt. Es ist die Summe der von den Gesellschaftern bei der Gründung übernommenen Stammeinlagen.
Umlaufvermögen	Umfasst die Wirtschaftsgüter, die in ihrer ursprünglichen und in verarbeiteter Form nur kurze Zeiträume im Unternehmen verbleiben. Ausgewiesen auf der → Aktivseite der Bilanz umfasst es Vorräte, Wertpapiere, Forderungen und liquide Mittel.
Umsatz	wertmäßiger Ausdruck für die am Markt abgesetzten Produkte. Der Umsatz ist gleich der verkauften/abgesetzten Menge multipliziert mit dem pro Einheit erhaltenen Verkaufs- /Absatzpreises.

Verlustvortrag/-rücktrag

Ist die Möglichkeit des steuerlich wirksamen Verlustausgleiches. Verluste des entsprechenden Abrechnungszeitraumes können mit steuerpflichtigen Gewinnen dem vorangegangenen Jahr verrechnet bzw. auf unbegrenzte Zeit vorgetragen werden, damit die Verrechnung mit zukünftig möglichen Gewinnen erfolgen kann. Dies bildet die gesetzlich zulässige Möglichkeit gezahlte Steuern zurückzuerhalten bzw. die zukünftig mögliche Steuerschuld zu mindern.

Anlage 3: Auszug aus der Gemeindeordnung für das Land NRW (GO NRW)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz (Gesetz zur Revitalisierung des Gemeindegewirtschaftsrechts) vom 21.12.2010 (GV. NRW. S. 688); [In Kraft getreten am 29.12.2010] und Erstes Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände im Land Nordrhein-Westfalen (GV. NRW. S. 421 – 438; [In Kraft getreten am 28.09.2012]

5. Teil Der Rat

§ 41 Zuständigkeiten des Rates

(1) Der Rat der Gemeinde ist für alle Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung zuständig, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt. Die Entscheidung über folgende Angelegenheiten kann der Rat nicht übertragen:

a)

k) die teilweise oder vollständige Veräußerung oder Verpachtung von Eigenbetrieben, die teilweise oder vollständige Veräußerung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft oder anderen Vereinigungen des privaten Rechts, die Veräußerung eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft sowie den Abschluss von anderen Rechtsgeschäften im Sinne § 111 Abs. 1 Satz 1 und 2,

l) die Errichtung, Übernahme, Erweiterung, Einschränkung und Auflösung von Anstalten des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a, öffentlichen Einrichtungen und Eigenbetrieben, die Bildung oder Auflösung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens gemäß § 27 Abs. 1 bis 3 und 6 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit, die Änderung der Unternehmenssatzung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens sowie der Austritt aus einem gemeinsamen Kommunalunternehmen, die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung sowie die Erhöhung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft oder anderen Vereinigungen in privater Rechtsform, den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft,

m) die Umwandlung der Rechtsform von Anstalten des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a, öffentlichen Einrichtungen und Eigenbetrieben sowie die Umwandlung der Rechtsform von Gesellschaften, an denen die Gemeinde beteiligt ist, soweit der Einfluss der Gemeinde (§ 63 Abs. 2 und § 113 Abs. 1) geltend gemacht werden kann,

11. Teil Wirtschaftliche Betätigung und nichtwirtschaftliche Betätigung

§ 107

Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten
 - Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),
 - Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),
 - Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen),
3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,
5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das für Inneres zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine

selbständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.

(6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

§ 107a

Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung

(1) Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

(2) Mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung unmittelbar verbundene Dienstleistungen sind zulässig, wenn sie den Hauptzweck fördern. Die Gemeinde stellt sicher, dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden.

(3) Die Aufnahme einer überörtlichen energiewirtschaftlichen Betätigung ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer energiewirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist zulässig, wenn

die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

§ 108

Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind und bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung die Voraussetzung des § 107 a Abs. 1 gegeben ist,
2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,
3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,
5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,
7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,
8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, daß der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden,
9. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:
 - a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,

- b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,
- c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und
- d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.

Eine Gewährleistung für die individualisierte Ausweisung von Bezügen und Leistungszusagen ist im Falle der Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft auch dann gegeben, wenn in Gesellschaftsvertrag oder Satzung die erstmalige individualisierte Ausweisung spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt ist.

10. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i.S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Wird von Satz 1 Nummer 8 eine Ausnahme zugelassen, kann auch von Satz 1 Nummer 9 eine Ausnahme zugelassen werden.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 gilt für die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft einschließlich der Gründung einer Gesellschaft, wenn den beteiligten Gemeinden oder Gemeindeverbänden alleine oder zusammen oder zusammen mit einer Beteiligung des Landes mehr als 50 vom Hundert der Anteile gehören. Bei bestehenden Gesellschaften, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar alleine oder zusammen oder zusammen mit dem Land mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, trifft die Gemeinden und Gemeindeverbände eine Hinwirkungspflicht zur Anpassung an die Vorgaben des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 9. Die Hinwirkungspflicht nach Satz 2 bezieht sich sowohl auf die Anpassung von Gesellschaftsvertrag oder Satzung als auch auf die mit Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 verfolgte Zielsetzung der individualisierten Ausweisung der dort genannten Bezüge und Leistungszusagen.

(3) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muss sie darauf hinwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften

- a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
- b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
- c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden,

2. in dem Lagebericht oder in Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,
3. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt.

Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 1 a) und b) sowie Nr. 2 und Nr. 3 hinwirken.

(4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

(5) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass

1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

- a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
- b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
- c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie
- d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und

2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

(6) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen

- a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn
 - die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,
 - für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und
 - sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder
 - sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;
- b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

(7) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 108 a

Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten

(1) Soweit im Gesellschaftsvertrag eines Unternehmens (§ 107 Abs. 1, § 107 a Abs. 1) oder einer Einrichtung (§ 107 Abs. 2) in Privatrechtsform, an der die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 vom Hundert der Anteile beteiligt ist, ein fakultativer Aufsichtsrat vorgesehen ist, können dem fakultativen Aufsichtsrat Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung angehören. In diesem Fall ist ein angemessener Einfluss der Gemeinde im Sinne des § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 gegeben, wenn bei mehr als 2 von der Gemeinde in den Aufsichtsrat zu entsendenden Vertretern nicht mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der Aufsichtsratsmandate durch Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung nach Maßgabe der folgenden Absätze besetzt werden.

(2) Der Rat der Gemeinde bestellt aus einer von der Betriebsversammlung des Unternehmens oder der Einrichtung zu erstellenden Vorschlagsliste die in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter. Die Bestellung bedarf eines Beschlusses der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates. Die Vorschlagsliste muss mindestens die doppelte Zahl der zu entsendenden Arbeitnehmervertreter enthalten. Der Rat hat das Recht, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder sämtliche Vorschläge der Liste zurückzuweisen und eine Ergänzung zu verlangen. In diesem Fall kann eine Betriebsversammlung eine neue Vorschlagsliste erstellen; Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend. Im Falle einer erneuten Zurückweisung der Vorschläge durch den Rat bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

(3) § 113 Abs. 1 Sätze 2 und 3 gelten für die nach Absatz 2 für den fakultativen Aufsichtsrat vom Rat bestellten Arbeitnehmervertreter entsprechend. Verliert ein vom Rat bestellter Arbeitnehmervertreter die Beschäftigteneigenschaft in dem Unternehmen oder der Einrichtung, muss der Rat ihn entsprechend § 113 Abs. 1 Satz 3 aus seinem Amt im fakultativen Aufsichtsrat abberufen.

(4) In der Betriebsversammlung nach Absatz 2 sind alle Beschäftigten des Unternehmens bzw. der Einrichtung wahlberechtigt, die am Tage der Betriebsversammlung das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wahlberechtigt sind Geschäftsführer und Vorstände des Unternehmens bzw. der Einrichtung. In die Vorschlagsliste können nur Wahlberechtigte aufgenommen werden. Die Einzelheiten für die Wahl der Arbeitnehmervertreter sind im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder einem sonstigen Organisationsstatut des Unternehmens

bzw. der Einrichtung zu regeln. Im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder dem Organisationsstatut des Unternehmens bzw. der Einrichtung ist auch die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter zu regeln. Sie soll die regelmäßige Amtsdauer der nach § 113 Abs. 2 Satz 2 neben dem Bürgermeister oder dem von ihm benannten Bediensteten der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat bestellten weiteren Vertreter nicht überschreiten.

(5) Wird ein Arbeitnehmervertreter von seinem Amt gemäß § 113 Abs. 1 Satz 3 abberufen oder scheidet er aus anderen Gründen aus dem Aufsichtsrat aus, bestellt der Rat mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste nach Absatz 2 einen Nachfolger. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, kann eine Betriebsversammlung den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Kommt auch dann keine Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates für die Bestellung eines Nachfolgers zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten mit folgenden Maßgaben entsprechend in den Fällen, in denen an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Privatrechtsform zwei oder mehr Gemeinden beteiligt sind.

Die Bestellung der in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter bedarf übereinstimmender, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder zustande gekommener Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Kommunen, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird. Kommen solche übereinstimmenden Beschlüsse nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine Betriebsversammlung eine neue Vorschlagsliste erstellen. Kommen auch hierzu entsprechende übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

Für die Bestellung eines Nachfolgers im Sinne des Absatzes 5 gilt Satz 2 entsprechend. Kommen danach übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine Betriebsversammlung den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Kommen auch dann übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

Für die nach § 113 Abs. 1 Sätze 2 und 3 zu treffenden Entscheidungen bedarf es übereinstimmender Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Kommunen, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird.

§ 109 Wirtschaftsgrundsätze

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

§ 110

Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung

Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.

§ 111

Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

(2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften im Sinne des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

§ 112

Informations- und Prüfungsrechte

(1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,
2. darauf hinwirken, dass ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde, so weit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, dass ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§ 113

Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen

(1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.

(3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, dass ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

(4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat.

(5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtungspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(6) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

§ 114

Eigenbetriebe

(1) Die gemeindlichen wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) werden nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebssatzung geführt.

(2) In den Angelegenheiten des Eigenbetriebes ist der Betriebsleitung ausreichende Selbständigkeit der Entschließung einzuräumen. Die Zuständigkeiten des Rates sollen soweit wie möglich dem Betriebsausschuss übertragen werden.

(3) Bei Eigenbetrieben mit mehr als 50 Beschäftigten besteht der Betriebsausschuss zu einem Drittel aus Beschäftigten des Eigenbetriebes. Die Gesamtzahl der Ausschussmitglieder muss in diesem Fall durch drei teilbar sein. Bei Eigenbetrieben mit weniger als 51, aber mehr als zehn Beschäftigten gehören dem Betriebsausschuss zwei Beschäftigte des Eigenbetriebes an. Die dem Betriebsausschuss angehörenden Beschäftigten werden aus einem Vorschlag der Versammlung der Beschäftigten des Eigenbetriebes gewählt, der mindestens die doppelte Zahl der zu wählenden Mitglieder und Stellvertreter enthält. Wird für mehrere Eigenbetriebe ein gemeinsamer Betriebsausschuss gebildet, ist die Gesamtzahl aller Beschäftigten dieser Eigenbetriebe maßgebend; Satz 4 gilt entsprechend. Die Zahl der sachkundigen Bürger darf zusammen mit der Zahl der Beschäftigten die der Ratsmitglieder im Betriebsausschuss nicht erreichen.

§ 114 a

Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts

(1) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe sowie eigenbetriebsähnliche Einrichtungen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln. § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 gilt entsprechend.

(2) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse der Anstalt durch eine Satzung. Die Satzung muss Bestimmungen über den Namen und die Aufgaben der Anstalt, die Zahl der Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates, die Höhe des Stammkapitals, die Wirtschaftsführung, die Vermögensverwaltung und die Rechnungslegung enthalten.

(3) Die Gemeinde kann der Anstalt einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängende Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann zugunsten der Anstalt unter der Voraussetzung des § 9 durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang vorschreiben und der Anstalt das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen; § 7 gilt entsprechend.

(4) Die Anstalt kann nach Maßgabe der Satzung andere Unternehmen oder Einrichtungen gründen oder sich an solchen beteiligen oder eine bestehende Beteiligung erhöhen, wenn das dem Anstaltszweck dient. Für die Gründung von und die Beteiligung an anderen Unternehmen und Einrichtungen in eine Rechtsform des privaten Rechts sowie deren Veräußerung und andere Rechtsgeschäfte im Sinne des § 111 gelten die §§ 108 bis 113 entsprechend. Für die in Satz 2 genannten Gründungen und Beteiligungen muss ein besonders wichtiges Interesse vorliegen.

(5) Die Gemeinde haftet für die Verbindlichkeiten der Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist (Gewährträgerschaft). Rechtsgeschäfte im Sinne des § 87 dürfen von der Anstalt nicht getätigt werden.

(6) Die Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Gemeinde etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich.

(7) Die Geschäftsführung des Vorstands wird von einem Verwaltungsrat überwacht. Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf höchstens 5 Jahre; eine erneute Bestellung ist zulässig. Er entscheidet außerdem über

1. den Erlass von Satzungen gemäß Absatz 3 Satz 2,
2. die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen sowie deren Gründung,
3. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,
4. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungsnehmer,
5. die Bestellung des Abschlussprüfers,
6. die Ergebnisverwendung,
7. Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111.

Im Fall der Nummer 1 unterliegt der Verwaltungsrat den Weisungen des Rates und berät und beschließt in öffentlicher Sitzung. In den Fällen der Nummern 2 und 7 bedarf es der vorherigen Entscheidung des Rates. Dem Verwaltungsrat obliegt außerdem die Entscheidung in den durch die Satzung der Gemeinde bestimmten Angelegenheiten der Anstalt. In der Satzung kann ferner vorgesehen werden, dass bei Entscheidungen der Organe der Anstalt von grundsätzlicher Bedeutung die Zustimmung des Rates erforderlich ist.

(8) Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und den übrigen Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Bürgermeister. Soweit Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, führt derjenige Beigeordnete den Vorsitz, zu dessen Geschäftsbereich die der Anstalt übertragenen Aufgaben gehören. Sind die übertragenen Aufgaben mehreren Geschäftsbereichen zuzuordnen, so entscheidet der Bürgermeister über den Vorsitz. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats werden vom Rat für die Dauer von 5 Jahren gewählt; für die Wahl gilt § 50 Abs. 4 sinngemäß. Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats, die dem Rat angehören, endet mit dem Ende der Wahlzeit oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Gemeinderat. Die Mitglieder des Rats üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:

1. Bedienstete der Anstalt,
2. leitende Bedienstete von juristischen Personen oder sonstigen Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen die Anstalt mit mehr als 50 v.H. beteiligt ist; eine Beteiligung am Stimmrecht genügt,
3. Bedienstete der Aufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über die Anstalt befasst sind.

(9) Die Anstalt hat das Recht, Dienstherr von Beamten zu sein, wenn sie auf Grund einer Aufgabenübertragung nach Absatz 3 hoheitliche Befugnisse ausübt. Wird die Anstalt aufgelöst oder umgebildet, so gilt für die Rechtsstellung der Beamten und der Versorgungsempfänger Kapitel II Abschnitt III des Beamtenrechtsrahmengesetzes.

(10) Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Anstalt werden nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft, sofern nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands sowie die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Leistungen für die Mitglieder des Verwaltungsrates im Anhang des Jahresabschlusses für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die

Bezüge und Leistungen für jedes einzelne Mitglied dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden, soweit es sich um Leistungen des Kommunalunternehmens handelt. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für Leistungen entsprechend § 108 Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 Satz 2.

(11) § 14 Abs. 1, § 31, § 74, § 75 Abs. 1, § 77, § 84 sowie die Bestimmungen des 13. Teils über die staatliche Aufsicht sind auf die Anstalt sinngemäß anzuwenden.

§ 115 Anzeige

(1) Entscheidungen der Gemeinde über

- a) die Gründung oder wesentliche Erweiterung einer Gesellschaft oder eine wesentliche Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages,
- b) die Beteiligung an einer Gesellschaft oder die Änderung der Beteiligung an einer Gesellschaft,
- c) die gänzliche oder teilweise Veräußerung einer Gesellschaft oder der Beteiligung an einer Gesellschaft,
- d) die Errichtung, die Übernahme oder die wesentliche Erweiterung eines Unternehmens, die Änderung der bisherigen Rechtsform oder eine wesentliche Änderung des Zwecks,
- e) den Abschluss von Rechtsgeschäften, die ihrer Art nach geeignet sind, den Einfluss der Gemeinde auf das Unternehmen oder die Einrichtung zu mindern oder zu beseitigen oder die Ausübung von Rechten aus einer Beteiligung zu beschränken,
- f) die Führung von Einrichtungen entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe,
- g) den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Genossenschaft,
- h) die Errichtung, wesentliche Erweiterung oder Auflösung einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a, die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen oder deren Gründung sowie Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111

sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzuzeigen. Aus der Anzeige muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Die Aufsichtsbehörde kann im Einzelfall aus besonderem Grund die Frist verkürzen oder verlängern.

(2) Für die Entscheidung über die mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft gilt Entsprechendes, wenn ein Beschluss des Rates nach § 108 Abs. 6 oder § 111 Abs. 2 zu fassen ist.

12. Teil Gesamtabschluss

§ 116 Gesamtabschluss

(1) Die Gemeinde hat in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Er besteht aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Der Rat bestätigt den geprüften Gesamtabschluss durch Beschluss. § 96 findet entsprechende Anwendung.

(2) Zu dem Gesamtabschluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 95 und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren. Auf den Gesamtabschluss sind, soweit seine Eigenart keine Abweichung erfordert, § 88 und § 91 Abs. 2 entsprechend anzuwenden.

(3) In den Gesamtabschluss müssen verselbstständigte Aufgabenbereiche nach Absatz 2 nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Dies ist im Gesamtanhang darzustellen.

(4) Am Schluss des Gesamtlageberichtes sind für die Mitglieder des Verwaltungsvorstands nach § 70, soweit dieser nicht zu bilden ist für den Bürgermeister und den Kämmerer, sowie für die Ratsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, anzugeben:

1. der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,
2. der ausgeübte Beruf,
3. die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes,
4. in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form,
5. die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

(5) Der Gesamtabschluss ist innerhalb der ersten neun Monate nach dem Abschlussstichtag aufzustellen. § 95 Abs. 3 findet für die Aufstellung des Gesamtabschlusses entsprechende Anwendung.

(6) Der Gesamtabschluss ist vom Rechnungsprüfungsausschuss dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt. Die Prüfung des Gesamtabschlusses erstreckt sich darauf, ob die

gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. Der Gesamtlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabschluss in Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde erwecken. § 101 Abs. 2 bis 8 gilt entsprechend.

(7) In die Prüfung nach Absatz 6 müssen die Jahresabschlüsse der verselbstständigten Aufgabenbereiche nicht einbezogen werden, wenn diese nach gesetzlichen Vorschriften geprüft worden sind.

§ 117 Beteiligungsbericht

(1) Die Gemeinde hat einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabschlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabschlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabschluss beizufügen. Der Beteiligungsbericht ist dem Jahresabschluss nach § 95 beizufügen, wenn kein Gesamtabschluss nach § 116 aufzustellen ist.

(2) Der Beteiligungsbericht ist dem Rat und den Einwohnern zur Kenntnis zu bringen. Die Gemeinde hat zu diesem Zweck den Bericht zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

§ 118 Vorlage- und Auskunftspflichten

Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung von Gründungsverträgen oder Satzungen für die in § 116 bezeichneten Organisationseinheiten darauf hinzuwirken, dass ihr das Recht eingeräumt wird, von diesen Aufklärung und Nachweise zu verlangen, die die Aufstellung des Gesamtabschlusses erfordert.

Anlage 4: Auszug aus dem Haushaltsgrundsätzegesetz**§ 53****Rechte gegenüber privatrechtlichen Unternehmen**

(1) Gehört einer Gebietskörperschaft die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts oder gehört ihr mindestens der vierte Teil der Anteile und steht ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zu, so kann sie verlangen, dass das Unternehmen

1. im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen lässt;
2. die Abschlussprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
 - a) die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
 - b) verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
 - c) die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages;
3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlussprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluss aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlussprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.

(2) Für die Anwendung des Absatzes 1 rechnen als Anteile der Gebietskörperschaften auch Anteile, die einem Sondervermögen der Gebietskörperschaft gehören. Als Anteile der Gebietskörperschaft gelten ferner Anteile, die Unternehmen gehören, bei denen die Rechte aus Absatz 1 der Gebietskörperschaft zustehen.

§ 54**Unterrichtung der Rechnungsprüfungsbehörde**

(1) In den Fällen des § 53 kann in der Satzung (im Gesellschaftsvertrag) mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, dass sich die Rechnungsprüfungsbehörde der Gebietskörperschaft zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 44 (Prüfung staatlicher Betätigung bei privatrechtlichen Unternehmen) auftreten, unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen kann.

(2) Ein vor dem In-Kraft-Treten dieses Gesetzes begründetes Recht der Rechnungsprüfungsbehörde auf unmittelbare Unterrichtung bleibt unberührt.